



# Landtag von Baden-Württemberg

11. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 21. Juli 2016 • Haus des Landtags

Beginn: 9:33 Uhr

Mittagspause: 13:34 bis 14:46 Uhr

Schluss: 18:01 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin . . . . .	393	Abg. Thekla Walker GRÜNE. . . . .	422
Ausscheiden der Abg. Dr. Kirsten Lehnig . . . . .	393	Abg. Tobias Wald CDU . . . . .	423
1. Aktuelle Debatte – <b>Nach dem VERA-Schock – wie können wir in Baden-Württembergs Schulen wieder zu Bestleistungen gelangen?</b> – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP . . . . .	393	Abg. Peter Hofelich SPD . . . . .	425
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP . . . . .	393, 406	Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP . . . . .	427
Abg. Sandra Boser GRÜNE . . . . .	395, 407	Abg. Emil Sänze AfD . . . . .	430
Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU . . . . .	396	Abg. Dr. Rainer Podeswa (fraktionslos) . . . . .	430
Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD . . . . .	398, 408	Ministerin Edith Sitzmann . . . . .	432
Abg. Stefan Räßle AfD . . . . .	400	Beschluss . . . . .	436
Abg. Claudia Martin (fraktionslos) . . . . .	403		
Ministerin Dr. Susanne Eisenmann . . . . .	404		
Abg. Dr. Jörg Meuthen (fraktionslos) . . . . .	408		
2. Aktuelle Debatte – <b>Autonomes Fahren und Digitalisierung der Mobilität – Auswirkungen auf das Verkehrssystem der Zukunft</b> – beantragt von der Fraktion GRÜNE . . . . .	409	4. <b>Fragestunde</b> – Drucksache 16/278	
Abg. Dr. Kirsten Lehnig GRÜNE . . . . .	409	4.1 Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – <b>Pilzdruck in ökologisch bewirtschafteten Reblagen</b> . . . . .	438
Abg. Felix Schreiner CDU . . . . .	411	Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP . . . . .	438, 439
Abg. Martin Rivoir SPD . . . . .	413	Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch . . . . .	438, 439, 440
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP . . . . .	415, 421	Abg. Reinhold Pix GRÜNE . . . . .	439
Abg. Bernd Gögel AfD . . . . .	416	Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP . . . . .	440
Abg. Anton Baron (fraktionslos) . . . . .	418	4.2 Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – <b>Grenzüberschreitend eingesetzter nachflugtauglicher Rettungshubschrauber</b> . . . . .	441
Minister Winfried Hermann . . . . .	419	Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP . . . . .	441, 442
3. Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz über die Feststellung eines Dritten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2016</b> – Drucksache 16/240		Minister Thomas Strobl . . . . .	441, 442
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/300. . . . .	421	4.3 Mündliche Anfrage des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – <b>Bildungshaus für drei- bis zehnjährige Kinder</b> . . . . .	442
		Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU . . . . .	442
		Staatssekretär Volker Schebesta . . . . .	442
		4.4 Mündliche Anfrage des Abg. Gernot Gruber SPD – <b>Soforthilfen für besonders stark von Unwetterschäden betroffene Bürgerinnen und Bürger</b> . . . . .	443
		Abg. Gernot Gruber SPD . . . . .	443, 444
		Minister Thomas Strobl . . . . .	443, 444

5. a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – <b>Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes</b> – Drucksache 16/308	Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE . . . . .	466
	Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU . . . . .	467
	Abg. Sascha Binder SPD . . . . .	467
	Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP . . . . .	468
	Abg. Dr. Bernd Grimmer AfD . . . . .	468
	Abg. Dr. Jörg Meuthen (fraktionslos) . . . . .	469
	Minister Klaus-Peter Murawski . . . . .	470
b) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE – <b>Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes</b> – Drucksache 16/334 . . . . .	Beschluss . . . . .	444 471
Abg. Sascha Binder SPD . . . . .		444, 453
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE . . . . .		446
Abg. Thomas Blenke CDU . . . . .		447
Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP . . . . .		449
Abg. Hans Peter Stauch AfD . . . . .		449
Abg. Lars Patrick Berg (fraktionslos) . . . . .		450
Minister Thomas Strobl . . . . .		451
Beschluss . . . . .		453
6. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU – <b>Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg</b> – Drucksache 16/348 . . . . .		453
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE . . . . .		453
Abg. Tobias Wald CDU . . . . .		454
Abg. Rainer Stickelberger SPD . . . . .		454
Abg. Andreas Glück FDP/DVP . . . . .		455
Abg. Emil Sänze AfD . . . . .		457
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) . . . . .		457
Minister Thomas Strobl . . . . .		458
Beschluss . . . . .		459
7. <b>Umbesetzungen im Präsidium</b> . . . . .		459
Beschluss . . . . .		459
8. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 28. Juni 2016 – <b>Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien</b> – Drucksachen 16/219, 16/295 . . . . .		459
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE . . . . .		459
Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU . . . . .		460
Abg. Sascha Binder SPD . . . . .		461
Abg. Nico Weinmann FDP/DVP . . . . .		462
Abg. Dr. Bernd Grimmer AfD . . . . .		463
Abg. Dr. Jörg Meuthen (fraktionslos) . . . . .		464
Minister Klaus-Peter Murawski . . . . .		465
Beschluss . . . . .		466
9. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu		
a) dem Antrag der Landesregierung vom 5. Juli 2016		
b) dem Antrag der Landesregierung vom 12. Juli 2016		
<b>Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen</b> – Drucksachen 16/274 (Geänderte Fassung), 16/307, 16/296 . . . . .		466
	Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE . . . . .	466
	Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU . . . . .	467
	Abg. Sascha Binder SPD . . . . .	467
	Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP . . . . .	468
	Abg. Dr. Bernd Grimmer AfD . . . . .	468
	Abg. Dr. Jörg Meuthen (fraktionslos) . . . . .	469
	Minister Klaus-Peter Murawski . . . . .	470
	Beschluss . . . . .	471
10. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 5. Juli 2016 – <b>Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Bereitstellung audiovisueller Mediendienste im Hinblick auf sich verändernde Marktgegebenheiten</b> – Drucksachen 16/260, 16/302		
11. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Verfassungsgerichtshofs vom 3. März 2016, Az.: 1 GR 21/16 – <b>Normenkontrollverfahren gegen das Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich, soweit es keinen Ausgleich für die Betrauung der Landratsämter mit der Umsetzung von naturschutzrechtlichen Managementplänen vorsieht</b> – Drucksache 16/298		
12. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Verfassungsgerichtshofs vom 12. April 2016, Az.: 1 VB 15/16 – <b>Verfassungsbeschwerde gegen die §§ 10 und 23 des Privatschulgesetzes und Nr. 12 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. f der Vollzugsordnung zum Privatschulgesetz über die Anforderungen an die wissenschaftliche Ausbildung von Lehrkräften an Ersatzschulen</b> – Drucksache 16/299		
13. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 7. Juni 2016 – <b>Information über Verwaltungsabkommensentwürfe; hier: Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern gemäß Artikel 91 b Absatz 1 des Grundgesetzes</b>		
	– zur Förderung von Spitzenforschung an Universitäten – „Exzellenzstrategie“	
	– über ein Programm zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses	
	– zur Förderung des forschungsbasierten Ideen-, Wissens- und Technologietransfers an deutschen Hochschulen – „Innovative Hochschule“	
	Drucksachen 16/62, 16/269	
14. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 13. April 2016 – <b>Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2012 des Rechnungs-</b>		

**hofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 25: Kostenerstattung der Universität Heidelberg an die Klinikum Mannheim GmbH – Drucksachen 15/8116, 16/264**

15. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 3. Juni 2016 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2012 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 28: Württembergische Philharmonie Reutlingen und Stuttgarter Philharmoniker – Drucksachen 16/89, 16/270**
16. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 25. April 2016 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2013 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 17: Kommunalen Straßenbau – Ausbau der Kreisstraße zwischen Rust und Ringsheim – Drucksachen 15/8123, 16/265**
17. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 9. Mai 2016 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2015 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 17: Abwicklung von Fiskalerbschaften – Drucksachen 16/11, 16/267**
18. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 9. Mai 2016 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2015 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Lan-**

**des Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 18: Schwimm- und Sporthalle des Bildungszentrums Schwäbisch Gmünd – Drucksachen 16/10, 16/266**

19. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 17. Juni 2016 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2015 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 20: Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH – Drucksachen 16/165, 16/271**
  20. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau zu der Mitteilung der Landesregierung vom 6. April 2016 – **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Kulturwirtschaft in Baden-Württemberg – Drucksachen 15/8110, 16/225**
  21. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport vom 24. Juni 2016 – **Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Europäischer Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen – Drucksachen 16/217, 16/284**
  22. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 16/304, 16/305, 16/306. . . . . 472
- Gemeinsamer Beschluss zu den Tagesordnungspunkten 10 bis 22 . . . . . 473
- Nächste Sitzung . . . . . 473
- Anlage  
 Vorschlag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der AfD – Umbesetzungen im Präsidium . . . . . 474

## Protokoll

über die 11. Sitzung vom 21. Juli 2016

Beginn: 9:33 Uhr

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 11. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Thomas Axel Palka sowie Herrn Abg. Udo Stein erteilt.

Krankgemeldet ist Herr Abg. Dr. Rainer Balzer.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich ab 14:30 Uhr Herr Ministerpräsident Winfried Kretschmann sowie von 10 bis 13 Uhr Herr Staatssekretär Dr. Andre Baumann, und ganztätig entschuldigt hat sich Frau Staatssekretärin Gisela Erler.

Meine Damen und Herren, unsere Kollegin Frau Dr. Kirsten Lehnig hat mit Schreiben vom 28. Juni 2016 mitgeteilt, dass sie ihr Landtagsmandat mit Ablauf des 4. August 2016 niederlegen wird.

Grund für die Niederlegung des Mandats ist der Umzug von Frau Kollegin Dr. Lehnig und ihrer Familie in ein anderes Bundesland. Durch diesen Umzug verliert Frau Kollegin Dr. Lehnig die Wählbarkeit, weshalb das Landtagsmandat ohnehin erloschen wäre.

Frau Dr. Lehnig gehört dem Landtag seit dem 4. April 2016 an. Sie wurde als Mitglied in den Ständigen Ausschuss und in den Ausschuss für Verkehr sowie in den Richterwahlausschuss und in den Staatsanwaltswahlausschuss gewählt.

Ich danke Ihnen, liebe Frau Kollegin Dr. Lehnig, für Ihre – wenn auch nur kurze – Tätigkeit als Abgeordnete herzlich und wünsche Ihnen und Ihrer Familie für Ihre Zukunft viel Erfolg und alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen und den fraktionslosen Abgeordneten)

Meine Damen und Herren, unter Punkt 3 unserer Tagesordnung ist die Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Feststellung eines Dritten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2016 vorgesehen. Sie sind gemäß § 50 Satz 2 unserer Geschäftsordnung mit dieser Fristverkürzung zwischen Zweiter und Dritter Beratung des Gesetzentwurfs einverstanden. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Damit treten wir in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Nach dem VERA-Schock – wie können wir in Baden-Württembergs Schulen wieder zu Bestleis-**

**tungen gelangen? – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtrededzeit von 60 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion und zehn Minuten für den Zusammenschluss fraktionsloser Abgeordneter zur Verfügung. Ich darf die Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Kern das Wort.

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kurz vor der Landtagswahl muss der Ministerpräsident eine Vorahnung gehabt haben, wie die VERA-Vergleichsarbeiten in Baden-Württemberg ausfallen würden. So heißt es in einem Bericht der „Bietigheimer Zeitung“ vom 5. Februar 2016 über eine Podiumsdiskussion – ich zitiere –:

*Kretschmann gesteht ein, dass man (Warminski-Leitheußer) in der Bildungspolitik nicht alles richtig gemacht habe. Die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung wäre besser am Ende der Reform geschehen. „So hat es manches erschwert“, resümiert der Regierungschef, ohne seine Anspielung näher zu begründen.*

Genau um dieses zu verhindern, nämlich die überstürzte und unvorbereitete Abschaffung der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung, redeten die Fraktion der FDP/DVP und damals auch noch die Fraktion der CDU geradezu gebetsmühlenartig auf die grün-rote Regierungsmehrheit ein – vergeblich. Die ideologische Dampfwalze rollte ungerührt über die sorgenvollen Einwände hinweg.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Stattdessen wurde die Gemeinschaftsschule ohne vorangegangenen Modellversuch, ohne Erprobung in der Praxis, ohne Erfahrungen aus anderen Bundesländern einfach ins Schulgesetz hineingeschrieben, als könnte man den Erfolg einer völlig neuen Schulart per Dekret verordnen, und dies auch ohne Bildungsplan, ohne Lehrerfortbildung und ohne Konzept für ihre Aufgabe der Inklusion.

(Dr. Timm Kern)

Zur Erinnerung: Die FDP/DVP-Fraktion hat damals einen Antrag auf Einrichtung eines Modellversuchs für die erste Runde der 42 Gemeinschaftsschulen – samt sorgfältiger Evaluation – gestellt. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie ahnen es: Auch diese Alternative war der grün-roten Koalition kein Nachdenken wert.

Gewarnt haben wir Freien Demokraten damals auch vor der versuchten oder tatsächlichen Demontage von Leistungsanforderungen, und davon legte Grün-Rot eine ganze Serie hin:

Erstens: Die Mindestnote zum Besuch der Klasse 10 der Werkrealschulen wurde gekippt.

Zweitens: Das gilt ebenso für die Mindestnote zum Besuch der zweijährigen Berufsfachschule.

Drittens: Das Sitzenbleiben wurde nicht nur an den Gemeinschaftsschulen abgeschafft, sondern – viertens – auch in der Orientierungsstufe an der Realschule.

Fünftens: Mit dem Papier „Gymnasium 2020“ plante das Kultusministerium Niveauabsenkungen beim Abitur, genauer gesagt: bei der zweiten Fremdsprache und durch ein Prüfungsfach weniger.

Sechstens: Der damalige Kultusminister brachte sogar eine generelle Abschaffung der Noten ins Spiel, nachdem die Gemeinschaftsschule hier schon Vorreiterin ist.

Da aber Noten im Allgemeinen auch für Leistungsrückmeldungen stehen, ging hiervon ein gefährlich missverständliches Signal an junge Menschen aus. Denn die Demontage von Leistungsanforderungen wirkt demotivierend – gerade für diejenigen, deren Eltern eben nicht konsequent ein Auge auf die schulischen Leistungen ihrer Kinder haben können. Diese Schüler geben sich dann der trügerischen Botschaft hin, Leistung werde überschätzt.

Diesen Zusammenhang sollten sich Grüne und Sozialdemokraten einmal bewusst machen, wenn sie Bildungserfolge von der sozialen Herkunft unabhängig machen wollen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, im Grunde wollen Sie den Bildungserfolg nicht von der sozialen Herkunft abkoppeln, sondern sie wollen den Bildungserfolg von der Leistung abkoppeln. Das ist aber etwas anderes.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

Damit erreichen Sie im Grunde genau das Gegenteil von dem, was Sie eigentlich erreichen wollen. Dass nun bei den VERA-Vergleichsarbeiten ein Drittel der Achtklässler mit Ausnahme der Gymnasiasten bei der Rechtschreibung und über die Hälfte in der Mathematik nicht über das Grundschulniveau bzw. den Mindeststandard hinauskommen, ist ein Desaster für ein Land, das seinen Wohlstand dem Können, dem Fleiß und der Leistungsbereitschaft seiner Einwohner verdankt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Ich möchte an dieser Stelle gar nicht behaupten, dass eine Landesregierung allein hierfür die Verantwortung tragen würde, aber fest steht auch: Die vergangenen fünf Jahre unter Grün-Rot waren nicht nur fünf verlorene Jahre, sondern sie

waren fünf Jahre des Rückschritts für die Bildung in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

Grünes Weltverbessern und rotes Herumdilettieren haben wahrlich kein Upgrade für unser Bildungswesen in Baden-Württemberg gebracht,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

und jetzt besteht die Gefahr, dass sich grüner Unwille zur Kursumkehr und schwarze Unfähigkeit zur Veränderung gepaart haben.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

Die CDU-Kultusministerin hat diesem gemeinsamen Kind auch schon einen Namen gegeben: Schulkonsens.

Nun könnte man einwenden, der FDP/DVP müsste ein Schulkonsens doch eigentlich sehr sympathisch sein.

(Zurufe der Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU und Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Schließlich haben wir im Jahr 2014 als bislang einzige Landtagsfraktion ein konkretes Konzept für einen Schulfrieden vorgelegt. Doch unser liberales Schulfriedenskonzept unterscheidet sich ganz wesentlich vom grün-schwarzen Schulkonsens. Darauf gibt der grün-schwarze Koalitionsvertrag auch schon einen Vorgeschmack; ich nenne einige Punkte:

Der grün-schwarze Schulkonsens sucht nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner zwischen Grünen und CDU, anstatt zu prüfen, was für die Verantwortlichen vor Ort die beste Lösung wäre.

Konkretes Beispiel: die Verlängerung des sogenannten G-9-Schulversuchs. Die Grünen wollen sein Auslaufen, die CDU vollständige Wahlfreiheit.

(Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Das ist die Schlechteste aller denkbaren Varianten.

Die FDP/DVP setzt sich nach wie vor dafür ein, dass alle Gymnasien die gleiche Personalausstattung und zugleich die Freiheit erhalten, hieraus acht- oder neunjährige Angebote zu entwickeln.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

Außerdem ist der grün-schwarze Schulkonsens bevormundend. Wäre er freiheitlich, hätten Grüne und CDU sich im Koalitionsvertrag darauf verständigt, zusätzlich zur verpflichtend rhythmisierten auch die offene Ganztagschule mit Unterricht am Vormittag und offenen Angeboten am Nachmittag ins Schulgesetz aufzunehmen. Dann könnte vor Ort das jeweils passende Angebot auch frei gewählt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der AfD und fraktionslosen Abgeordneten – Zuruf: Jawohl!)

(Dr. Timm Kern)

Der grün-schwarze Schulkonsens ist außerdem nicht stabil, weil er Formelkompromisse statt eindeutiger Vereinbarungen enthält. Die CDU feiert sich dafür, dass sie die Zahl der Gemeinschaftsschuloberstufen auf zehn begrenzt hat. Im Koalitionsvertrag aber heißt es, man gehe nicht von mehr als zehn Oberstufen aus. Da ist doch der Konflikt schon programmiert. Die FDP/DVP ist der Auffassung, dass es klarer Rahmenbedingungen bedarf, wenn ein stabiler Schulfrieden auch tatsächlich erreicht werden soll.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

Der grün-schwarze Schulkonsens ist außerdem nicht konsequent am Ziel der Qualität ausgerichtet. Denn sonst hätte der Koalitionsvertrag eben nicht die Unverbindlichkeit der Grundschulempfehlung festgeschrieben, sondern die Entscheidung auf der Grundlage einer fundierten Analyse der Situation an den Schulen getroffen.

Der grün-schwarze Schulkonsens ist schließlich Rosstäuscherei, solange er nur zwischen den Regierungsfractionen geschlossen wird.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Denn bei diesem Schulkonsens haben beide Regierungsfractionen nur ihre jeweiligen bildungspolitischen Vorstellungen angeglichen. Das reicht dann vielleicht für geheime Nebenabreden,

(Heiterkeit des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

aber nicht für einen verlässlichen Rahmen für das Schulwesen in Baden-Württemberg, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

Kurzgefasst: Der grün-schwarze Schulkonsens ist bevormundende Rosstäuscherei, ein Hemmschuh für die Qualität und völlig untauglich für einen stabilen Schulfrieden. Ein echter Schulfrieden muss auf einer breiten Basis stehen und bezieht Regierung wie Opposition ein. Die FDP/DVP will einen überparteilichen Schulfrieden, der Verlässlichkeit und Planbarkeit

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

in der Bildungspolitik über die Dauer von Legislaturperioden hinaus garantiert.

Nachdem die CDU, lieber Kollege Röhm, seinerzeit als einzige im Landtag vertretene Partei eine Teilnahme an Schulfriedensgesprächen verweigerte, hat sie nun als Regierungsfraction eine zweite Chance erhalten. Wir sind gespannt, was die Kultusministerin hierzu heute sagt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Boser.

**Abg. Sandra Boser GRÜNE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie einfach ist doch die Welt von Dr. Kern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ja, ja!)

Nehmen Sie doch einfach einmal Ihre ideologische Brille ab,

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

und schauen Sie sich die VERA-Ergebnisse an. Reden Sie mit den Schulen über die Ergebnisse, und dann werden Sie zu anderen Erkenntnissen kommen als zu dem, was Sie uns hier vorgetragen haben.

(Beifall bei den Grünen)

Ich glaube auch kaum, dass die Schulen im Land jetzt gerade auf einen Schulfrieden warten.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Doch! Dann müssen Sie einmal wieder hinausgehen!)

Die Schulen warten nicht auf den Schulfrieden, sondern sie warten darauf, dass wir sie auch weiterhin bei der Bewältigung ihrer Herausforderungen unterstützen. Dazu stehen wir, und das werden wir auch in Zukunft machen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wenn man sich die VERA-Ergebnisse anschaut, sieht man: Ja, die sind ernüchternd. Sie sind aber für viele auch nicht überraschend.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Denn die Herausforderungen an den Schulen sind sehr groß. Baden-Württemberg lag ja nicht zum ersten Mal nicht an der Spitzenposition in den IQB-Leistungsvergleichen. Ich erinnere an den IQB-Leistungsvergleich im Jahr 2012 in Naturwissenschaften, wo uns das IQB schon damals mit auf den Weg gegeben hat, dass die Leistungsergebnisse in Baden-Württemberg seit dem Jahr 2000 kontinuierlich schlechter werden.

Wir haben uns damals mit den Ergebnissen genau auseinandergesetzt und haben unsere Konsequenzen und die richtigen Schlüsse daraus gezogen – im Gegensatz zu Ihnen, Herr Dr. Kern.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Darum geht es immer weiter abwärts!)

Damals war eines der Ergebnisse, die uns auf den Weg gegeben wurden, beispielsweise der hohe Anteil des fachfremden Unterrichts an den Haupt- und Werkrealschulen. Deswegen haben wir in der letzten Legislatur endlich die regionale Schulentwicklungsplanung eingeführt, die Sie kontinuierlich kritisiert haben, die aber einen großen Beitrag dazu leistet, dass endlich Schulstandorte entstehen, an denen es möglich ist, Lehrerinnen und Lehrer in qualitätsvollem Umfang einzustellen, damit dem fachfremden Unterricht entgegengewirkt werden kann.

Wir haben auf der anderen Seite mit auf den Weg bekommen, dass die Fächerverbände, die im Jahr 2004 eingeführt wur-

(Sandra Boser)

den, einen Teil des Problems darstellen. Wir haben daher mit dem neuen Bildungsplan diese Fächerverbünde in der Mittelstufe abgeschafft, um den Schülerinnen und Schülern in der Mittelstufe mehr Fachlichkeit mit auf den Weg zu geben.

Wir haben auf diese ersten Erkenntnisse reagiert, und wir werden das auch weiterhin tun.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Daher darf man diese VERA-Ergebnisse nicht allein auf die Schularten beziehen. Denn wenn man sich mit Vertretern der Schulen unterhält, dann erkennt man, dass es sehr unterschiedliche Ergebnisse gibt. Wie kann man den Wegfall der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung, den Sie ins Feld führen, auf die VERA-Ergebnisse umlegen?

Die Haupt- und Werkrealschulen, die inzwischen eigentlich mit die homogensten Schularten sind und vom Wegfall der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung her dahin gehend wenig negative Folgen zu erwarten haben, haben mit die schlechtesten Ergebnisse, Herr Dr. Kern. Wie können Sie dann sagen, dass der Wegfall der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung einen Teil des Problems verursacht?

Ihre damalige Analyse, dass an den Gemeinschaftsschulen in der ersten Tranche der überwiegende Anteil aus Kindern mit Haupt- und Werkrealschulempfehlung besteht, stimmt ja zum großen Teil. Sie kommen aber jetzt in den VERA-Ergebnissen an die Ergebnisse der Realschulen heran. Ist es nun schlecht, wenn 60 bis 70 % der Schülerinnen und Schüler mit Werkrealschulempfehlung an den Lernstand der Realschüler herankommen? Ganz im Gegenteil: Dies zeigt, dass der Weg richtig ist. Wir werden ihn auch weiter gehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Gerhard Kleinböck SPD)

Daher haben wir uns in der Koalition darauf geeinigt, dass das Wichtigste, was wir als nächsten Schritt in den nächsten Jahren angehen werden, die Qualität in Schule und Unterricht sein muss. Darauf werden wir uns konzentrieren.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Deshalb werden wir analysieren: Was macht eine gute Schulleitung aus? Sind die Fortbildungen gut angelegt? Welche Bedeutung hat der Schulbau für den Lernerfolg? Welche Auswirkungen kann die Zusammensetzung der Schülerschaft haben? Wie sind die Lernmaterialien?

Wir wollen uns damit auseinandersetzen, und zwar in einem breiten Beteiligungsfeld. Da bringt es nichts, dass sich Parteien über einen Schulkonsens einigen, sondern wir wollen alle an Schule Beteiligten an einen Tisch holen. Im Parlament gibt es sehr gute Möglichkeiten, um dies umzusetzen. Wir brauchen die Lehrerverbände, die Elternverbände und Bildungswissenschaftler an einem Tisch, um zu schauen: Welches sind die notwendigen Konsequenzen, die wir aus VERA ziehen wollen? Dafür wollen wir uns einsetzen, und ich denke, meine Damen und Herren, wir sind auf einem guten Weg.

Es wäre falsch, jetzt irgendwelche Schuldigen zu suchen; denn wir müssen dabei auch die Unterschiedlichkeit von Kindern,

die an die Schulen kommen, berücksichtigen, und wir müssen auch die Eltern stärker in die Erziehungspartnerschaft an den Schulen einbeziehen. Welche Auswirkungen hat der Umgang mit Medien – jeder spricht gerade von „Pokémon GO“ – auf die Schülerinnen und Schüler? Wie kann man die Medienbildung an den Schulen verbessern? Dafür wollen wir uns auch in Zukunft einsetzen, und das bringt auch der neue Bildungsplan mit sich.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Denn mit dem neuen Bildungsplan werden wir ab dem kommenden Schuljahr beispielsweise in der Grundschule die Stunden in Deutsch und Mathematik ausbauen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr sinnvoll!)

Dies bietet eine wichtige Grundlage, gerade für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund, um ihre Deutschkenntnisse zu verfestigen. Wir werden die Medienbildung ab der Grundschule ausbauen, damit die Schülerinnen und Schüler den Umgang mit Medien besser erlernen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sehr gut!)

– Danke, Herr Kollege Salomon. – All dies sind Voraussetzungen, die die Kinder auch in Zukunft brauchen. Sie brauchen einen guten Umgang mit den neuen Medien.

Die Digitalisierung ist ein weiteres Thema, das auf uns zukommt und in das wir auch die Schulen in verstärktem Maße einbinden werden. Deshalb, Herr Kollege Dr. Kern, wäre es wirklich wünschenswert, wenn Sie sich einmal von den ideologischen Debatten der Vergangenheit lösen würden. Nehmen Sie sich die Ergebnisse vor. Schauen Sie sie sich an. Tauschen Sie sich einmal mit Schulen aus, was diese dazu sagen, und dann können wir gemeinsam darüber sprechen, welches die besten Lösungen sind, um die Bildung in Baden-Württemberg auf einen besseren Weg zu bringen. Aber so, wie Sie vorgehen, indem Sie das an einzelnen Punkten festmachen – es tut mir leid –, kann man in diesem Fall nicht vorgehen;

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Thema verfehlt!)

denn es gibt ein großes Ganzes, und wir wollen uns dem Ganzen widmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr gut!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Röhm.

**Abg. Karl-Wilhelm Röhm** CDU: Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich richte den Blick heute ausschließlich nach vorn –

(Lachen bei der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr gut!)

auf den Lehrer. Für uns gilt der Grundsatz: Auf den Lehrer kommt es an.

(Karl-Wilhelm Röhm)

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der AfD und fraktionslosen Abgeordneten – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Ja!)

Er allein entscheidet, was im Unterricht geschieht – Klammer auf: oder auch nicht geschieht; Klammer zu –, und wir, die CDU-Fraktion, vertrauen auf die methodisch-didaktischen Fähigkeiten unserer bestens ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer. Wir lassen ihnen dazu auch die notwendige pädagogische Freiheit. Ihr selbst gewählter Methodenmix sorgt für vielfältige Lernanreize und damit auch für den notwendigen Lernerfolg. Aus diesem Grund rücken wir zusammen mit unserem grünen Koalitionspartner Unterricht und Wissensvermittlung wieder in den Mittelpunkt des Lernorts Schule. Dort gehören sie nach unserem Verständnis auch hin.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Endlich! Jawohl!)

In Baden-Württemberg haben erstmalig alle weiterführenden Schularten an VERA 8 teilgenommen. Die Ergebnisse wurden Anfang des Monats den einzelnen Schularten mitgeteilt. Dies ist für jede einzelne Schule eine außerordentlich wertvolle Rückmeldung zum Leistungsstand ihrer Schülerinnen und Schüler. In der Summe zeigen die Ergebnisse – Frau Kollegin Boser hat es bereits gesagt –, dass in Deutsch, Mathematik, Englisch oder Französisch sehr unterschiedliche Leistungsstände in den verschiedenen Schularten bestehen.

Wir, die CDU-Fraktion, erkennen vor allem in Mathematik und Orthografie mehr als einen deutlichen Handlungsbedarf.

(Zuruf: Absolut!)

Hier gilt es, in der laufenden Legislaturperiode weiterhin die richtigen Schritte einzuleiten. Deshalb werden wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner ein Augenmerk – das ist für uns das Entscheidende – auf die Qualität des Unterrichts richten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Ein wichtiges Fundament hierfür ist unser Koalitionsvertrag.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Welcher?)

Es ist uns mit dem Koalitionsvertrag gelungen, die entscheidenden Grundlagen für den Bildungskonsens in unserem Land zu legen. Kollege Kern, ich bin mir sicher, Sie werden sich alsbald anschließen.

Die Schulstrukturdebatte ist überwunden. Diese Tatsache macht den Weg frei, um die Qualität in den einzelnen Schularten nachhaltig zu stärken.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Höchste Zeit!)

Das ist ein erster und wichtiger Erfolg der grün-schwarzen Landesregierung unter der Kultusministerin Susanne Eisenmann.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Eine neue Ära bricht an!)

Die im Koalitionsvertrag vereinbarten ganz konkreten Maßnahmen zur Lehrerfortbildung, Kollege Rülke, zum Ausbau

der Poolstunden an Realschulen, auch zur Leistungsdifferenzierung in Gemeinschaftsschulen und Realschulen gilt es jetzt gezielt in den jeweils einzelnen Schularten umzusetzen. Damit ermöglichen wir – das ist das, was Sie, Timm Kern, immer gefordert haben; geben Sie es heute einmal zu – einen fruchtbringenden Wettbewerb unter den Schulen im Land, den Sie seit Jahrzehnten fordern.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Jawohl!)

Die Richtung heißt für uns, für Grün-Schwarz: vorwärts für eine bessere Bildung. Das wollen wir in den vor uns liegenden fünf Jahren mit aller Kraft anpacken. Wir sind es dem wirtschaftsstarken Land Baden-Württemberg schuldig, und dazu brauchen wir, meine Damen und Herren, auch ein vernünftiges Miteinander von Eltern, Lehrern und Schülern.

In unserem Koalitionsvertrag haben wir dazu bereits zahlreiche Maßnahmen vereinbart, die wichtig sind. Ich möchte diese in der gebotenen Kürze darlegen. Wir werden bei den Jüngsten beginnen, getreu dem Motto „Auf den Anfang kommt es an“. Dazu streben wir eine schrittweise Umsetzung des Orientierungsplans an. Die erfolgreichen Bildungshäuser für Dreis- bis Zehnjährige bieten unseres Erachtens die besten Voraussetzungen für einen nahtlosen Übergang vom Kindergarten in die Grundschule. Daher legen wir großen Wert auf deren Fortbestand. Wir wollen, dass alle Kinder am Ende ihrer Grundschulzeit wieder verlässlich lesen, schreiben und rechnen können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, Abgeordneten der Grünen und der AfD sowie fraktionslosen Abgeordneten – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Höchste Zeit! – Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

Frau Kollegin Boser hat bereits angesprochen, dass dazu den Fächern Deutsch und Mathematik schrittweise zwei weitere Stunden gewährt werden, welche die Schulen auch ganz dringend brauchen.

Meine Damen und Herren, die Grundschulempfehlung wird zukünftig den weiterführenden Schulen mitgeteilt, und zusammen mit der Lernstandserhebung in Klasse 5 wird es uns gelingen, dass die Qualität auch nach dem Übergang an die weiterführende Schule durch Hilfsmaßnahmen gewährt werden kann.

Aber wir belassen es eben nicht nur beim Übergang, sondern wir wollen die Unterrichtsqualität vor allem auch an den weiterführenden Schulen verbessern. Dazu haben wir bereits Wichtiges auf den Weg gebracht. Ich nenne zwei zusätzliche Stunden für die Klassenstufe 10 in den Pflichtabiturfächern. Des Weiteren haben wir uns darauf geeinigt – dies ist ein klares Zeichen der Leistungsdifferenzierung –, dass den Gymnasien in der Oberstufe – ähnlich wie bereits bei MathePlus – in Deutsch, Mathe und Fremdsprachen zwei weitere Stunden zur Leistungsdifferenzierung gewährt werden.

An den Realschulen – das ist, glaube ich, das allerbeste Beispiel – wird in Zukunft wieder die Chance auf leistungs-differenzierten Unterricht im Sinne der äußeren Differenzierung eröffnet. Damit ist eine passgenaue Förderung möglich. Wir haben vereinbart, dass die Realschulen, die übrigens das höchste Maß an Heterogenität zu bewältigen haben, auch die erforder-

(Karl-Wilhelm Röhm)

derlichen Mittel bekommen, dass sie differenzierte Unterrichtsangebote machen können. Deswegen werden wir bis zum Ende der Legislaturperiode für Gleichheit bei den Poolstunden sorgen: 20 Poolstunden für jeden Realschulzug, wie es auch in der Gemeinschaftsschule der Fall ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP bedient sein Mobiltelefon.)

– Kollege Kern, aufgepasst, nicht nebenher sich mit Medien beschäftigen! Als Schulleiter würde ich Ihnen das Gerät entziehen. Aber das ist eine kleine Nebenbemerkung.

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Er will die Medienkompetenz in der Schule verbessern! – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ich wollte das überprüfen, was Sie sagen!)

– Das hält der Überprüfung jederzeit stand, Kollege Kern.

Auch in der Gemeinschaftsschule – ich finde, das ist ein vernünftiger Kompromiss – eröffnen wir die Möglichkeit, wenn die am Schulleben Beteiligten das wollen, ab Klasse 8 leistungsdifferenziert zu unterrichten.

Lassen Sie uns die Haupt- und Werkrealschulen nicht vergessen, meine Damen und Herren. Ich möchte in Erinnerung rufen, dass sie es waren, die in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die ihnen anvertrauten Kinder hervorragend auf das duale System vorbereitet haben. Deswegen schätzen wir die Arbeit der Haupt- und Werkrealschullehrer weiterhin wert.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen, der SPD und der AfD sowie des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Lassen Sie mich zusammenfassen und noch ein persönliches Wort sagen. VERA 8 ist für uns, für die grün-schwarze Koalition, ein klares und eindeutiges Warnsignal,

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Ein Weckruf!)

das wir deutlich vernommen haben. Jetzt gilt es aber nicht, in gegenseitige Schuldzuweisungen zu verfallen, wie es vielleicht auch das Ziel dieser heutigen Aktuellen Debatte ist. Es gilt vielmehr, gemeinsam die Ärmel hochzukrempeln und die erkennbaren Probleme anzupacken. Es ist nicht mehr die Zeit, über Strukturen zu diskutieren, sondern es gilt, ausschließlich über Qualität von Unterricht zu diskutieren.

Deshalb ist unser Koalitionsvertrag weitsichtig angelegt. Er setzt die richtigen Akzente. An der Qualität unserer Schulen wollen wir den Erfolg unserer grün-schwarzen Bildungspolitik messen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Eine persönliche Schlussbemerkung: Nach mehr als vier Jahrzehnten im Schuldienst unseres Landes darf ich noch ein paar eigene Gedanken aus meiner Schulpraxis darlegen. Entscheidender Gelingensfaktor für guten Unterricht ist die Beziehungsebene zwischen Lehrer und Schüler.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Jawohl!)

Es bedarf des Lobs und Tadels, der Liebe und Geduld sowie einer grundlegenden Herzenswärme des Lehrers.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der FDP/DVP, der AfD und fraktionslosen Abgeordneten – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Ja!)

Ein erfahrener Pädagoge weiß, dass ein Schüler nicht in jeder Lebenslage motivierbar ist oder gar stets motiviert oder wissbegierig zum Unterricht kommt. Deshalb bedarf es der passenden Ansprache und ganz besonders auch der Förderung und Unterstützung der schwachen Schülerinnen und Schüler – nach meiner persönlichen Erfahrung primär in Form extrinsischer Motivation. Ein guter Lehrer zeichnet sich dadurch aus, dass er durch sein pädagogisches Wirken die Schülerinnen und Schüler in seinen Unterricht einbezieht, Wissen vermittelt, Haltungen und auch Kompetenzen vermittelt und stets Herr des Unterrichtsgeschehens ist.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ja!)

Neudeutsch nennt man so etwas Classroom-Management, fast noch schlimmer als Wildtiermanagement.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Wir, die CDU-Landtagsfraktion, wollen in der laufenden Legislaturperiode erreichen, dass die verfügbare Lernzeit wieder effizienter und effektiver genutzt werden kann. Eine Verbesserung der Lernergebnisse ist damit eng verbunden. Dafür, meine Damen und Herren – ich glaube, darin sind wir uns alle einig –, sind nicht nur die Lehrerinnen und Lehrer verantwortlich, sondern auch sorgende und erziehende Eltern und – ich sage das auch deutlich – disziplinierte Schüler, die zu einem guten Lernklima beitragen und den Lernfortschritt ihrer Mitschüler nicht behindern.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Alles gesagt!)

**Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Kollege Röhm, ich gebe zu: Ich konnte eine Träne der Rührung eben fast nicht mehr unterdrücken.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sollten Demut zeigen!)

Ich habe mitgeschrieben: „weiterhin die richtigen Schritte“. Ich darf mich für diese späte Anerkennung der Politik der letzten fünf Jahre bedanken.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

– Jimmy, zuhören!

(Heiterkeit)

Ich habe jetzt auch verstanden, weshalb der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung von der kreidelosen Zeit ge-

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

sprochen hat. Das kann nur daran liegen, dass die CDU so viel von der Kreide weggefuttert hat.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Ich darf noch einen Hinweis geben: Ich glaube, Sie liegen fachlich falsch, wenn Sie sagen, bei Schülern käme es vor allem auf die extrinsische Motivation an.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, bei den Schwachen!)

Es geht gerade um die intrinsische Motivation, darum, dass der Schüler erkennt, dass er für sich selbst etwas leisten muss.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bei allen anderen!)

Wenn Sie dennoch dabei bleiben, dass es vor allem auf die extrinsische Motivation ankommt,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bei Lernschwachen!)

haben Sie Hattie völlig falsch verstanden. Da kann ich Ihnen nur empfehlen: Lesen Sie dort einmal nach, Herr Röhm. Da liegen Sie fachlich falsch.

Aber mir geht es heute gar nicht um Sie. Bei der vollmundigen Überschrift „Nach dem VERA-Schock – wie können wir in Baden-Württembergs Schulen wieder zu Bestleistungen gelangen?“ habe ich mich wirklich gefragt, Kollege Kern –

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP unterhält sich mit Abg. Georg Wacker CDU.)

– Ich muss, glaube ich, einmal warten, bis er mir zuhört.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP unterhält sich weiterhin mit Abg. Georg Wacker CDU.)

– Timm!

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ja! – Heiterkeit – Abg. Nicole Razavi CDU: Das war jetzt extrinsisch motiviert!)

– Genau. – Ich habe mich bei dem von euch gewählten Debattentitel wirklich gefragt: Was kommen denn für Lösungsansätze der FDP/DVP?

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Entweder habe ich es heute mit den Ohren, oder ich habe nichts dazu gehört.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Bei allem Respekt: Wären Sie eine Schallplatte, hätte ich Sie aus dem Schrank genommen, weil ich seit fünf Jahren immer nur die gleiche Leier vernehme; das hilft uns hier nicht weiter.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Stefan Räßle AfD)

Frau Kollegin Boser hat vorhin – das war ja wie in den alten Zeiten – an die IQB-Ländervergleichsstudie 2012/2013 erin-

tert, die gezeigt hat, dass wir da Defizite zu verzeichnen haben. Wir haben eben auch im überkommenen dreigliedrigen System Defizite vorgefunden.

Aber was ich echt zynisch fand, war der Vorwurf, die SPD wolle von der Leistung abkoppeln und das gesamte Soziale völlig ausblenden. Erinnern Sie sich noch an die Bertelsmann-Studie 2010? Erinnern Sie sich noch daran, um was es sich bei den ominösen 131 € gehandelt hat? Das waren die Kosten, die laut Bertelsmann-Studie in Baden-Württemberg pro Elternhaushalt anfallen, sofern Nachhilfe in Anspruch genommen wird. 131 € pro Monat! Da können Sie mir nicht erzählen, dass es keinen Zusammenhang zwischen Leistungserfolg und sozialem Hintergrund bzw. Geldbeutel der Eltern gebe.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Das habe ich doch gar nicht behauptet!)

Da müssen wir rangehen und an nichts anderes.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Unsinn!)

Sie müssen sich auch, wenn Sie sich mit VERA auseinandersetzen –

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Eine typische fulstbleische Verkürzung!)

– Kollege Kern, Sie müssen sich an irgendeiner Stelle mal entscheiden, ob Sie hier den Schulfriedensmann spielen oder das alte Gemeinschaftsschul-Bashing weiter fortführen und den Kreuzritter der Dreigliedrigkeit geben. Wir haben hier nicht ohne Grund diese Reformen durchgeführt, denn dort gibt es Probleme.

Wenn wir uns jetzt einmal die Ergebnisse von VERA genauer anschauen, dann bin ich ja völlig bei Ihnen, dass wir insbesondere in den Bereichen Mathematik und Orthografie die Ergebnisse so nicht stehen lassen können und daran arbeiten müssen.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Kritische Fünfjahresbilanz, Herr Kollege! Ganz kritisch!)

Und es bestätigt uns auch im Nachhinein, dass es richtig war, dass wir da massiv Ressourcen im Bereich der individuellen Förderung bereitgestellt haben.

Ich darf Sie aber auch darauf hinweisen, dass es bei VERA auch bestimmte Fragestellungen gibt. Mich freut ja das Ergebnis der Gymnasien, aber es gibt z. B. keine Aussagen darüber, Kollege Röhm, wie es mit der sogenannten Drop-out-Quote auf dem Weg in die achte Klasse aussieht, wie viele Schüler da möglicherweise herausgefallen sind.

Übrigens stelle ich als Vater fest, dass es an der Schule meiner Söhne ein Drittel Sitzenbleiber von der siebten auf die achte Klasse gibt.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Mannheim!)

Das muss man auch erwähnen. Das ist kein Einzelfall. Da muss man schon genauer hinschauen, insbesondere auch was das Thema „Unterstützungsleistung durch die Eltern“, also Nachhilfe, angeht. Ich behaupte immer noch: Es war eben kein

*(Dr. Stefan Fulst-Blei)*

Zufall, dass das erste Kind, das in der Klasse meines älteren Sohnes sitzengeblieben ist, der Sohn einer alleinerziehenden Mutter war. Diese konnte die Kosten für die Lateinnachhilfe einfach nicht finanzieren. Deswegen mussten wir an diesen Bereich herangehen und müssen wir auch weiterhin verstärkt dort etwas tun.

Im Bereich der Realschulen stellen wir in der Tat fest, dass es dort erhebliche Defizite gibt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Heterogene Schülerschaft!)

Deswegen war es richtig, dass wir in der vorherigen Legislaturperiode für diesen Bereich massiv Mittel bereitgestellt haben. Es ist auch richtig, dass Sie hier im Grunde noch aufstücken. Das entspricht einer Forderung, die wir, die SPD, auch erhoben haben.

Das Ergebnis bei den Hauptschulen ist in der Tat mehr als erschreckend. Ich darf aus dem „Mannheimer Morgen“ zitieren. Direktor Pfeiffenberger – mir bekannt – von der Geschwister-Scholl-Werkrealschule sagt: „Wir merken diesen Leistungsabfall über die letzten Jahre. Ein Riesenproblem ist für uns insbesondere die Erreichbarkeit der Eltern. Dort fehlt sozusagen die nötige Unterstützung.“ Er sagt, sie zu erreichen sei – wörtlich – „sehr, sehr schwierig“. Das ist eine Aufgabe, der wir uns stellen müssen.

Ein Wort noch – das Thema stand jetzt doch nicht im Mittelpunkt, auch nicht beim Kollegen Kern, obwohl ich dies eigentlich erwartet hatte – zum Thema Gemeinschaftsschule. Hierzu ein methodischer Hinweis – das kommt auch in der Studie von Herrn Bohl zur Gemeinschaftsschule zum Ausdruck –: Wir haben bislang noch relativ wenige Studienerfahrungen, was das Thema „Individualisierung im Unterricht“ angeht. Konkret: Ich kann eine Schule eben nicht pauschal beurteilen; ich muss auch schauen, auf welchem Niveau welche Schüler in welcher Zusammensetzung in der Differenzierung von G-, M- oder E-Niveau arbeiten. Das ist von Schule zu Schule unterschiedlich, kann aber auch von Lerngruppe zu Lerngruppe unterschiedlich sein. Wir haben auch die Hinweise bekommen, dass bei VERA 8 bestimmte Qualifikationen, die an der Gemeinschaftsschule verstärkt vermittelt werden – Lernmethodik, Sozialkompetenz, Selbstorganisation –, von dem Test gar nicht erfasst werden können. Da muss man in der Tat schauen: Wo ordnet man die Schule ein?

Noch einmal ein Artikel aus dem „Mannheimer Morgen“. Thilo Engelhardt, Waldparkschule in Heidelberg, hat sinngemäß gesagt: „Vom Start her sind wir gar nicht mal so schlecht, weil man am Anfang eine sehr starke Schülerzusammensetzung mit Hauptschulempfohlenen hatte. Da ist die Gemeinschaftsschule im Verhältnis der Leistungsziffern ganz gut herausgekommen.“ Er selbst sagt, er sei optimistisch, dass sich das weiterhin verbessert.

Summa summarum: Leistungsvergleiche sind zulässig. Man muss wissen, wo sie ihre Grenzen haben. Für uns ist in der Nachfolgezeit interessant, Frau Ministerin: Wie gehen Sie mit den Daten um, wie transparent ist das, wie transparent und wie gut einbezogen sind die beteiligten Schulen, was die Analyse angeht, auch was, daraus abgeleitet, die Zielsetzung durch das Kultusministerium angeht? Es gibt gegenüber der neuen

Kultusspitze bestimmte Vorbehalte. Man fragt: Gibt es dort bestimmte Steuerungspräferenzen – ich drücke es einmal so aus –, wie werden die Daten dort genutzt? Frau Ministerin, ich bin gespannt auf Ihre Ausführungen.

Aber alles in allem – das sage ich auch durchaus in Richtung von Kollegen der Grünen – ist die Botschaft doch diese: Wir dürfen nicht nachlassen in den Anstrengungen, was das Bildungssystem angeht. Bildung kostet vor allem Geld, und Bildung darf eben kein Steinbruch für irgendwelche Sparrunden sein. Es hat mich schon befremdet, dass – wenn ich bei meiner Heimatstadtzeitung bleibe – die neue Finanzministerin Sitzmann im ersten Interview, das ich von ihr gelesen habe, gegenüber dem „Mannheimer Morgen“ ausdrücklich gesagt hat, dass auch der Bildungsetat in die Sparrunden einbezogen wird. Das kann es eben nicht sein. Wir brauchen eher mehr Geld für die Bildung und nicht weniger. Wir werden uns insbesondere bei den Haushaltsberatungen genau ansehen, ob das hier mehr als Lippenbekenntnisse sind, die auch vonseiten der Grünen zum Thema Bildung kommen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion der AfD erteile ich Herrn Abg. Räßple das Wort.

**Abg. Stefan Räßple** AfD: Verehrte Kollegen!

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Das heißt, die Frauen können gehen, oder was?)

Im Jahr 2009 war eine Gruppe von Lehramtsstudenten zum Schulpraktikum in einer siebten Klasse bei Freiburg zu einer Lehrprobe. Ein Student führte an diesem Tag den Unterricht und wurde von einem Professor der Pädagogischen Hochschule beim Unterrichten beobachtet. Es war in Gemeinschaftskunde, und der Student zeigte den Kindern ein Bild. Auf dem Bild stand „Happy Independence Day“. Eine Schülerin fragte den Lehrer: „Was heißt jetzt ‚happy‘?“ Der Lehrer sagte: „Das weißt du doch.“ Die Schülerin hat sich ein bisschen erschrocken: „Nee, das weiß ich nicht, sonst hätte ich ja nicht gefragt.“ Der Lehrer hat gesagt: „Das weißt du.“ Die Schülerin hat gesagt: „Nein, das weiß ich nicht.“ Der Lehrer hat gesagt: „Das weißt du.“ Die Schülerin hat wieder gesagt: „Nein, das weiß ich nicht.“ Dann hat der Lehrer gefragt: „Worin kommt ‚happy‘ noch vor?“

(Abg. Thomas Blenke CDU: So bekommt man fünf Minuten auch rum!)

Dann sagte die Schülerin: „Happy Birthday.“ Dann hat der Lehrer gefragt: „Ja, und, was heißt ‚happy‘?“ Sagte die Schülerin: „Ah,“ – dann hat es bei ihr Klick gemacht – „fröhlich.“

Das Kind ist in diesem Moment zwei Zentimeter gewachsen, weil dieses Wissen aus ihr heraus gekommen ist. Nicht der Lehrer hat es ihr gesagt, sondern das Kind hat es selbst entwickelt.

Was ist am Ende dieses Tages passiert? Die Studenten kamen zusammen, der Hochschullehrer, der Professor hat das evaluiert und hat gesagt: „Sie, Herr Lehramtsanwärter, sind jetzt durch das Praktikum gefallen; denn so, wie Sie das Kind vor

(Stefan Räßle)

der gesamten Klasse bloßgestellt haben, das geht überhaupt nicht. Und solche Lehrer können wir nicht brauchen.“

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Meine Damen und Herren, dieser Student hat alles richtig gemacht. Das „Fördern durch Fordern“ von gestern hat er 1 : 1 umgesetzt, ein richtiger pädagogischer Ansatz. Was ist passiert? Er ist deshalb durchgefallen, weil er das Richtige getan hat.

Ja, wenn man in Baden-Württemberg denn das Fordern jetzt nur zuliebe! Aber wie ist es denn in unseren Hochschulen? Was wird den jungen Lehrern an unseren Hochschulen beigebracht? Diese Gutmenschenpädagogik, dieser Relativismus, die Krankheit des Zeitgeistes seit 1968,

(Lachen und Widerspruch bei Abgeordneten der Grünen)

diese Laissez-faire-Pädagogik – einfach machen lassen, die Kinder selbst darüber entscheiden lassen –, das ist die Seuche unseres Bildungssystems.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Im Namen einer völlig falsch verstandenen Toleranz und Antidiskriminierung lassen linksgrüne Bildungsideologen die Kinder sukzessive geistig und moralisch verwahrlosen.

(Beifall des Abg. Dr. Heiner Merz AfD – Vereinzelt Lachen)

Grenzen werden den Kindern überhaupt nicht mehr aufgezeigt, Regeln gibt es nicht mehr, und wenn es doch einmal Regeln gibt, hat kaum ein Lehrer noch die Zeit oder ist konsequent genug, um diese Regeln auch wirklich durchzusetzen. Wie sollen sie es auch, wenn schon im Studium die guten Lehrer, die strengen Lehrer, die konsequenten Lehrer plötzlich ausgeschlossen werden? Weg.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Setzen, Sechs!)

Wie kann es sein, dass Hochschulprofessoren selbst so grauenhaft schlechte Pädagogen sind und die fähigsten Studenten durch das Praktikum fliegen lassen? Wie kann das sein?

Ich fordere Kultusministerin Eisenmann und Wissenschaftsministerin Bauer – in Abwesenheit; schade, dass sie heute nicht da ist; denn zur Lehrerbildung gehört auch die Wissenschaft dazu – auf, endlich eine Positivauslese unter den Lehramtsstudenten vorzusehen. Ich fordere Sie dazu auf. Gestalten Sie die Rahmenbedingungen des Studiums so, dass für die Kinder die Besten und die Leistungsfähigsten

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

für den Lehrerberuf ausgebildet werden

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

und nicht diejenigen Studenten, die am besten auswendig lernen und wieder vergessen können und Ihre linksgrüne Ideologie am besten reproduzieren können.

(Lachen des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Diese Leute sind nicht die besten Lehrer. Wir haben sehr gute Leute, und die müssen wir finden, aufspüren und an unseren Hochschulen professionell ausbilden.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Rainer Hinderer SPD)

Ich sehe das nämlich genauso wie Herr Röhm,

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Nein, nein, nein! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Davor muss man Kollegen Röhm schützen!)

nämlich dass jeder – – „Auf die Lehrer kommt es an.“ Was machen Sie? Statt die Lehrerbildung zu verbessern, führen Sie nun auch noch Bachelor und Master ein. Geht es eigentlich noch, liebe Kollegen? Geht es noch?

(Heiterkeit der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Jetzt zum Wintersemester gibt es beim Lehramtsstudium Bachelor und Master. In anderen Bundesländern wurde diese Irrlehre schon wieder abgeschafft. Was machen Sie? Sie führen es neuerdings ein.

Das Ergebnis haben wir ja jetzt schon präsentiert bekommen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das hat doch aber mit Bachelor und Master gar nichts zu tun!)

– Das hat richtig etwas mit Bachelor und Master zu tun.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Die Leute sind noch gar nicht an den Schulen!)

Das werde ich Ihnen in einer anderen Sitzung, wenn es darum geht, noch erklären.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Die einschneidendste Irrlehre, praktisch die Mutter aller Irrlehren,

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Was?)

sind die Irrlehren, die aus der Erziehungswissenschaft und der Didaktik über Ihre GEW-Leute dort produziert werden.

(Zuruf von den Grünen: Implementiert!)

– Produziert werden. Das wird dort einfach erfunden;

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

das sind irgendwelche sinnlosen Irrlehren, die unter dem Begriff „Neue Lernkultur“ subsumiert werden. „Neue Lernkultur“ – diese im Spannungsverhältnis zwischen Konstruktivismus und Kognitivismus verlaufende Irrlehre bedeutet in der praktischen Umsetzung: absolut keine Regeln mehr. Es ist eine Kultur, die Kinder in einer grenzenlosen Entscheidungsfreiheit restlos überfordert.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Die Kinder sind mit dieser neuen Lernkultur restlos überfordert.

(Stefan Räßle)

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Setzen Sie sich mit den Forschungsergebnissen auseinander! Ein bisschen mehr Substanz!)

– Die Forschungsergebnisse sind genau das richtige Thema. Denn das wird von diesen linksgrünen Professoren an den Universitäten auf Papier gerotzt.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE – Weitere Zurufe)

Eine Unterirrtlehre der großen Irrlehre „Neue Lernkultur“ ist das Schreiben nach Gehör.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Ich bitte Sie, was passiert da an diesen Hochschulen? Das ist jene Ideologie, nach der Grundschulkindern plötzlich nicht mehr beigebracht werden soll, wie man richtig schreibt. Die Kinder dürfen Vater „Fata“ – F-a-t-a – und Mutter „Muta“ schreiben. Der Lehrer ist angehalten, das zwei Jahre lang nicht zu korrigieren. Und dann wundern Sie sich bei den VERA-Ergebnissen über grassierende Lese- und Rechtschreibschwächen. Leute, haben Sie wirklich noch ein Gehirn?

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Hei! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Im Gegensatz zu Ihnen sehr wohl! Wann waren Sie denn das letzte Mal in der Schule? Ich lasse mir nicht bieten, was Sie hier machen! – Weitere Zurufe)

Den Kindern nicht beizubringen, wie man richtig schreibt, und sich hinterher zu wundern – ...

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Moment!

**Abg. Stefan Räßle** AfD: ... das ist für mich hirnlose Politik.

(Beifall des Abg. Hans Peter Stauch AfD)

Ich kann es nicht anders beschreiben.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Unglaublich! – Abg. Sabine Wölfle SPD: Eine Unverschämtheit! – Abg. Sandra Boser GRÜNE: Ihre Kollegen lachen Sie nur aus! – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD – Weitere Zurufe – Unruhe)

– Das hören Sie nicht gern. Wenn Ihnen das nicht passt, sollten Sie einmal um den Block herumgehen; dann geht es Ihnen wieder besser.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Bitte? – Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Ich darf um Ruhe bitten! – Herr Abgeordneter, hören Sie bitte mit pauschalen Beleidigungen auf. Sie können nicht unterstellen, dass hier niemand ein Gehirn hat.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Doch, einer! – Weitere Zurufe)

– Ich darf um Ruhe bitten! – Fahren Sie fort.

**Abg. Stefan Räßle** AfD: Was haben wir an Alternativen? Wir sind die Alternative.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ja, ja! – Unruhe)

Sie können froh sein, dass wir hier sind. Und die Bürger können noch viel froher sein, dass es die AfD endlich gibt, weil wir die Alternativen haben.

Was ist die Lösung?

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Vorschlag!)

Was für Lösungen hat die SPD? Mehr Sozialpädagogen – sehr gut. Was haben die Grünen für Lösungen? Mehr Ritalin – wunderbar. Was hat die FDP/DVP für Lösungen? Sie hat gar keine Lösungen; das haben wir auch gehört. Herr Röhm hat die Lösung, aber die CDU setzt sie trotz ihrer Regierungsverantwortung leider nicht um.

Wir müssen an die Qualität der Lehrerausbildung gehen, so wie Sie es gesagt haben. In Ihrer Rede kam aber nichts dazu.

Gestern ging es, Frau Hoffmeister-Kraut – in Abwesenheit –, um ein exzellentes duales Ausbildungssystem. Aus den Reihen der CDU kam sogar der Hinweis auf die vorbildlichen dualen Studiengänge, in denen die duale Ausbildung ins Studium integriert ist.

Warum schaffen wir in Baden-Württemberg nicht einfach ein duales Lehramtsstudium mit 50 % Theorie und 50 % Praxis? Wo ist das Problem? Das ist ein Erfolgskonzept, das weltweit anerkannt ist.

Die fruchtbare Verbindung von Theorie und Praxis entwickelt eine unvorstellbare Macht. Das frühe Heranführen an die Praxis ist für jeden jungen Lehrer, für jeden jungen Studenten ein wichtiges Element.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Das Austesten und die Früherkennung in der Praxis, ob der Beruf des Lehrers im konkreten Fall der Traumberuf ist, wird dazu führen, dass es hier von allein zu einer Aussortierung kommt. Wenn die Leute zunächst fünf Jahre studieren, bevor sie ins kalte Wasser geworfen werden, ist ihre Ausbildung einerseits teuer, und andererseits ziehen diese Leute ihr Studium irgendwie durch und werden Lehrer, obwohl das vielleicht gar nicht ihrer innersten Überzeugung entspricht, nicht ihr Traumberuf und schon gar nicht ihre Berufung ist.

Der Leistungsgedanke wird bei diesem Modell ebenfalls berücksichtigt, weil Theorie und Praxis dann im Wettbewerb miteinander stehen. Die Studenten profitieren von der Praxis, weil sie das theoretische Wissen aus der Universität sogleich in der Praxis ausprobieren können. Die Theorie, die an den Universitäten gelehrt wird, Frau Ministerin Bauer – in Abwesenheit –, wird durch die Praxis befruchtet, die die Studenten sukzessive in die Universitäten einbringen.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Jesses!)

Das ist ein wunderbares Prinzip. Dann gäbe es keine teure Universitätsausbildung ohne Gegenwert. Die Lehrer könnten im Unterricht sofort unterstützend tätig sein. Es gäbe weniger

(Stefan Räßle)

Unterrichtsausfall. Die Studenten verdienen im Studium Geld; das BAföG entfiel.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das BAföG entfällt? Das ist hochinteressant!)

Das Land sparte Geld durch die günstigen Lehrer in Form von Azubis; Lohnkosten in Milliardenhöhe entfielen. Das Land sparte Geld durch die Entbürokratisierung, wenn man die Ministerien für Wissenschaft und Kultus zusammenlegen würde.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das haben Sie alles durchgerechnet?)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Abg. Stefan Räßle** AfD: Ich komme zum Schluss. – Und die Schüler profitierten – das ist das Allerwichtigste – durch eine höhere Qualität der Lehre. Mit einem solchen dualen Lehramtsstudium wäre Baden-Württemberg in kürzester Zeit das Vorzeigeland in Deutschland.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Mein Gott!)

Setzen Sie das duale Lehramtsstudium um, und die Kinder in unserem Land werden dann endlich wieder die besten Schulleistungen erzielen.

Danke.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für den Zusammenschluss der fraktionslosen Abgeordneten erteile ich Frau Abg. Martin das Wort.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: AfD Teil 2! – Gegenruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE: Und dann kommt noch Teil 3! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: So viel zum Thema Fraktionsvermehrung! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Der geistige Führer kommt! – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

**Abg. Claudia Martin** (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Stellen Sie sich vor, Sie nehmen einen Hammer und schlagen mit voller Wucht auf Ihre Hand. Würden Sie sich wundern, wenn das wehtut? Sicherlich nicht. Umso mehr wundert es mich, dass manche die Ergebnisse des VERA-8-Leistungsvergleichs als Schock bezeichnen.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Wer sich mit dem baden-württembergischen Bildungswesen ausführlich beschäftigt hat, der hat nichts anderes erwartet.

Bildungsland Baden-Württemberg: Viele Jahre zeichnete genau das unser Land aus. Doch wir haben uns darauf ausgegürtet, und Fehlentscheidungen in der Politik führten dazu, dass uns andere Bundesländer um Längen überholten. „Gravierende Mängel“ lautet das Urteil zu grundlegenden Fähigkeiten wie Schreiben und Rechnen. Als „unteres Mittelmaß“ beschreibt es die Kultusministerin. Ist das die Erwartung an die

Zukunft unseres Landes? Man erntet, was man sät. So zeigt sich nun, was der grün-rote Irrsinn der Gemeinschaftsschule erreicht hat. Schüler werden in ein Mittelmaß gezwängt, bei dem die Schwachen überfordert und die Leistungsstarken unterfordert sind.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD)

Es kann nicht unser Ziel sein, einen grauen Einheitsbrei aus mittelmäßigen Schülern zu züchten.

Im Koalitionsvertrag von 2011 hieß es noch:

*Unsere bildungspolitischen Ziele lassen sich in der Gemeinschaftsschule für alle Kinder bis Klasse 10 am besten erreichen.*

Zur Frage, ob dies tatsächlich erreicht wurde, heißt es nun im Regierungsprogramm der CDU, also dem aktuellen Koalitionspartner der Grünen:

*Durch die ideologisch geprägte, völlig übereilte und nicht durchdachte Einführung der Gemeinschaftsschule sowie die überhastete Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung hat Grün-Rot die Axt an unser erfolgreiches, differenziertes Schulsystem gelegt.*

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und der AfD)

Lehrerinnen und Lehrer stellen mehr und mehr fest, dass viele Schülerinnen und Schüler dem Unterricht nicht mehr folgen können.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Die CDU verkauft ihr Tafelsilber!)

Frau Eisenmann, Sie fragen sich zu Recht, ob die sehr leistungsheterogenen Gruppen in den Gemeinschaftsschulen wirklich der richtige Ansatz sind. Doch diese Erkenntnis kommt zu spät. So haben Sie doch im grün-schwarzen Koalitionsvertrag Folgendes beschlossen:

*Die Gemeinschaftsschulen werden weiter nach ihrem pädagogischen Konzept arbeiten.*

Doch was bedeuten die Ergebnisse der VERA-8-Studie für Gymnasien? Immerhin bereiten die dem Gymnasium vorgehaltenen Schulen den Weg zum Abitur und zum Studium.

*Die hohe Qualität des baden-württembergischen Abiturs und die Studierfähigkeit der Studenten müssen gesichert werden,*

heißt es weiter im Regierungsprogramm der CDU. Ein lobenswerter Gedanke, sind doch die baden-württembergischen Gymnasien im bundesweiten Vergleich weiterhin an der Spitze.

Auf den ersten Blick erweckt der Koalitionsvertrag den Eindruck, als hätte die CDU ihr Ziel erreicht. Die Gymnasien werden hier als „tragende Säule der Schullandschaft in Baden-Württemberg“ bezeichnet – nichts als leere Worte. Denn wer genauer hinschaut, der stellt schnell fest, dass überall dort, wo die Gemeinschaftsschule eine Mindestschülerzahl von 60 erreicht, der Einrichtung einer Oberstufe nichts im Wege steht.

(Claudia Martin)

Das bedeutet, dass mittelfristig das Gymnasium, das die erfolgreichste Schulart unseres Bundeslands ist, der Gemeinschaftsschule weichen soll. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, kann und darf nicht sein. Wenn Ihnen auch nur annähernd an der Einhaltung Ihres Wahlversprechens liegt, dann setzen Sie sich weiterhin nur für das dreigliedrige Schulsystem ein.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD)

Der Koalitionsvertrag ist angeblich mit schwarzer Tinte geschrieben. Doch was nützt ein Koalitionsvertrag zum Thema Bildung, wenn kurz vor den Koalitionsverhandlungen die alte Regierung einen Bildungsplan durchdrückt, der den Plänen des neuen Koalitionspartners keine Chancen lässt?

Wir brauchen keinen grünen Bildungsplan, der den Kindern die Zukunft verbaut. Darum: Nehmen Sie, Frau Ministerin Eisenmann, die Ergebnisse des VERA-8-Vergleichs zum Anlass, endlich im Bildungsbereich die schwarze Tinte wirklich aus der Schublade zu holen, oder verwenden Sie am besten gleich die blaue.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD)

Dass die SPD Gemeinschaftsschulen befürwortet, ist spätestens seit gestern verständlich. Würde es nämlich nur Gemeinschaftsschulen geben, dann hätte Frau Hinz ihren Lebenslauf vielleicht nicht fälschen müssen.

(Heiterkeit und Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD – Abg. Reinhold Gall SPD: Wie billig!)

Wir, die AfD, sprechen uns in unserem Landtagswahlprogramm für ein Ende der staatlichen Bevorzugung der Gemeinschaftsschule und für die Bewahrung des bewährten dreigliedrigen Schulsystems aus.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Und für die Abschaffung der Schulpflicht!)

Lassen Sie die Kinder keine Opfer eines fahrlässigen Bildungsexperiments werden. Baden-Württemberg war Spitze in der Bildung. Sorgen Sie dafür, dass es wieder so sein wird.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Jawohl!)

Das sind wir den Kindern in unserem Land schuldig.

Vielen Dank.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Ministerin Dr. Eisenmann.

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Grundsätzlich waren wir uns, glaube ich, insgesamt einig, dass uns die Ergebnisse, die wir in den VERA-8-Untersuchungen vorgefunden haben, definitiv nicht zufriedenstellen können.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

– Herr Kern, es freut mich, dass Sie hier so intensiv klatschen. Allerdings konnte ich nicht vernehmen, welche Erkenntnisse Sie aus der Untersuchung ziehen, außer, dass die Erkenntnisse, die wir aus ihr ziehen, falsch seien.

Das Nicht-Zufriedenstellen ist das eine. Es besteht jedoch auch kein Grund zur Panik. Aber klar ist – Frau Boser, Sie haben es bereits angesprochen; auch so viel gehört zur Wahrheit –, dass sich die Ergebnisse im Bereich der Qualitätsanalyse in Baden-Württemberg zunehmend und Schritt für Schritt verschlechtern haben.

Wir haben im Übrigen auch im Gymnasialbereich, der im VERA-8-Vergleich sehr gut dasteht, die Erkenntnisse ziehen können, dass andere Bundesländer durchaus qualitativ zulegen und wir auf unserem Niveau verharren. Auch dies muss in einer ehrlichen Analyse festgehalten werden. Daraus wird aber auch deutlich, dass wir auch im Bereich der Gymnasien künftig schauen müssen, wie wir dort die Qualität halten können.

Über die Begrifflichkeiten „Schulkonsens“ und „Schulfrieden“ lässt sich streiten, Herr Kern. Ich glaube jedoch, dass deutlich wird, was damit gemeint ist, nämlich, dass wir uns nicht weiter über ideologische Schulstrukturen austauschen und erfreuen – oder auch nicht erfreuen –, sondern dass es darum geht, welcher Inhalt mit welcher Qualität in den einzelnen Schularten vermittelt wird.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie des Abg. Dr. Heinrich Kuhn [fraktionslos])

Lassen Sie mich ein klares Bekenntnis zum leistungsstarken Bildungssystem abgeben. Die Vergleiche können Sie von Finnland über Asien oder auch in anderen Ländern vornehmen. Eine Gemeinsamkeit werden Sie finden, nämlich ein klares Bekenntnis zu leistungsbezogenen Standards auf der einen Seite und Verlässlichkeit und Behutsamkeit in der Weiterentwicklung der Strukturen auf der anderen Seite.

Dazu kommt – daran müssen wir auch alle gemeinsam gesellschaftlich noch arbeiten – eine hohe Wertschätzung von Politik und Bevölkerung für die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer und den Lehrerberuf an sich.

Deshalb kann ich Ihnen nur sagen, Herr Räßle: Das, was Sie heute den Lehrerinnen und Lehrern unterstellt haben – sie hätten nicht die richtige Qualität und richtige Motivation –, finde ich ungeheuerlich. Ich schätze die Arbeit unserer Lehrerinnen und Lehrer sehr. Sie geben sich in einer immer schwieriger werdenden Zeit sehr viel Mühe. Deshalb kann ich Ihnen nur sagen: Auf Lehrern „rumzuhauen“ hat uns noch nie weitergeführt. Dies trägt auch zu keiner qualifizierten inhaltlichen Debatte bei.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Bei diesem Thema den Fokus auf die Qualität von Bildung zu richten ist die Grundaussage der grün-schwarzen Landesregierung und des Koalitionsvertrags. Meine große Hoffnung ist, dass wir parteiübergreifend darüber streiten mögen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

wie wir diese Qualität in den einzelnen Schularten darstellen, uns aber darauf verständigen, dass wir eben keine Schulstrukturdebatten benötigen, sondern uns vor Augen führen müssen, was in einem Haus tatsächlich unterrichtet wird und mit welchem Erfolg.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So machen wir es!)

Welche Lehren können wir aus VERA 8 ziehen? Was die Sprachen anbetrifft, stehen wir traditionell nach wie vor sehr gut da. Wir haben z. B. im Bereich der deutschen Orthografie ein ganz zentrales Problem. Außerhalb der Gymnasien klaffen die Ergebnisse der Schularten hier sehr weit auseinander. Deshalb müssen wir uns und werden wir uns – es wurde bereits in verschiedenen Beiträgen angesprochen – der Themen Rechtschreibung und „Erlernen von Mathematik“ – von Rechnen – in der Grundschule annehmen.

Dort wird die Basis insgesamt gelegt. Ich muss Ihnen schon eines sagen: Insgesamt ist es gut, was in den Grundschulen alles an zusätzlichen Erwartungen definiert wird. Ich lese zunehmend über Medienkompetenz und Programmierung, lese davon, dass man jetzt an den Grundschulen programmieren lernen muss. Wunderbar. Mir ist in Bezug auf die Grundschulen nur eines wichtig – dies zeigt VERA 8 auch –: Bevor man programmieren lernt, wäre es mir persönlich wichtiger, wenn die Schüler lesen, schreiben und rechnen könnten,

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der FDP/DVP, der AfD und den fraktionslosen Abgeordneten)

weil für eine gute Präsentation, eine souveräne Präsentation am interaktiven Whiteboard eben auch die richtige Rechtschreibung wichtig ist.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Und leserlich schreiben, das wäre auch einmal gut! – Gegenruf: Wahnsinn! – Oh-Rufe)

– Konzentrieren wir uns jetzt einmal auf das Wesentliche.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD – Heiterkeit – Zuruf: Genau!)

Für das Thema Rechtschreibung im Bereich der Grundschule besteht bereits eine Rechtsverordnung, die schon in der vergangenen Legislaturperiode in Kraft getreten ist. Darin geht es darum, wie Rechtschreibung in Grundschulen erlernt wird.

Es gibt verschiedene Methoden – es wurde angesprochen: Schreiben nach Hören –, und es gibt verschiedene Konzepte.

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Mir geht es nicht darum, den Druck auf die Kinder insgesamt zu erhöhen; er ist aus verschiedenen Gründen ohnehin schon sehr hoch. Aber ich glaube sehr wohl, dass Kompetenzen im Lesen, Schreiben und Rechnen das sind, was in Klasse 4 in der Grundschule erreicht sein muss.

Ich glaube nicht, dass die Sekundarstufe I dazu da ist, die Mängel, die in diesem Bereich entstanden sind, zu beheben. Denn die Sekundarstufe I hat andere Inhalte.

Wir werden uns diese anschauen. Wir werden die Lehrerinnen und Lehrer sehr konkret darin unterstützen, dieses Ver-

mögen durch gezielte Konzepte an die Kinder heranzubringen. Ich glaube, dass es manchmal besser ist, auf das eine oder andere Konzept zu verzichten und sich darauf zu konzentrieren, was insgesamt tatsächlich die Zielsetzung ist.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Frau Ministerin, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Dr. Baum zu?

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann:** Selbstverständlich.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Bitte.

**Abg. Dr. Christina Baum** AfD: Vielen Dank. – Frau Ministerin, meinen Sie wirklich, dass es Kindern, die einmal das Schreiben nach Gehör gelernt haben, es also falsch gelernt haben, später leichter fällt, es richtig zu tun?

**Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Susanne Eisenmann:** Wenn Sie mir zugehört hätten,

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

wüssten Sie, dass ich eben sagte, dass es Konzepte in der Grundschule gibt, die wir überprüfen werden. Dass das Schreiben nach Hören ein Konzept davon ist, ist allgemein bekannt.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Gescheitert!)

Es gibt auch noch andere Konzepte, und wir schauen uns diese an. Das war eben meine grundsätzliche Aussage. Wir können Kindern in den Klassen 1 und 2 nicht etwas vermitteln, wenn in den Klassen 3 und 4 andere Ansprüche erhoben werden. Diese Einschätzung teile ich.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Danke schön!)

– Schön, dass wir da einer Meinung sind.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Endlich eine Kultusministerin, die es erkannt hat!)

Das Zweite, was uns Sorgen machen muss, ist das Thema „Mathematik, Rechnen“. Man muss auch sagen, dass dabei die Ergebnisse gerade in der Werkrealschule – es wurde schon angesprochen – schlichtweg nicht gut, vielmehr beängstigend schlecht sind. Nach dem Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung ist die Übertrittsquote auf die Werkrealschule von ehemals 24 % auf nunmehr 16 % eingebrochen. Momentan sind in der Gesamtschau noch rund 6 % der Schülerinnen und Schüler auf Werkrealschulen. Das führt dazu, dass die Schülerinnen und Schüler dort ein deutlich niedrigeres Leistungsniveau haben, die Klassen relativ klein sind und dadurch auch das Problem besteht, dass fachfremder Unterricht erteilt werden muss. Das haben Sie verschiedentlich zu Recht angesprochen.

Wir müssen uns anschauen, wie wir bei den Werkrealschulen, aber auch – meine sehr geehrten Damen und Herren, auch das gehört zu einer ehrlichen Diskussion – bei den Gemeinschaftsschulen gerade im Bereich Mathematik die Ergebnisse, die einen nicht zufriedenstellen können, insgesamt verbessern können.

Ich glaube, dass es da Möglichkeiten und Zielsetzungen gibt. Auch dies ist im Koalitionsvertrag verankert, nämlich die

(Ministerin Dr. Susanne Eisenmann)

Überarbeitung und die Bewertung dessen, wie wir dies in den Schularten verlässlich und behutsam, aber zielorientiert bezogen auf die Qualität deutlich weiterentwickeln können. Wir müssen dort nachjustieren, wo es notwendig ist, um den Leistungserfolg der Kinder und Jugendlichen zu ermöglichen.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Tosender Applaus bei den Grünen!)

Lassen Sie mich noch eines sagen – auch dies als klares Bekenntnis –: Leistungsnachweise sind keine Schande.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der FDP/DVP und der AfD)

Der Sinn der Schule ist, dass Schülerinnen und Schüler dort etwas lernen. Natürlich darf man nicht alles völlig überhöhen und muss man auch bei Eltern werben, nicht alles, was an Noten hängt, in den Mittelpunkt zu stellen. Aber insgesamt brauchen wir Leistungsnachweise, um zu wissen, wo die Kinder und Jugendlichen stehen, welche Perspektiven sie haben und wo wir nacharbeiten und unterstützen müssen.

Herr Röhm, auch das ist ein Thema, das wir angehen werden – Sie haben es angesprochen –: Auf den Lehrer kommt es an. Das stimmt. Wir müssen ihn begleiten und unterstützen. Das werden wir tun. Wir werden deshalb unter dem Gesichtspunkt der Fachlichkeit die Lehrerausbildung kritisch überprüfen, um zu erreichen, dass der Unterricht verbessert wird und die fachlichen und fachdidaktischen Kompetenzen der Lehrerinnen und Lehrer weiter gestärkt werden.

Es ist schwierig. Die Heterogenität der Schülerschaft ist längst in allen Schularten ein Thema. Ganz besonders stark – das wissen wir – gilt das für Gemeinschaftsschulen, es gilt aber in gleichem Maß für Realschulen. Deshalb ist der Weg – das wurde angesprochen; es läuft nun einmal viel über zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer –, die Realschulen zu stärken, indem dort zusätzliche Deputate zur Verfügung gestellt werden, richtig. Wir werden das entsprechend für den Haushalt 2017 anmelden, um dort dann auch beginnen zu können.

Sie entscheiden heute bei der Zweiten und Dritten Beratung des Dritten Nachtrags für 2016 über die Bereitstellung zusätzlicher Deputatsstunden für die Grundschulen und die Gymnasien. Das ist gerade auch im Grundschulbereich dringend notwendig, weil diese Stunden dort genau in die Bereiche Deutsch und Mathematik gehen sollen. Auch dies geht in die richtige Richtung.

Wir müssen weiter daran arbeiten, wie wir die Qualität entwickeln können, wie wir die Lehrerinnen- und Lehrerausbildung auch begleitend hinsichtlich der Frage: „Was wird mit welcher Qualität in den einzelnen Fächern gemacht?“ unterstützen können. Dieses betrifft natürlich die Grundschule, aber auch insgesamt alle weiterführenden Schulen. Da gibt es Aufgabenstellungen, denen wir uns stellen wollen.

Herr Fulst-Blei, Sie haben das Thema Transparenz angesprochen. Die Vergleichsarbeiten VERA 8 sind bisher als Instrument ausschließlich für die innere Schulentwicklung angelegt. Wir werden das in dieser Hinsicht ändern. Wir wollen, dass die Befunde künftig von der Schulaufsicht auch mit den Schulen besprochen werden können.

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

Es geht mir dabei nicht darum – damit es nicht missverstanden wird –, Schulen an den Pranger zu stellen oder irgendein Schulart-Bashing zu machen. Es geht mir vielmehr darum, mit den Schulen gemeinsam daran zu arbeiten: Was muss in den einzelnen Klassen, in den einzelnen Niveaus verbessert werden? Wie können wir seitens der Schulaufsicht dabei helfen? Wo müssen die Lehrerinnen und Lehrer unterstützt werden? Dies kann durch VERA 8 sehr zielgerichtet gemacht werden. Dies wollen wir deshalb künftig als Instrument dafür einsetzen, um beim Qualitätsthema – Verlässlichkeit und Qualität – konkret weiterzukommen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Wie gesagt, wir müssen den Schularten, die wir haben, helfen, sich so aufzustellen, wie sie es müssen, um die Schülerinnen und Schüler, die dort unterrichtet werden, bestmöglich auf den beruflichen Weg und auf das Leben, auf das, was sie sich künftig wünschen und vorstellen, vorzubereiten. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten. Ich lade Sie ausdrücklich ein, dies gemeinsam mit mir zu tun.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** In der zweiten Runde erteile ich für die Fraktion der FDP/DVP Herrn Abg. Dr. Kern das Wort.

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Frau Präsidentin! Diese Aktuelle Debatte war dringend notwendig, weil sie für jede Fraktion in einer eigenen Art und Weise sehr erhellend war.

Zunächst zu dem, was Frau Boser gesagt hat: Sie hatten gesagt, es sei doch ein toller Erfolg, dass beim Lernstand der Abstand zwischen Realschulen und Gemeinschaftsschulen kleiner geworden sei, und das sagen Sie angesichts von insgesamt sehr schlechten Ergebnissen. Das erinnert mich ein bisschen an das sozialdemokratische und offensichtlich auch das grüne Verständnis von sozialer Gerechtigkeit. Die ist nämlich dann verwirklicht, wenn es allen gleich schlecht geht.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

Zum Kollegen Dr. Fulst-Blei: Uns „Gemeinschaftsschul-Bashing“ vorzuwerfen, wenn wir uns dafür einsetzen, dass die Gemeinschaftsschule nicht privilegiert wird, sondern eine Ergänzung des vielfältigen Bildungssystems ist, ist ein Witz, weil wir sagen: Für uns darf es keine Schüler erster und zweiter Klasse geben, was die finanzielle Ausstattung der Schulen angeht.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Nein, die Gemeinschaftsschule hat bei uns selbstverständlich ihren Platz. Im Schulsystem von Baden-Württemberg hat es sie immer gegeben – wir haben nie etwas anderes gesagt –,

(Zuruf von der SPD: Doch!)

aber als Ergänzung, nicht als Ersatz des gegliederten Bildungswesens. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der FDP/DVP, Abgeordneten der AfD und fraktionslosen Abgeordneten sowie des Abg. Winfried Mack CDU)

(Dr. Timm Kern)

Die Kontroverse zwischen SPD und CDU, ob die intrinsische Motivation oder die extrinsische Motivation das Entscheidende ist, zeigt doch, dass beide Parteien den Lehrern in Baden-Württemberg im Grunde misstrauen.

(Zurufe von der CDU: Oje!)

Die FDP/DVP weiß: Die Lehrer wissen selbst, wann die intrinsische und wann die extrinsische Motivation die richtige ist.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Letzter Punkt – ich komme zum Schluss – an die Kultusministerin: Frau Eisenmann, Sie haben gesagt, Sie hätten nichts an Vorschlägen gehört, wie wir Qualität ins Bildungswesen bringen können. Ich kann Ihnen mit zwei Punkten helfen:

Erstens: Wir, die FDP/DVP-Landtagsfraktion, haben im Jahr 2014 ein Impulspapier genau zu diesem Thema vorgelegt,

(Der Redner hält das Impulspapier „Für mehr Freiheit und Eigenverantwortung in unserem Bildungswesen – Ein liberales Schulkonzept als Diskussionsgrundlage für einen stabilen Schulfrieden in Baden-Württemberg“ hoch.)

das ich Ihnen gern zur Verfügung stellen kann. Wenn Sie sagen, das sei zu dünn, Sie wollten mehr lesen, sage ich: Es gibt auch Landtagsabgeordnete, die vernünftige Bücher schreiben: „Friede den Schulen! Gedanken zur Bildungspolitik“.

(Der Redner hält das genannte Buch hoch. – Beifall bei der FDP/DVP, der AfD und den fraktionslosen Abgeordneten – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Von wem? Zeig mal her! – Unruhe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Ich darf um Ruhe bitten! – Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Boser das Wort.

**Abg. Sandra Boser** GRÜNE: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn es etwas ruhiger ist – – Danke schön.

Ich möchte nochmals betonen: Für uns in der Koalition wird es wichtig sein, das Thema „Qualität in Schulen und Unterricht“ für die nächsten Jahre als eines der Schwerpunktthemen zu definieren und dabei alle an einen Tisch zu holen. Da bin ich der Frau Ministerin sehr dankbar für ihre Herangehensweise auch jetzt im Zusammenhang mit VERA, die noch einmal genau definiert hat, wie wir das Thema umsetzen wollen, wie wir auch die Problemstellung angehen wollen. Ich glaube, es wird für alle Beteiligten im Schulleben wichtig sein, dass man da jetzt gut analysiert und die richtigen Schlüsse daraus zieht.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Zum Kollegen Fulst-Blei: Natürlich brauchen wir auch die Unterstützung durch zusätzliche Lehrerstellen für bestimmte Maßnahmen. Das machen wir mit dem Nachtrag, über den wir heute Mittag beraten. Wir müssen uns aber auch im Bildungssystem – das war schon in den vergangenen fünf Jahren ein

wichtiges Thema für uns – genau die Maßnahmen daraufhin anschauen, welche Wirkungen sie haben. Dabei müssen wir manche Maßnahmen vielleicht auch überdenken.

Ich glaube, es ist richtig, dass wir in unser Bildungssystem investieren, wie wir es auch in den vergangenen fünf Jahren gemacht haben, aber im Bildungssystem braucht es nicht immer nur mehr Geld, sondern es braucht für die Bildung richtig angelegtes Geld, und dafür stehen wir, die Fraktion GRÜNE. Wir stehen für eine nachhaltige Finanzpolitik. Das muss auch für den Bildungsbereich gelten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Ich möchte schon noch ein Wort zu den VERA-8-Ergebnissen sagen. Denn natürlich ist es richtig, hier über die Leistungsergebnisse zu diskutieren. Auch für uns ist es wichtig, dass wir ein leistungsstarkes Bildungssystem haben. Wir wollen nicht, dass es leistungsfrei ist und jedes Kind tun und lassen kann, was es will. Nein, wir wollen ein leistungsstarkes Bildungssystem. Davon lebt Baden-Württemberg als Wirtschaftsstandort. Das ist unser wichtigstes Kapital.

Wir müssen uns aber auch bei den einzelnen Schularten die Unterschiede bewusst machen. Viele Schularten leben auch davon, dass sie eine hohe Sozialkompetenz, eine hohe Fachlichkeit und handwerkliche Fähigkeiten vermitteln, und wir sollten diese Fähigkeiten nicht kleinreden, sondern wir sollten sie genauso hoch anrechnen. Denn wir brauchen auch Kinder und Jugendliche, die soziale Fähigkeiten haben, die handwerkliche Fähigkeiten haben. Dass natürlich eine Leistungsgrundlage vorhanden ist, spricht ja für sich selbst. Das ist keine Frage. Aber wir sollten daher auch in diesem Zusammenhang ganz klar die Wertigkeit und die hohe Qualität von Schulen in anderem Zusammenhang nicht vergessen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Konrad Eppler CDU)

In diesem Sinn wünsche ich mir tatsächlich, dass wir diese Diskussion weiter versachlichen, dass wir uns ideologiefreier zeigen und dass wir wirklich alle am Schulleben Beteiligten an einen Tisch holen, um die Ergebnisse zu analysieren – innerhalb der Schularten, auch innerhalb der einzelnen Ergebnisse, was denn die Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer bedeutet, welchen Einfluss die Schulbauten haben, ob die richtigen Schulangebote vorhanden sind, was mit den sächlichen Ausstattungen ist usw. Wir sollten alle an einen Tisch holen. Wir sollten mit allen Beteiligten reden, um dann zu analysieren: Was können die nächsten Schritte sein? Wie können wir unser Bildungssystem in Baden-Württemberg weiter voranbringen?

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei.

(Zuruf)

– Sie haben keine Redezeit mehr; deshalb.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

**Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei** SPD: Frau Ministerin Eisenmann, vielen Dank für die Ausführungen. Wir werden Sie kritisch begleiten; das kann ich Ihnen zusagen. Insbesondere wird es mich interessieren, wie Sie in der Zukunft vorgehen. Die Forderung ist Ihnen ja sicherlich bekannt, gerade auch zur Analyse der VERA-8-Ergebnisse eine schulartenübergreifende Arbeitsgruppe einzurichten, um die Datenanalyse auch einmal vorwegzunehmen.

Ich möchte Ihnen mitgeben – diesen Hinweis habe ich auch in meinem ersten Redebeitrag deutlich zu machen versucht –: Wenn Sie von einem Leistungsvergleich reden, sage ich: Dieser Leistungsvergleich ruht auf klaren Zieldefinitionen. Dann ist es umso wichtiger, dass ein breiter Konsens darüber besteht, dass diese Zieldefinitionen allen Schularten die gleichen fairen Chancen geben. Denn ansonsten wird im Grunde ein Schrauben an genau dieser Größe am Ende, in fünf Jahren irgendwann einmal dazu führen können, dass manche Schularten in der Möglichkeit der Leistungsbeurteilung bevorzugt werden und manche eben nicht.

Auch das kann ich Ihnen zusagen: Wir werden ein sehr, sehr kritisches Auge darauf haben. Denn die ersten Gespräche auch von Leuten aus dem Gemeinschaftsschulbereich mit der Ministeriumsspitze endeten eher unter dem Kontext „sehr ernüchternd“. Das spiegle ich Ihnen zurück. Vielleicht haben Sie auch die Möglichkeit, da nachzuarbeiten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir wollen den Schulen doch gar nichts wegnehmen!)

Kollegin Boser, war ich enttäuscht, oder war ich im Grunde an alte Zeiten erinnert? Sie werden nicht mehr Geld zur Verfügung stellen, sondern Sie werden darüber nachdenken, wo das Geld richtig angelegt wird. Nachtigall, ick hör' dir trapsen. Das ist der Pfad zur Streichung von 11 600 Lehrerstellen. Das ist genau die gleiche Argumentation wie damals.

(Abg. Tobias Wald CDU: Absolut sinnvoll!)

Ich kann Sie nur ausdrücklich davor warnen. Wir haben Ihnen gerade vor dem Hintergrund der großen Baumaßnahmen, die wir im Bildungsbereich immer noch haben, nachweisen können, dass wir mehr Geld brauchen

(Abg. Tobias Wald CDU: Wissen Sie, was wir Ihnen nachweisen können?)

und dass es auch bei aller Mär von wegen Schülerrückgang gerade auch vor dem Hintergrund übrigens der aktuellen Migrationszahlen in unser Bundesland hinein eine völlige Illusion ist, den Bildungshaushalt als Steinbruch für irgendwelche Sparrunden heranzuziehen. Da werden wir Sie auch stellen.

(Beifall bei der SPD)

Kollege Räßple, ich fand Ihren Beitrag durchaus amüsant. Ich gestehe Ihnen dies an einer Stelle zu. Für mich lautete der Schlüsselsatz: „Hochschulprofessoren sind grauenhafte Pädagogen.“ Offensichtlich haben Sie mit Ihrer heutigen Rede Ihre Erfahrungen mit dem Kollegen Meuthen verarbeitet.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, den Grünen und der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für den Zusammenschluss der fraktionslosen Abgeordneten erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Meuthen. Er war zumindest gemeldet.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Jetzt kommt die Antwort auf Räßple! – Zuruf: Jetzt kommt eine persönliche Erklärung! – Zuruf: Wo ist denn die Krawatte geblieben? – Weitere Zurufe)

**Abg. Dr. Jörg Meuthen** (fraktionslos): Es kommt eher die Antwort auf Sie, Herr Fulst-Blei. – Der Kollege Räßple hat vielleicht deshalb einen schlechten Eindruck, weil er natürlich bei mir nie Hochschulunterricht genossen hat.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Okay! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das lässt sich nachholen!)

– Bitte?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das lässt sich nachholen!)

Herr Kern, ich gehe einmal zum Ausgangspunkt zurück. Natürlich gab es keine Modellversuche zur Gemeinschaftsschule. Deren vernichtendes Ergebnis wäre auch vorhersehbar gewesen und hätte das allein sozialistisch-ideologisch motivierte Projekt der Gemeinschaftsbesuchung gleich zu Beginn entlarvt.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie haben bei Herrn Räßple gelernt! – Zuruf von der CDU: Du lieber Gott! Redet der über Schule?)

Mit der Gemeinschaftsschule und der schrittweisen Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems

(Zuruf von FDP/DVP-Fraktion: Viergliedrig!)

– ja, eigentlich viergliedrig, ich weiß – wird bewusst und aus rein ideologischen Gründen der Weg in den Egalitarismus unter dem Deckmäntelchen der Chancengleichheit gesucht. Damit wird ganz bewusst eine Leistungsfeindlichkeit propagiert.

Es ist nicht glaubwürdig, wenn Sie hier behaupten, dass Leistung noch gefördert werden sollte. Nein, darum geht es nicht. Es ist tief erschreckend, was sich da vollzieht. Die Abschaffung von Noten als Leistungsnachweis und Abschaffung von Versetzung und differenzierter Beschulung sind ein so offenkundiger und vollständiger pädagogischer Offenbarungseid, dass man ein solches Vorgehen schon nicht mehr allein mit Dummheit entschuldigen kann. Nein, dahinter steckt mehr. Es ist der gezielte und schleichende Weg in den Bildungssozialismus, der hier völlig bewusst, behaupte ich, eingeschlagen wird. Ich sage Ihnen das nicht vornehmlich als Politiker, sondern ich sage Ihnen das vornehmlich als Vater von Kindern und inzwischen auch als Großvater.

Rechnen Sie, was das betrifft, mit unserer erbitterten Gegnerschaft gegenüber diesem unverantwortlichen Anschlag auf die Bildungschancen unserer Kinder und Enkel. Sie zerstören auf dem Altar der sozialistischen Gleichmacherei die Grundlagen unserer Zukunft und die Entfaltungschancen junger Menschen; das ist das Schlimmste daran.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD)

(Dr. Jörg Meuthen)

Herr Röhm, Sie haben ja recht, wenn Sie vor allem in den Bereichen Mathematik und Orthografie massive Defizite beklagen. Wie katastrophal die Lage in diesen Fächern bereits ist, kann ich gerade als Hochschullehrer bestätigen – obwohl ich Abiturienten bekomme! Es ist eine Katastrophe, kann ich Ihnen nur sagen, die noch viel größer wird, wenn man sich die anderen Schulzweige anschaut. Allein, mir fehlt jeder Glaube, dass Sie mit diesem Koalitionspartner der immer weiter fortschreitenden bildungspolitischen Talfahrt in irgendeiner Weise Einhalt gebieten können. Im Gegenteil: Der Niedergang geht weiter, und Sie drohen, da jetzt mitzumachen.

Ihre Ansätze, Frau Kultusministerin Eisenmann, habe ich mir angehört und sie auch gelesen. Ich finde sie, muss ich Ihnen sagen, nicht schlecht. Setzen Sie sie durch, und wagen Sie – ich bitte Sie darum – auch den offenen Konflikt mit dem Koalitionspartner. Er wird dringend notwendig sein, um eine vernünftige Schulpolitik zu machen.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und der AfD)

Wissen Sie übrigens, wohin das alles führt? Es führt in ein zweigliedriges Schulsystem, ungerechter und unfairer, als es je zuvor gewesen ist. Die einen – die vielen – werden ihre Kinder mangels Alternativen auf staatliche Gemeinschaftsschulen schicken müssen, weil sie sich etwas anderes nicht leisten können. Das ist dann die schwache staatliche Bildung. Das wird die Masse sein. Die anderen, eher wenigen, können es sich leisten, ihre Kinder diesem Wahnsinn zu entziehen, indem sie sie auf teuren Privatschulen unterbringen. Schauen Sie doch einmal, wohin bereits heute die Einkommenselite ihre Kinder schickt.

(Zuruf von der CDU: Nie im Leben! Das ist doch gar nicht wahr!)

Auf staatliche Gemeinschaftsschulen? Nein, vielmehr auf teure Privatschulen. Salonsozialismus nennt man so etwas auch.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und der AfD)

Es geschieht somit das exakte Gegenteil dessen – ich wüsste sogar Namen zu nennen, aber das tue ich nicht –, was unsere Bildungssozialisten wollen: Die breite und arme Masse verliert auf Gemeinschaftsschulen ihre Bildungschancen, während finanziell potente Familien ihren Kindern wirkliche Bildung auf teuren Privatschulen angedeihen lassen können. So ergibt sich, anders als gewollt, ein Zweiklassensystem. Das wollen Sie nicht, aber das ist es, was Sie mit Ihrer Politik erreichen.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Sie produzieren mit Ihrem Gemeinschaftsschulweg ein staatliches Schulsystem, dem jene entfliehen, die es sich leisten können.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und der AfD)

Unser Auftrag aber ist, ein leistungsfähiges und faires, den individuellen Fähigkeiten der Kinder – und die sind höchst differenziert – gerecht werdendes Schulsystem bereitzustellen.

Genau davon entfernt man sich mit der derzeitigen Politik leider in riesigen Schritten.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Abg. Dr. Meuthen.

**Abg. Dr. Jörg Meuthen** (fraktionslos): Das ist ein sehr trauriger Vorgang. – Damit bin ich am Schluss, Frau Präsidentin.

(Abg. Gernot Gruber SPD: Gott sei Dank!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Danke schön.

**Abg. Dr. Jörg Meuthen** (fraktionslos): Danke schön.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

#### **Aktuelle Debatte – Autonomes Fahren und Digitalisierung der Mobilität – Auswirkungen auf das Verkehrssystem der Zukunft – beantragt von der Fraktion GRÜNE**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Redezeit von 60 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion und zehn Minuten für den Zusammenschluss fraktionsloser Abgeordneter zur Verfügung. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich verweise ich auch hier auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Ich erteile das Wort für die Fraktion GRÜNE Frau Abg. Dr. Lehnig.

**Abg. Dr. Kirsten Lehnig** GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Stellen Sie sich vor, Sie müssten morgen zur Arbeit, zu einem Wahlkreistermin – wenn Sie als Abgeordnete oder Abgeordneter im Landtag sind – oder zu einer Plenarsitzung. Am Abend vorher nehmen Sie Ihr I-Pad, Ihr Telefon oder Ihr normales Tablet – ich will hier keine Schleichwerbung machen, wie gelegentlich gern für eigene Bücher geworben wird –

(Vereinzelt Heiterkeit)

und geben ein, wann Sie wo sein müssen. Dann wird Ihnen mitgeteilt: Um 8:45 Uhr steht Ihr Carsharing-Fahrzeug vor der Tür. Sie fahren zum Bahnhof. Dort steigen Sie um, das Auto bewegt sich selbstständig auf den Carsharing-Parkplatz. Sie fahren mit der Bahn jetzt z. B. nach Stuttgart, und dort hat Ihnen Ihr System mitgeteilt: Am besten ist es, Sie nehmen das Fahrrad oder laufen zu Fuß. Wenn Sie nun nicht gern laufen oder Fahrrad fahren, dann steht Ihnen hier ein weiteres autonom fahrendes Fahrzeug zur Verfügung, das Sie vor den Landtag oder vor das Haus der Abgeordneten bringt.

(Dr. Kirsten Lehnig)

Das ist momentan eine Vision, und es gibt dieses schöne Zitat: „Wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen.“ Ich bin der Meinung, wir sollten mit solchen Visionen nicht zum Arzt gehen, sondern wir sollten als Politikerinnen und Politiker in der Lage sein, Visionen zu entwickeln, um Ziele zu haben, die wir verfolgen können, und um damit auch unsere Umwelt und unsere Zukunft gestalten zu können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Der Anlass dieser Debatte könnte aktueller nicht sein. Gerade wurde an das Konsortium aus Karlsruhe das Testfeld vergeben. Gerade hat Daimler mitgeteilt, ab 2020 teilautomatisierte Busse in Serie herstellen zu wollen, und hat auch in Amsterdam auf einer Expressbuslinie einen teilautomatisierten Bus fahren lassen, bei dem der Fahrer nur noch die Aufsicht hatte, aber nicht mehr selbst fahren musste.

Herr Bundesverkehrsminister Dobrindt hat verkündet, er möchte einen Gesetzentwurf auf den Weg bringen, der das automatisierte Fahren vorantreiben möge. Daraufhin wurde er vom VDA aufgefordert, möglichst schnell zu agieren. Hier darf ich Ihnen als Juristin versichern: „Möglichst schnell“ entsteht nie ein gutes Gesetz.

(Zuruf des Abg. Willi Stächele CDU)

Es wäre mir lieber, es wird langsam und gründlich entwickelt, damit wir ein gutes Gesetz haben, welches alle Chancen und Risiken hervorragend bearbeitet, sodass man hinterher als Jurist nicht dasitzt und sich fragt: Ja wer und wie und was, und bitte kann einmal jemand nachbessern?

Worum geht es genau? Wir alle haben schon Assistenzsysteme, sofern wir moderne Fahrzeuge haben. Diese helfen uns, die Spur zu halten, sie helfen beim Bremsen, sie helfen beim Einparken. Es gibt nicht wenige, die sich nur noch auf die Einparkhilfe mit dem Piepston verlassen, die das eine oder andere Mal aber eine Stange nicht sieht, weswegen es doch zu einem Unfall kommt.

Die Vision geht hier bis zum völlig automatisierten Fahrzeug, sodass man – wie jetzt schon viele Bus- und Bahnfahrer wissen – die Fahrtzeit nutzen kann, um zu arbeiten, zu lesen, sich zu erholen oder vielleicht sogar ein Nickerchen zu halten, wobei da dann die Frage der Haftung wieder auftaucht.

Wir sollten aber natürlich nicht nur an die automatisierten Fahrzeuge denken – also an den Individualverkehr –, sondern insbesondere auch an den öffentlichen Nahverkehr und vor allem an die Vernetzung aller Verkehrssysteme miteinander. Wir unterstützen das, weil das Ganze einer industriellen Revolution gleichkommt, vielleicht vergleichbar mit der Entwicklung des Fließbands.

Dann gibt es natürlich die Aspekte der Sicherheit im Straßenverkehr, die durch automatisiertes oder teilautomatisiertes Fahren deutlich verbessert werden. Es gibt den Aspekt des Umweltschutzes, des effizienteren Fahrens und vor allem auch der Erhöhung des Fahrkomforts. Deshalb unterstützte auch der Deutsche Verkehrsgerichtstag 2015 die Entwicklung des automatisierten Fahrens.

Dann müssten wir, das Land Baden-Württemberg, als Pionierregion für Technik und Automobilindustrie natürlich den Vor-

reiter spielen. Wir sollten hier mit unserer Entwicklung voranran sein und nicht dem Silicon Valley die Zukunft überlassen. Wir sollten selbst in diese Zukunft gehen und diese Zukunft ge- und mitgestalten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Durch die Umgehung der Fehlerquelle Mensch können wir die Verkehrssicherheit erheblich erhöhen. Natürlich macht auch die Maschine einmal Fehler, wobei man in diesem Sinn nicht von Fehlern sprechen kann, weil die Maschine ja nicht selbst agiert. Aber die Verbesserung z. B. hinsichtlich der Reaktionszeit beim Bremsen würde schon eine Menge Unfälle vermeiden.

(Vereinzelt Beifall)

Die Infrastruktur könnte wesentlich besser ausgelastet werden, und wir könnten durch die Vernetzung der Verkehrssysteme und der verschiedenen Systeme überhaupt Staus vermeiden und insgesamt effizienter fahren und die Infrastruktur wesentlich besser nutzen, als es derzeit der Fall ist.

(Beifall des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

– Danke. – Was ich besonders schön finde, ist, dass wir die Verkehrsmittel so vernetzen können, dass genau das, was ich eingangs geschildert habe, eintreten kann, nämlich dass wir für den konkreten Bedarf das perfekt passende Verkehrsmittel auswählen können, um schnellstmöglich am Ziel anzukommen.

McKinsey sieht noch einen anderen Vorteil. In ihrem Bericht schreiben sie, dass jede Minute im Auto, in der Menschen ungestört surfen, ein Umsatzpotenzial von 5 Milliarden € jährlich bringen kann. Auf diese rein wirtschaftliche Sichtweise möchte ich es jedoch nicht reduzieren, sondern vor allem noch auf die urbane Mobilität zu sprechen kommen.

Nutzerinnen und Nutzer werden angehalten, mehr Carsharing zu nutzen. Wenn nämlich das Fahrzeug irgendwann einmal autonom kommt, ich dann einsteige und es selbstständig fährt, dann erleichtert das die Nutzung dieser Möglichkeiten massiv und wird auch die Akzeptanz des Carsharing massiv verbessern. Das heißt, weniger Menschen haben ein eigenes Auto, was wiederum dazu führt, dass wir weniger Parkraum brauchen. Weniger Parkraum vor allem in den Städten bedeutet, dass wir mehr Lebensraum haben, dass man mehr Grün in der Stadt haben kann, dass wieder Stätten der Begegnung und mehr Platz entstehen kann anstatt Autowüsten, in denen die Autos ja doch einen Großteil der Zeit stehen und nicht fahren.

Denn seien wir doch einmal ehrlich: Die meisten Menschen fahren mit dem Fahrzeug zur Arbeit. An dem Arbeitsplatz parkt das Fahrzeug den ganzen Tag, und abends wird zurückgefahren. Wie viel schöner wäre es, wenn mich das Fahrzeug aussteigen lässt, zum Carsharing-Parkplatz oder zum nächsten Nutzer fährt und in dieser Zeit dieser Parkraum frei für Sonstiges ist. Da gibt es diese neue Entwicklung in Stuttgart, dass Parkräume zu Lebensräumen werden – ganz interessante Gestaltungen.

Ferner ist auch noch verbesserungsfähig und verbesserungswürdig, was beim Carsharing stattfindet, wenn es um Elektroautos geht. Im Flottenbetrieb habe ich dann nämlich nicht

(Dr. Kirsten Lehnig)

mehr das Problem, dass mein E-Auto nach einiger Zeit den Geist aufgibt, weil die Batterie leer ist. Im Flottenbetrieb nehme ich das nächste.

Dieses System vergleiche ich gern einmal mit dem Pferdekutschensystem von anno dazumal, als noch niemand darüber nachgedacht hat, dass es überhaupt Autos geben könnte. Auch das sind ja Visionen, die einmal entstanden sind und sich entwickelt haben. Da wurde mit der Pferdekutsche von A nach B gefahren. An der nächsten Posthaltestelle wurden die Pferde ausgespannt, frische Pferde eingespannt, und dann ging es weiter. Genau so kann es jetzt in dem modernen System der Elektromobilität im Carsharing ablaufen.

Natürlich möchte ich die Risiken nicht verhehlen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt auch Unfälle mit automatisiertem Fahren. Ich habe es eingangs schon gesagt: Auch automatische Systeme haben Fehler. Deswegen habe ich es jetzt auch so gemacht, wie man es vielleicht zu Beginn machen sollte: Man nimmt das digitale System und sicherheitshalber das analoge noch dazu. Wenn man dann feststellt, dass das digitale einwandfrei funktioniert, dann kann man in Zukunft vielleicht nur noch auf das digitale zugreifen. Aber man muss auch den Vergleichswert sehen, und der Vergleichswert ist nicht ein perfekt funktionierendes 100%-kein-Unfall-mehr-System, sondern der Vergleichswert ist der Mensch. Es tut mir leid, aber rein statistisch gesehen ist der Mensch derjenige, der, glaube ich, 90 % der Unfälle verursacht, und nicht das System. Das heißt, bezogen auf den Vergleichswert Mensch ist das automatische System definitiv besser.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU  
– Abg. Felix Schreiner CDU: Wie wahr!)

Um eine solche vernetzte digitalisierte Automobilität erfolgreich erreichen zu können, brauchen wir natürlich eine große Akzeptanz der Nutzerinnen und Nutzer, und diese hängt meines Erachtens ganz stark von der Haftungsfrage ab. Es muss geklärt sein – deswegen habe ich eingangs gesagt, es ist wichtig, dass Gesetze gründlich und nicht schnell gemacht werden –, wer im Fall eines Falles haftet, der Hersteller oder der Fahrer, der ja vielleicht nur ein Teilfahrer ist.

Für diese Herausforderung muss auch klar sein, wer in dem betreffenden Moment die Hoheit über das Fahrzeug hatte. Das heißt, dies muss dokumentiert sein, und zwar sicher dokumentiert sein, etwa mit einer Art Blackbox, welche jedes Auto dann hat. Gleichzeitig müssen diese Daten aber auch geschützt sein. Das heißt, man darf auch nicht von außen darauf zugreifen oder sie abändern können. Denn jedes digitale System ist auch immer anfällig. Das heißt, wahrscheinlich sogar unabhängig und getrennt von der Vernetzung müsste die Blackbox aufzeichnen, wer in welcher Situation die Hoheit über das Fahrzeug hatte. Das bedeutet, der Opferschutz muss klar geregelt sein.

Dann kommen wir noch zu der Frage der Ethik, sofern man bei digitalen Systemen überhaupt von Ethik sprechen kann. Aber das digitale System entsteht ja nicht von selbst, das digitale System wurde ja programmiert. Da gibt es Algorithmen, da gibt es einen Programmierer und jemanden, der das Programm initiiert hat. Da muss klar sein, wie Konfliktsituationen aufgelöst werden sollen und müssen. Da muss eine große und breit gefächerte Diskussion stattfinden, damit das deut-

sche Autofahrer Volk, von dem momentan noch 50 % Angst haben, in ein autonom fahrendes Auto einzusteigen – obwohl der Mensch fehlerhafter ist als die Technik –, das akzeptiert und damit auch klar ist, wer im Fall eines Unfalls die Risiken zu tragen hat. Wir müssen also Vertrauen in eine bestmögliche Software aufbauen. Die Software macht zwar Fehler, aber die Software macht weniger Fehler als der Mensch.

Insgesamt unterstützt deswegen die Regierungskoalition und vor allem natürlich unsere grüne Koalition,

(Zurufe von der CDU: Grün-schwarze!)

dass die Rahmenbedingungen für ein vernetztes und automatisiertes Fahren geschaffen werden.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Grün-schwarze!)

– Das können Sie dann gleich sagen.

Wir sehen alle Probleme, die sich stellen, als Herausforderungen – ich habe noch zwei Sekunden; lassen Sie mich fertig sprechen –, die wir mit Mut, Tatkraft und Zuversicht lösen können.

Damit nutze ich jetzt – ich überziehe nur ganz kurz – diesen Moment, zu dem ich heute hier stehen darf – Sie haben alle gehört, dass ich mich verabschieden muss –, um Ihnen allen, Kolleginnen und Kollegen, alles Gute, Mut, Zuversicht und Kraft für Ihre Tätigkeit im Landtag von Baden-Württemberg zu wünschen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen sowie fraktionslosen Abgeordneten)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Schreiner.

**Abg. Felix Schreiner** CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Dr. Lehnig, auch wenn es Ihre Abschiedsrede war: Wir sind uns ja in großen Teilen einig. Daher könnte ich mich einfach nur anschließen, will das in großen Teilen auch tun.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Aber natürlich gibt es auch von unserer Fraktion noch ein paar Sätze dazu zu sagen.

Die Utopien oder Visionen von den Propheten des autonomen Fahrens, die die Vorrednerin erwähnt hat, sind schon vielversprechend, wenn man sich das Ganze mal vor Augen führt. Demnach sitzen wir irgendwann in mittelferner Zukunft in miteinander vernetzten Autos, fahren computergesteuert durch das Land, können dabei Bücher lesen, die Herr Dr. Kern geschrieben hat

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber bitte bloß die von ihm!)

– ganz sicher –, und können uns auf die Plenardebatten vorbereiten. Der Risikofaktor Mensch ist quasi ausgeschaltet. Da es keine Unfälle mehr gibt, gibt es auch keine Staus mehr. Der Verkehr fließt, alles ist im Fluss, weil alle Fahrzeuge ihre Weg-

(Felix Schreiner)

strecken und Geschwindigkeiten aufeinander abstimmen. Die Wirtschaft prosperiert, die Menschen sind glücklich. Ist das nicht schön?

(Abg. Nicole Razavi CDU: Paradiesisch! Herr Schreiner zeichnet das Paradies!)

Man kann diese Vision aber naturgemäß auch etwas kritischer sehen. Man kann es auch ein bisschen in einem dunkleren Licht erscheinen lassen: Demnach fahren in mittelferner Zukunft auf unseren Straßen nur noch Autos von Google, Apple und Microsoft. Ab und zu springt noch ein Pokémon durch das Bild.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Das ist sicherlich keine schöne Vorstellung. Der Autofahrer ist entmündigt. Algorithmen aus Cupertino treffen auf den Straßen die Entscheidung über Leben und Tod. Und überhaupt liegt das Automobilland Deutschland darnieder.

Ich glaube, wir einigen uns in der Einschätzung auf die Mitte, und die Wahrheit liegt vermutlich auch irgendwo in der Mitte. Aber wir können nicht beeinflussen, welche globalen Unternehmen welchen Erfolg auf dem Mobilitätsmarkt erzielen. Wir können auch nicht vorschreiben, was Daimler, Porsche oder Audi als Nächstes bauen und entwickeln sollen. Aber ich hoffe inständig, dass wir die Rahmenbedingungen dafür schaffen. Denn eines ist klar: Wir stehen vor einer echten Revolution der Mobilität; denn die Mobilität der Zukunft bringt innerhalb kürzester Zeit massive Veränderungen für uns alle, für unsere Gesellschaft, ja für unser ganzes Land.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Der Fall vom Tod des Tesla-Fahrers ist bereits erwähnt worden. Aber wir müssen natürlich ernst nehmen, dass in der Bevölkerung auch eine große Skepsis gegenüber diesen neuen Technologien herrscht. Das liegt zum einen natürlich daran, dass wir das Land der Autobauer, aber auch das Land der Autofahrer sind. Viele Menschen wollen sich gern hinter das Lenkrad ihres Autos setzen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Da geht es um Eigenverantwortlichkeit, da geht es auch um ein Stück Freiheit. Diese Einstellung in den Köpfen der Autofahrer zu ändern, das wird sicherlich nicht ganz einfach.

Aber auch der Sicherheitsaspekt ist wichtig. Er spielt eine entscheidende Rolle. Denn sofern ich nicht überzeugt bin, dass es wirklich sicherer ist, in einem selbstfahrenden Auto zu sitzen, werde ich schlicht und ergreifend kein solches Auto kaufen. Das Thema Sicherheit hat auch noch einen weiteren Aspekt – auch das haben wir gehört –, das ist vor allem die Sicherheit der Daten. Es ist schon eine gruselige Vorstellung, wenn ich an Hackerangriffe denke, die dann vielleicht sogar ermöglichen, dass das Auto in eine andere Richtung fährt, als ich mir das vorher überlegt habe. In Bezug auf die Sicherheit der Daten muss man das gewährleisten. Es ist auch keine einfache Frage.

Wir haben es gehört: Es sind vor allem rechtliche Fragen, die uns umtreiben. Was passiert z. B., wenn ein Unfall droht? Wie entscheidet das computergesteuerte Fahrzeug, ob es einen Unfall vermeidet oder gar einen anderen auslöst? Alles das ist

nicht einfach, auch für den Gesetzgeber nicht. Aber ich möchte ganz bewusst die Chancen und nicht die Risiken annehmen. Denn es sind vor allem Chancen, vor denen unser Land in dieser Frage steht.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Es ist eine Chance für unser Land Baden-Württemberg als Automobilland Nummer 1, das Land der Tüftler und Denker, das Erfinderland des Automobils. Bei dieser rasanten Entwicklung, die der Automobilmarkt nimmt, stehen auch in Baden-Württemberg und vor allem in Baden-Württemberg Hunderttausende Arbeitsplätze nicht nur auf dem Spiel, sondern es ist unsere Chance, dass wir uns diesem Thema widmen, um auch künftig ein starkes Automobilland zu sein.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Ich habe bereits erwähnt und möchte daran auch keinen Zweifel lassen, dass das autonome Fahren die Sicherheit aller Verkehrssysteme im Ergebnis deutlich erhöhen wird. Menschliche Fahrer von Pkws, Lkws, aber auch von Bussen und Straßenbahnen sind natürlich anfällig für Fahrfehler, für Fehleinschätzungen und auch für emotionale Fehlentscheidungen. Ich bin mir also sicher, dass die Einführung eines flächendeckenden Systems für autonomes Fahren auch diese Unfälle verhindern wird, sodass sich sogar die Unfallzahlen drastisch senken werden. Allein das ist eine Chance, die wir nutzen sollten, weil das natürlich eine großartige Chance ist.

Wir können das schon jetzt beobachten, wenn wir uns die Systeme ansehen, die auch schon auf dem Markt sind. Es gibt automatische Einparksysteme, die Notbremsfunktion, die Spurhalte- und Spurwechselassistenten. Wir sehen also schon seit Jahren einen Rückgang der Zahl der Verkehrstoten, und man wird in den nächsten Jahren auch hier einen Quantensprung sehen können.

Jetzt ist die Frage, ob wir dadurch zu einer Reduzierung der Staus im Land kommen. Da wage ich Zweifel zu hegen. Aber eines ist klar: Die Verkehrseffizienz wird mit der zunehmenden Automatisierung natürlich zunehmen. Denn durch autonomes Fahren werden die Ursachen von Staus verringert, weil die Autos miteinander kommunizieren können. Durch diese Vernetzung können Fahrzeuge zudem deutlich besser auf den wenig ausgelasteten Strecken fahren. Wir haben uns vor ein paar Wochen an dieser Stelle über Feinstaubbelastungen unterhalten. Auch in dieser Hinsicht sind das natürlich alles Chancen.

Wir wissen, dass allein durch Staus in der Bundesrepublik Deutschland pro Jahr ein volkswirtschaftlicher Schaden zwischen 25 und 100 Milliarden € entsteht. Wir wissen, wenn es um die Emissionen geht, dass durch eine Verringerung des Verbrauchs von Kraftstoff natürlich Emissionen vermieden werden können. Allein durch die Staus werden in Deutschland 1,2 Milliarden Liter Sprit im Jahr unnötig „verblasen“. In der Stadt Stuttgart hätte man 2014 27 Millionen Liter Sprit einsparen können, wenn es weniger oder gar keine Staus gegeben hätte.

(Zuruf von den Grünen: Mehr Bahnfahren!)

(Felix Schreiner)

Es ist eine Frage, die wir uns natürlich vor allem hier im Landtag von Baden-Württemberg stellen müssen, weil wir uns als Landesgesetzgeber und als Verkehrspolitiker zusammen mit dem Verkehrsministerium auf den Weg machen müssen, um diese Prozesse zu begleiten.

Aus unserer Sicht gibt es ein paar Punkte, die wir begleiten können. Wir können und müssen eine politische, gesellschaftliche, rechtliche und vor allem eine ethische Diskussion über die Zukunft dieser Projekte in Gang setzen. Wir können und müssen einen zuverlässigen und sicheren Rechtsrahmen für künftige Entwicklungen schaffen. Wir können und müssen dafür sorgen, dass die digitale Infrastruktur und die Verkehrsinfrastruktur für die Zukunft geschaffen werden. Denn seien wir ehrlich: Mir nützt es recht wenig, wenn mein Auto allein durch meinen Wahlkreis im Schwarzwald fährt, wenn es kein Mobilfunknetz gibt, auf das es zurückgreifen kann. Ein EU-Kommissar hat neulich gesagt: „Wir brauchen mehr Schlaglöcher als Funklöcher.“ Dem würde ich mich jetzt so nicht ganz anschließen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Was? So hat er es nicht gesagt! – Abg. Nicole Razavi CDU: Er hat es anders gesagt: Lieber Schlaglöcher als Funklöcher! – Weitere Zurufe)

– Mehr Funklöcher statt Schlaglöcher. – Aber in der Sache hat er recht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sagen Sie einfach, Sie haben sich geirrt! – Zuruf: Weniger Funklöcher! – Weitere Zurufe)

– Dann habe ich es nicht richtig verstanden. Natürlich weniger Funklöcher. Okay, Eigentor.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Weniger Schlaglöcher, weniger Funklöcher! – Abg. Nicole Razavi CDU: Lieber Schlaglöcher als Funklöcher! – Abg. Gabi Rolland SPD: Am besten keine Löcher!)

– Genau, okay. Ich habe mich einfach geirrt, genau. Pardon.

Wir müssen eine Diskussion mit unserer Wirtschaftsministerin, Frau Dr. Hoffmeister-Kraut, darüber in Gang setzen, wie wir in unserem Land die Entwicklungen bei Start-up-Unternehmen gerade in diesem Bereich noch stärker forcieren können.

Kurzum: Wir können Rahmenbedingungen schaffen, die allen Akteuren Rechtssicherheit gewährleisten und optimale Chancen eröffnen. Ich glaube, wir alle sind dazu bereit und sollten diese Chancen nutzen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Nicole Razavi CDU: Lieber Schlaglöcher als Funklöcher!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Rivoir.

**Abg. Martin Rivoir** SPD: Frau Präsidentin, meine Kolleginnen und Kollegen! Dies scheint jetzt eine Aktuelle Debatte zu sein, die nicht von großen Kontroversen geprägt ist,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Mal schauen, was die SPD jetzt sagt! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

sondern bei der man sich in der großen Richtung eigentlich einig ist.

Ich denke, wir haben auch hier in unserem Bundesland wirklich Großes vor uns. Es ist eine Zeitenwende für das Autofahren, vergleichbar eigentlich nur mit der Elektrifizierung des Verkehrs, was ja zurzeit stattfindet. Dies sind zwei Bewegungen, die ineinandergreifen.

Aber man darf auch nicht zu euphorisch sein. Das Bild, das gerade von der Kollegin gezeichnet worden ist, dass wir uns alle autonom bewegen und ohne selbst am Steuer zu sitzen hier am Landtag ankommen, kommt vielleicht in den Dreißiger- oder Vierzigerjahren dieses Jahrhunderts auf uns zu. Der Weg dorthin ist lang.

Vor drei Jahren fand die erste Fahrt statt, und zwar auf der „Bertha Benz Memorial Route“ von Mannheim nach Pforzheim; Daimler hat dort erstmals ein autonom fahrendes Fahrzeug als Versuchsfahrzeug fahren lassen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Eine Frau hat's hingekriegt!)

Drei Jahre später ist die technische Entwicklung gerade so weit, dass man vom teilautomatisierten Fahren in den hochklassigen, hochwertigen Fahrzeugen ins hochautomatisierte Fahren übergeht. Der Weg zu einem wirklich autonomen Fahren ist noch sehr weit.

Wir, die SPD, begrüßen diese Entwicklung; wir sehen sie als große Chance auch für die Industrie, für den Mittelstand in Baden-Württemberg. Ich sage jetzt einmal: Wer solche Autos bauen will, der muss gut programmieren können und auch gute Autos bauen können. Wir in Baden-Württemberg können beides: Wir können gute Autos bauen, und Unternehmen wie Bosch können auch gut programmieren. Die Konkurrenz in Amerika kann nur gut programmieren; beim Bauen guter Autos sind Unternehmen wie Apple noch nicht so weit.

Einen Aspekt, der hier jetzt noch keine Rolle gespielt hat, will ich hier kurz anreißen – nachher werde ich noch einmal darauf eingehen –: Das Thema „Autonomes Fahren“ ist auch ein ganz wichtiger Aspekt für unsere älter werdende Gesellschaft. Darauf will ich später noch eingehen.

Wie meine Vorrednerinnen und Vorredner es gemacht haben, will auch ich das Thema der rechtlichen Problematik durchaus kurz streifen. In der Tat stellt sich die Frage, wer bei einem Unfall mit autonomem oder automatisiertem Fahren zur Haftung herangezogen wird, wer schuld ist. Deswegen ist es, finde ich, völlig richtig, dass man neben den technischen Fragen, die uns hier in Baden-Württemberg in den letzten Monaten beschäftigt haben, auf Bundesebene auch die rechtlichen Fragen der Gesetzesänderung in den Fokus rückt. Es wurde bereits beschrieben, was zu beachten und zu diskutieren ist.

Ich bin der Meinung, dass wir für eine lange Übergangszeit in die Gesetze schreiben müssen, dass immer ein aufmerksamer Fahrer, der jederzeit in das System eingreifen kann, an Bord des solchen Fahrzeugs sein muss. Bis zum Kartenspie-

(Martin Rivoir)

len oder Bücherlesen neben dem Fahren auf der Autobahn muss man, glaube ich, noch einige technische Entwicklungen und Entwicklungen bei der Sicherheit abwarten.

Außerdem sind Datenschutzfragen zu klären. Es wurde angesprochen: Wer haftet bei einem Unfall? Wer bekommt die Daten: der Fahrer, der Hersteller, die Polizei, die Versicherung? Diese Fragen müssen sorgfältig abgewogen werden. Sie sind nicht trivial.

Auch das Thema Hackerangriffe – als dritter Redner hat man es immer schwer, wenn man ein Thema noch einmal aufgreift – wurde schon angesprochen. Ein autonom fahrendes Fahrzeug, das sich auf der Autobahn oder in der Stadt bewegt, befindet sich in einem permanenten Datenaustausch. Über Satellit oder Funkmasten ist es möglich, von außen in das System einzugreifen. Wie wird die Sicherheit gewährleistet? Wie ist der Austausch der Daten geschützt? Wie schützt man sich vor Angriffen von außen?

Ich glaube, dass das Thema „Autonomes und assistiertes Fahren“ – dieser Aspekt wird noch zu wenig diskutiert – auch eine Chance für unsere älter werdende Gesellschaft ist. Wenn man 30, 40 oder 50 Jahre lang den Führerschein hatte und selbst Auto gefahren ist,

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

möchte man den Führerschein im hohen Alter nicht abgeben. Es gibt durch ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger verschuldete Unfälle. Wenn jedoch dem Fahrer entsprechend assistiert wird, wenn er Bremsunterstützung oder Unterstützung beim Fahren in die Garage oder beim Einparken erhält, kann er im Alter länger selbstbestimmt mobil und unterwegs sein. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Aspekt beim Thema „Autonomes und assistiertes Fahren“ hier in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Seit den letzten Monaten rückt für diejenigen, die in der entsprechenden Forschung und Entwicklung tätig sind, das Thema „Autonomes und assistiertes Fahren im Lkw- und Güterverkehr“ immer stärker in den Mittelpunkt. Gestern gab es wieder einen schweren Unfall auf der A 8; vier Lastwagen sind ineinandergefahren. Unfälle, die auf Übermüdung der Fahrer zurückzuführen sind, sind durch solche assistierten Systeme zu verhindern. Das ist ein großer Schwerpunkt. Da kann man relativ schnell in die Markteinführung gehen; das ist ein wichtiger Punkt.

Das hat für den Lkw- und Güterverkehr auch ganz klare wirtschaftliche Gründe. Womöglich ist dann denkbar, dass für einen Fahrer, dessen Fahrzeug halbwegs autonom fährt, längere Lenkzeiten gelten. Das sind wirtschaftliche Aspekte, die auch diskutiert werden müssen. Es kann auch darum gehen, den Beruf des Kraftfahrers durch solche Systeme wieder attraktiver zu machen.

Auch im ÖPNV sind die entsprechenden Auswirkungen zu erwarten. Die Szenarien wurden bereits genannt. In Nürnberg gibt es eine fahrerlose U-Bahn. An sich haben die schienengebundenen Systeme einen Vorteil bei der Automatisierung, wenn es darum geht, den Menschen im Leitstand der Fahrzeuge zu ersetzen. Aber auch hier sind Haftungsfragen zu klä-

ren. Auch die Berufsbilder Busfahrer und Straßenbahnfahrer werden sich in den nächsten Jahren entsprechend verändern.

Auch das Thema Robotaxi – ich will es einmal so nennen – spielt hierbei eine Rolle. Es wurde schon beschrieben: Selbstfahrende Autos könnten einen abholen und irgendwohin fahren. Es kann ein völlig neuer ÖPNV entstehen, nämlich ein individueller öffentlicher Nahverkehr. Jemand könnte sich ein Taxi rufen, auf dem Weg zum Ziel noch andere Menschen mitnehmen und wiederum andere wieder absetzen, sodass man in Zukunft einen sehr individuellen, aber trotzdem gemeinschaftlichen Nahverkehr haben wird.

Zu Baden-Württemberg: Wir haben in den letzten Wochen und Monaten über das Testfeld für autonomes Fahren diskutiert. Die ehemalige Landesregierung hat einen Wettbewerb ins Leben gerufen. Drei Standorte haben sich beworben:

(Zuruf: Schwieriges Thema!)

Karlsruhe, Ludwigsburg/Stuttgart und Ulm. Die Entscheidung in diesem wettbewerblichen Verfahren ist auf Karlsruhe gefallen. Das tut mir als Ulmer natürlich schrecklich weh; aber es ist jetzt so. Das muss man sehen. In dem Bewusstsein, dass dieser ganze Wettbewerb und dieses Verfahren in unserer Regierungsverantwortung gestartet worden sind, will ich durchaus die Fragen in den Raum stellen, ob es wirklich sinnvoll und gut war, hier die drei Standorte in Baden-Württemberg, die stark sind, bei diesem Wettbewerb sozusagen gegeneinander laufen zu lassen, sie in gegenseitigen Wettbewerb zu stellen, oder ob es nicht gescheiter gewesen wäre, die wirklichen Stärken der einzelnen Standorte zu identifizieren und dann die entsprechenden Stärken weiter zu fördern.

Denn ich sage eines: Im Silicon Valley ist wesentlich mehr Geld und sind wesentlich stärkere und massivere Kompetenzen vorhanden als hier in Baden-Württemberg. Das heißt, hier noch unter den einzelnen Standorten zu teilen ist, wie ich meine, wenig sinnvoll.

Herr Minister, Sie haben ja schon angekündigt, dass Sie die beiden Standorte, die jetzt nicht zum Zuge gekommen sind, entsprechend wieder mit einbinden wollen. Ich glaube, da muss eine klare Strategie her, weil wir die Standorte, die in Baden-Württemberg beim Thema „Autonomes Fahren“ stark sind, wieder zusammenbringen und gemeinsam nach vorn bringen müssen.

Bei Daimler ist es so, dass es beim Thema „Autonomes Fahren“ einen Standort für Forschung und Entwicklung gibt, der für Sensorik verantwortlich ist. Der befindet sich im Forschungszentrum in Ulm. Alles andere, was Daimler und das Thema „Autonomes Fahren“ angeht, sitzt in Kalifornien. Das heißt, der Schwerpunkt ist auch bei deutschen, bei baden-württembergischen Firmen durchaus außerhalb unseres Landes. Wir müssen schauen, dass die Kompetenz, die hier ist, gestärkt wird und nach vorn gebracht wird.

Da sind Sie, Herr Minister, jetzt am Zuge. Es gibt, wie wir gelesen haben, in dieser Nebenabsprache auch eine Festlegung für Geld für ein Digitalisierungspaket. Vielleicht können Sie uns hier nachher berichten, was diesbezüglich geplant ist. Ich denke, man muss dort auch in den Bereich „Autonomes Fahren“ deutlich mehr investieren und diesen nach vorn bringen,

(Martin Rivoir)

damit der Standort Baden-Württemberg in diesem Bereich nicht zurückfällt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Haußmann.

**Abg. Jochen Haußmann** FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Dr. Lehning, es ist fast schade, dass Sie schon wieder aus dem Landtag ausscheiden; denn dies ist eine zielgerichtete, innovative Debatte zur Verkehrspolitik, wie ich sie hier im Parlament – initiiert seitens der grünen Fraktion – viele Jahre vermisst habe. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Andreas Schwarz  
GRÜNE: War das etwa eine Kritik?)

Die FDP/DVP hat sich immer für innovative Mobilität, für nachhaltige Mobilität eingesetzt. Ich darf an die McKinsey-Studie aus dem Jahr 2010 zu wirtschaftlichen und technologischen Perspektiven in Baden-Württemberg erinnern. 2010 wurden von McKinsey vier Handlungsfelder mit einem Volumen von 50 bis 80 Milliarden € Wachstumspotenzial festgemacht.

Eines der Handlungsfelder war die nachhaltige Mobilität. Das betraf also genau die Themen, die in der heutigen Aktuellen Debatte angesprochen wurden und werden und die mit dem digitalen Testfeld in Karlsruhe hier in Baden-Württemberg neue Impulse bekommen.

Ich darf auch daran erinnern, was alles unter Schwarz-Gelb bereits initiiert wurde und was von Grün-Rot zumindest zum Teil fortgeführt wurde. Ich darf an die Landesinitiative Elektromobilität erinnern, die 2011 in der zweiten Stufe weitergeführt wurde, an e-mobil BW, an die Leichtbau BW, an den Batterieforschungsstandort in Ulm, das Helmholtz-Institut, die Fraunhofer-Institute, also an eine Vielzahl von Themenfeldern, die belegen, dass man schon sehr früh mit nachhaltiger Verkehrspolitik, mit nachhaltiger Mobilität begonnen hat und nicht erst unter der jetzigen Regierung. Vielmehr wurden schon in den 2000er-Jahren erhebliche Investitionen geleistet. Das ist ein Verdienst der damaligen schwarz-gelben Landesregierung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der  
CDU)

Vom Verkehrsminister wurde uns immer wieder einmal vorgeworfen, wir bräuchten keine Innovationen in der Verkehrspolitik. Ich darf daran erinnern, dass wir 2013 hier im Landtag eine „Mobilitätsoffensive Baden-Württemberg 23“ mit vier Handlungsfeldern vorgestellt haben, nämlich mit Verkehrsmanagement, Zukunftstechnologien, Mobilitätsdiensten und auch Logistik.

Das letztgenannte Thema ist eines der ganz wichtigen Themen. Denn wir wissen, dass gerade auch in der Logistik die Herausforderungen zunehmen. Unternehmen wie Daimler setzen seit Jahren auch im Bereich der Güterverkehre autonomes Fahren ein und erstellen Testfelder, auf denen beispielsweise

drei Lkws auch hintereinander fahren können. Hier müssen wir von der Politik her wesentlich aktiver begleiten, als es in Baden-Württemberg bisher der Fall war, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Albrecht  
Schütte CDU)

Wenn ich die letzte Legislaturperiode Revue passieren lasse, dann fällt mir auf: Wir hatten eben gerade viel zu wenige solcher Debatten. Wir hatten Debatten über die Verhinderung des Feldversuchs zum Lang-Lkw; wir haben vier Jahre lang gekämpft, bis der Verkehrsminister aufgrund des Drucks des Ministerpräsidenten nachgegeben hat. Wir hatten gleich zu Beginn der vergangenen Legislaturperiode über die Citymaut gesprochen. Wir hatten über Fahrverbote und all diese Dinge debattiert.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das ist jetzt eine  
olle Kamelle!)

Ich muss sagen: Ich konnte bisher nicht erkennen, dass der Verkehrsminister wirklich eine wertfreie nachhaltige Mobilität in Baden-Württemberg umsetzen wollte, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Andrea  
Lindlohr GRÜNE)

Deswegen ist dies nun der richtige Zeitpunkt.

Wenn ich mir den Koalitionsvertrag anschau, sehe ich: Diese Landesregierung will zu einer Ideenschmiede für nachhaltige Mobilität in Baden-Württemberg werden. Ich wünsche mir, zu erfahren – vielleicht können wir das gleich hören –, wie der Masterplan für diese Ideenschmiede für nachhaltige Mobilität in Baden-Württemberg aussieht.

Das Testfeld für autonomes Fahren befindet sich jetzt in Karlsruhe. Aber auch Sie haben im Koalitionsvertrag ausdrücklich die Zielstellung einer nachhaltigen Mobilität in der Mobilitätsregion Stuttgart angesprochen, und dafür gilt diese Zielstellung ebenfalls. Das ist ein ganz wichtiges Element. Wir müssen die Situation, die wir in Stuttgart haben, auch tatsächlich intensiv angehen.

Es gibt in Baden-Württemberg bei 10,8 bzw. 10,9 Millionen Einwohnern 7,6 Millionen Fahrzeuge. Wir haben im Jahr 2015 im Pkw- und Güterverkehr noch einmal eine Verkehrszunahme in Höhe von 2,5 % verzeichnen können. Das zeigt, wie wichtig auch das Thema „Nachhaltige Mobilität“ in Baden-Württemberg ist.

Ich will auch noch auf weitere Stichpunkte eingehen. Alle meine Vorredner haben das Thema „Silicon Valley“ angesprochen. Wir müssen Schritt halten mit dem Silicon Valley.

(Zuruf des Abg. Felix Schreiner CDU)

Ich bitte darum, dass man sich nicht nur mit der technischen Seite des Silicon Valley beschäftigt. Denn wenn man an den Technologiestandorten mit den Zulieferern der Automobilindustrie spricht, dann hört man, dass auch Rahmenbedingungen benötigt werden, die es ermöglichen, dass innovativ geforscht und produziert werden kann. Als Stichwort will ich

(Jochen Haußmann)

hier die Arbeitszeitflexibilisierung und die unsägliche Verschärfung hinsichtlich der Werkverträge nennen. Diese führen dazu, dass diese Forschungsthemen zunehmend ins Ausland verlagert werden müssen, weil es hier nicht mehr möglich ist, Werkverträge so abzuschließen, dass man Vorhaben noch umsetzen kann. Das sagt übrigens nicht die FDP/DVP, sondern das sagen diejenigen, die in der Praxis forschen und tätig sind.

Wer vor einigen Wochen auf Einladung von Daimler im Technologielabor vor Ort war – Frau Lindloh, Sie waren ebenfalls anwesend, vielleicht haben Sie es auch gehört –, konnte vernennen, dass mehr Flexibilität für solche Gestaltungen benötigt wird, damit wir gegenüber dem Silicon Valley wettbewerbsfähig bleiben. Das ist auch ein Appell an die CDU und die SPD, die in Berlin regieren, diese Themen ins Auge zu fassen. Ansonsten verlieren wir den Anschluss an das Silicon Valley.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

Kollege Rivoir hat es bereits angesprochen – das halte ich ebenfalls für wichtig –: Wir brauchen eine politische Diskussion für die Verkehrsteilnehmer. Die demografische Entwicklung erfordert es eben zunehmend, dass ältere Verkehrsteilnehmer auch mit dieser Innovation Schritt halten. Wenn man mit Seniorinnen und Senioren spricht, wird klar: Hier besteht eine große Sorge, ob sie – in Baden-Württemberg und in Deutschland – künftig noch in der Lage sein werden, Schritt zu halten. Deswegen brauchen wir auch diese ethische, diese unterstützende, diese politische Diskussion, damit wir alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer mitnehmen, damit gerade auch ältere Fahrzeuglenkerinnen und -lenker im Straßenverkehr mobil sein können. Ich sehe das genauso wie Sie als eine große Chance.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir erwarten, dass der Verkehrsminister den Masterplan vorstellt und wir uns nicht immer mit Nebenkriegsschauplätzen beschäftigen, wie wir es in den letzten fünf Jahren getan haben. Dann wird ein Schuh daraus, und dann können wir auch Baden-Württemberg nach vorn bringen. Dabei haben Sie die FDP/DVP an Ihrer Seite.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Gögel das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

**Abg. Bernd Gögel** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Was wir hier in einer sehr harmonischen Debatte über das autonome Fahren gehört haben, hat mich doch etwas stutzig gemacht. Vor allem hat mich stutzig gemacht – darauf komme ich später –: Es fehlt komplett die soziale Komponente. Da muss ich die Kollegen von der SPD ansprechen. Da hat man vielleicht nicht über den Tellerrand

geblickt und auch kein bisschen weiter über die Auswirkungen nachgedacht.

Zum Beitrag von Frau Lehnig möchte ich sagen: Ich halte es da lieber mit Helmut Schmidt: In der Politik haben Visionen nicht viel verloren.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wo man bei Visionen hinhaut, hat er schon einmal ganz klar gesagt. In der Politik geht es vielmehr um das Erkennen von Entwicklungen und darum, daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen, die richtigen Entscheidungen zu treffen und die richtigen Wege einzuleiten.

Wir sprechen im Moment über diesen wunderbaren Individualverkehr der Senioren, für die es etwas besser sein soll, autonom zu fahren. Ich sage Ihnen: Fahren Sie einmal auf der Autobahn durch Deutschland. Dann werden Sie zu der Überzeugung kommen, dass es für die Deutschen insgesamt besser wäre, autonom zu fahren. Denn dort wird Krieg veranstaltet, und das ist eine Charakterschwäche des deutschen Autofahrers. Darum bin ich persönlich und ist auch die AfD insgesamt sicher nicht abgeneigt, zukünftig Fahrzeuge autonom fahren zu lassen.

Aber verlassen wir den etwas lustigen Teil der ganzen Geschichte und kommen wir einmal auf die rechtliche Seite zu sprechen – ohne EU-Recht und ohne Überarbeitung des Wiener Übereinkommens von 1968, das ja erstaunlicherweise schon 2014 auch Assistenzsysteme aufgenommen hat und noch weit weg ist von Level 3, Level 4 oder Level 5 im autonomen Fahren. Sie, meine Damen und Herren, müssen in der EU für die Überzeugung sorgen, dass dort erst einmal die entsprechenden Gesetze und Vorschriften, die notwendig sind, um hier weiterzukommen, umzusetzen sind.

Aber verlassen wir den Blick auf den Individualverkehr, den Pkw-Verkehr und betrachten wir einmal die Wirtschaftsverkehre auf der Straße, auf der Schiene. Dahinter stehen Arbeitsplätze, meine Damen und Herren. Dahinter stehen im Speditionsgewerbe ca. 600 000 Arbeitsplätze, im öffentlichen Nahverkehr in Baden-Württemberg auch ca. 100 000 Arbeitsplätze.

Vielleicht erinnern Sie sich noch an die Demonstrationen der Taxifahrer 2014. Es wurde demonstriert, weil man versucht hat, einen Wettbewerb zu schaffen, den Individualverkehr auch über den technologischen Fortschritt, über Apps einzu beziehen und 20 % Provision dafür zu verlangen. Vergewöhnen Sie sich einmal, was sich damals abgespielt hat. Dann können Sie weiter darüber nachdenken, was passieren wird, wenn es insgesamt so weitergeht. Ich denke an Paketdienste, Fahrschullehrer etc.

Denken wir einfach einmal ein bisschen weiter. Wir sprechen hier über ungefähr eine Million Arbeitsplätze, die in diesem Bereich dann verloren gehen. Wir sprechen auch nicht von einer Entwicklung über Zenturien, sondern von einer Dekade, in der diese Themen umgesetzt werden sollen. Und sie werden umgesetzt.

Wir können und wollen den technischen Fortschritt, die Technologie auch gar nicht aufhalten. Sie nimmt ihren normalen Lauf. Was der Mensch denkt, setzt er in der Regel auch um.

(Bernd Gögel)

Es wird aber nicht zunächst einmal das Positive für den einzelnen Bürger umgesetzt, sondern zunächst werden logischerweise wirtschaftliche Interessen berücksichtigt und umgesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Das ist bei diesem Punkt das Entscheidende.

Wir schaffen jedoch nicht nur mit dem autonomen Fahren neue Probleme, sondern das autonome Fahren ist ein Teil der evolutionären Entwicklung zur Industrie 4.0. Da geht es um Drohnen, 3-D-Drucker und andere Entwicklungen, die ebenfalls Arbeitsplätze im niedrigen Lohnsegment vernichten. Das heißt, Menschen, die schnell angelernt werden können, wenig Schulbildung brauchen und relativ schnell im Arbeitsmarkt zu integrieren sind, werden von diesen verdrängt.

Jetzt kommt das Tolle – da ist das Harmonische zwischen uns heute schnell vorbei –: In diesem Segment holen Sie im Moment Hunderttausende und Millionen von flüchtenden Menschen und Wirtschaftsflüchtlingen hinzu,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Unglaublich!)

denen Sie vorgaukeln, hier eine Zukunft zu haben.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Gleichzeitig applaudieren Sie für technische Entwicklungen, die diese Arbeitsplätze in weniger als zehn Jahren vernichten werden.

(Beifall bei der AfD)

Aber herzlichen Glückwunsch, liebe Kollegen: eine superharmonische Debatte über dieses Thema.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das ist eine Art Paranoia!  
– Abg. Felix Schreiner CDU: Vom 3-D-Drucker zur Flüchtlingsproblematik! – Zuruf: Mein lieber Mann!  
– Gegenruf des Abg. Sascha Binder SPD)

– Ich glaube, man braucht keine Paranoia, liebe Kollegin, sondern man muss einfach mal über die Entwicklungen und ihre Konsequenzen nachdenken.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Reden Sie doch mal über die Chancen! – Abg. Sascha Binder SPD: Sind Sie jetzt dagegen?)

Sie müssen den Bürgern Wahrheiten erzählen und ihnen erklären, wie Sie darauf reagieren, und nicht nur vorab technischen Entwicklungen applaudieren, ohne über ihre negativen Auswirkungen zu sprechen.

(Abg. Sascha Binder SPD: Sind Sie jetzt dagegen? – Abg. Felix Schreiner CDU: Zurück in die Vergangenheit!)

– Wir wollen in keinem Fall zurück in die Vergangenheit.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Aber in die Zukunft auch nicht!)

Sie wollen nur irgendwie AfD-Bashing betreiben

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das machen Sie zum Glück schon selbst!)

und stellen sich keiner Diskussion. Wenn Sie darüber nachdenken, werden Sie meinen Argumenten folgen können und von sich aus Lösungsansätze suchen.

Ich kann Ihnen sagen: Wir müssen Lösungsansätze zum Thema „Maschinensteuer“

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Was?)

suchen, eine Robotersteuer einführen. Wir müssen Lösungsansätze suchen und in der Gesellschaft diskutieren,

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

ob wir nicht auch ein bedingungsloses Grundeinkommen schaffen müssen.

(Vereinzelt Beifall – Zuruf: Zur Sache!)

Ja, es ist uninteressant, ob Frau Wagenknecht oder jemand von der AfD das vorschlägt. Wir haben das in der Partei noch nicht diskutiert. Aber gesamtgesellschaftlich werden Sie dieses Thema diskutieren müssen.

Sie müssen sich Ihren Haushaltsplan anschauen, um zu sehen, was Sie in Baden-Württemberg aus der Körperschaftsteuer einnehmen.

(Zuruf: Was hat das mit dem Haushalt zu tun?)

Dann gehen Sie zu den Menschen hinaus und erklären ihnen, warum dieser Anteil mit knapp 1 Milliarde € der niedrige – –

(Abg. Nicole Razavi CDU: Thema verfehlt!)

– Da ist nicht das Thema verfehlt. Da müssen Sie hingehen und sagen: Das liegt daran, dass wir nicht bereit sind,

(Zurufe von der SPD, u. a.: Er hat das Thema nicht verstanden!)

Lizenzverträge zu überarbeiten, dass wir nicht bereit sind, es abzustellen, dass Gewinne von Körperschaften ins Ausland, in Steuerparadiese verschoben werden. Sie machen seit Jahrzehnten Politik für die globale Industrie, und Sie vergessen seit Jahrzehnten den Mittelstand und den Arbeitnehmer.

(Beifall bei der AfD)

Daran müssen Sie sich in Zukunft wieder ausrichten, wenn Sie die Gesellschaft zusammenhalten wollen – sonst sprengen Sie sie.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und fraktionslosen Abgeordneten – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Ich kann Ihnen versichern, dass Sie auch in Zukunft mit uns über diese Themen diskutieren werden.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das glaube ich eher nicht!)

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der AfD – Abg. Nicole Razavi CDU: Geisterfahrer AfD!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für den Zusammenschluss fraktionsloser Abgeordneter erteile ich Herrn Abg. Baron das Wort.

(Zuruf: Mal sehen, ob er zum Thema spricht! – Abg. Nicole Razavi CDU: Jetzt kommt Geisterfahrer AfBW!)

**Abg. Anton Baron** (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit großer Freude, wenn auch nicht ohne ein gerütteltes Maß an Verwunderung, vernehmen wir, dass die Grünen ihre notorische Technik- und Automobilfeindlichkeit zumindest teilweise abzulegen gewillt sind.

(Heiterkeit und Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und der AfD)

Dass das Automobil im Autoland Baden-Württemberg bei Ihnen nicht mehr länger nur als zu bekämpfendes Teufelszeug gilt, ist in jedem Fall schon einmal ein erfreuliches Signal.

Wenn es Ihnen, meine Damen und Herren von den Grünen, jetzt auch noch gelingt, Ihre dogmatische und ziemlich lustfeindliche Parteilugend

(Abg. Nicole Razavi CDU: Lustfeindlich? – Abg. Felix Schreiner CDU: Lustfeindlich? Wir haben Lust! – Unruhe)

– Ihre lustfeindliche Parteilugend – mit dem Automobil zu versöhnen, dann betrachte ich das mit großem Wohlwollen. Die Grüne Jugend ist u. a. Mitglied im „World Carfree Network“, das autofreie Lebensstile unterstützt und die Abkehr von autogerechten Planungen von Städten und Kommunen fördert.

Aber nun zum eigentlichen Thema.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD – Abg. Felix Schreiner CDU: Sehr gut! – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Bravo!)

Aus unserer Sicht ist es geboten, dass wir alle die stetig wachsende Bedeutung von intelligenter Mobilität und die Chancen der Digitalisierung für den Verkehrsbereich anerkennen und dass wir die optimalen Rahmenbedingungen für dieses Zukunftsthema schaffen. Eine verkehrsträgerübergreifende Strategie zur intelligenten Mobilität ist längst überfällig. Wir, die Alternative für Baden-Württemberg, unterstützen sehr gern entsprechende Initiativen aus den Reihen der Koalitionsfraktionen. Die Alternative für Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, diesem Thema einen besonderen Stellenwert in der Verkehrspolitik des Landes zu geben. Im Rahmen von Pilotprojekten sollen konzeptionelle und praktische Ansätze entwickelt werden,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Da hat aber die Alternative-Fraktion etwas anderes erzählt als Sie gerade!)

um solche Technologien in Baden-Württemberg zunächst in Testform möglichst schnell nutzbar zu machen. Hierzu soll das Verkehrsministerium entsprechende Pilotprojekte etablieren. Damit das Autoland Baden-Württemberg bei dieser zentralen Entwicklung eine Vorreiterrolle spielen kann, muss die Landesregierung klare Prioritäten setzen. Unabdingbar sind

aus unserer Sicht eine umfassende Digitalisierungsstrategie, ein Zukunftskonzept und Leitinvestitionen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wollen Sie auch einen Roboter steuern?)

Zu den notwendigen Schritten zählt aus Sicht der Alternative für Baden-Württemberg, dass zunächst einmal ein „Digitales Straßengesetz“ erarbeitet wird,

(Abg. Felix Schreiner CDU: Sie können alle Gesetze im Internet abrufen!)

das konkrete Handlungsschritte zum Aufbau einer intelligenten Verkehrsinfrastruktur enthält.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten)

In Verhandlungen mit dem Bund sowie auch auf europäischer Ebene sollte sich die Landesregierung dafür einsetzen, dass das automatisierte Fahren bzw. das teilautomatisierte Fahren ermöglicht wird. In Modellregionen und auf weiteren Testfeldern sollte das Land in Kooperation mit dem Bund den Aufbau einer intelligenten Straßeninfrastruktur fördern. Entlang der Autobahntrassen und Schienenwege ist zudem dringlich – das kann man nicht oft genug wiederholen, gerade auch als Abgeordneter aus dem ländlichen Raum; ich weiß, wovon ich spreche –, schnelles und mobiles Internet bereitzustellen. So schnell wie möglich ist zu diesem Zweck auch die Einführung des Mobilfunkstandards 5G zu unterstützen.

Auch die Automatisierung des Schienenverkehrs sehe ich als eine vordringliche Aufgabe an, die voranzutreiben wir uns gemeinsam als Ziel setzen sollten.

Meine Damen und Herren, das selbstfahrende Auto kommt. Die Frage ist nur: Werden wir in Deutschland wieder einmal aus Furcht und wegen einer verbreiteten Ängstlichkeit eine Zukunftstechnologie verschlafen, oder werden wir diesmal selbst Chancen stärker gewichten als Risiken? Werden wir diesmal aktiv mitgestalten, statt, wie schon so oft, nur teilnahmslos zuzuschauen? Vorausschauende Politik kann sich nicht damit begnügen, dumpfen Stimmungslagen nachzugeben. Sie sollten vielmehr abwägen, um eine rationale Entscheidungsgrundlage zu haben.

Schon im Jahr 2030 soll der Mensch nichts mehr tun, außer sich ins Auto zu setzen, das Fahrtziel zu nennen und dann zu lesen, zu spielen oder fernzusehen – so die hochfliegenden Pläne der Automobilindustrie. Der derzeitige Stand der Technik bietet derweil jedoch ein etwas nüchternes Bild. Richtig ist: Die neue Mercedes-E-Klasse wird bis Tempo 60 weitestgehend selbstständig unterwegs sein und ihren Fahrer bis Tempo 120 unterstützen, aber ganz ohne Fahrer geht es eben noch nicht.

Wie schon erwähnt, sind auch die Frage der Haftung und die Klärung der Schuldfrage wichtig: Wer soll im Schadensfall haften? Soll der Fahrer, der Systemhersteller oder der Autobauer zur Kasse gebeten werden? Überschwängliche Erwartungen, wie sie am Beginn jeder neuen Technologie stehen, werden also durchaus zu Recht etwas gedämpft. Der Autofahrer wird in Zukunft vor folgender Frage stehen: Kaufe ich weiter meine Stammmarke mit gewohntem Ledergeruch aus Deutschland oder ein Auto aus dem Silicon Valley, das mich nach zwei Bierchen autonom nach Hause fährt? Die Software

(Anton Baron)

macht künftig den Unterschied. Hier muss Deutschland in Führung bleiben.

(Beifall der Abg. Dr. Heinrich Fiechtner und Dr. Rainer Podeswa [fraktionslos])

Digitalisierung wird für die deutsche Industrie zum Gewinnerthema, wenn der Staat bessere Voraussetzungen dafür schafft. Neue Märkte können wir aber nur durch eine digitale Infrastruktur auf Champions-League-Niveau erreichen. Wir liegen gegenwärtig im Bereich von Rumänien – Platz 20 im OECD-Bereich –; hier müssen wir deutlich besser werden.

(Beifall der Abg. Dr. Heinrich Fiechtner und Dr. Rainer Podeswa [fraktionslos])

Teilautomatisierte oder automatisierte Fahrfunktionen werden zukünftig Fahrerinnen und Fahrer entlasten und in kritischen Situationen unterstützen bzw. solche Situationen sogar gänzlich vermeiden. Gleichzeitig werden neue Komfortfunktionen das Fahrerlebnis weiter steigern. Außerdem werden Mehrwertdienste entstehen und wird damit eine Grundlage für neue Geschäftsmodelle geschaffen, für die ein Milliardenmarkt vorausgesagt wird.

Meine Damen und Herren, mit der Zukunftstechnologie des autonomen Fahrens eröffnen sich neue Perspektiven und Chancen, auch für den öffentlichen Nahverkehr. Insbesondere gilt das für kleinstädtische und ländliche Regionen, in denen die konventionellen Strukturen des ÖPNV aufwendiger und teurer sind als in Großstädten. Hier könnten autonom fahrende Fahrzeuge innovative und intelligente Konzepte für die Mobilität liefern.

Es ist aus unserer Sicht nicht zu bestreiten, dass eine leistungsfähige digitale Infrastruktur gerade für den ländlichen Raum ein zentraler Standortfaktor für Baden-Württemberg ist. Dies wird zukünftig auch in Bezug auf eine effiziente und wirtschaftliche Mobilitätsinfrastruktur gelten. Deutschland kann mit seiner weltweit führenden Autoindustrie künftig auch auf dem Gebiet des autonomen Fahrens eine führende Rolle übernehmen. Wir sollten alle gemeinsam dafür sorgen, dass diese Technologie in Realität und Alltag in Baden-Württemberg Einzug hält und eine Chance bekommt. Es gilt die Devise: Machen statt Reden.

Danke.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Hermann.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Jetzt machen wir es!)

**Minister für Verkehr Winfried Hermann:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, die Debatte hat gezeigt, dass wir heute über eine wichtige Zukunftsfrage sprechen. Ich fand es übrigens überhaupt nicht schlecht, dass sich das Parlament heute einmal in aller Breite der zur Diskussion stehenden Frage zugewandt und sich ernsthaft damit auseinandergesetzt hat – anders, als es gestern war.

(Lachen bei den fraktionslosen Abgeordneten)

Wir stellen fest – das war übrigens übereinstimmend bei allen Rednern erkennbar –: Die Digitalisierung wird alle Lebensbereiche und ganz besonders den Verkehrsbereich verändern. Es geht nicht nur um das einzelne Auto – das wäre das autonome bzw. das teilautonome Fahren –, sondern natürlich auch um das Verkehrssystem insgesamt, auch um das Transport- oder das Logistiksystem. Vielleicht ist dort noch am meisten zu verändern, weit mehr als im Bereich des Autos, bei dem viele Technologien schon länger eingeführt bzw. zumindest teilweise eingeführt sind.

Einige haben auch darauf hingewiesen: Es geht nicht nur um das Auto, sondern es geht auch um die Veränderung des öffentlichen Verkehrs. Der Bus und die Bahn der Zukunft werden nicht mehr die gleichen sein, und die Güterverkehre auf der Schiene können nicht mehr mit Technologien des 19. Jahrhunderts erfolgreich sein. All dies wird mit dieser Thematik angesprochen, und damit werden natürlich auch wichtige Fragen gestellt, die wir in der Politik beantworten müssen.

Wir können heute nur erahnen, in welche Richtung es geht und was alles möglich ist, aber ganz sicher wissen wir es nicht. Wir haben festgestellt – ich habe es auch immer wieder in den Reden gehört –, dass sich technologisch sehr viel verändert hat. Es gibt sehr viele Möglichkeiten. Aber kommen die Menschen mit? Wenn man sieht, wie Menschen auf technologische Veränderungen reagieren oder überhaupt Neuigkeiten wahrnehmen, dann stellt man immer wieder fest, dass sie den Hang haben, in alten Mustern zu verharren – ob das jetzt im Kopf ist, wenn sie diskutieren, dass sie nicht wahrnehmen, dass sich Parteien oder die Debatten verändert haben oder dass es andere Angebote gibt.

Insofern ist, glaube ich, eine solche Debatte richtig gut, da sie auch dazu beiträgt, alte Muster aufzubrechen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Ich habe es ja auch in anderen Debatten gesagt: Gerade in einem Land, in dem die Menschen so viel Wert auf das Auto und Autofahren legen, ist es natürlich schon entscheidend, dass sie diese Technologien mitmachen. Ich meine, in Deutschland haben wir ungefähr 50 Jahre gebraucht, um uns von der Handschaltung auf die Automatikschaltung umzustellen, weil wir lange geglaubt haben, wir könnten das viel besser als die Technik.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nichts gegen Handschaltung! Darauf möchte ich nicht verzichten! Die ist gegen das Einschlafen, die Handschaltung!)

Die Automatisierung, die Teilautomatisierung verlangt ja noch sehr viel mehr Vertrauen in die Technik und sehr viel Veränderung.

Meine Damen und Herren, die Herausforderung ist auch eine verkehrspolitische. Denn die Frage ist ja dann doch: Sind unsere politischen Debatten über diese und jene Umgehungsstraße noch Zukunftsdebatten, oder reden wir eigentlich sozusagen über die Vergangenheit? Denn natürlich wird die Straße der Zukunft eine andere sein, eine intelligente Straße. Infrastrukturen insgesamt müssen wir mit diesen intelligenten Technologien ausrüsten.

Das sind die Punkte, die wir angehen wollen. Ich glaube, dass gerade Baden-Württemberg als Autoland geradezu die Ver-

(Minister Winfried Hermann)

pflichtung hat, sozusagen zum Mobilitätsland zu werden. Wir müssen alle Voraussetzungen dafür schaffen, dass es uns gelingt, dass Baden-Württemberg ein zukunftsfähiges Mobilitätsland wird.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Emil Sänze AfD)

Klar ist: Diese Technologien bieten viele Chancen, viele Möglichkeiten. Klar ist auch, dass es das eine oder andere Risiko gibt, aber die halte ich alle für bewältigbar. Das ist machbar – ob es der Datenschutz ist oder auch die technologischen Schwierigkeiten, auch ethische Fragen sind; denen werden wir uns stellen. Man kann sie beantworten. Es ist ja nicht so, dass sie alle unlösbar wären und nur die Technik die Probleme lösen würde. Auch wir können unsere politischen Lösungen anbieten.

Zu dem Thema, wir, die Grünen, wären ideologisch geformt, und es sei ja erstaunlich, dass wir jetzt so oft über Technologie reden. Herr Haußmann, eines will ich schon klarmachen: Jede Art von Verkehrspolitik – egal, ob es gesagt wird oder nicht – basiert natürlich auf Werteentscheidungen, auf Normen. Ich lege großen Wert darauf, dass wir keine werte- und normenfreie Verkehrspolitik machen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Felix Schreiner CDU)

Ich möchte, dass wir auch diesen technologischen Prozess begleiten, und zwar mit einem klaren Wertegerüst. Das heißt zunächst einmal: Wir wollen nachhaltige Mobilität sichern. Wir wollen mehr Sicherheit im Verkehr, Menschenleben retten – sehr werthaltig, so eine Forderung –, und wir wollen die Lebensqualität in den Städten verbessern. Wir wollen die Mobilität insgesamt verbessern und ermöglichen. Denn es kann ja nicht das Ende der Mobilitätsgeschichte sein, dass alles im Stau steht. Ich meine, es ist doch eine Herausforderung, das mit neuen Technologien so zu lösen, dass wir auf Dauer Menschen mobil halten und zugleich das Klima und die Umwelt schützen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Andreas Kenner SPD und Hans Peter Stauch AfD – Zuruf von den Grünen: Sehr gut!)

Das Land Baden-Württemberg, die Landesregierung – und zwar auch schon die Vorgängerregierung – hat sich sehr schnell mit der Frage auseinandergesetzt: Was müssen wir wirtschaftspolitisch, wissenschaftspolitisch und verkehrspolitisch tun, um das autonome Fahren, das teilautonome Fahren zu begleiten, zu entwickeln? Wir sind das sehr realistisch angegangen. Manche haben ja Illusionen unter dem Motto verbreitet: „In fünf Jahren läuft alles automatisch und ist alles automatisiert.“ Das mag vielleicht auf dem Testfeld so sein, aber nicht im realen Leben, im realen Verkehr.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Viele technische und juristische Hindernisse sind zu nehmen. Das allergrößte Problem, das ich sehe, ist übrigens ein Akzeptanzproblem. Werden die Menschen umsteigen? Wie reagieren die Menschen, wenn im Stadtverkehr ein fahrerloses Auto vorbeikommt? Man kann es ja sehen: In Deutschland gibt es nur eine U-Bahn – in Nürnberg –, die fahrerlos ist. Alle anderen fahren mit einem Zugführer, obwohl das System ja ei-

gentlich so geschaltet ist, dass der Fahrer gar nicht nebenrausfahren kann.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Können wir zur Probe vorab Linksgesteuerte fahren lassen!)

Wir haben als Menschen mit unserem Sicherheitsbedürfnis schon auch Probleme mit Technologien, wenn wir unsere personelle Verantwortung abgeben. Wir müssen es zusammenbringen, dass wir auf der einen Seite die technischen Möglichkeiten nutzen, auf der anderen Seite jedoch immer noch die Menschen als diejenigen bewahren, die steuern und die Verantwortung tragen. Das ist mir wichtig.

Wir haben jetzt das digitale Testfeld erfolgreich ausgeschrieben. Wir haben viele und gute Bewerbungen erhalten, und am Ende ist dann unter den guten Bewerbungen das Angebot aus Karlsruhe – von KIT, FZI sowie den Städten Karlsruhe und Bruchsal – angenommen worden, weil es unter den guten Angeboten das beste war.

Genau dort soll das entwickelt und begleitet werden, worüber wir heute diskutiert haben. Dies ist ja noch nicht die Realität, sondern wir müssen ja erst einmal auf unseren Straßen Infrastrukturen im Testformat aufbauen, bei denen Autos mit Autos kommunizieren und Autos mit der Infrastruktur kommunizieren. Wissenschaftler sollen begleiten und schauen: Ist die Infrastruktur, die wir haben – etwa im Telekommunikationsbereich –, ausreichend? Wie kann sie so entwickelt werden, dass sie sicher funktioniert, dass nichts passiert?

Das sind Fragen, die in den kommenden Jahren bearbeitet werden. An diesem Testfeld können kleine und große Firmen teilnehmen. Das ist ein offenes, öffentlich gefördertes Testfeld. Deswegen ist es auch wichtig, dass alle einen Zugang haben. Das ist auch für uns eine wichtige Voraussetzung. Wir stellen nochmals 2,5 Millionen € zur Verfügung, um bei dieser neuen Infrastruktur Tests und Erprobungen zu betreiben und Erfahrungen zu sammeln. Da können die Wissenschaftler aus Ulm oder aus Stuttgart mitmachen, und an diesem Testfeld können sich auch Stuttgart und Ludwigsburg andocken. Da sind wir im Gespräch. Wir haben uns vorgenommen, eine zweite Stufe zuzuschalten, um das Projekt zu erweitern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Hans Peter Stauch AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr gut!)

Für mich ist eines der wichtigsten Ziele dieser neuen technologischen Entwicklung, dass es uns gelingt, Mobilität sicher zu gestalten. Ich finde es nach wie vor bedrückend, dass wir in Baden-Württemberg mehrere Hundert Verkehrstote pro Jahr haben. In Deutschland sind es fast 4 000 Tote, europaweit noch sehr viel mehr. Es ist leider nicht so, dass in den letzten Jahren die Unfallzahlen nur abwärts gingen, sondern in den letzten zwei Jahren sind die Zahlen wieder hochgegangen.

Das ist für mich eine Herausforderung. Diese Systeme können da eine Hilfe sein. All diese Auffahrunfälle, die wir in den letzten Tagen beobachten konnten, wären mit neuen Technologien vermeidbar gewesen. Deswegen glaube ich, dass es ganz wichtig ist, dass im Lastverkehr diese Sicherheitstechnologien sehr schnell verpflichtend kommen müssen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

(Minister Winfried Herrmann)

Wir wollen diesen Prozess vorantreiben, begleiten und fördern – nicht blind, aber natürlich positiv. Denn wir glauben, dass wir in Baden-Württemberg damit nicht nur über Mobilität reden, sondern wir reden damit auch über die Zukunft unseres Landes. Natürlich ist es richtig, dass sich die Arbeitsplätze in der Automobilindustrie mit dieser Technologie verändern werden; das ist doch keine Frage. Aber wir müssen fragen: Wie sichern wir die Arbeitsplätze in unserem Land? Was ist unser Anteil? Welche neuen Technologien müssen wir im Rahmen dieser neuen Entwicklung bieten? Was ist ein neues Geschäftsfeld und sichert die Arbeitsplätze?

Wir werden das Ganze, bezogen auf das Automobil, nutzen und weiterentwickeln. Aber ich lege großen Wert darauf, dass wir auch den öffentlichen Verkehr mit einbeziehen. Echtzeitinformation ist ohne Digitalisierung nicht denkbar, die Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger ist ohne Digitalisierung ebenfalls nicht denkbar.

Genau das fördern wir nun in einem zweiten Projekt, das wir „moveBW“ nennen. Da haben wir verschiedene größere und kleinere Industrieunternehmen, Wissenschaftler und Wissenschaftsinstitutionen zusammengebunden, die am Beispiel des Ballungsraums Stuttgart zeigen, wie man alle modernen Informationstechnologien nutzt: zur Verkehrssteuerung, zur Verkehrlenkung, zu einem bewussten – ich sage einmal – vorsorglichen Nutzen der Infrastruktur. Man bekommt rechtzeitig die Information: Wenn du jetzt losfährst, brauchst du anderthalb Stunden, wenn du eine halbe Stunde später fährst, nur noch eine Dreiviertelstunde, und wenn du mit dem Fahrrad zur nächsten S-Bahn fährst, können wir dir genau sagen, wann du ankommst.

Das sind die Bereiche, die wir vorantreiben wollen und müssen; denn moderne Verkehrspolitik ist an allen Verkehrsträgern orientiert und schafft die Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Die Digitalisierung im Bereich des Verkehrs bietet uns große Möglichkeiten, wenn wir sie nutzen, wenn wir sie ergreifen und wenn wir sie entlang klarer Wertvorstellungen gestalten: mehr Sicherheit im Verkehr, besserer Umweltschutz, Klimaschutz im Verkehr, den Mobilitätskomfort und die Mobilitätsmöglichkeiten verbessern und dabei die Verkehrsträger so vernetzen, dass sie für die Menschen viele Vorteile bringen und die Menschen damit gut und flüssig, sicher und ohne Stress unterwegs sein können.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und fraktionslosen Abgeordneten – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Ich glaube, das ist eine ziemliche Herausforderung für Politik und Wirtschaft sowie für die einzelnen Menschen. Wir sollten diese Herausforderung ohne Jammern und ohne Zetern annehmen und mit positiver Grundhaltung angehen und sagen: Wir packen das.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

**Präsidentin Muhterem Aras:** In der zweiten Runde erteile ich das Wort Herrn Abg. Haußmann.

**Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Welch ergreifende Worte unseres Verkehrsministers! Es scheint am Einfluss der CDU zu liegen, dass man in Baden-Württemberg und in Deutschland jetzt neue Schwerpunkte setzt.

(Lachen bei den Grünen – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das, was zum Thema Sicherheit gesagt wurde, teile ich ausdrücklich. Das waren nämlich genau Punkte, die wir schon vor drei Jahren mit unserer Mobilitätsoffensive vorgestellt hatten, die wir zum Teil aus einer Initiative des ehemaligen FDP-Wirtschaftsministers Posch in Hessen übernommen haben, bei der unter dem Stichwort „Staufreies Hessen“ 40 Einzelmaßnahmen durchgeführt wurden, und zwar insbesondere im Bereich der Infrastruktur für die Kommunikation zwischen den Fahrzeugen zur Verbesserung der Sicherheit. Deswegen freut es mich, dass diese Botschaft jetzt auch in Baden-Württemberg angekommen ist.

Herr Minister, Sie haben von einem Wertegerüst gesprochen. Dem stimmen wir zu. Aber zu einem Wertegerüst gehört eben auch, dass man das sinnvoll macht und alle Beteiligten mitnimmt.

Ich will ein Beispiel nennen: Die überhastete Einführung einer blauen Plakette, die Sie ja fordern, würde de facto das Aus für die Baufirmen in Stuttgart und vielen anderen Großstädten bedeuten. Denn man braucht einfach Zeit für die Umrüstung. Dafür sind erhebliche Investitionen nötig.

Es gehört eben auch zum Wertegerüst, dass man nicht bloß das umsetzt, was man gern hätte, sondern auch das, was für die Wirtschaft und die Infrastruktur in Baden-Württemberg erforderlich ist, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der Abg. Dr. Friedrich Bullinger und Dr. Gerhard Aden FDP/DVP)

Ich nehme die Botschaft wohl auf – im Koalitionsvertrag steht es drin – und gehe davon aus, dass Sie künftig solche Mobilitätskonzepte genauso schön und motiviert machen wie Radmodenschauen in Baden-Württemberg.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Bei der Radmodenschau will ich dich sehen!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Dritten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2016 – Drucksache 16/240**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen – Drucksache 16/300**

**Berichterstatter: Abg. Karl Klein**

(Präsidentin Muhterem Aras)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion und von ebenfalls zehn Minuten für den Zusammenschluss fraktionsloser Abgeordneter festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Frau Abg. Walker für die Fraktion GRÜNE das Wort.

**Abg. Thekla Walker GRÜNE:** Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es bei der Einbringung des Nachtragshaushalts bereits diskutiert: Dieser Haushalt konzentriert sich auf das Wesentliche. Er stellt sicher, dass wir nach den Unwettern den Menschen in Not helfen können, sie ausreichend unterstützen können. Er stellt sicher, dass diese neue Landesregierung arbeitsfähig ist. Er stellt sicher, dass wichtige Bildungsprojekte wie die Stärkung des Gymnasiums oder auch der Grundschulen weitergeführt werden können. Und er stellt sicher, dass die Integration von Flüchtlingen in ausreichend vielen Vorbereitungsklassen gelingen kann.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Dies alles haben wir bei der Einbringung diskutiert. Es ist deutlich geworden: Der Nachtragshaushalt wird seinem Anspruch als Arbeitshaushalt gerecht.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Im Finanzausschuss haben wir den Gesetzentwurf eingehend diskutiert. Unstrittig sind neben den Hilfen für die Unwettergeschädigten vor allem die Maßnahmen im Bildungsbereich. Wir haben es heute Morgen ausführlich diskutiert. Aber es geht hier jetzt auch um die Qualität der Zahlen, der Beschlüsse, die wir treffen wollen. Deswegen möchte ich durchaus noch ein paar Worte dazu sagen.

Die Stärkung der Grundschulen ist ein wichtiger Schritt, den wir gehen. 320 Neustellen stehen für die Erweiterung der Kontingenzstundentafel bereit. Das bedeutet konkret, dass die Grundschulen vier zusätzliche Lehrerstunden bekommen – zwei Stunden für Deutsch, zwei Stunden für Mathematik, mehr Zeit gerade in diesen wichtigen Fächern; wir haben es heute Morgen diskutiert –, um die Basiskompetenzen im Lesen, Schreiben und Rechnen optimal zu fördern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Dieses Versprechen wurde bereits in der letzten Legislaturperiode gegeben, und es wird nun umgesetzt. Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrer sollen sich auf die Bildungspolitik, auf unsere wegweisenden Entscheidungen verlassen können.

111 Neustellen haben wir für Verbesserungen in der gymnasialen Oberstufe eingeplant. Hier sollen Schülerinnen und Schüler gezielter auf den Übergang in die Oberstufe und die Abiturphase vorbereitet werden. Dafür bekommen die Gymnasien die Möglichkeit, in den Pflichtfächern Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen in Klasse 10 zusätzliche Vertiefungsstunden anzubieten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Damit entwickeln wir das hohe Niveau, die Leistungsstärke der baden-württembergischen Gymnasien weiter, und wir verbessern auch weiter das G 8, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Zuletzt will ich noch erwähnen, dass wir die Schulen bei der wichtigen Aufgabe der Integration von Flüchtlingskindern nicht alleinlassen. Trotz zurückgehender Flüchtlingszahlen belassen wir 200 Stellen für Vorbereitungsklassen, damit die Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen in die Schulen gut gelingen kann. Denn wir schaffen einen schnellen Zugang zu Bildung und Betreuung, und das muss ermöglicht werden, damit Integration gelingen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Im aktuellen Schuljahr gibt es bereits 1 800 Vorbereitungsklassen und 460 berufsvorbereitende Klassen – also eine gute Bilanz, auf der wir aufbauen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch ein paar Worte zu den Beratungen im Finanzausschuss sagen. Der Ausschuss hat den Gesetzentwurf in der letzten Woche ausführlich beraten. Mit zur Beratung aufgerufen waren auch einige Anträge, die hier in der weiteren Aussprache noch zur Sprache kommen werden.

So hat z. B. die SPD den Antrag gestellt, zusätzliche Mittel für die Weiterqualifizierung von Haupt- und Werkrealschullehrern einzustellen. Wir konnten diesen Antrag, ehrlich gesagt, nicht so ganz nachvollziehen, denn die Mittel sind bereits im Haushalt verfügbar. Hier stellt sich die Frage, warum die SPD diese Mittel nicht für ausreichend hält. Hatte es der ehemalige Kultusminister Stoch versäumt, diese Mittel im Urhaushalt 2015/2016 anzumelden?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Das hat er! –  
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Aha!)

Offensichtlich sieht das seine Fraktion so. Wir glauben, dass er es damals gut gemacht hat und die Mittel auskömmlich sind.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU  
– Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: „Auskömmlich“!)

Darum lehnen wir diesen Antrag ab. Selbstverständlich werden wir in den kommenden Haushalten sicherstellen, dass die notwendige Weiterqualifizierung dieser Lehrkräfte weitergeführt werden kann. Denn wir werden alles tun, was im Bildungsbereich notwendig und sinnvoll ist. Von einem Steinbruch, wie es heute Morgen anklang, kann überhaupt keine Rede sein. Das zeigen auch die heutigen Beschlüsse.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU  
– Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr gut!)

Auch ein zweiter Antrag der SPD-Fraktion scheint wenig nachvollziehbar. Hier wurde die Regierung aufgefordert, alle 98 im Rahmen der Regierungsneubildung zu schaffenden Neustellen „k.w.“ zu stellen, also mittelfristig wieder abzubauen. Inhaltlich macht der Antrag keinen Sinn, weil viele dieser Stellen für neue Daueraufgaben gedacht sind. Das wurde

(Thekla Walker)

hier auch schon ausführlich besprochen. Nehmen wir das Beispiel Digitalisierung, ohne Zweifel eines der wichtigsten Politikfelder für eine erfolgreiche Zukunft Baden-Württembergs.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wie viele Stellen sind das?)

– Für sie sind sieben Stellen ohne k.w.-Vermerk eingeplant, um die Koordination laufender Projekte und die Vernetzung entscheidender Akteure sicherzustellen.

Nun behauptet die SPD, dass Aufgaben nur verschoben, aber nicht zusätzlich geschaffen worden seien. Wissen Sie, wie viele Stellen aus dem Staatsministerium aus der ehemaligen Stabsstelle Digitalisierung verschoben wurden? Es sind genau null Stellen, meine Damen und Herren, weil ebendiese alten Stellen k.w.-Stellen waren oder weil es sich um Abordnungen gehandelt hat. Also, null Stellen sollen nach dem Willen der SPD langfristig die Digitalisierung in diesem Land vortreiben. Das ist aus unserer Sicht nicht sachgerecht. Daher lehnen wir diesen zweiten Antrag der SPD ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Gestatten Sie mir abschließend eine Bemerkung zum Stand des Abbaus alter k.w.-Stellen.

(Zuruf des Abg. Gerhard Kleinböck SPD)

Ihnen ist Transparenz ja wichtig; deswegen möchte ich an dieser Stelle hier im Haus auch ein bisschen für Transparenz sorgen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr gut!)

Die Hälfte der im Zuge der letzten Regierungsbildung geschaffenen k.w.-Stellen sind abgebaut; das haben wir hier auch schon dargestellt. Da Sie jetzt erneut eine entsprechende Forderung erheben, habe ich mir einmal angeschaut, ob denn in den ehemals von der SPD geführten Häusern alle k.w.-Stellen abgebaut sind.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Haben Sie das auch bei den grünen Häusern getan?)

Elf abzubauen k.w.-Stellen im Kultusministerium, acht bisher nicht vollzogen, sechs k.w.-Stellen im alten MFW, sechs noch nicht vollzogen, fünf k.w.-Stellen im Sozialministerium, fünf noch nicht vollzogen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Aha! – Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Für mich besagt das zweierlei, liebe Kolleginnen und Kollegen:

(Abg. Reinhold Gall SPD: Vielleicht sagen Sie mal was zu dem Aufbau in den grünen Ressorts!)

Die SPD spart anscheinend dann am liebsten, wenn sie nicht in der Verantwortung ist. Wir werden nun die Hausaufgaben machen, die uns die SPD hinterlassen hat,

(Zurufe von der SPD und des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

und die k.w.-Vermerke vollziehen. Da haben wir nämlich noch genug zu tun.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Zuruf von der CDU: Bravo! – Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Arroganz hat einen neuen Namen!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Wald.

**Abg. Tobias Wald CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten und verabschieden heute in zweiter und dritter Lesung den Dritten Nachtrag zum Staatshaushalt 2016. Es handelt sich, wie unser Fraktionsvorsitzender Professor Wolfgang Reinhart in der ersten Lesung bereits dargelegt hat, um einen schlanken Nachtragshaushalt, um ein reines Nachtragsgesetz.

In diesem Nachtrag wird jetzt nicht umgesetzt, was CDU und Grüne als politisch notwendig und für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes als wichtig erachten; das machen wir, meine Damen und Herren, in Ruhe im Haushalt 2017. In diesem Nachtrag packen wir die dringend notwendigen Themen an wie die Hilfe für die Unwetterschäden oder aber auch Themen, die erforderlich sind, damit die Regierung vollständig handlungsfähig arbeiten kann. Alles andere beraten wir in Ruhe und verankern wir im Haushalt 2017.

So beinhaltet dieser Nachtrag u. a. Unwetterhilfen, einen Stellenteil wegen der Regierungsneubildung, neue Stellen für Lehrer. Lassen Sie mich auf die einzelnen Punkte kurz eingehen.

Die schweren Unwetter und Überschwemmungen Ende Mai/Anfang Juni dieses Jahres haben viele Mitmenschen, Betriebe, Landwirtschafts- und Forstbetriebe in Baden-Württemberg sehr hart getroffen. Eine Finanzierung der Unwetterhilfen aus dem Haushalt durch reine Umschichtungen, wie sie von einigen Oppositionsabgeordneten in der ersten Lesung gefordert wurde, kam für uns nicht in Betracht. Wir wollten die Unwetterhilfe nicht zulasten von bereits im Haushalt bereitgestellten Mitteln für Maßnahmen verankern; denn das hätte diese Maßnahmen eingeschränkt. Vielmehr wollen wir frisches Geld in die Hand nehmen. Andernfalls hätten wir Maßnahmen wie beispielsweise Straßenbauprojekte, die bereits geplant sind, nicht mehr in diesem Jahr umsetzen können. Dies hätte bei Bürgerinnen und Bürgern für Ärger und für Unverständnis gesorgt.

(Abg. Daniel Rottmann [fraktionslos]: Und was ist mit den vielen anderen Maßnahmen, die noch hinzukommen?)

So haben wir im Nachtrag Unwetterhilfen als Soforthilfe für private Haushalte und kleine Gewerbebetriebe in Höhe von 10 Millionen € dargestellt, Unwetterhilfen für die stark zerstörte Gemeinde Braunsbach in Höhe von 10,65 Millionen € eingestellt, Unwetterhilfen für Schäden in der Landwirtschaft in Höhe von 6,5 Millionen € bereitgestellt. Zur Beseitigung der Schäden an Landesstraßen erhält das Verkehrsministerium einen Betrag von 15 Millionen €. Diese Maßnahmen, welche insgesamt einen Betrag von 42,1 Millionen € ausmachen,

(Tobias Wald)

wurden durch die Ministerien angemeldet und plausibel erläutert.

In diesem Zusammenhang danke ich noch einmal unserem Innenminister Thomas Strobl und unserer Finanzministerin Edith Sitzmann sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ministerien für die schnelle und unbürokratische Abwicklung und Auszahlung dieser Soforthilfen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie des Abg. Andreas Kenner SPD)

Die Regierung und die sie tragenden Fraktionen haben rasche Handlungsfähigkeit bewiesen und dort Hilfe geleistet, wo sie dringend benötigt wird.

Einen weiteren Bereich im Nachtrag stellen die Neustellen für die Regierungsneubildung dar. In einer Aktuellen Debatte haben wir hier im Hohen Haus ausführlich darüber beraten. Auf die Notwendigkeit der neuen Stellen, u. a. wegen neuer Aufgaben im Bereich der Digitalisierung und des Wohnungsbaus, habe ich verwiesen.

Der dritte Teil des Nachtrags betrifft Investitionen in das Wichtigste, was wir haben, nämlich in die Kinder. Bildung ist der Schlüssel für die Zukunft. Daher werden wir mit dem Nachtrag 320 neue Stellen für die Erweiterung der Kontingenzstundentafel in den Grundschulen finanzieren und 111 Neustellen für die Verbesserung der gymnasialen Oberstufe ausbringen.

Meine Damen und Herren, am gestrigen Plenartag hatten wir eine Aktuelle Debatte über das Thema Integration. Auch hier setzt die Landesregierung richtige und wichtige Schwerpunkte. So schaffen wir im Nachtragshaushalt 200 Stellen für die Vorbereitungsklassen. Durch diese neuen Lehrerstellen wird die Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen noch besser gelingen. Der Zugang zu Bildung und die Betreuung von Flüchtlingskindern sind zentrale Aufgaben, denen wir uns stellen. Sie sehen, meine Damen und Herren: ein unspektakulärer, schlanker Nachtrag.

In der Sitzung des Finanzausschusses am vergangenen Freitag haben wir neben der Beratung des Nachtragsgesetzentwurfs über verschiedene Anträge der Fraktionen diskutiert und abgestimmt. Am gestrigen Abend sind insgesamt fünf Anträge von SPD und FDP/DVP eingereicht worden. Lassen Sie mich kurz auf diese Anträge eingehen, welche wir leider nicht befürworten können.

Enttäuscht bin ich aber – das möchte ich zum Ausdruck bringen – von den anderen Oppositionsabgeordneten: in den Debatten nur leere Phrasen, und wenn es konkret wird, Funkstille. Zu den Haushaltsberatungen haben Sie keine Anträge eingebracht und keine Ideen, Anregungen oder konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Haushaltssituation vorgetragen. Fehlanzeige!

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Sparen! Sparen! – Zuruf des Abg. Anton Baron [fraktionslos])

Gute Politik sieht anders aus.

Die FDP/DVP-Fraktion hat diverse Anträge – u. a. einen Antrag auf Finanzierung von Maßnahmen für die berufliche Wei-

terbildung von Lehrkräften – eingebracht. Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP/DVP-Fraktion, wir haben uns mit diesen Anträgen intensiv auseinandergesetzt. Wir sehen einige dieser Maßnahmen als ebenso wichtig an wie Sie.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Aber!)

Aber wir wollen kein Flickwerk. Wir machen Bildungspolitik aus einem Guss.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Daher werden wir diese bildungspolitischen Maßnahmen auch im Haushalt 2017 abbilden.

Sehr verwundert bin ich allerdings, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, über Ihre Anträge. Bis vor wenigen Wochen waren Sie Teil der Landesregierung, haben den Kultusminister und den Finanzminister gestellt, und nun stellen Sie fest, dass durch Ihre falsche Bildungspolitik,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Andreas Stoch SPD: Haben Sie den Koalitionsvertrag gelesen?)

Qualifizierungsmaßnahmen, lieber Herr Fraktionsvorsitzender, für Haupt- und Werkrealschullehrkräfte benötigt werden. Sehr überraschend!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Sabine Wölfle SPD: Sie führen das doch fort! – Abg. Andreas Stoch SPD: Vorgesehen für den Dritten Nachtrag!)

Warum haben Sie das nicht im Urhaushalt dargestellt?

(Abg. Andreas Stoch SPD: Weil das Programm noch nicht beschlossen war! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Es hätte auch andere Wege gegeben.

Noch einmal: Wenn man in der Opposition ist, kann man wieder vieles fordern.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das haben wir auch so gefordert!)

Auch bei diesem Thema gilt für die CDU und für die andere Regierungsfraktion ganz klar: Wir sehen hier ebenfalls Handlungsbedarf. Wir werden in Ruhe handeln –

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ja, dann handelt doch!)

Bildungspolitik aus einem Guss und kein Flickwerk, wie Sie es vorschlagen, Herr Stoch.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist kein Flickwerk!)

Wir werden das im Rahmen des regulären Haushalts 2017 beraten.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Beraten?)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir alle tragen Verantwortung für die nächste Generation. Gerade wir Abgeord-

(Tobias Wald)

neten der 16. Legislaturperiode müssen, wie keine andere Abgeordnetengeneration zuvor, die Weichen für 2020 stellen. Ziel ist ein ausgeglichener Haushalt und die Einhaltung der Schuldenbremse. Populistische Äußerungen und überzogene Haushaltsanträge sind sicherlich nicht im Sinne der nächsten Generation.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Oder Geheimpapiere!)

Wir wollen unseren Kindern ein gut bestelltes Haus, ein zukunftsfähiges Haus Baden-Württemberg übergeben, und das werden wir auch.

Ich möchte zum Abschluss meiner Ausführungen noch allen Beteiligten für die gute Beratung im Finanzausschuss unter der Leitung des neuen Vorsitzenden Rainer Stickleberger danken; herzlichen Glückwunsch noch einmal zu Ihrer Wahl, Herr Stickleberger, am vergangenen Freitag.

(Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Ich möchte den Mitgliedern des Finanzausschusses danken, den beteiligten Ministerinnen und Ministern, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die für Fragen zur Verfügung standen, dem Präsidenten des Rechnungshofs, Herrn Munding, und seinem Senat für die wertvolle Begleitung unserer Arbeit.

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion stimmt dem Dritten Nachtragshaushalt einstimmig zu.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Hofelich.

**Abg. Peter Hofelich SPD:** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Herzlichen Dank für die Gelegenheit, heute abschließend zum Dritten Nachtrag Stellung zu nehmen. Ich mache das gern, zumal auch einige Fragen aufgeworfen worden sind, die wir gern beantworten und parieren wollen.

Tatsache ist auf jeden Fall, dass auf diesen Nachtrag ein Schatten geworfen wurde, und zwar bereits bei der ersten Lesung, als klar geworden ist, dass Sie sich mit einer Ausweitung der Stellenzahl um 98 plus x einen kräftigen Schluck aus der Pulle genehmigen, der nicht notwendig ist. Und nun werfen die früheren Geheimpapiere und die gestrigen Erklärungsversuche, die ziemlich stillos sind, auch bei der zweiten Lesung einen Schatten auf die Haushaltsberatungen.

(Beifall bei der SPD und fraktionslosen Abgeordneten)

Wenn ich das einmal mit einem Bild aus der Welt des Eiskunstlaufs – der Pirouetten und der eingesprungenen Rittberger – sagen darf: Bei der A-Note haben Sie leider massive Fehler begangen – ich denke an die Stellenplanung –, und bei der B-Note haben Sie im Stil einen ziemlich schwachen Auftritt hingelegt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Wenn der Städtetag nach der Bekanntmachung des Geheimpapiers sagt: „Damit ist der geforderte Sparbeitrag der Städte hinfällig“, dann hat man einiges falsch gemacht.

(Abg. Tobias Wald CDU unterhält sich mit seinem Sitznachbarn.)

– Herr Wald, vielleicht hören Sie mir einmal zu, weil auch Sie es falsch gemacht haben.

Weil das so ist, komme ich zu dem Ergebnis: Diese Landesregierung hat finanzpolitisch einen Fehlstart hingelegt, der für die Zukunft Böses ahnen lässt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Nicht übertreiben! – Abg. Nicole Razavi CDU: Hätten wir so weitermachen sollen wie Sie? – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Kollege, da lachen Sie selbst!)

– Ich lächle. Sie hätten z. B. so weitermachen können. Wir kommen gleich noch dazu.

An dieser Stelle haben wir auch einiges zu korrigieren. Zu korrigieren ist bei diesem Haushalt, dass er in seiner Substanz vorgeprägt war – natürlich nicht bei den Unwetterhilfen, aber dort, wo es um die Stärkung der Grundschulen und der gymnasialen Oberstufe geht, was Sie auch angesprochen haben und was auch in der Vergangenheit Regierungswille war. Deswegen sind wir froh, dass wir eine Stärkung durchführen, weil wir auch in den kommenden Jahren besonders auf die Grundschulen achtgeben müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Am Montag habe ich wieder ein Gespräch mit Flüchtlingsshelfern, mit Ehrenamtlichen im Bereich der Flüchtlingsklassen, der Vorbereitungsklassen geführt. Selbstverständlich sind wir hier weiterhin stark gefordert, auch wenn der Flüchtlingszustrom derzeit nachlässt. Wir haben jetzt auch noch einiges aufzuholen.

Weiterkommen müssen wir aber bei der Weiterbildung für Hauptschullehrer und Werkrealschullehrer. Frau Kollegin Walker, da muss ich einfach sagen: Sie liegen nicht ganz richtig mit dem, was Sie gerade so forsch behauptet haben. Es gab kein Programm, das beim Urhaushalt beschlossen war.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Aber es gab eine Zusage! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Diese Stellen waren zum Dritten Nachtrag geplant, und dafür – das ist der Sinn unseres Antrags – haben Sie keinen Titel vorgesehen. Frau Ministerin Eisenmann sagt auf die Frage, was sie macht, sie wolle ab dem Jahr 2017 entsprechenden Bedarf anmelden, es gebe dazu aber keine Ansage der Finanzministerin, ob diese das auch akzeptiere.

Deswegen würde ich sagen: Frau Walker, wenn Sie mir bei dieser Richtigstellung zugehört haben, dann machen Sie in der zweiten Runde das, was der Ministerpräsident hier schon eingeführt hat, und sagen einfach: „Ich habe mich geirrt.“

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Thekla Walker GRÜNE: Nein! Das mache ich nicht!)

(Peter Hofelich)

Wir kommen jetzt zu den 98 Stellen. Die eigentliche Zahl liegt etwas darüber, weil Sie aus dem Integrationsministerium auch noch eine Masse haben und weil es auch Stellen in den ehemals sozialdemokratisch geführten Ministerien gibt, die derzeit nicht besetzt sind. Sie hatten also Volumen. Bei näherem Blick, auch auf die Ausschussberatungen, muss ich schon sagen: Sie haben hier keine wirkliche Klarheit geliefert. Tatsache ist, dass Sie dort, wo Sie Verantwortung haben, einfach kaschiert haben.

Weil mich der Fraktionsvorsitzende Schwarz gerade aufgefordert hat zu lächeln: Komisch war nur eines, nämlich dass Sie die 98 Stellen in ein Verhältnis zu den insgesamt 220 000 Landesbediensteten setzen. Das war komisch, Herr Schwarz. Das kann ich Ihnen sagen.

(Beifall bei der SPD)

Irgendwie ist es nicht komisch, sich hinter den Polizistinnen und Polizisten sowie den Lehrerinnen und Lehrern zu verstecken. Das ist ein bisschen mehr als komisch. Auch das kann ich Ihnen sagen.

(Beifall bei der SPD)

Die CDU braucht den Aufwuchs für neue Kompetenzen in einer Situation, in der sie nach 50 Jahren Regierungsverantwortung fünf Jahre lang nicht mehr in der Regierung war und in der Landesverwaltung verzweifelt nach Beamten sucht, die kompetent und loyal genug sind,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Eine Beleidigung für die Beamten!)

die man dafür einsetzen könnte. Es ist beinahe tragisch, dass Sie hierfür niemanden finden. Deswegen ist das Ganze auch an dieser Stelle nicht glaubwürdig.

(Zuruf von der SPD: Sehr tragisch! – Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

Dieser Satz wird noch durch die Frau Finanzministerin garniert, die sagt – Achtung! –: „Wir wollen durch diese 98 Stellen die Arbeitsfähigkeit der Regierung herstellen.“

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist ja unglaublich!)

Alles Realsatire.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der AfD sowie des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Für das Innenministerium sind 22 Stellen mehr vorgesehen, davon die eine Hälfte für die Digitalisierung – nicht spezifiziert, aber einmal angegeben –, die andere Hälfte rund um die Leitungsebene.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Rösler?

**Abg. Peter Hofelich SPD:** Gern.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Bitte, Herr Kollege Dr. Rösler.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber nicht zum Biber!)

**Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE:** Kollege Hofelich, Sie haben gerade moniert, dass es dort, wo neue Ministerien bestehen bzw. neue Köpfe an der Spitze der Ministerien sind, die von der CDU geführt werden, auch neue Stellen gebe. Erinnern Sie sich, dass im Jahr 2011, als wir gemeinsam die neue Regierung gebildet haben,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Jetzt kommt es raus! – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

die CDU mit ihrem damaligen finanzpolitischen Sprecher Klaus Herrmann 64 neuen Stellen zugestimmt hat, nämlich dort, wo neue Köpfe an die Spitze der von der SPD und den Grünen geführten Ministerien kamen?

(Abg. Nicole Razavi CDU: So anständig waren wir!)

Erinnern Sie sich daran?

**Abg. Peter Hofelich SPD:** Sie erinnern sich bestimmt, dass ich damals bei der Vorberatung zum ersten Haushalt ausgeführt habe – Sie waren ebenfalls anwesend –, dass bei dem erfolgten Politikwechsel ein Neuaufbau gefragt war. Dies ist heute nicht die Situation. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Alle Argumente sind angeführt worden, und das wissen Sie auch.

Auf das Wirtschaftsministerium entfallen 20 neue Stellen;

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

ein Teil ist für die Personalorganisation, ein anderer Teil ist auch rund um die Leitungsebene vorgesehen.

Das Staatsministerium erhält 22 neue Stellen. Sechs davon wurden in der Ausschusssitzung erklärt. Die Begründung für diese 22 Stellen sollte schriftlich nachgereicht werden.

(Abg. Tobias Wald CDU: Liegt vor, Herr Hofelich!)

– Heute Morgen ist sie gekommen. Ich habe es durchgesehen, Herr Ministerpräsident – ich bin ja Verwaltungswissenschaftler –: Planung, Strategie, Koordination, Beobachtung, Kontakt, persönliche Unterstützung – alles rein zum Aufbau von Kompetenz, sozusagen um anderes zu beobachten. Wie es gesagt worden ist: eine Kultur des Misstrauens in dieser Regierung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das Personalauftrüben beim Innenministerium und beim Staatsministerium passiert zum Zwecke des Beobachtens. Dabei kommt einem beinahe das Bild in den Sinn: Zwei größere Echsen, die hungrig sind, liegen in der Sonne und haben ihr Revier; sie schnappen irgendwann einmal danach und schauen, dass in ihrem Revier alles richtig bleibt. Das ist das Bild, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

(Peter Hofelich)

Ich komme zu unserem Antrag, die 98 Stellen vollständig abzubauen. Auch hier kommt gleich, Frau Kollegin Walker, die Ansage: „Ich habe mich geirrt.“

(Abg. Thekla Walker GRÜNE: Bestimmt nicht!)

Der Antrag der SPD zielt auf Abbau und nicht darauf, alle Neustellen mit einem k.w.-Vermerk zu versehen. Da haben Sie etwas verwechselt. Das war Rechnungshofpräsident Munding, der im Finanzausschuss gesagt hat, dass er Letzteres für richtig hält.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Aha!)

Wir haben Ihnen einen Mix vorgeschlagen, wie wir ihn in der letzten Legislaturperiode auch hatten, wobei alle Stellen wie geplant bis zum Ende dieses Jahres auch abgebaut werden. Übrigens vollzog sich der Mehraufbau in den letzten fünf Jahren hauptsächlich im Integrationsministerium und – mein Blick geht nach links; dort sitzt der Minister –

(Abg. Andreas Stoch SPD: Und im Verkehrsministerium!)

im Verkehrsministerium, und zwar ging es häppchenweise nach oben.

(Abg. Andreas Stoch SPD: 60 Stellen!)

Unser Antrag ist in sich schlüssig. Er bietet Ihnen die Möglichkeit, dasselbe zu tun wie in der letzten Legislaturperiode, nämlich zum Ausgangspunkt zurückzukommen. Darum geht es.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben – leider läuft mir die Zeit für die Klarstellung ein bisschen davon, aber es war notwendig – zurzeit die Situation: Die Sonne der Mehreinnahmen, die Sie haben, scheint. Dazu hat die Ministerin Auskunft gegeben.

(Abg. Tobias Wald CDU: Seit fünf Jahren! Was haben Sie in dieser Zeit gemacht? Schulden! – Abg. Winfried Mack CDU: Einen Platz an der Sonne hatten ihr! – Weitere Zurufe, u. a. des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Ich bin ja nicht so nah am Naturschutz wie Sie.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Die Sonne hat zwischen Mai und Juli kräftig für Sie geschienen. In der Summe wird es im Zeitraum bis 2020, Frau Ministerin, Herr Ministerpräsident, in der Projektion 6 Milliarden € mehr geben.

(Zurufe von der CDU)

Das ist die Situation, und ich bin einmal gespannt, wie das alles jetzt zusammengeht.

Weil die CDU gerade so laut ist: Der Ministerpräsident hat gestern angesprochen, dass auch er nicht genau wisse, wie viel man für das ausgeben, was in diesem jetzt nicht mehr geheimen Geheimpapier stehe. Es hänge ja von der Einnahmesituation ab, was jeweils davon zu ziehen wäre.

Ich erinnere mich dunkel, Herr Mack, dass Sie uns fünf Jahre lang gesagt haben, weil es uns um einen ausgeglichenen Haushalt ging: „Nein, es muss mehr sein. Wenn ihr Mehreinnahmen habt, müssen die in die Tilgung gehen.“ Wo sind Sie denn heute mit Ihrem Ruf, Herr Mack?

(Beifall bei der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Nachhaltigkeitslücke! – Abg. Nicole Razavi CDU: Unglaublich!)

– Nachhaltigkeitslücke. Der Ministerpräsident sagte in seiner Regierungserklärung zutreffend: „1,8 Milliarden € beträgt die verbliebene strukturelle Deckungslücke.“ Ihr Fraktionsvorsitzender sagte schon in der Erwiderung auf diese Regierungserklärung, es seien an die 2 Milliarden €. Bei 200 Millionen € Unterschied kann man einmal kurz eine Unschärfe hineinbringen. Herr Mack sprach gestern – ein neuer Begriff – von „Nachhaltigkeitslücke“. Jetzt sind es schon über 2 Milliarden €. Sie müssen einmal wissen, was Ihre Basis innerhalb Ihrer Koalition ist.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das, was Sie hinterlassen haben!)

Ich sage Ihnen: Der Ministerpräsident hat recht – nur damit Sie das wissen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir haben wenigstens über das Geld gesprochen, Sie nicht!)

Sie wissen es nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

All dies führt dazu, dass Sie mit diesem kleinen Nachtrag, bei dem man eigentlich gar nicht viel falsch machen kann, haushaltspolitisch schon jetzt in eine komische Lage geraten sind, weil Sie im gesamten Umfeld nur sozusagen Konfuses verbreiten.

Dies alles wird für uns in den kommenden Jahren nicht so einfach sein. Deswegen werden wir – meine Redezeit ist zu Ende – darauf achten, meine Damen und Herren, dass wir Wahrheit und Klarheit in der Haushaltspolitik hier sehr eng auf der Spur sind. Darauf können Sie ganz sicher setzen.

(Abg. Tobias Wald CDU: Das ist Ihre Aufgabe als Opposition!)

Das machen wir. Weil Sie in diesem Zusammenhang ein bisschen Kritik betrieben haben, sage ich Ihnen: Sie können davon ausgehen, dass wir das im Ausschuss und auch hier im Plenum konstruktiv machen. Aber wir machen es so, dass wir Ihnen nichts durchgehen lassen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Aden das Wort.

**Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Dr. Gerhard Aden)

*Bei allen unterschiedlichen Positionen verlief die Debatte im Finanzausschuss ... sachlich und zielorientiert.*

Das schrieb der neu gewählte Vorsitzende des Ausschusses für Finanzen in einer Presseerklärung am letzten Freitag. Von dieser Seite aus noch einmal herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Wahl, Herr Stickelberger.

Was bedeutet dies übersetzt? Übersetzt heißt das: Außer Spesen nichts gewesen. Was hat die Beratung im Finanzausschuss am vorliegenden Gesetzentwurf zum Dritten Nachtrag geändert? Nichts, aber auch gar nichts, sehr geehrte Damen und Herren. Die Koalition hat mit ihrer Mehrheit ihre Position durchgesetzt, und am Gesetzentwurf wurde kein Jota geändert. Änderungsanträge der FDP/DVP-Fraktion und der SPD-Fraktion wurden mehr oder weniger höflich zur Kenntnis genommen, aber das war's dann auch.

Aber der Reihe nach. Ausgangspunkt des Gesetzentwurfs zum Dritten Nachtrag waren die Unwetterkatastrophen wie etwa in Braunsbach, aber auch die Ernteausfälle, die die Landwirtschaft betroffen haben, und die mit der Regierungsneubildung zusätzlich zu schaffenden Planstellen in den Ministerien.

Das Bruttohaushaltsvolumen steigt um 50 Millionen €. 40 Millionen € dieser Summe werden für die betroffene Gemeinde, die Landwirtschaft, die Beseitigung der Schäden an der Infrastruktur sowie für die Hilfe an Privatpersonen und an kleine Gewerbetreibende ausgekehrt.

Diese Haushaltsposten trägt unsere Fraktion natürlich mit – wie es alle anderen Fraktionen auch tun. Nach den Ausführungen des Innenministers im Finanzausschuss muss man abwarten, ob die eingestellten Mittel ausreichen oder ob noch einmal nachgebessert werden muss. Wir erwarten hierzu zeitnah eine Unterrichtung.

Der Beschluss im Finanzausschuss zeigt, dass auch ein so hochkomplexes Staatswesen trotz aller Einengung durch Vorschriften und Bestimmungen in der Lage ist, schnell, zeitnah und vor allem unbürokratisch zu reagieren.

§ 1 des Nachtragsgesetzes war also mit Ausnahme der Mehrkosten für die Staatssekretärsflut unstrittig. Anders stellt sich die Diskussion und die Beratung zu § 2 des Nachtragsgesetzes dar.

Dass sich aufgrund des Wahlausgangs und der Zunahme der Zahl der Parlamentsfraktionen – wir kennen ja die endgültige Zahl jetzt immer noch nicht – natürlich der parlamentarische Beratungsdienst ausgeweitet hat, ist selbstverständlich und war auch in allen Fraktionen unstrittig.

Das Kultusministerium hat im Schulbereich, wie schon ein paarmal bemerkt, insgesamt 630 neue Stellen gefordert.

Zunächst zu den 320 neuen Stellen an den Grund- und Hauptschulen: Diese Stellen werden jetzt synchron mit der Einführung des neuen Bildungsplans etatisiert, damit die Kontingentstundentafel entsprechend erweitert werden kann. Wie wichtig diese Maßnahme ist, zeigen leider die zum Teil katastrophalen Ergebnisse bezüglich der Bildungsqualität, die jetzt die VERA-8-Studie enthüllt hat. Dazu hatten wir heute Morgen eine intensive Diskussion. Auch die Kultusministerin hat erkannt – das hoffe ich wenigstens –, dass die Bildungsqualität mehr in den Fokus gestellt werden muss.

(Beifall bei der FDP/DVP und fraktionslosen Abgeordneten)

Deswegen kann eine Anhebung der Kontingentstundentafel auf das Niveau in anderen Bundesländern auch nur ein erster Schritt sein, sich dieses Problems anzunehmen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Bildungsabschlüsse sind wichtig. Aber natürlich muss auch die Qualität stimmen. Wir können es uns nicht leisten, dort hinterherzuhinken.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

200 Stellen werden für schulische Fördermaßnahmen für Flüchtlingskinder und jugendliche Flüchtlinge in den Vorbereitungsklassen neu geschaffen. Selbstverständlich geht an diesem Titel kein Weg vorbei, weil wir keine Anstrengungen unterlassen dürfen, Flüchtlinge mit Bleibeperspektive zu beschulen.

Zu den 111 neuen Stellen an Gymnasien: Lehrer an Gymnasien zur Vorbereitung des Eintritts in die gymnasiale Oberstufe sind sehr wünschenswert. Unsere Fraktion legt aber Wert darauf, dass die Gymnasien vor Ort entscheiden, wie diese zusätzlichen Lehrkräfte eingesetzt werden – nicht zweck- und zielgebunden für bildungspolitische Vorlieben der grün-schwarzen Regierung.

Im Zusammenhang mit diesen Haushaltstiteln stellte unsere Fraktion einige Änderungsanträge. Sehr geehrte Damen und Herren, es ist doch wirklich ein unwürdiger Zustand, dass Vertretungslehrer, die vom Land teilweise seit Jahren zu Schuljahresbeginn eingestellt werden, am Ende des Schuljahrs entlassen werden, zum Arbeitsamt gehen und zu Schuljahresbeginn wieder einen Vertrag bekommen.

(Beifall bei der FDP/DVP, der AfD und den fraktionslosen Abgeordneten)

Da jetzt klar wurde, dass es sich bei vielen Vertretungslehrern häufig nur um wenige Monate handelt und manche Vertretungen von Pensionären gemacht werden, die eigentlich keine Ferienbezahlung mehr brauchen, ist es für uns umso verständlicher, dass man sich nicht zu der Entscheidung durchringen kann, diese wenigen, die übrig bleiben, weiterzubezahlen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

Wie wir es heute Morgen besprochen haben, kommt es nicht nur auf die Organisation einer Schule an, sondern auch auf die Lehrer. Durch eine ablehnende Entscheidung wird die Motivation sicher nicht gestärkt.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Wie sieht denn die Gegenfinanzierung aus?)

– Das kommt gleich. Warten Sie erst mal. Hören Sie erst mal zu.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie kriegen Ihre Gegenfinanzierung schon.

(Heiterkeit des Abg. Sascha Binder SPD)

(Dr. Gerhard Aden)

Natürlich kostet die Weiterbezahlung der Vertretungslehrer auch in den Sommerferien – da geht es schon los – Geld. Und jetzt kommt es, sehr geehrter Herr Kollege: Deshalb beantragen wir die Umwidmung der neuen Ministeriumsstellen für einen Einstieg in die Weiterbezahlung der Vertretungslehrer. Für diese hundert neuen Stellen in den Ministerien, meine Damen und Herren, ist Geld vorhanden. Aber für unsere Forderung, Ministeriumsstellen für die Bezahlung der Vertretungslehrer in den Ferien umzuwidmen, fehlt offenbar jegliche Empathie.

Das sieht man noch besser daran, dass diese Kosten in den umfangreichen Absprachen und Nebenabreden zum Koalitionsvertrag fehlen. Die betroffene Personengruppe wird sich Ihrer Wertschätzung jetzt richtig bewusst werden – seit Dienstag.

Anders ist es wohl bezüglich der Weiterqualifizierung der Haupt- und Werkrealschullehrer, um von Besoldungsgruppe A 12 nach A 13 höhergruppiert zu werden. Mittel im Qualifizierungstopf sind anscheinend vorhanden, und Sie wollen das Problem auch angehen. Es ist in den Nebenabsprachen aufgeführt. Dann fragt man sich, wenn Sie das Gleiche machen wollen, wie wir es vorschlagen: Warum stimmen Sie unserem Antrag nicht einfach zu? Geben Sie sich einen Ruck, und steigen Sie gleich in die Umsetzung Ihrer Nebenabsprachen ein.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

Nun, sehr geehrte Damen und Herren, kommen wir zu dem Komplex, der uns, die FDP/DVP, besonders interessiert: neue Stellen in den Ministerien. Herr Hofelich sprach in diesem Zusammenhang von einem „Stellenausweitungsbauch“. Frau Ministerin Sitzmann meinte daraufhin: „Ach, es handelt sich doch wohl mehr um einen Waschbrettbauch.“ Ich denke, wir beide haben eine Vorstellung davon, was ein Waschbrettbauch ist.

(Vereinzelt Heiterkeit – Ministerin Edith Sitzmann:  
Sehr schlank! – Abg. Andreas Stoch SPD: Sie meine Waschbär!)

Aber ich denke, Sie haben unterschiedliche Vorstellungen davon, wie wir den weiterentwickeln. Sie haben, glaube ich, nichts dagegen, wenn der Waschbrettbauch etwas Fett ansetzt. Wir hingegen haben eine klare Vorstellung davon, dass eine langfristige Gewichtszunahme grundsätzlich gesundheitsschädlich ist.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

Allein das Staatsministerium mit den jetzt beantragten zusätzlichen Stellen: Seit dem Jahr 2011, seit Ihrem Regierungsantritt, Herr Ministerpräsident, ist die Zahl der Stellen in der Villa Reitzenstein von 211 auf 260 erhöht worden; das ist mithin eine Steigerung um fast 25 %.

98 Stellen sollen jetzt neu geschaffen werden: Spiegelreferate, Neuzuschüsse der Ministerien usw. Vor allem fällt auf – wie immer bei Ihnen –, dass insbesondere die Leitungspositionen, also die höher dotierten Stellen, bevorzugt werden. Wie immer: viele Häuptlinge, wenige Indianer. Leider gilt das auch bei dieser Stelleninflation.

Aber keine Angst: Die Beruhigungspillen werden ja gleich mitgeliefert. Vielleicht hat man doch ein bisschen ein schlechtes Gewissen. Etwa die Hälfte der Stellen werden mit einem k.w.-Vermerk versehen; sie sollen wegfallen. Das erfolgt nach dem Motto der Madame de Pompadour, nachdem ihr im Jahr 1757 die Niederlage bei der Schlacht von Roßbach gemeldet wurde: „Nach uns die Sintflut.“

(Heiterkeit der Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/  
DVP)

Die Eckwerte des Haushalts 2017, die der Ministerpräsident und die Finanzministerin in der vergangenen Woche vorgeschlagen haben, weisen noch ein Defizit von 2,6 Milliarden € aus. Dazu kommen jetzt weitere Ausgabenwünsche der Koalition von bis zu 4,4 Milliarden € für die Legislaturperiode. Da kann ich kein Bremsen zur Einhaltung der Schuldenbremse erkennen; das ist Vollgaspolitik.

Das Finanzministerium will noch 800 Millionen € einsparen. 370 Millionen € sollen in den Ministerien eingesammelt werden, und 430 Millionen € kommen von den Kommunen, Angestellten und Beamten. Die entsprechende Giftliste ist allerdings noch unter Verschluss. Das ist genauso, wie wir von Zielgrößen für Steuererhöhungen, etwa bei der Grunderwerbsteuer, hören. Darauf sind wir wirklich einmal gespannt.

Jetzt hat das Finanzministerium noch ein „Sesam, öffne dich!“ gefunden.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Kollege, werfen Sie bitte einmal einen Blick auf die Redezeitanzeige am Pult: „Redezeit zu Ende“.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall)

**Abg. Dr. Gerhard Aden** FDP/DVP: Ja. – Oh! Herr Präsident, eine Minute noch.

(Große Heiterkeit – Lebhaftes Unruhe)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Schlusssatz.

**Abg. Dr. Gerhard Aden** FDP/DVP: Okay, dann werde ich ein bisschen schneller sprechen.

(Heiterkeit)

Die Integrationsleistungen des Bundes werden noch einmal um 2 Milliarden € aufgestockt. Davon bekommt das Land fast 200 Millionen €, und 60 Millionen € gehen direkt an die Kommunen. Diese 200 Millionen € werden vom Land jedoch zurückbehalten und sollen als Verhandlungsmasse genutzt werden.

Wir stellen fest, dass der Haushalt auf Kante genäht ist und dass in der Tat schon ein Unwetterereignis unseren ganzen Haushalt in Schiefelage bringen kann. Der Rechnungshof hat darauf hingewiesen.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Herr Präsident, ich komme jetzt zum Schluss. – Nach wie vor sind wir der Meinung: Gesunde Finanzen und ein gesunder

(Dr. Gerhard Aden)

Staat gehören zusammen. Wir sprechen uns natürlich für die Unwetterhilfen und auch die entsprechenden Lehrerstellen aus. Aber insgesamt müssen wir aufgrund der dargelegten Argumente den Gesamthaushalt leider ablehnen. – Ich denke, es geht noch.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP, der AfD und den fraktionslosen Abgeordneten – Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die Fraktion der AfD erteile ich das Wort Herrn Abg. Sänze.

**Abg. Emil Sänze** AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Dritte Lesung des Nachtragshaushalts und keine Veränderung, sondern eher: Im Südwesten nichts Neues, griechische Tragödie, Teil 3. Die Dramaturgie bleibt erhalten. Die Ouvertüre beginnt immer mit einem kräftigen AfD-Bashing – nur schade, dass gestern die Geheimdiplomatie der Landesregierung mehr zum Tragen kam.

(Zuruf des Abg. Tobias Wald CDU)

– Hören Sie doch einfach nur zu!

(Abg. Tobias Wald CDU: Nein!)

Erster Akt: Das Trojanische Pferd wird in die Arena geschoben, verkauft unter dem Label: „Braunsbach, Unwettersoforthilfe“. Ziel ist es, eine moralisch überlegene Position aufzubauen. Wer könnte sich der Notlage der Mitbürger verschließen?

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: So machen Sie vielleicht Politik! Das mag sein!)

Zweiter Akt: 320 Stellen für Lehrer mit der Befähigung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen, ab 1. September zu besetzen, werden in § 2 des Nachtragsgesetzes auf die Bühne geschoben. Wer könnte sich dieser Einstellung verschließen?

Der dritte Akt: Die Krieger des schwäbischen Odysseus, Herrn Kretschmann, verlassen das hölzerne Pferd. 98 neue Planstellen, angeblich zur Schaffung von Kompetenzen wie Digitalisierung bzw. zur nachhaltigen Steuerung der Zukunft, werden auf die Bühne geschoben. Welch edler Zug – oder doch nur Unterstützung der neu geschaffenen Stellen für Staatssekretäre, die sich aufgrund mangelnder Kompetenz Verstärkung holen müssen?

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD und den fraktionslosen Abgeordneten)

Schlauerweise wird bei der Hälfte der Stellen ein k.w.-Vermerk angebracht: zukünftig wegfallend zum 1. Januar 2022. Es stellt sich die Frage: Warum wurden nicht alle Stellen mit einem k.w.-Vermerk versehen? Ist es nicht so, dass im Zeitablauf Kompetenzen aufgebaut werden und sich schon allein aufgrund der Digitalisierung ein Überhang in der Beamtenschaft ergeben wird?

Schön finde ich auch den Absatz in der Begründung zu § 3. Zukünftig soll die Möglichkeit, „aus dringenden dienstlichen

Gründen Personal über die im Haushaltsplan ausgewiesenen Stellen hinaus zu beschäftigen“, von sechs auf neun Monate verlängert werden. Nimmt man damit schon eine Mehrung vorweg, oder ist das die zukünftige Flexibilisierung, die wir nötig haben?

Die AfD-Fraktion sagt Ja zu § 1. Die Landesregierung soll schließlich operativ tätig bleiben bzw. dies schnellstens werden. Die AfD-Fraktion sagt Ja zum Aufbau der Lehrerschaft, denn Bildung ist eine der tragenden Säulen, die unser Land dringend nötig hat. Die AfD-Fraktion sagt Nein zu der Mehrung um 98 Planstellen, und die AfD-Fraktion sagt Nein zur Verlängerung um drei Monate in § 3 des Nachtragsgesetzes.

(Beifall bei der AfD)

Zum Schluss: Mancher Odysseus, der als Held aufgetreten ist, endet als Ritter der traurigen Gestalt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Abg. Tobias Wald CDU: Er hat in den Spiegel geschaut! – Abg. Winfried Mack CDU: Er wollte ein Witzle machen! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Damit haben Sie eben Ihre Fraktion gemeint, stimmt’s?)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für den Zusammenschluss fraktionsloser Abgeordneter erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Podeswa.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten)

**Abg. Dr. Rainer Podeswa** (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wir beraten den Dritten Nachtrag für das Haushaltsjahr 2016. Der Finanzausschuss hat dem Landtag die Annahme dieses Nachtragshaushalts empfohlen, was angesichts der Mehrheitsverhältnisse ja auch nicht verwunderlich, sondern eine pure Selbstverständlichkeit ist und nicht etwa nur eine Empfehlung darstellt.

(Abg. Tobias Wald CDU: Und gut ist es!)

Auch die Gruppe der fraktionslosen Abgeordneten der AfD

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Fraktionslose Abgeordnete!)

ist natürlich für die im Dritten Nachtragshaushalt enthaltenen Unwetterhilfen für die betroffenen Bürger und Betriebe und für die Instandsetzung der betroffenen Infrastruktur. Wir hätten uns allerdings gewünscht, dass der doch vergleichsweise geringe Betrag von 42 Millionen €, der, bezogen auf das Volumen des Staatshaushalts, kaum in Promille ausgedrückt werden kann, durch Umschichtungen zur Verfügung gestellt worden wäre. Solch eine verantwortungsvolle und sparsame Haushaltspolitik darf der Bürger aber offensichtlich auch von dieser Regierung nicht erwarten.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD)

Der eigentliche Skandal ist allerdings die Unverfrorenheit, mit welcher die Unwetterkatastrophe und die notwendige Aufstockung der Lehrerschaft dazu missbraucht wird, den Bürgern

(Dr. Rainer Podeswa)

in Baden-Württemberg den ungebremsten Aufbau der Ministerialbürokratie zu verkaufen.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD)

Allein in den letzten fünf Jahren ist die Anzahl der offiziellen Ministerialbeamten um über 300 auf heute 3 277 gestiegen. Nicht enthalten ist darin die Zahl der in die Ministerien abgeordneten Beamten; diese kommt noch zusätzlich dazu. Die neue Landesregierung beweist bereits: Sie ist nicht besser als die alte.

(Vereinzelt Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Sie genehmigt sich 98 neue Stellen in der Landesverwaltung mehr – einfach so. Die Bürger auf der Straße schütteln den Kopf darüber. Dass es hier nur um politisches Postengeschafter geht, ist Gott sei Dank auch dem letzten Bürger klar.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und der AfD)

„Realsatire“, haben Sie gesagt, Herr Kollege Hofelich. Die „Heilbronner Stimme“ spricht vom Jahrmarkt der Eitelkeiten. Jedes Mal, wenn ich die „Heilbronner Stimme“ in die Hand nehme, wundere ich mich, dass sie nicht in grüner Farbe druckt.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD – Lachen bei den Grünen – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Die „Heilbronner Stimme“?)

Aber selbst diese Zeitung weiß, was hier läuft.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Druckt die Ihre Anzeigen?)

Herr Ministerpräsident Kretschmann versucht, den Bürgern das Ganze dann als „schlanken Nachtrag“ zu verkaufen. Er behauptet, dass nach sorgfältigster Prüfung nur der minimalste, absolut notwendige Personalaufbau in die Planung eingeflossen sei.

Eine ganz besonders pikante Note bekommen die Ausführungen von Herrn Ministerpräsident Kretschmann dann aber durch die Ausführungen von Herrn Volker Stich. Meine sehr geehrten Herrn Kollegen Abgeordneten, natürlich kennen Sie Herrn Volker Stich. Kennen Sie ihn nicht? Dann will ich ihn Ihnen vorstellen. Er ist der Vorsitzende des Beamtenbunds in Baden-Württemberg.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Natürlich! Jetzt haben wir auf Sie gewartet, das zu erfahren! – Weitere Zurufe)

Was sagt der Vorsitzende des Beamtenbunds? Also, was sagt ein Alkoholiker, wenn Sie ihm ein Viertel oder einen Schnaps anbieten? Wahrscheinlich sagt er Ja. Und was sagt der Vorsitzende des Beamtenbunds, wenn Sie ihn fragen, ob neue Beamtenstellen benötigt werden? Natürlich sagt er Ja. Aber was sagt Herr Stich? Er kenne keine Engpässe in den Landesministerien. Das ist ein wörtliches Zitat.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ich finde den Vergleich trotzdem unterirdisch, den Sie da machen! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herr Stich freut sich, wenn er mit einem Alkoholiker verglichen wird! Unglaublich!)

Noch einmal: Der Vorsitzende des Beamtenbunds kennt keine Engpässe in den Landesministerien. Was muss man sich als einfacher Abgeordneter da denken?

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ist Herr Volker Stich schlicht unwissend? Vertritt er die Beamtenschaft schlecht? Oder wurde durch die neue Landesregierung einfach nur ganz besonders sorgfältig gesucht, wo man noch neue Stellen finden kann?

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und der AfD)

Herr Kretschmann, für wie dumm wollen Sie die Bürger eigentlich verkaufen? Wäre es nicht einfach besser gewesen, den Bürgern reinen Wein einzuschenken und es als Naturgesetz darzustellen, dass nach jeder neuen Wahl selbstverständlich Wahlhelfer, Freunde, Unterstützer bedacht werden müssen

(Heiterkeit und Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und der AfD)

und ein Stellenaufbau schon aus diesen Gründen völlig unvermeidlich ist? Wenn man auf die vergangenen zwei, drei Jahrzehnte zurückblickt, erkennt man, dass es in Baden-Württemberg zwischenzeitlich tatsächlich schon Tradition geworden ist, dass nach jeder Wahl die Beamtenschaft aufgestockt wird.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten)

Aber wenigstens wissen wir jetzt, dass das ein unvermeidliches Naturgesetz ist. Und Naturgesetze kann man natürlich mathematisch abbilden.

(Vereinzelt Heiterkeit bei fraktionslosen Abgeordneten und der AfD)

Deshalb können wir die Bürger von dieser Stelle hier heute auch schon trösten. Es ist ganz einfach auszurechnen, wie oft die Bürger in Baden-Württemberg noch wählen gehen müssen, bis wir griechische Verhältnisse haben.

(Heiterkeit und Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und der AfD)

Die schwarz-gelbe CDU, Entschuldigung, die schwarz-rote CDU,

(Heiterkeit)

die grün-schwarze CDU macht dabei natürlich auch noch bereitwillig mit.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Im Jahr 2011 betrug die Steuereinnahmen des Landes Baden-Württemberg 27,3 Milliarden €. Im Jahr 2015 waren es

(Dr. Rainer Podeswa)

bereits 32,9 Milliarden €. Im letzten Nachtragshaushalt wurden die Steuereinnahmen mit 34,5 Milliarden € beziffert. Das ist von 2011 bis 2016 eine Steigerung um 26 %.

Trotzdem musste die grün-rote Regierung in den Jahren 2013 und 2014 gleich zwei Mal in deutlicher Höhe Schulden aufnehmen. Die alte Landesregierung hat es nicht geschafft, auch nur ein einziges Mal in größerem Umfang Schulden zu tilgen. Sie, meine Damen und Herren, verspielen die Zukunft unserer Kinder, denn auf Schuldenbergen können keine Kinder spielen. Und es geht gerade so weiter. „Aber für unsere Kinder tun wir alles, damit Baden-Württemberg jeden Tag ein bisschen besser wird.“

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD)

Ich bin zwar noch brandneu im Landtag, aber diese Phrase, Herr Abg. Schwarz, habe ich von Ihnen wahrscheinlich jetzt schon ein ganzes Dutzend Mal gehört.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Perfekt!)

Sie haben im Nachtrageset für die Kinder in unserem Land 631 weitere Stellen im Zuständigkeitsbereich des Kultusministeriums vorgesehen: 320 Lehrer an Grundschulen, 111 neue Stellen an Gymnasien für Verbesserungen in der Oberstufe und 200 Stellen für Lehrkräfte, die in Vorbereitungsklassen Flüchtlingskinder unterstützen sollen. Wer möchte dazu schon Nein sagen?

Es wird darüber geredet, dass die Lehrerstellen im Nachtragshaushalt dringend gebraucht werden. Das wird richtig sein. Ich habe mir aber auch den Bericht des Rechnungshofs angesehen. Anfang des Jahres 2015 waren 146 Lehrer aus dem Lehrbetrieb genommen und in das Kultusministerium abgestellt worden; angeblich sind es aktuell über 160. Die Lehrer müssten in der Schule arbeiten, anstatt im Ministerium tätig zu sein. Dann müsste man vielleicht auch weniger Lehrer einstellen.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD)

Wenn jetzt 1 500 neue Stellen im Polizeidienst geschaffen werden, hoffe ich, dass davon nicht ein großer Teil zur Verschönerung des Innenministeriums vorgesehen ist.

(Heiterkeit und Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Daran merkt man, dass Sie keine Ahnung haben, wie die Landesregierung funktioniert! Keine Ahnung, aber Sprüche!)

Wir reden hier nicht über den Dritten Nachtragshaushalt. Wir reden hier über den Umgang der alten Regierung und den Umgang der neuen Regierung mit Steuergeld. Als AfD müssen wir eindeutig sagen:

(Abg. Tobias Wald CDU: Welche AfD? – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Es wird hier offensichtlich nicht auf den Cent geschaut, es wird hier auch nicht auf den Euro geschaut, es wird noch nicht einmal auf die Millionen Euro geschaut.

Wir müssen das komplette Ausgabenverhalten des Landes Baden-Württemberg von Grund auf infrage stellen. Wir müssen endlich den immer wieder beschworenen, auch von meinen Vorrednern beschworenen Konsolidierungskurs einschlagen. Seit Jahren wird nur darüber geschwätzt. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Regierung, nur Schwätzen und Mauscheln tut es nicht. Vielleicht sollten wir allmählich anfangen zu schaffen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und der AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Finanzministerin Sitzmann.

**Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir heute, gut zwei Monate nach der Konstituierung des Landtags, bereits in zweiter und dritter Lesung den Dritten Nachtrag 2016 beraten und auch beschließen werden. Das war für uns alle ein zeitlich sehr enges Verfahren.

Ich möchte an dieser Stelle allen herzlich danken, die sich daran intensiv beteiligt haben. Das gilt für die Damen und Herren Abgeordneten, die eine Sondersitzung des Finanzausschusses ermöglicht haben. Das gilt für die beteiligten Ressorts und natürlich insbesondere auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Hauses, die im Eiltempo diesen Dritten Nachtrag zusammengestellt haben.

Ich möchte mich auch für die sachorientierte und konstruktive Debatte im Finanzausschuss bei allen Mitgliedern sehr herzlich bedanken.

Es geht bei diesem Nachtrag um drei Bereiche – es ist bereits mehrfach angesprochen worden –: Zum einen geht es um die Unwetterhilfen. Starkregen- bzw. Hochwasserereignisse haben zu deutlichen Schäden und Verwüstungen geführt. Ich bin froh, dass die Landesregierung hier schnell, zeitnah und unbürokratisch Hilfe leisten konnte. Das konnten wir aber nur durch die Rückendeckung des Landtags, durch die Akzeptanz dieser schnellen und unbürokratischen Maßnahmen, insbesondere was die Soforthilfe betrifft.

Ich bin auch froh, dass sich alle Fraktionen dazu bekannt haben, die Unwetterhilfen mit den verschiedenen Bausteinen, die hier im Nachtrag enthalten sind, zu beschließen. Es geht, wie Sie wissen, um die Soforthilfen für die Betroffenen, um die Sanierung der beschädigten Landesstraßen, um ein Sonderprogramm für die besonders betroffene Gemeinde Braunsbach und die Bewältigung der Schäden in der Landwirtschaft. Es ist ein gutes Signal der Solidarität, dass der Landtag von Baden-Württemberg das in seiner Gesamtheit mitträgt.

Vorhin ist mehrfach die Frage der Finanzierung angeklungen. Ich finde, es ist ein gutes Zeichen der Solidarität, dass sich, als diese Schäden bekannt geworden sind, das gesamte Kabinett sofort bereit erklärt hat, 20 Millionen € durch eine globale Minderausgabe über alle Ressorts hinweg mitzutragen. Das ist sehr positiv und zeigt die Unterstützung, die wir gemeinsam leisten wollen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

(Ministerin Edith Sitzmann)

Weiter geht es um die Stärkung der Schulen, der Grundschulen, der Gymnasien und um die Beschulung der Flüchtlingskinder. Auch das ist bereits angesprochen worden, und auch hier besteht Konsens. Auch das ist ein sehr gutes Signal. Das sind wichtige Investitionen in die Zukunft, die wir da tätigen.

Allerdings muss ich Ihnen sagen: Manche Kritik, die jetzt hier geäußert worden ist, kann ich nicht nachvollziehen. Es geht um die Weiterbildung für Haupt- und Werkrealschullehrkräfte. Sie haben das Bekenntnis der Kultusministerin, dass zum kommenden Schuljahr mit diesen Weiterbildungsprogrammen begonnen werden kann. Deshalb frage ich mich, was es daran zu kritisieren gibt.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Zu wenig!)

Wir fangen mit dem kommenden Schuljahr an, und ich finde, das ist auch gut so.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Es gab jetzt Anträge, in denen Vertretungslehrkräfte an Schulen mit Neustellen für die Regierung vermischt wurden. Zu den Neustellen sage ich gleich noch einmal extra etwas. Aber die Vermischung ist nun wirklich sachfremd. Das eine kann mit dem anderen aus verschiedensten Gründen nicht gegengerechnet oder -finanziert werden. Das geht weder vom Umfang her, meine Damen und Herren,

(Zuruf des Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP)

noch von der Art und Weise der Finanzierung. Wir haben es im Finanzausschuss diskutiert, dass der Großteil der Mittel, die 2016 für die Neustellen bei der Landesregierung benötigt werden, aus den jeweiligen Personaltiteln der einzelnen Ministerien kommen. Man kann jetzt nicht alle anzapfen und umschichten und sagen: „Das geben wir für Vertretungslehrkräfte aus.“ Das funktioniert so nicht.

Außerdem möchte ich an dieser Stelle noch mal betonen – das ist auch bereits mehrfach gesagt worden –, dass sich bei Vertretungslehrkräften an Schulen der Bedarf immer wieder neu stellt. Die Kultusministerin weiß im Juni oder im Juli nicht, an welcher Schule Mitte September, Mitte Oktober oder Anfang November Vertretungslehrkräfte gebraucht werden. Das muss jeweils neu entschieden werden.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: So geht es den Unternehmen auch!)

Das ist auch der Grund, warum die Situation so ist, wie sie ist. Das ist natürlich für die Betroffenen unbefriedigend; das verstehen wir auch. Aber der ehemalige Kultusminister weiß es – wir haben auch in den letzten fünf Jahren x-mal darüber diskutiert –: Wir brauchen den flexiblen Einsatz der Lehrkräfte, je nach Bedarf. Derzeit ist das, was Sie fordern, gar nicht umsetzbar, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP/DVP.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Glück?

**Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann:** Gern, Herr Glück.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Bitte, Herr Abg. Glück.

**Abg. Andreas Glück** FDP/DVP: Frau Ministerin, herzlichen Dank, dass Sie die Frage zulassen. – Sie sagten gerade, es sei nicht möglich, dass man Geld von einem Ressort in ein anderes Ressort schiebt. Ist Ihnen bewusst, dass das Parlament das Königsrecht des Haushalts hat und daher erst einmal alles möglich ist, sofern sich die politische Mehrheit hierfür findet? Und die politische Mehrheit liegt eben gerade bei Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

**Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann:** Also bei mir persönlich nicht. Sie liegt bei den die Regierung tragenden Fraktionen, den Grünen und der CDU. Es wäre natürlich der FDP/DVP unbenommen gewesen, wenn sie der Ansicht ist, wir sollen die Vertretungslehrkräfte in Zukunft auch über die Sommerpause anstellen, so ehrlich zu sein und 12,5 Millionen € für den Haushalt zu beantragen. Das haben Sie aber nicht getan.

(Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Insofern haben Sie versucht, Dinge miteinander zu vermengen, die nicht zusammenpassen und die Ihnen halt politisch zupasskommen. Wenn Sie das wollen, können Sie diese Anträge stellen. Dann werden wir sie bei der Aufstellung des Haushalts 2017 intensiv diskutieren, und der Landtag wird dann darüber entscheiden.

Warum geht es jetzt nicht? Das hat damit zu tun, dass wir in diesem Dritten Nachtrag einen Bedarf von 180 000 € für die 98 Stellen bei der Regierung haben. 180 000 € versus 12 Millionen € – also auch da sehen Sie, das passt einfach nicht zusammen, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der AfD)

Über die 98 Stellen haben wir jetzt mehrfach diskutiert. Herr Kollege Hofelich, vielleicht passt es Ihnen nicht – das mag ja sein –, aber es gibt eine neue Regierung.

(Lachen des Abg. Peter Hofelich SPD)

Und es gibt eine neue Regierung in neuer Zusammensetzung, mit neuen Ministerinnen und Ministern, mit neuen Ressortzuschnitten, mit neuen Staatssekretärinnen und Staatssekretären,

(Abg. Sabine Wölflé SPD: Aber ihr seid doch nicht neu!)

und aus dieser Neubildung entsteht selbstverständlich – wie 2011 auch – ein Bedarf an neuen Stellen. Ich fände es angebracht, wenn auch Sie, die Sie damals auch neue Stellen für sich in Anspruch genommen haben, einmal anerkennen würden,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Dann muss man die Stellen begründen!)

dass diese notwendig sind, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Peter Hofelich SPD: Da wurde der Beifall verhalten!)

– Ich bin ja nur da, um den Nachtrag zu erläutern, und nicht, um Beifall zu heischen.

(Ministerin Edith Sitzmann)

(Zurufe von der SPD: Ah! – Abg. Wolfgang Drexler  
SPD: So sieht die Rede aber nicht aus!)

Also, 98 neue Stellen, und ich kann Ihnen versichern: Obwohl der Zeitraum sehr kurz war, haben wir im Finanzministerium jede einzelne Stelle daraufhin geprüft, ob sie notwendig ist, ob es nicht freie, unbesetzte Stellen gibt, die mit neuen Aufgaben betraut werden können. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen: Ja, diese 98 neuen Stellen sind notwendig, sie sind gerechtfertigt, um die Arbeitsfähigkeit der neuen Regierung sicherzustellen. Wir haben von diesen 98 neuen Stellen 44 k.w. gestellt.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Genau!)

Es gab heute hier unterschiedliche Meinungen, ob man diese 44 oder alle Stellen mit einem k.w.-Vermerk versehen soll. Die SPD hat beantragt, man solle für den Rest, also die weiteren 54, ein Stellenabbauprogramm festlegen.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Das ist durchaus eine Option.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Richtig!)

Aber die Schuldenbremse gilt ab 2020. Unser Haushalt muss bis 2020 ohne Aufnahme neuer Schulden ausgeglichen sein. Es liegt ein deutlicher Konsolidierungsbedarf vor, weil eine strukturelle Deckungslücke besteht.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Da haben wir den Widerspruch!)

Das heißt, wenn wir auf der einen Seite neue Stellen schaffen, müssen wir sie auch im Blick auf 2020 gegenfinanzieren. Ein Stellenabbauprogramm wie in der letzten Legislaturperiode würde erst nach dem Ende dieser Legislaturperiode – das heißt, erst nach dem Inkrafttreten der Schuldenbremse – greifen.

Meine Damen und Herren, es ist doch völlig klar: Diese Koalition hat sich zu einer Konsolidierung und Sanierung des Haushalts und zur Einhaltung der Schuldenbremse verpflichtet. Ich gehe davon aus, dass wir den Weg – auch wenn er nicht ganz einfach wird – gemeinsam gehen werden. Dazu gehört natürlich auch die Gegenfinanzierung dieser 98 Stellen; das ist ganz selbstverständlich.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Ich kann Folgendes nicht nachvollziehen, Herr Kollege Hofelich. Sie haben heute einen achtseitigen Brief des Staatsministeriums bekommen,

(Zuruf von der AfD: Vor einer Stunde!)

in dem jede einzelne Stelle – jede einzelne! – beschrieben und begründet ist – samt Organigramm. Es ist also alles nachvollziehbar. Im Finanzausschuss waren Vertreterinnen und Vertreter aller Ressorts anwesend, die Sie befragen konnten.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Das haben Sie ja auch zum Teil getan; Ihre Fragen wurden auch beantwortet.

(Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Insofern gibt es überhaupt keinen Grund, an dem Verfahren irgendetwas zu kritisieren, meine Damen und Herren.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hofelich?

**Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann:** Bitte schön.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Bitte, Kollege Hofelich.

**Abg. Peter Hofelich SPD:** Ich habe die Zwischenfrage, ob Ihnen – erstens – bekannt ist, dass der Brief heute Morgen – also nach ca. sechs Tagen – um halb zehn ankam und dass ich in meiner Rede gerade Bezug darauf genommen habe. Ich habe gesagt, kursorisch betreffen die Neustellen beim Staatsministerium beispielweise Koordination, Planung, Steuerung und damit typische Leitungsthemen, bei denen erst recht zu hinterfragen ist, ob sie wirklich notwendig sind. Denn diese Themen stecken nicht voll im Sachgebiet – außer beim Normenkontrollverfahren. Die erste Frage ist also, ob Sie bemerkt haben, dass ich das gesagt habe.

Meine Kritik zielt nicht darauf ab, Stellen nicht zu schaffen. Vielmehr sage ich, dass sich zwischen zwei Häusern, dem Staatsministerium und dem Innenministerium, etwas aufbaut. Das ist die politische Kritik.

Die zweite Frage: Haben Sie eigentlich nicht bemerkt, dass wir in unserem Antrag, was das Stellenabbauprogramm angeht, bereits eine Stufung eingebaut haben, nach der der Einstieg im Jahr 2016 geschieht, und dass das Ende des Stellenabbauprogramms natürlich vor dem Jahr 2020 liegen kann? Das liegt auch an Ihnen. Das müssten Sie doch auch gelesen haben.

Vielleicht könnten Sie diese beiden Fragen beantworten.

(Beifall bei der SPD)

**Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann:** Die Fragen beantworte ich gern. – Den Brief des Staatsministeriums habe ich auch gesehen. Ich halte es für möglich, diesen Brief binnen zehn Minuten intensiv durchzublättern

(Abg. Peter Hofelich SPD: Habe ich gemacht! – Abg. Andreas Stoch SPD: Er hat es inhaltlich kritisiert!)

und das Ganze auf Plausibilität zu prüfen. Es ist plausibel und transparent dargelegt – inklusive Organigramm – und sollte so nachvollziehbar sein, Herr Kollege Hofelich. An Transparenz mangelt es also nicht.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass in dem Gesetzentwurf zum Nachtrag jede einzelne Stelle in jedem Einzelplan exakt aufgelistet wird. Klarer kann man es also nicht auf den Tisch legen.

(Abg. Tobias Wald CDU: Mehr Transparenz geht nicht! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜ-NE: Ja! So ist es!)

Wie gesagt, Vertreterinnen und Vertreter aller Ressorts waren im Finanzausschuss anwesend, standen für Fragen zur Verfügung. Insofern gibt es für eine Kritik am Verfahren überhaupt

(Ministerin Edith Sitzmann)

keinen Grund. Diese möchte ich an dieser Stelle noch einmal deutlich zurückweisen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Lassen Sie mich zum Staatsministerium eine Rechnung aufmachen:

(Abg. Andreas Stoch SPD: Gibt es wieder Vergleiche?)

Mit dem Dritten Nachtrag 2011 betrug die Stellenzahl im Staatsministerium 210. Jetzt sind 33 Stellen, die sich mit dem Themenfeld Europa beschäftigen, in den Bereich des Justizministeriums abgewandert; im Staatsministerium gab es vorher 207 Stellen, nämlich 240 minus 33. Mit 22 zusätzlichen Stellen im Nachtrag wären wir bei 230. Wir ziehen 16 Stellen, die noch zu bringen sind, ab; dann hat das Staatsministerium – Stand Dritter Nachtrag 2016 – exakt 4,5 Stellen mehr als beim Dritten Nachtrag 2011. Ich finde, das ist doch wirklich mit Augenmaß; daran kann man nicht wirklich etwas aussetzen haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU  
– Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Frau Ministerin, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Abg. Hofelich?

**Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann:** Ich würde hier gern weitermachen. Wir hatten im Finanzausschuss die Möglichkeit, über alles intensiv zu diskutieren.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber die Antwort war unbefriedigend! – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Ich möchte noch einen Punkt deutlich machen. Einige meiner Vorredner haben bereits die Eckpunkte des Haushalts 2017 angesprochen. Wir werden diesen Haushalt intensiv beraten. Wir haben eine Deckungslücke von 2,6 Milliarden € zu schließen. Wir, die Regierungsfractionen und das Kabinett, haben mit den Eckpunkten beschlossen, dass wir einen Konsolidierungsbeitrag von 800 Millionen € brauchen. Das wird kein einfacher Weg, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Falsche Richtung! – Abg. Andreas Stoch SPD: Wenn man die Zusatzausgaben anguckt, sieht man das! – Gegenruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Wir warten auf die Einsparvorschläge der SPD!)

Sie wissen selbst, dass wir in dieser Haushaltslage sind, obwohl es in der Vergangenheit Konsolidierungsbemühungen gab, die der Rechnungshof ausdrücklich gewürdigt hat. Der Rechnungshof hat aber auch ganz klar gesagt, dass die Konsolidierungsbemühungen verstärkt werden müssen. Das sage ich deshalb, Herr Kollege Stoch, weil Sie gestern so getan haben, als befänden wir uns nicht in einer schwierigen Haushaltssituation.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wer 2 Milliarden € Mehrausgaben plant!)

Sie haben diese als „angeblich“ etikettiert. Die Haushaltssituation ist schwierig. Lesen Sie den Bericht des Rechnungshofs.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Und welche Ursachen?)

– Die Ursachen kennen Sie selbst ganz genau. Ich kenne sie natürlich auch.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Gut! – Abg. Tobias Wald CDU zur SPD: Die frühere Regierung!)

Das ist eine Herausforderung, und wir sind bereit, sie gemeinsam anzunehmen. Ich bin gespannt, wie die Opposition agiert, wenn es um die Konsolidierung geht.

(Lachen des Abg. Peter Hofelich SPD – Abg. Andreas Stoch SPD: Wie Sie agieren, das wissen wir jetzt!  
– Gegenruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: 800 Millionen € Einsparungen!)

Werden Sie, wenn es um den Haushalt 2017 geht, nicht nur den positiven Projekten, den neuen Förderprogrammen zustimmen, sondern auch die Konsolidierungsvorschläge, die wir machen werden, mittragen?

(Abg. Peter Hofelich SPD: Auf diese Idee wäre ich nie gekommen!)

Daran, Herr Kollege Hofelich, werden wir Sie dann messen.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Sehr gern! – Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Peter Hofelich SPD: Alles überschlägt sich hier!)

Meine Damen und Herren, selbstverständlich ist klar, dass der Koalitionsvertrag eine Grundlage für die Arbeit dieser neuen Regierung ist. Es ist auch klar, dass diese Regierung Schwerpunkte und Prioritäten setzt. Aber die Schuldenbremse gilt. Sie ist im Grundgesetz verankert. Wir werden sie einhalten.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Deshalb wird es bei der Aufstellung der kommenden Haushalte darum gehen: Was ist finanzierbar, was ist leistbar? Es wird nicht alles on top kommen können. Wir werden uns leider auch der Aufgabe stellen müssen, Bisheriges infrage zu stellen. Wie gesagt, wir werden sehr genau beobachten, wie sich die Opposition dann aufstellt und ob sie auch die Verantwortung übernehmen wird. Sie haben es ja fünf Jahre lang bereits getan.

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Wir haben schon angefangen!)

Die Opposition hat natürlich die Verantwortung, die Regierung zu kontrollieren

(Abg. Peter Hofelich SPD: Mit Freude! – Abg. Andreas Stoch SPD: Genau!)

und, wenn es einen guten Grund gibt, zu kritisieren.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Damit haben wir schon begonnen! – Abg. Andreas Stoch SPD: Jede Menge!)

Aber konstruktive Opposition bedeutet immer, auch Verantwortung zu übernehmen, meine Damen und Herren.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Da machen Sie sich mal keinen Kopf!)

Wir haben hier einen Nachtrag vorgelegt, der ausgewogen ist, der die notwendigen Maßnahmen, die wir jetzt brauchen, die wir noch vor der Sommerpause beschließen müssen, abbildet.

(Ministerin Edith Sitzmann)

Wir haben noch nicht erwähnt, dass im Nachtrag auch eine Verpflichtungsermächtigung für den Bahnhalt Merklingen enthalten ist. Das ist ein wichtiger Punkt für die Region Laichinger Alb.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Daniel Rottmann [fraktionslos])

Diese Verpflichtungsermächtigung ist noch keine Verausgabung, sondern sie ermöglicht dem Verkehrsminister lediglich, in Verhandlungen einzutreten. Wir hoffen, dass diese Verhandlungen erfolgreich sein werden. Dann kann der Haushaltsgesetzgeber entscheiden, ob die Verpflichtungsermächtigungen eingelöst werden.

Unterm Strich wird die Finanzierung aus den Regionalisierungsmitteln des Bundes erfolgen; denn die Verhandlungen in den letzten Jahren haben erfreulicherweise dazu geführt, dass die Regionalisierungsmittel steigen und dynamisiert werden.

Baden-Württemberg wird weniger defizitär aufgestellt sein als in den vergangenen Jahren. Das ist auch ein wichtiger Punkt in diesem Nachtrag. Meine Damen und Herren, der Nachtrag ist schlank. Wenn er einen Bauch hat, dann hat er maximal einen Waschbrettbauch, Herr Kollege Aden.

(Heiterkeit – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! So etwas sieht man ja gern! – Zuruf des Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP)

Ich würde mich freuen, wenn der Haushaltsgesetzgeber diesem Nachtrag heute in der vorliegenden Form zustimmt.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir treten in der Zweiten Beratung in die **A b s t i m m u n g** ein und kommen zur Einzelabstimmung über den Entwurf des Nachtragsgesetzes der Landesregierung, Drucksache 16/240:

Gesetz über die Feststellung eines Dritten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2016

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Drucksache 16/300.

(Unruhe)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie etwas Ruhe einkehren lassen, damit wir die Abstimmung durchführen können.

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf mit einer Änderung, nämlich der Einfügung eines neuen § 2 a, zuzustimmen.

Zu dem Gesetzentwurf liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion der SPD, Drucksachen 16/345-4 und 16/345-5, sowie drei Änderungsanträge der Fraktion der FDP/DVP, Drucksachen 16/345-1 bis 16/345-3, vor.

Die Änderungsanträge werde ich an den betreffenden Stellen aufrufen und darüber abstimmen lassen.

Ich rufe auf

§ 1

Zu § 1 Absatz 1 liegt der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/345-4, vor, der Mittel für die Finanzierung von Qualifizierungsmaßnahmen bei den Haupt- und Werkrealschulen fordert. Außerdem liegt zu § 1 der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/345-1, vor, der begehrt, in einem neuen Absatz 3 einen Aufstiegs- und Weiterqualifizierungslehrgang für in der Besoldungsgruppe A 12 befindliche Haupt- und Werkrealschullehrkräfte einzuführen.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/345-4, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/345-1, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer § 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – § 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 2

und hierzu die beiden Änderungsanträge der Fraktion der FDP/DVP, Drucksachen 16/345-2 und 16/345-3.

Der Änderungsantrag Drucksache 16/345-2 fordert, dass die Schulen über den Einsatz der zusätzlichen Personalmittel in eigener pädagogischer Verantwortung entscheiden sollen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/345-3, begehrt, dass der finanzielle Gegenwert der für die Regierungsneubildung geplanten Stellen für einen Einstieg in die Beseitigung der sechswöchigen Arbeitslosigkeit für befristet angestellte Lehrerinnen und Lehrer verwendet wird. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wer § 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 2 a

in der Fassung der Beschlussempfehlung Drucksache 16/300.

Wer § 2 a zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 2 a ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Die Fraktion der SPD begehrt mit dem Änderungsantrag Drucksache 16/345-5, einen neuen § 2 b einzufügen, mit dem ein Stelleneinsparprogramm für die im Rahmen der Regierungsneubildung geschaffenen Neustellen festgelegt werden soll. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe auf

§ 3

Wer § 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – § 3 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 4

Wer § 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 4 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 5

Wer § 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – § 5 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 6

Wer § 6 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 6 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen nun gemäß dem zu Sitzungsbeginn getroffenen Beschluss in der Dritten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Entwurf des Nachtragsgesetzes der Landesregierung:

Gesetz über die Feststellung eines Dritten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2016,

Drucksache 16/240. Abstimmungsgrundlage sind die soeben in der Zweiten Beratung gefassten Beschlüsse zur Drucksache 16/300.

Ich rufe auf

§ 1

Wer § 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – § 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 2

Wer § 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 2 a

Wer § 2 a zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – § 2 a ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 3

Wer § 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – § 3 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 4

Wer § 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – § 4 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 5

Wer § 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – § 5 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 6

Wer § 6 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – § 6 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 21. Juli 2016 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz über die Feststellung eines Dritten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2016“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

**S c h l u s s a b s t i m m u n g**

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich von seinem Platz zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in die Mittagspause eintreten, gebe ich noch folgenden Hinweis: Die Mitglieder des gestern eingesetzten Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus/NSU BW II“ treffen sich in zehn Minuten zu ihrer konstituierenden Sitzung im Königin-Olga-Bau im Sophie-Scholl-Saal, Raum 501. Eine Einladung zu dieser Sitzung ist Ihnen bereits zugegangen.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Wir treten in die Mittagspause ein und setzen die Sitzung um 14:45 Uhr fort.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:34 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:46 Uhr)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Wir fahren mit unserer Sitzung fort.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

#### **Fragestunde – Drucksache 16/278**

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Pilzdruck in ökologisch bewirtschafteten Reblagen

Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter.

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger** FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In der „Heilbronner Stimme“ in der Ausgabe „Hohenloher Zeitung“ ist zu lesen:

*Gewaltiger Pilzdruck: Öko-Winzer schlagen Alarm*

*Die EU-Rechtsverschärfung trifft Bio-Wengertler hart. Ohne eine Lockerung droht dem ökologischen Weinbau im Land das Aus.*

Ich frage die Landesregierung:

- a) Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die aktuelle Problematik des Pilzdrucks durch Peronospora in ökologisch bewirtschafteten Reblagen in Baden-Württemberg im Zusammenhang mit den stark eingeschränkten Möglichkeiten des Pflanzenschutzes infolge des gesetzlich bedingten Wegfalls von Phosphonaten auf dem Markt für Pflanzenschutzmittel?
- b) Was tut sie insbesondere mit Blick auf das europäische und das deutsche Pflanzenschutzrecht sowie im Bereich der Rebenzüchtung, um den ökologischen Weinbau in Baden-Württemberg zu erhalten?

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Für die Landesregierung bitte ich Frau Staatssekretärin Gurr-Hirsch ans Redepult.

**Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich beantworte die Frage des Herrn Abg. Dr. Bullinger unter Buchstabe a wie folgt:

Es stimmt: Die anhaltenden Niederschläge der letzten Wochen haben zu Krisensituationen bei der Bekämpfung des Falschen Mehltaus, der auch noch Peronospora genannt wird, geführt. Speziell Bioweinbetriebe in Baden-Württemberg haben hier besondere Probleme.

Die Ursachen für die schwierige Situation in den Bioweinbetrieben sind zum einen die starken Niederschläge der letzten Wochen und zum anderen, dass Kaliumphosphonate – Sie ha-

ben es erwähnt – im Bioweinbau aktuell nicht mehr zugelassen sind. Der Einsatz von Kaliumphosphonaten war bis 2013 als Pflanzenstärkungsmittel im Bioweinbau zugelassen. Auf EU-Ebene wurde diese Stoffgruppe danach als Pflanzenschutzmittel deklariert und ist damit bei den Biobetrieben ausgefallen.

Damit hat man den ökologisch wirtschaftenden Weinbaubetrieben in den niederschlagsreichen mitteleuropäischen Regionen gewissermaßen den Boden für eine nachhaltige Bewirtschaftung der Rebflächen entzogen, und es sind schwierige Zeiten angebrochen. Mit nur 3 kg bzw. 4 kg Kupfer pro Hektar – ich komme nachher darauf zu sprechen – kann in solchen Jahren die Rebenperonospora in Deutschland nicht ausreichend bekämpft werden. Letztes Jahr, 2015, war das gar kein Problem, weil der Sommer sehr trocken war. Sonst wäre es schon 2015 aufgefallen.

Die Frage unter Buchstabe b möchte ich ebenfalls gleich beantworten. Darin geht es darum, was man unternommen hat. Hierzu ist bereits ein Termin mit der EU-Kommission in Brüssel in Vorbereitung, um das Thema Kaliumphosphonat zu besprechen.

Die auf europäischer Ebene erforderliche Rechtsanpassung wird aus heutiger Sicht nicht einfach werden. Denn man hat bereits den Bundeslandwirtschaftsminister eingeschaltet, der an Agrarkommissar Hogan geschrieben hatte. Dieser hat es höchstpersönlich abgelehnt, Kaliumphosphonat wieder als Stärkungsmittel einzusetzen.

Darüber hinaus sind in der Vergangenheit auch im Kanon der Rebenregionen Europas schon Vorstöße gemacht worden, aber die anderen Regionen haben kein Interesse daran; denn das trifft in erster Linie die mitteleuropäischen Regionen mit höheren Niederschlagsmengen.

Außerdem hat Baden-Württemberg am 23. Juni 2016 zusammen mit Rheinland-Pfalz als größtem weinbautreibenden Land einen Antrag beim Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit auf eine weitere Erhöhung der Reinkupfermenge zur Bekämpfung der Peronospora gestellt, und zwar wollten wir von 4 auf 6 kg pro Hektar und Jahr erhöhen. Mittlerweile wurde dieser Antrag leider abschlägig beschieden.

Herr Minister Hauk hat aufgrund der sich abzeichnenden Krisensituation im ökologischen Weinbau kurzfristig – bereits am 20. Juni – zu einem Gespräch der Weinbauverbände – auch der Deutsche Weinbauverband war anwesend – und der Verbände des ökologischen Landbaus eingeladen und die Sach- und Rechtslage ausführlich mit ihnen beraten. Dabei wurden die Besonderheiten des Jahres 2016 und die aktuellen Handlungsmöglichkeiten angesprochen.

Um den Ökoweinbaubetrieben in Baden-Württemberg kurzfristig eine Alternative zu geben, wurde ein sogenannter Großversuch zum Einsatz von Kaliumphosphonat in kritischen Flächen ermöglicht. Die Ökoweinbaubetriebe in Baden-Württemberg wurden aufgefordert, alle in Bezug auf Peronosporabefall kritischen Flächen, die mit Kaliumphosphonat behandelt werden müssen, umgehend zu melden.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Eine Zusatzfrage.

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger** FDP/DVP: Herzlichen Dank, Frau Staatssekretärin. Man hört: Das ist eine ehemalige Weinkönigin und eine wirkliche Fachfrau, die von diesem Thema etwas versteht.

Ich habe trotzdem noch eine Frage. Ich selbst habe ein bisschen Probleme mit dem Thema „Einsatz von Kupfer“, was das Rückstandsproblem und die Anreicherung dieses zwar giftigen, aber anscheinend doch erforderlichen Mittels im Boden angeht. Wie beurteilen Sie das?

Vor allem: Es nützt ja nichts, einen Großversuch anzukündigen. Es geht vor allem um Betriebe, die in ihrer Existenz bedroht sind. Deshalb frage ich: Welche Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung sehen Sie, um in einem so schwierigen Jahr wie diesem ausnahmsweise eventuell zu helfen, beispielsweise durch Steuerstundung durch das Finanzministerium oder anderes? Beispielsweise könnte über die Landesbank geholfen oder sonstige Unterstützung geleistet werden. Sieht man so etwas vor, um zumindest dem einen oder anderen Betrieb zu helfen, damit er diese Zeit übersteht?

**Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch:** Zunächst einmal zur Frage zur Schädlichkeit von Kupfer: Kupfer – das wissen wir alle aus dem Chemieunterricht – ist ein Schwermetall. Wenn es ausgebracht wird, dann landet es im Boden und wird dort nicht abgebaut. Es ist auch wahr, dass z. B. die sogenannte Bordeauxbrühe, die man früher hatte, sich in Bordeaux nachhaltig angelagert hat.

Wenn Sie heute in dortigen Weinlagen Salat anbauen wollen, dann funktioniert das nicht, da der Boden eben mit Schwermetall angereichert ist. Deshalb haben sich auch die Biobetriebe selbst damit einverstanden erklärt, dass man die Kupfergaben auf 3 kg begrenzt, und die Erweiterung auf 4 kg ist nur im Kontext von fünf Jahren möglich. Auf diese Möglichkeit musste man sich inzwischen schon besinnen und die 4 kg in Anspruch nehmen.

Dennoch ist das natürlich, in die Zukunft gerichtet, keine Perspektive für die ökologisch wirtschaftenden Weinbaubetriebe. Deshalb machen wir in unseren Versuchsanstalten in Weinsberg, aber auch in Freiburg Versuche, um die Applikation von Kupfer etwas effizienter zu gestalten. Das heißt, man will Kupfer nicht nur als Kupfer ausbringen – es wird dann wieder weggeschwemmt –, sondern man will das Ganze mit Lipiden, also Fettstoffen, etwas nachhaltiger machen, sodass es länger auf die Blätter wirkt. Das ist ein Versuch, der gemacht wird.

Wie gesagt, Kaliumphosphonat – das muss unser mittelfristiges Ziel sein – sollte wieder als Pflanzenstärkungsmittel zugelassen werden. Wir sind im Kanon mit anderen Weinbau betreibenden Ländern immer wieder dabei, dies zu thematisieren. Aber das lässt sich so schnell nicht regeln, denn seien wir einmal ehrlich: Es ist leichter, in Italien Bioweine zu erzeugen, wo es so gut wie keine Peronospora gibt. Dort hat man wenig Ehrgeiz, den Kollegen zur Seite zu springen. Deshalb haben wir im Moment vor allem eine gewisse Gefolgschaft und Unterstützung durch Tschechien, das etwa auf dem gleichen Breitengrad wie unser Land liegt, und durch Luxemburg. Aber dass dies im Vergleich zu 28 Staaten nicht die Welt ist, ist vollkommen klar. Das angesprochene Ziel wollen wir also wieder erreichen.

Was Sie eben ansprachen: Die langfristige Lösung wäre – hiervon hat Frau Lindlohr als Abgeordnete einer Weinbaustadt natürlich Ahnung –, die PIWI-Sorten, die wir haben –

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

– PIWI heißt „pilzwiderstandsfähige Rebsorten“.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ach, PIWI! Ich habe „Kiwi“ verstanden!)

Das sind neue Sorten, die in den letzten 40, 50 Jahren gezüchtet wurden, teilweise sehr ansprechende Sorten, die unserem Bedürfnis entgegenkommen, rieslingähnliche Produkte zu haben. Aber es sind dann eben keine Rieslinge. Wenn ein Biobetrieb diese Sorten anpflanzt, hat er einen um 80 % verminderten Schadstoffbefall, muss dort also kaum pflanzenschutzmäßig tätig werden. Das ist eine Option.

Sie fragten nach möglichen Schäden. Bis jetzt sind sie noch nicht identifizierbar. Im Weinbau kann man die Ernte eigentlich erst drei, vier Wochen vorher bewerten, Herr Pix, und das, was jetzt schlecht verblüht ist oder aufgrund des Pilzbefalls überhaupt nicht geblüht hat, ist natürlich irreparabel. Dabei gehen wir schon davon aus, dass in manchen Betrieben manche Gewanne hundertprozentig geschädigt sind und manche zu ca. 40 %. Da hilft natürlich nur die ganze „Kiste“, die wir für alle notleidenden landwirtschaftlichen Betriebe immer wieder ins Kalkül ziehen: eben dass wir an den Bundesfinanzminister herangehen. Es ist ja ein altes Anliegen – auch von Ihnen, Herr Bullinger –, dass man eine steuerlich begünstigte Risikoausgleichsrücklage haben sollte, um den Betrieben etwas Luft zu verschaffen.

Im Übrigen gibt es auch immer wieder die Überlegung – wie für alle landwirtschaftlichen Betriebe –, mit Bürgschaften und dergleichen zu helfen. Aber man muss jetzt erst einmal abwarten, was Sache ist.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Es gibt eine weitere Zusatzfrage. Aber ich würde vorher sagen, da manche Kolleginnen und vor allem Kollegen extrem ins Schwitzen kommen: Sie können gern – natürlich auch die Kolleginnen, solange die Schultern bedeckt bleiben – das Jackett ablegen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Aber Vorsicht mit der Peronospora!)

Nun hat Herr Abg. Pix eine Zusatzfrage.

**Abg. Reinhold Pix** GRÜNE: Frau Staatssekretärin, ich möchte mich ausdrücklich dafür bedanken, dass Sie meiner Intuition gefolgt sind, kurzfristig eine Ausnahme zu machen und trotz aller rechtlich schwierigen Fragen die Genehmigung von Teilflächen mit Phosphonatbehandlung zu gewährleisten. Nur kam diese Anordnung leider etwas zu spät.

Der Einsatz von Kupfer ist keine Alternative. Ich spreche aus 30 Jahren Praxis im Ökoweinbau. Durch Klimaveränderung und ein Jahr wie dieses sind die Biobetriebe dann gezwungen, alle drei bis vier Tage auf völlig nassem Boden zu spritzen. Das heißt, das führt zu Wachstumsdepressionen und kann keine Alternative sein. Das ist die einzige Alternative; sonst kommt nämlich alles zu spät.

(Reinhold Pix)

Viele Weinbaubetriebe werden ihren ökologischen Weinbau aufgeben, wenn wir nicht im Laufe dieses Winters eine Phosphonatregelung auf EU-Ebene erreichen. Ich möchte Sie deswegen noch einmal ermuntern, von Baden-Württemberg aus vor allem mit Rheinland-Pfalz und Hessen eine Initiative zu starten. Denn das Eisen ist heiß; man muss es jetzt schmieden.

Wir wissen, dass auch im Elsass, in Norditalien, Nordspanien, Nordfrankreich alle Betriebe unter dem Peronosporaproblem leiden. Ich könnte mir vorstellen, dass es dazu erhebliche Bewegungen auch in Brüssel gibt. Deswegen noch einmal: keine mittelfristige Lösung, sondern eine kurzfristige Lösung ansteuern.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Kollege Pix – –

**Abg. Reinhold Pix GRÜNE:** Weiter steht das nächste Problem vor der Tür – das muss ich jetzt noch erwähnen –: Auch beim Thema Kirschessigfliege, das wahrscheinlich in den nächsten drei bis vier Wochen auftreten wird, sind die Biobetriebe wieder in einer schwierigen Situation.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Es kommt noch eine Frage!)

Ihnen ist das einzige Verfahren – SpinTor mit combi-protect – genommen worden. Ich bitte darum – dazu soll es auch ein Symposium geben –, rechtzeitig für eine Möglichkeit zu sorgen, dass die Ökoinwitzer in der Lage sind, wenigstens ihre Resternte noch ausreichend zu schützen.

Vielen Dank.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Kollege Pix, das war zwar eine sehr interessante Zwischenbemerkung und Feststellung, aber keine Zusatzfrage.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Fragen Sie einfach: Geben Sie mir da recht? Konnten Sie mich verstehen? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er ist halt persönlich betroffen! – Zuruf des Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU)

Insofern bitte ich Sie, bitte ich auch die anderen Abgeordneten, sich daran zu halten, Zusatzfragen zu stellen, aber keine grundsätzlichen Feststellungen zu treffen.

Bitte.

**Abg. Reinhold Pix GRÜNE:** Was unternimmt die Landesregierung, um bei dem Problem Kirschessigfliege die Resternte bei den Ökobetrieben sicherzustellen?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank.

**Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch:** Ich hätte mir die Frage diesbezüglich jetzt auch abgeleitet. So viel Fantasie habe ich.

Lieber Kollege Pix, zum Ersten: Unser Minister hat bereits für den Spätherbst einen Termin in Brüssel zu dem Thema Kaliumphosphonat anberaunt. Wir versuchen natürlich, eine sehr

schnelle Lösung zu erzielen, aber ich bin nicht der Mensch, der große Hoffnungen macht und sie dann nicht einhalten kann. Wir brauchen eben die Partner dazu, und ich habe ja vorhin die Gemengelage beschrieben.

Was wir auch angeboten haben: Bevor ein Bestand – auf gut Deutsch gesagt – kaputtgeht, kann man an einem Großversuch mit Kaliumphosphonat teilnehmen. Wir haben das als Versuch deklariert. Da können also Ökobetriebe Kaliumphosphonat einsetzen. Das wird von unseren Einrichtungen wissenschaftlich betreut und dann auch ausgewertet. Wir wissen allerdings nicht, wie sich das auf die Förderfähigkeit hinsichtlich FAKT auswirkt. Es haben sich bis jetzt in unserem Haus elf Ökobetriebe mit 38 ha gemeldet. Damit Sie ein Bild davon bekommen: Insgesamt gibt es in Baden-Württemberg 1 300 ha ökologisch bewirtschaftete Weinfläche.

Zum Zweiten: Bereits jetzt wird die Kirschessigfliege gesichtet. Im Moment wird noch nicht eingegriffen, weil die Population noch nicht so groß ist. Aber heute trifft sich beispielsweise in Bonn beim Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, BVL, ein Gesprächskreis – diverse Bundestagsabgeordnete, die die Mittel, die man gegen die Kirschessigfliege ausbringt, zur Diskussion stellen und eine Entscheidung herbeiführen wollen.

Unser Minister hat die Betroffenen – sicherlich auch Sie – in das Technologiezentrum Augustenberg – ich glaube, für Montag – eingeladen. Sie sehen, wir sind an dem Thema dran. Wir sind prophylaktisch tätig und nicht zu spät dran, wie Sie uns das vorhin bei der anderen Frage ein Stück weit vorgeworfen haben.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Es gibt eine weitere Zwischenfrage von Herrn Abg. Dr. Schweickert.

**Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP:** Frau Staatssekretärin, ich möchte die Ausführungen des Kollegen Pix, denen ich nur zustimmen kann, in eine Frage kleiden: Wie stellt sich die Landesregierung vor, in Zukunft mit diesen Themen bezüglich des Zeitfaktors umzugehen? Denn das große Problem wird ja sein, dass eine Entscheidung getroffen werden muss, ob es Phosphonate sind oder ob es die SpinTor-Anwendung bei *Drosophila suzukii* ist. Man muss schnell reagieren.

Soll so etwas in Zukunft auch über eine Parlamentsdebatte geregelt werden – dann wird man den Winzern nicht helfen –, oder gibt es dann irgendwelche Verordnungen – Schnell-, Not- oder sonstige Verordnungen –, an denen man arbeitet, dass man in solchen Fällen, die ja durch verstärkten Regen sehr plötzlich auftreten, rechtzeitig und schnell helfen kann? Wie sieht da der Plan aus?

**Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch:** Ich möchte hier feststellen, dass unser Haus sehr schnell reagiert hat. Es gab in der Woche vor dem 21. schon Bemühungen, die Kupfermenge zu erhöhen. Dann wurde sehr zeitnah am 21. Juni eingeladen, um die Betroffenen an einen Tisch zu bekommen. Wir haben dann die Strategie mit dem Versuch erfunden, damit diejenigen, die befürchten, dass ihre Flächen ganz veröden, daran teilnehmen können. Sie sehen, es haben nur überschaubar viele teilgenommen.

Das Problem ist schlichtweg, dass der Ökoweinbau nur wenige Mittel hat, einer solchen Pilzbefallskatastrophe entgegen-

(Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch)

genzuwirken. Es war auch die Branche selbst, die wenig Kupfer einsetzen wollte. Es gibt in der Öko-Verordnung der EU die Möglichkeit, bei all den Problemen, die wir vorhin behandelt haben, bis 6 kg zu gehen. Aber man wollte, um vor allem auch im Agrarumweltprogramm zu punkten, auf 3 kg heruntergehen. Man musste da etwas bieten, um zu erreichen, dass dies von der EU als Teil des Umweltprogramms anerkannt wird.

Was wollen Sie sonst machen? Ihre Partei ist die, die auch immer unternehmerisches Handeln in den Raum stellt. Wenn ein Winzer sagt: „Ich will den Weg gehen, Ökoweinbau zu betreiben“, dann weiß er um die Begrenztheit seiner Mittel, dann weiß er um die Gefahren, die für ihn bestehen. Das kann man ihm dann nicht nehmen. Wir können nicht sagen: „Du kannst das alles einsetzen wie im konventionellen Weinbau“, wenn er sich sonst am Markt von anderen unterscheiden möchte, eine eigene Nische haben möchte und möglicherweise auch zu einem höheren Preis, was ihm gegönnt sei, verkaufen möchte.

(Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Danke!)

– Bitte.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank, Frau Staatssekretärin. – Es gibt keine weiteren Zusatzfragen zu dieser Anfrage.

Die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 kommt auch von Herrn Abg. Dr. Bullinger:

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schon wieder!)

Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Grenzüberschreitend eingesetzter nachflugtauglicher Rettungshubschrauber

Bitte.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist der Hubschrauberpolitische Sprecher! Und täglich grüßt das Murmeltier! – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger** FDP/DVP: Herr Kollege Röhm, wenn ich drei Fragen stelle, dann würde ich auch gern drei Antworten bekommen. Es gibt so viele Dinge, die wichtig sind und schnell beantwortet werden müssen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich will nicht drängen, um Gottes willen!)

Ich möchte mich nochmals bei Ihnen, Frau Staatssekretärin, für die wirklich guten Ausführungen bedanken und vor allem auch für den innovativen Weg des Großflächenversuchs. Baden-Württemberg ist halt das Land der Tüftler und der Denker.

Frau Präsidentin, ich frage die Landesregierung:

a) Trifft es zu, dass der erst im September 2015 in der mittelfränkischen Stadt Dinkelsbühl, Ortsteil Sinbronn (Landkreis Ansbach), seitens der Bayerischen Staatsregierung in

Dienst gestellte Rettungshubschrauber Christoph 65 immer stärker auch jenseits der Landesgrenze, beispielsweise im Landkreis Schwäbisch Hall, in Anspruch genommen wird und mittlerweile bereits ca. ein Drittel seiner Einsätze auf baden-württembergischem Terrain geflogen hat?

b) Ist die Landesregierung dazu bereit, in enger Kooperation und gemeinsamer Abstimmung mit der Bayerischen Staatsregierung am oben genannten Standort in unmittelbarer Nähe zur Landesgrenze zeitnah darauf hinzuwirken, einen bis dato in beiden Bundesländern noch nicht existenten nachflugtauglichen Rettungshubschrauber für beide Länder zu stationieren?

Und ist sie auch bereit, sich an den Kosten zu beteiligen? Also eine Frage des Anstands.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Für die Landesregierung darf ich Herrn Minister Strobl ans Redepult bitten.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Herr Abg. Dr. Bullinger, es trifft zu, dass der in Dinkelsbühl-Sinbronn seit 2015 stationierte Rettungshubschrauber Christoph 65 auch in Baden-Württemberg zum Einsatz kommt,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Hoffentlich!)

so, wie im Übrigen auch die in Baden-Württemberg, beispielsweise in Mannheim, Ulm oder Friedrichshafen, stationierten Rettungshubschrauber selbstverständlich in anderen Bundesländern Einsätze fliegen, wenn dies notwendig ist. Luftrettungsmittel werden schon immer grenzüberschreitend eingesetzt

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das macht auch Sinn!)

und machen sinnigerweise nicht an einer Landesgrenze halt.

Zudem handelt es sich bei der Steigerung der Einsatzzahlen um eine ganz normale Entwicklung, wie sie für jedes neu installierte Rettungsmittel zu beobachten ist. In der Nähe der Leitstelle gelegene Rettungsmittel rücken natürlich stärker in das Bewusstsein und werden von der Leitstelle dann gewissermaßen als „ihr“ Rettungsmittel wahrgenommen und eingesetzt.

Seit der Aufnahme des Flugbetriebs im September 2015 kam der Rettungshubschrauber Christoph 65 in diesen elf Monaten in insgesamt rund 930 Fällen zum Einsatz, davon in rund 310 Fällen, also in ungefähr einem Drittel der gesamten Einsatzfälle, in Baden-Württemberg. Das Haupteinsatzgebiet ist der nächstgelegene Landkreis Schwäbisch Hall mit 230 Einsätzen, gefolgt vom Ostalbkreis mit rund 60 Einsätzen; in Heidenheim waren es nur noch zwei Einsätze.

Festzustellen ist auch, dass entsprechende Luftrettungskapazitäten für diese Rettungsdienstbereiche, insbesondere beim Luftrettungsstandort Ulm, auch schon bisher zur Verfügung standen. Eine stärkere Nutzung dieser Kapazitäten wurde durch das Innenministerium über Jahre gefordert, ist allerdings nur zurückhaltend aufgenommen worden. Es ist erfreulich, dass insoweit ein Umdenken stattgefunden hat und der Luftrettung nunmehr ebenfalls ein entsprechender Stellenwert eingeräumt wird.

(Minister Thomas Strobl)

Zu Ihrer zweiten Frage: Zuständig für den Rettungshubschrauber Christoph 65 am Standort Sinbronn und damit für eine Entscheidung über eine Ausweitung der Einsatz- und Betriebszeiten ist das Bayerische Staatsministerium des Innern. Bei seiner Entscheidung werden die bereits dort vorhandenen Hubschrauber für einen 24-Stunden-Einsatz an dem nahegelegenen Standort Nürnberg und den weiteren Standorten München und Regensburg zu berücksichtigen sein. Im Versorgungsbereich des Hubschraubers Christoph 65 im Bereich Nürnberg liegen u. a. auch die Rettungsdienstbereiche Schwäbisch Hall, Ostalbkreis und Heidenheim.

Wichtig ist, zu erkennen, dass eine Ausweitung der Flugzeiten in der Nacht kaum der Primärrettung dient. Vielmehr geht es dabei im Grunde genommen um Krankentransporte von einem Krankenhaus in ein anderes Krankenhaus, die zeitlich dringlich sind, weil der Patient in ein Krankenhaus mit einer höheren Versorgungsqualität transportiert werden muss.

Derzeit laufen Gespräche mit den Krankenkassen als Kostenträgern des Rettungsdienstes. Entsprechend dem aufgezeigten Haupteinsatzbereich besteht Einigkeit, dass der Standort für einen 24-Stunden-Hubschrauber nicht in Dinkelsbühl, sondern an einem Krankenhaus der Maximalversorgung sein muss. Daher konzentrieren sich unsere Prioritäten für einen 24-Stunden-Ausbau in der Luftrettung von Baden-Württemberg auf die Region Stuttgart bzw. die Rheinschiene. Wir sind zuversichtlich, dass eine Realisierung bald erfolgen kann.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Es gibt eine Zusatzfrage des Abg. Dr. Bullinger.

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger** FDP/DVP: Vielen Dank, Herr Minister. Es war nicht allzu viel Neues. Trotzdem noch ein Hinweis.

Das, was Sie zur Erstversorgung in der Nacht gesagt haben, ist völlig richtig. Die von Ihnen erwähnten Hubschrauber an den Standorten Nürnberg und München sind Transporthubschrauber und keine Rettungshubschrauber, wenn ich es richtig weiß. Trotzdem ist es wichtig, dass man bei schweren Unfällen möglichst schnell zur Spezialklinik, z. B. nach Mannheim oder für operative Maßnahmen an Gliedmaßen nach Bad Neustadt an der Saale, kommt.

Es gibt in Baden-Württemberg und in Bayern keine nachflugtauglichen Rettungshubschrauber. Da bedanken wir uns bei der Schweiz, die uns zumindest im Grenzgebiet immer hilft.

Deshalb die Frage: Wäre es nicht sinnvoll, gemeinsam mit Ihrem Kollegen Herrmann, den ich sehr schätze, eine erstmalig in Deutschland einzurichtende Nachtluftrettung für die Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern genau für diesen schnellen Transport von verunfallten oder in die Spezialklinik zu bringenden Patienten möglich zu machen?

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Ich werde bei meinem nächsten Gespräch – diese Gespräche finden immer sehr zeitnah statt – mit dem Kollegen Joachim Herrmann gern darauf zurückzukommen. Im Übrigen haben Sie recht, Herr Abg. Bullinger, dass die Antwort nicht sehr viel Neues enthielt – Ihre Fragestellung allerdings auch nicht.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Gemeinsam mit Bayern eine Nachtrettung einmal in Deutschland beginnen!)

– Den Punkt habe ich ja gerade aufgegriffen. Aber das, was Sie vorher gefragt haben, war auch nicht so sonderlich neu.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das war die Meinung Ihres Amtsvorgängers! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

– Nicht alles, was mein Amtsvorgänger gemacht hat, war falsch.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das Meiste war richtig!)

Bei der Amtsübergabe bin ich schon vor dem „Heli-Friedrich“ gewarnt worden. – Das war jetzt außerhalb des Protokolls.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Es gibt keine Zusatzfragen mehr.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

– Herr Abg. Dr. Bullinger, darf ich bitte – –

Damit ist die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 erledigt.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Bildungshaus für drei- bis zehnjährige Kinder

Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Abg. Karl-Wilhelm Röhm** CDU: Frau Landtagspräsidentin! Ich frage die Landesregierung.

- Welche Erkenntnisse liegen dem Kultusministerium aus dem bisherigen Modellversuch „Bildungshaus 3–10“, welcher vom TransferZentrum für Neurowissenschaften und Lernen (ZNL) in Ulm begleitet wurde, vor?
- Wird das Bildungshaus für drei- bis zehnjährige Kinder, welches bislang nur bis zum Jahresende 2016 finanziert ist, fortgeführt werden können?

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Für die Landesregierung darf ich Herrn Staatssekretär Schebesta ans Redepult bitten.

**Staatssekretär Volker Schebesta:** Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Abg. Karl-Wilhelm Röhm wie folgt:

Zu a: Die Wirkungsweise der Bildungshäuser ist positiv. Es ist durch die Begleitforschung des ZNL wissenschaftlich belegt, dass sich die Bildungshäuser bewährt haben und Eltern, Kinder sowie die beteiligten Pädagogen profitieren. Positive Effekte wurden für die emotionale und soziale sowie die kognitive, sprachliche, schriftsprachliche und mathematische Entwicklung vor allem für Kinder, die von familiärer Seite

(Staatssekretär Volker Schebesta)

nicht so stark gefördert werden können, deutlich. Alle Kinder profitieren, weil sie in ihren Entwicklungsprozessen aus unterschiedlichen Blickwinkeln wahrgenommen werden. Dies hat zur Folge, dass sie individuell besser begleitet werden können. Eltern sind mit der Arbeit an den Standorten zufrieden, da sie frühzeitig und durchgängig beteiligt und beraten werden, und aus ihrer Sicht gelingt die soziale Integration ihrer Kinder in den beteiligten Grundschulen.

Die beteiligten Pädagogen aus Kindergärten und Grundschulen berichten trotz des zusätzlichen Engagements im Bildungshaus von einer hohen Arbeitszufriedenheit. Die befragten Schulkinder äußern sich positiv zu ihrem Selbstbild und zur Klassengemeinschaft. Sie fühlen sich von der Lehrkraft und den Mitschülerinnen und Mitschülern stärker verstanden und schätzen sich am Ende der Grundschulzeit als anstrengungsbereiter sowie lernfreudiger ein als Kinder ohne Erfahrungen im Bildungshaus.

Zu b: Die Finanzierung der bestehenden Bildungshäuser wird über das Kalenderjahr 2016 hinaus fortgesetzt. Dazu bekennten sich die Koalitionspartner auch ausdrücklich im Koalitionsvertrag. Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport bereitet deshalb mit Blick auf den Haushalt 2017 für den Herbst eine Kabinettsvorlage vor, mit der die Finanzierung der Bildungshäuser gesichert wird.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Ist die Mündliche Anfrage damit erledigt, oder haben Sie weitere Fragen?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir verzichten zugunsten des Kollegen Gruber!)

– Keine weiteren Zusatzfragen.

Vielen Dank, Herr Staatssekretär.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 4 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Gernot Gruber SPD – Soforthilfen für besonders stark von Unwetterschäden betroffene Bürgerinnen und Bürger

Bitte schön.

**Abg. Gernot Gruber SPD:** Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung hat Soforthilfen, eine Notfallhilfe für besonders stark von Unwetterschäden betroffene Regionen, für besonders stark betroffene Bürgerinnen und Bürger beschlossen. Ich denke, das entspricht hier im Parlament einem politischen Konsens.

Darauf aufbauend darf ich die Landesregierung fragen:

- a) Ist es möglich, die zeitliche Begrenzung der Soforthilfen auf Ereignisse bis zum 8. Juni nun auf Ereignisse bis zum 30. Juni 2016 zu strecken?
- b) Können die Landkreise bereits vom Regierungspräsidium erhaltenes Geld, welches sie aufgrund von bestehendem Versicherungsschutz nicht benötigen, mit der erweiterten zeitlichen Frist und nach denselben fachlichen Regelungen an die Betroffenen auszahlen?

Das sind meine Fragen.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Für die Landesregierung darf ich Herrn Minister Strobl ans Redepult bitten.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Herr Abg. Gruber, die Landesregierung hat am 3. Juni dieses Jahres entschieden, für Schäden durch die Unwetterlagen vom 29. und 30. Mai eine Soforthilfe zu gewähren. Dabei haben wir uns an Leitlinien orientiert, die aus dem Jahr 2010 stammen und zu diesem Zeitpunkt vom Ministerrat zur Kenntnis genommen wurden.

Da es bereits am 28. Mai und bis zum 8. Juni 2016 weitere schwere Unwetter gegeben hat, hat die Landesregierung auf meinen Vorschlag hin schließlich entschieden, für Unwetterschäden, die im Zeitraum zwischen dem 28. Mai und dem 8. Juni eingetreten sind, Soforthilfen zu gewähren. Das ist insbesondere deswegen vertretbar, weil das im Grunde genommen das gleiche Tiefdruckgebiet gewesen ist; ich glaube, es hatte den schönen Namen Elvira.

Grundlage dieser Entscheidungen ist ein Ergebnispapier einer interministeriellen Projektgruppe, die nach den großflächigen Unwettern im Jahr 2008 gebildet wurde. Das Papier wurde im Jahr 2010 vom Ministerrat zur Kenntnis genommen. Darin wurde festgelegt, dass Landeshilfen nur nach einem außergewöhnlichen, unvorhergesehenen, großräumigen und zeitgleich ausgelösten Ereignis mit einer Vielzahl stark Betroffener gewährt werden. Die Schadenssumme muss erheblich sein und voraussichtlich über 50 Millionen € betragen.

Diese Voraussetzungen waren bei den unmittelbar aufeinanderfolgenden nahezu flächendeckenden Starkregenereignissen vom 28. Mai bis 8. Juni dieses Jahres erfüllt.

Ursächlich für diese Unwetterereignisse war nach Auskunft des Deutschen Wetterdienstes eine strömungsarme Wetterlage mit feuchter Luft, die u. a. dazu geführt hat, dass sich einzelne Starkregenereignisse gebildet und sich ohne weiterzuziehen jeweils punktuell ausgewirkt haben. Diese Wetterlage hat bis zum 8. Juni 2016 angehalten und wurde an diesem Tag durch einen Luftmassenwechsel beendet.

Danach gab es am 13. sowie am 24. und 25. Juni einzelne weitere, lokal stark begrenzte Starkregenereignisse, die für sich betrachtet nicht das Ausmaß der Ereignisse vom 28. Mai bis 8. Juni erreichten und auch nicht mehr in einem unmittelbaren Zusammenhang mit den vorausgegangenen Unwettern standen.

Die Voraussetzungen für eine Ausdehnung der Soforthilfe waren daher nicht gegeben. Für eine neue Soforthilfeentscheidung fehlten bei diesen räumlich begrenzten Ereignissen unabhängig von der Schadenssumme Gleichzeitigkeit und Großflächigkeit. Die gleiche Problematik hatte sich im Jahr 2013 im Kreis Reutlingen gestellt, als durch ein Hagelunwetter kurz nach den Hochwasserereignissen ein erheblicher Sachschaden entstand, jedoch ebenfalls anders als bei den Hochwasserschädigten dann keine Soforthilfen gewährt werden konnten.

Nach den erneuten schweren Unwettern am 25. Juni 2016 im Landkreis Biberach, bei denen viele der bereits von den Unwetterereignissen vom 28. Mai bis 8. Juni 2016 Betroffenen

(Minister Thomas Strobl)

erneut beträchtliche Schäden hinnehmen mussten, hat das Innenministerium darauf hingewiesen, dass im Wege einer Härtefallentscheidung, die wir getroffen haben, Betroffenen der Unwetterereignisse vom 28. Mai bis 8. Juni erneut Soforthilfe gewährt werden kann, wenn mit der Soforthilfe verloren gegangene Gegenstände des täglichen Bedarfs nach einer ersten unumgänglichen Wiederbeschaffung erneut wiederbeschafft werden, die zwar bereits aus der ersten Soforthilfe beschafft waren, die aber durch die erneuten Unwetterereignisse vom 24. Juni wieder zerstört wurden. Eine zeitliche Streckung der Soforthilfen auf Ereignisse nach dem 8. Juni bis zum 30. Juni 2016 ist daher nicht möglich.

(Abg. Gernot Gruber SPD: Danke!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank. – Es gibt eine weitere Zusatzfrage.

**Abg. Gernot Gruber SPD:** Herzlichen Dank, Herr Strobl, für die ausführliche Darlegung der Regelungen. Mich würde bezüglich der von Ihnen dargestellten Regelungen, die aus dem Jahr 2010 stammen und die erfordern, dass ein großflächiger Gesamtschaden von mehr als 50 Millionen € vorhanden ist, Folgendes interessieren: Ist quantifiziert worden, welcher Schaden – dieser war auch sehr beträchtlich – bei den Ereignissen zwischen dem 23. und dem 25. Juni, die Sie angesprochen haben – beispielsweise im Murratal, in meinem Wahlkreis, in Murrhardt und Sulzbach –, entstanden ist? Ist das quantifiziert worden?

Eine Zusatzfrage: Könnten hier beispielsweise der Landkreis oder die Städte und Gemeinden einen Härtefallantrag stellen, ähnlich wie in Biberach?

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** In Biberach ist bei den Unwettern Ende Mai Soforthilfe gewährt worden. Dann haben sich die Leute neue Gegenstände gekauft, und drei Wochen später sind diese durch das Unwetter schon wieder vernichtet worden oder verloren gegangen.

Da haben wir gesagt: Das ist ein Härtefall, da kann erneut eine Soforthilfe gewährt werden, und zwar wegen des Zusammenhangs mit dem ersten Unwetter. Wenn es sich beim geschilderten Fall um genau den gleichen Sachverhalt handelt, dann, würde ich sagen, kann in diesem auch so entschieden werden. Aber natürlich muss ein Zusammenhang zum ersten Unwetter gegeben sein.

Natürlich gibt es auch Schadensmeldungen mit Blick auf die Unwetter Ende Juni. In einem einzelnen Fall ist man immer weit von einem 50 Millionen € hohen Schaden entfernt.

(Abg. Gernot Gruber SPD: Wie weit?)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Wenn es keine weiteren Fragen gibt – –

(Abg. Gernot Gruber SPD: Wenn ich noch einmal darf: Wie weit ist man entfernt? Ist man dann bei 20 Millionen € oder bei 40 Millionen €? Oder gibt es gar keine Zahlen?)

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Nach meiner Kenntnis gibt es, weil uns nicht al-

le diese Zahlen melden, keine flächendeckende Zahlenerhebung. Aber die Zahlen liefern wir Ihnen, Herr Abg. Gruber, soweit wir diese haben, sehr gern nach.

(Abg. Gernot Gruber SPD: Danke!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Vielen Dank, Herr Minister. – Es gibt keine weiteren Zusatzfragen. Damit ist die Mündliche Anfrage unter Ziffer 4 beantwortet und Punkt 4 der Tagesordnung insgesamt erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes – Drucksache 16/308**

**b) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU – Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes – Drucksache 16/334**

Meine Damen und Herren, die Fraktionen sind gestern übereingekommen, die Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Regierungsfractionen bei der bereits vorgesehenen Ersten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD mit aufzunehmen, und haben sich auf folgende Redezeiten verständigt: für die Begründung zu a und b jeweils fünf Minuten und für die Aussprache über die beiden Gesetzentwürfe fünf Minuten je Fraktion sowie ebenfalls fünf Minuten für den Zusammenschluss fraktionsloser Abgeordneter.

Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abg. Binder das Wort.

**Abg. Sascha Binder SPD:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Gewalt an Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten nimmt stetig zu. Zum Vergleich die Zahlen von 2014 und 2015: 2014 gab es 3 766 Fälle von Gewalt an Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten; 2015 waren es 3 929 Fälle.

Die Gründe für die steigende Gewalt sind vielfältig: allgemeine Respektlosigkeit gegenüber dem Staat und denen, die den Staat sichern, wachsende Ablehnung von Autorität. Bei 60 % der Fälle waren die Täter alkoholisiert. Wir erkennen eine zunehmende Gewaltbereitschaft gegenüber der Polizei.

Das Ausmaß dieser Gewalt ist uns erst vor Kurzem durch den tragischen Vorfall in Stuttgart wieder vor Augen geführt worden, als ein 33-Jähriger einen Streifenpolizisten unter einem Vorwand an den späteren Tatort lockte, den Polizisten mit einem Messer attackierte und am Hals verletzte. Die steigende Anzahl von Gewaltdelikten ist erschreckend und inakzeptabel.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten dulden wir nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei allen Fraktionen und den fraktionslosen Abgeordneten)

Bereits in der letzten Legislaturperiode hat dieses Problem eine Rolle gespielt. Unter dem ehemaligen Innenminister wurde

(Sascha Binder)

gemeinsam mit dem Landespolizeipräsidium das sogenannte Dreisäulenmodell erarbeitet und eingeführt. Wir haben in der letzten Legislaturperiode die Ausstattung verbessert und dies dann noch mit den Antiterrorpaketen 1 und 2 weiter fortgeführt.

Wir unterstützen die Vorhaben innerhalb der Gesellschaft für den respektvollen Umgang mit der Polizei. Um die Gesellschaft dafür zu sensibilisieren, hilft es, wenn man in Schulen und in der Zivilgesellschaft darauf aufmerksam macht.

Ein entscheidender Punkt, der im Zusammenhang mit Gewalt gegenüber Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten immer wieder diskutiert wird, ist der Ruf nach einer Veränderung des Strafmaßes. Liebe Kolleginnen und Kollegen, solange es einige Zeit dauert, bis überhaupt geurteilt wird, und solange das Strafmaß, wie es jetzt ist, nicht in vollem Maß ausgeschöpft wird, sehen wir hier keine Gesetzesnotwendigkeit. Wir erwarten aber, dass die Justiz in Baden-Württemberg bei diesen Fällen schneller zu einem Ergebnis kommt und das Strafmaß entsprechend ausnützt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Heinrich Kuhn  
[fraktionslos])

Eine wichtige Maßnahme, um Polizistinnen und Polizisten gegen Gewalt zu schützen, ist der Einsatz von körpernah getragenen Kameras. Dieser Meinung waren nicht immer alle in diesem Hohen Haus. Deshalb freut es mich, dass wir in der zu Ende gegangenen, letzten Legislaturperiode die Fraktion GRÜNE von diesem Vorhaben überzeugen konnten und dass noch in der letzten Legislaturperiode ein entsprechender Gesetzentwurf durch das grün-rote Kabinett verabschiedet wurde, eine Anhörung eingeleitet worden ist und seitdem dieser Gesetzentwurf vorliegt.

Sie haben diese Gesetzesvorlage aber nicht in das Parlament eingebracht – und das, obwohl Innenminister Strobl nicht müde wird, zu betonen, dass er über ein ganzes Bündel von Maßnahmen nachdenkt, um unsere Polizistinnen und Polizisten besser zu schützen. Herr Innenminister Strobl, Sie hätten nicht so lange nachzudenken brauchen. Sie hätten den Gesetzentwurf, den Ihr Haus formuliert hat, einbringen können.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Dann wären wir schon sehr viel weiter, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ganz einfach!)

Da Sie den Gesetzentwurf scheinbar nicht gefunden haben, sind wir jetzt tätig geworden und haben ihn vor einer Woche eingebracht.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ihr seid echte Helden!  
– Abg. Winfried Mack CDU: Ihr habt ihn mit dem  
Täschchen mitgebracht!)

Dass die Bodycams ein effektives Mittel sind, um Gewalt an Polizistinnen und Polizisten einzudämmen, zeigen die Ergebnisse des Pilotversuchs in Hessen. Seit 2013 ist der Einsatz von Bodycams erlaubt, seit 2015 auch mit einer Tonaufzeichnung, die im Übrigen in unserem Gesetzentwurf bereits berücksichtigt wird.

Die Zahl der Angriffe hat stetig abgenommen. Die Bereitschaft, mit der Polizei zu kooperieren, hat zugenommen. Es ist eine nachlassende Aggressivität zu beobachten, wenn Personen bemerken, dass sie gefilmt werden. Die Kameras schrecken also vor Übergriffen auf Polizisten ab und bieten gleichzeitig die Möglichkeit, strafbare Handlungen beweiskräftig zu dokumentieren.

Selbstverständlich sind Bodycams nicht voraussetzungslos einsetzbar. Es muss eine konkrete Konfliktsituation vorliegen. Die Bodycams dürfen erst nach ausdrücklicher Ankündigung durch die jeweiligen Beamten und nur unter Berücksichtigung des Datenschutzes eingesetzt werden.

Wir sind uns eigentlich hier in größten Teilen einig, dass wir diese Einführung im Sinne der und für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten benötigen.

Deshalb wundert es mich, dass bei dieser großen Einigkeit in der Sache selbst die Regierungsfractionen nicht etwa mit einem Änderungsantrag hier ins Parlament gegangen sind oder im Innenausschuss Ihre Änderungen vorgebracht haben, sondern sehr kurzfristig gestern Abend einen fast begründungsgleichen Gesetzentwurf eingebracht haben. Es wurde lediglich ein „und“ durch ein „oder“ ersetzt, und die zweite Änderung beinhaltete eine Variation der Regelungen zu den Bodycams, die in Hessen nach dem Pilotversuch dann in Gesetzesform gegossen worden ist. All das hätten Sie mit einem Änderungsantrag einbringen können im Sinne einer ordentlichen Zusammenarbeit von Regierung und Opposition in diesem Parlament und im Sinne der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten.

(Beifall bei der SPD)

Aber nein. Sie haben eine Woche lang gesucht, wie Sie es hinkommen können, dass in einer Sache, in der wir uns eigentlich einig sind, am Ende ein Gesetz verabschiedet wird, beim dem nicht etwa SPD draufsteht, sondern GRÜNE und CDU.

(Lachen des Abg. Thomas Blenke CDU)

Das war Ihr alleiniges Problem, Herr Kollege Blenke.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Sie sind dann gestern Abend zu einem Ergebnis gekommen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Gestern Abend,  
Herr Kollege!)

Wenn Regierungsfractionen am Montag bei uns anfragen, ob wir bereit wären, einen Gesetzentwurf der Regierungsfractionen mit auf die Tagesordnung zu nehmen, und wir nach der Rückfrage, ob wir den Gesetzentwurf vorher einmal sehen könnten, zur Antwort bekommen: „Das geht noch nicht, denn es gibt noch Abstimmungsbedarf zwischen den Regierungsfractionen“, dann scheint ja unheimlich viel Dampf im Kessel gewesen zu sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und fraktionslosen Abgeordneten – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau! – Zuruf  
des Abg. Thomas Blenke CDU)

Sie hätten sich den Dampf im Kessel sparen können. Sie hätten sich in aller Ruhe in der Sommerpause gemeinsam hinsetzen können und dann nach der Sommerpause einen Ände-

(Sascha Binder)

rungsantrag im Innenausschuss einbringen können, über den wir auch gern hätten reden können.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Hätte, hätte, Fahrradkette!)

Wir wären durchaus auch bereit gewesen, gemeinsam einen Gesetzentwurf einzubringen. Aber nein, Ihnen ging es allein darum, dass Ihre – –

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sie verwenden die Hälfte Ihrer Redezeit für Verfahrensfragen!)

– Ja, das ist auch so. Wir brauchen hier im Parlament nicht Dinge zu trennen,

(Zuruf: Natürlich!)

bei denen wir eigentlich einer Meinung sind. Deshalb bin ich schon ein wenig enttäuscht, wie hier der Umgang der Regierungsfractionen mit der Opposition ist, wenn man sich eigentlich in der Sache einig ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und fraktionslosen Abgeordneten – Zuruf: Da hat er recht!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Sckerl.

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gewalt gegen Polizeibeamte ist ein ernst zu nehmendes Thema und eine große Herausforderung. Auf dem Rücken der Polizei wollen wir keinen parteipolitischen Streit inszenieren, wie Sie es gerade getan haben, Herr Kollege Binder.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Lachen bei der SPD – Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

Dafür sind uns die Belange der Polizei zu wichtig.

(Vereinzelt Beifall – Zuruf: Deshalb habt ihr bislang nichts gemacht!)

Deswegen braucht die Bedrohung der Polizei, aber auch die Gefährdung von Bürgerinnen und Bürgern, die in diesem Zusammenhang auch immer wieder vorkommt, wenn sie von Schlägern in unserem öffentlichen Raum nachts angegriffen werden und die Polizei eingreift, eine angemessene Antwort. Da Sie jetzt geglaubt haben, die Vergangenheit

(Zuruf: Bemühen zu müssen!)

bemühen zu müssen, Herr Kollege Binder, und der einzige Zweck Ihrer Initiative nur darin lag, möglichst die grün-schwarze Koalition als arbeitsunfähig vorzuführen,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Eben, dass es schneller geht!)

will ich Ihnen einmal in aller Deutlichkeit ins Stammbuch schreiben: Wir konnten den Gesetzentwurf Ihres Innenministers gar nicht einbringen; das war gar nicht möglich. Wissen Sie, warum?

(Zurufe von der SPD: Warum?)

Weil die Anhörung einen Formfehler aufgewiesen hat.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ui! – Zuruf: Genau! – Weitere Zurufe)

– Nix hier, nix hier.

Wir haben den Gesetzentwurf vorgefunden und festgestellt: Die Anhörung war nicht ordentlich durchgeführt worden. Die Beteiligung u. a. des Landesbeauftragten für den Datenschutz war in sträflicher Weise unterblieben

(Zuruf von der CDU: Was?)

und muss jetzt natürlich mit Aufwand vom neuen Innenminister nachgeholt werden.

(Abg. Thomas Blenke CDU: So sieht es aus! – Abg. Reinhold Gall SPD: Der Datenschutzbeauftragte hat sich längst zu dem Thema geäußert!)

– Herr Gall, der Datenschutzbeauftragte hat sich zwischenzeitlich informell geäußert.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Aber er wurde von Ihnen nicht am Verfahren beteiligt. Das ist der Grund, warum die Regierungsfractionen veranlasst waren, einen eigenen Gesetzentwurf einzubringen:

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

weil wir die Formfehler Ihres Verfahrens damit heilen müssen. Das ist einfach so. So viel zum Ersten.

Zum Zweiten ist unser Gesetzentwurf deutlich besser als der Ihrige.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Statt „und“ steht „oder“!)

Das ist für uns der Hauptgrund, ihn einzubringen. Sie haben sich mit wesentlichen Fragen der Anwendung von Körperkameras in der Praxis überhaupt nicht beschäftigt und haben eine pauschale Eingriffsermächtigung vorgenommen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Im Kabinett verabschiedet!)

– Ja, aber Sie haben die Anhörungsergebnisse nicht berücksichtigt. Das ist doch der entscheidende Punkt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Da hat es noch gar keine Anhörungsergebnisse gegeben!)

Sie haben keine Anstrengungen unternommen, um eine Änderung nach der Anhörung herbeizuführen. Deswegen war es unsere Aufgabe, die Anhörungsergebnisse in einen qualifizierten, verbesserten Gesetzentwurf zu überführen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Das, meine Damen und Herren, ist der Sachverhalt.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

– Ich verstehe Ihre Aufregung, Herr Gall. Aber das macht es kein bisschen besser; es tut mir leid.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Herr Kollege, äußern Sie sich mal zum Gesetzentwurf! – Weitere Zurufe – Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Sie sind jetzt nicht dran, Herr Kollege Räßple. Wenn Sie eine Zwischenfrage haben, melden Sie sich bitte.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl** GRÜNE: Wir haben ein klares Motiv, zu handeln. Das eint uns immerhin in diesem Haus. Deshalb finde ich auch diesen billigen parteipolitischen Streit schade. Aber es ist nun mal so gewesen. Wir wollen den Schutz der Polizeiangehörigen gegen Übergriffe verbessern. Wir wollen den Schutz für Bürgerinnen und Bürger gewährleisten

(Zuruf des Abg. Stefan Räßple AfD)

und einen Beitrag zur Gewaltprävention im öffentlichen Raum leisten.

Wir haben aus dem Pilotversuch in Hessen auch gelernt: Die Bodycams helfen im besten Fall, Gewalt – auch gegen Dritte – tatsächlich entgegenzutreten und sie präventiv zu verhindern. Das ist sehr wichtig. Wenn im Extremfall Gewalt nicht verhindert werden kann – das bringt die Qualität unseres Gesetzentwurfs –, schaffen wir die Voraussetzungen, dass Kameras beweissicher dokumentieren und gerichtsverwertbare Bilder herstellen, um anschließend strafrechtlich erfolgreich gegen Gewalttäter vorgehen zu können.

Das hat sich im Probetrieb tatsächlich bewährt. Deswegen ist es zu diesem Zeitpunkt zugegebenermaßen überfällig, aber es ist nach wie vor richtig, diese Technik in Baden-Württemberg jetzt einzuführen.

Gewalt gegen Polizei im öffentlichen Raum ist in der Tat inakzeptabel. Das gilt auch für unsere Fraktion völlig uneingeschränkt. Denn die Polizei repräsentiert unsere Gesellschaft, und daher ist – das verstehen wir so – ein Angriff auf Polizisten immer auch ein Angriff auf die Gesellschaft, also auch auf uns selbst. Deswegen ist das für uns nicht akzeptabel.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD und fraktionslosen Abgeordneten)

Wie wollen wir das konkret angehen? Der Gesetzentwurf enthält nach unserer Überzeugung eine saubere Rechtsgrundlage. Die Definition des Einsatzgeräts und des Speichermediums war in anderen Bundesländern manchmal problematisch. Wir machen deutlich, dass der Einsatz der Bodycams im öffentlichen Raum, der für jedermann – für jeden Mann und für jede Frau – zugänglich sein muss, immer nur offen erfolgen kann. Es kann keine anlasslose Aufzeichnung bei einer normalen Streifenförmigkeit geben. Vielmehr ist immer Voraussetzung, dass es eine Maßnahme des Polizeivollzugsdienstes im Zusammenhang mit Gefahrenabwehr, Strafverfolgung oder auch der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten sein muss.

Wir wollen zunächst in zwei großen Präsidiumsbezirken einen Pilotversuch machen, das Präsidium Einsatz mit unterschiedlichen Einsatzszenarien hinzunehmen und unterschiedliche Anwendungsbereiche ausprobieren. Diese unterschiedlichen Anwendungsbereiche sollen sich auch auf das sogenannte Pre-Recording, das aus datenschutzrechtlicher Sicht nicht ganz unproblematisch ist, beziehen. Da geht es um Auf-

zeichnungsbandbreiten von 30 bis 60 Sekunden. Wir wollen in diesem Pilotversuch möglichst herausfinden: Was ist das geeignete Instrument für die Polizei, um beweissicher, aber auch unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen zu dokumentieren? Deswegen ist uns die Beteiligung des Datenschutzbeauftragten so wichtig.

Wir wollen – gern mit Ihnen zusammen; darüber können wir dann im Innenausschuss diskutieren; es wird aufgrund der Gesetzentwürfe noch einmal eine Anhörung geben – bis Ende September die gesetzlichen Voraussetzungen hier im Landtag schaffen, dann sehr schnell in die Pilotversuche gehen, da auch eine relativ kurze Frist für eine Evaluation herbeiführen und dann nach und nach sozusagen in die Fläche des Polizeialltags in Baden-Württemberg gehen.

Meine Damen und Herren, wir sind davon überzeugt: Wir sind das dem Schutz und der verantwortungsvollen Tätigkeit unserer Polizei in Baden-Württemberg schuldig.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion der CDU erteile ich das Wort Herrn Abg. Blenke.

**Abg. Thomas Blenke** CDU: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! 1 866 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte wurden im vergangenen Jahr Opfer von gewalttätigen Attacken. Das sind 1 866 Fälle zu viel. Das dürfen wir nicht einfach achselzuckend so hinnehmen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD)

Die Polizei schützt den Rechtsstaat. Sie schützt unsere offene Gesellschaft, sie schützt uns Bürger. Deswegen gilt: Wer uns schützt, hat auch unseren Schutz verdient.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD)

Aggressivität und Respektlosigkeit nehmen immer weiter zu. Das dürfen wir nicht hinnehmen. Es wird geschlagen, gepöbelt, gespuckt und beleidigt. Das ist das eine hässliche Gesicht des Alltags der Polizei.

Es gibt aber eine zweite große Gefahr: Das ist die Gefahr, dass scheinbar harmlose Standardsituationen manchmal von einer Sekunde zur anderen in lebensbedrohliche Situationen umschlagen – lebensbedrohliche Situationen für die Beamtinnen und Beamten, aber auch für unbeteiligte Dritte. Da müssen wir gar nicht so weit schauen; Kollege Binder hatte vorhin das Beispiel von vor wenigen Tagen aus Stuttgart angesprochen, bei dem mit einem, sage ich einmal, gefäkten Notruf ein Polizist in eine Falle gelockt wurde und es zu Gewaltexzessen kam. Das gefährdet die Polizei, das gefährdet Dritte. Das sah nach einem Routineeinsatz aus und wurde zu einer lebensbedrohlichen Situation.

Ebenfalls ungewohnte Situationen waren die Fälle in der Silvesternacht in mehreren Städten in Deutschland – nicht nur in Köln, sondern auch in anderen Städten –, bei denen es zu Diebstählen, Taschendiebstählen, sexuellen Belästigungen

(Thomas Blenke)

und, und, und kam. Das sind Geschehnisse, die einen Eingriff in unsere Freiheit bilden und die geeignet sind, das Vertrauen in den Rechtsstaat und in die Sicherheitsgarantie des Staates zu beeinträchtigen.

Jetzt haben wir einen wichtigen Baustein, der die Verbesserung der Sicherheit der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sowie auch unbeteiligter Dritter deutlich stärken kann. Das ist der Einsatz sogenannter Bodycams, von körpernah, also an der Uniform getragenen Kameras.

Worum geht es? Das Polizeigesetz soll um eine Rechtsgrundlage ergänzt werden, die den Einsatz solcher körpernah getragener Kameras und damit das Anfertigen von Bild- und Tonaufzeichnungen bei der Durchführung von Maßnahmen zur Gefahrenabwehr oder insbesondere auch bei der Verfolgung von Straftaten ermöglicht.

Wir haben bereits Belege, dass diese Maßnahmen sinnvoll sind, dass sie wirkungsvoll sind. Unsere Nachbarn in Hessen haben bereits einen Pilotversuch mit solchen Bodycams gemacht und eindeutig festgestellt: Es hat eine deutlich deeskalierende Wirkung. Die Zahl der Übergriffe geht zurück, es ist ein Hemmnis, wenn das Gegenüber bemerkt – es ist, wie Kollege Sckerl richtig sagte, eine offene Maßnahme; es steht auch auf der Uniform –, dass eine Videoaufzeichnung erfolgt. Es hat eine immens deeskalierende Wirkung. Deswegen werden dadurch nicht nur die Beamtinnen und Beamten geschützt, sondern auch die Bevölkerung, unbeteiligte Dritte, die in solchen Situationen mit dabei sind.

Auf gut Deutsch: In einer solchen Situation, wenn der Randalierer – nennen wir ihn einmal so – merkt, dass er gefilmt wird, denkt er vielleicht noch einmal nach – sofern er dazu intellektuell in der Lage ist – und nimmt sich ein bisschen zurück. Das deeskaliert, und dadurch kommt es zu weniger Gewalt.

Heute liegen in der Tat, lieber Kollege Binder, zwei Gesetzentwürfe vor, einer von der SPD und einer von den Koalitionsfraktionen GRÜNE und CDU. Im Ziel sind wir uns einig. Das ist ja gut. Der Gesetzentwurf von Ihnen springt zu kurz; dazu sage ich gleich etwas.

Aber ich möchte einfach nur sagen – der Kollege Sckerl hat es schon ausgeführt, das brauche ich nicht weiter zu tun –: Sie haben ein wenig Häme gebracht.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Das war doch keine Häme!)

– Doch. – Damit wäre ich vorsichtig. Wenn Sie mit dem Finger auf den Innenminister zeigen, dann ist es wie immer: Drei Finger zeigen zurück zu Ihnen bzw. zu dem Herrn, der schräg vor Ihnen sitzt. Damals wurde schlicht und einfach vergessen – das kann ja mal passieren, aber etwas peinlich ist es trotzdem –, den Landesbeauftragten für den Datenschutz zu beteiligen, und das hat diese Verzögerung gebracht.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das haben wir vorhin schon berücksichtigt!)

Lassen Sie die Häme weg. Es geht jetzt um die Sache. Es geht um den Schutz unserer Polizei. Darin sind wir uns einig, und da gehen wir voran.

Aber warum springt Ihr Gesetzentwurf zu kurz, lieber Kollege Binder? Ganz einfach: Bei Ihnen ist Voraussetzung dafür, dass eine Kameraaufzeichnung eingeschaltet wird – sie muss ja aktiv vom Träger der Kamera eingeschaltet werden –, dass eine Situation eingetreten ist, bei der eine Gefahr für Leib und Leben des Polizeibeamten oder eines Dritten besteht. Damit erfassen Sie die Fälle des in Sekundenschnelle eintretenden, gefährlich werdenden Standard Einsatzes, die ich vorhin geschildert habe, nicht.

Deshalb haben wir in unserem Gesetzentwurf das sogenannte Pre-Recording eingeführt. Ich versuche es einmal möglichst untechnisch zu formulieren:

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Die Kamera wird bei einer gefahrgeneigten Situation, aber nicht, wenn es um Gefahr für Leib und Leben geht, eingeschaltet. Sie läuft dann mit, überschreibt sich aber alle 60 Sekunden. Es wird nicht gespeichert, sondern alle 60 Sekunden überschrieben. Wenn es dann zu der Situation kommt, die Sie in Ihrem Gesetzentwurf berücksichtigt haben – dies haben wir auch –, dann kann der Polizeibeamte die Aufzeichnungsfunktion einschalten. Die Kamera zeichnet auf und hat die letzten 60 Sekunden zuvor auch mit gespeichert, und damit hat man beweissicher auch das Geschehen, das zu dieser lebensgefährlichen Situation geführt hat, dabei.

Deshalb ist unser Gesetzentwurf, lieber Kollege Binder, im Sinne des Schutzes der Polizeibeamten und der Bevölkerung sowie im Sinne einer beweissicheren Dokumentation der geeigneteren Gesetzentwurf. Deshalb haben wir einen eigenständigen Gesetzentwurf eingebracht, und wir bitten Sie, ihn zu unterstützen.

Wir haben heute in der ersten Lesung nur den Startschritt. Wir werden jetzt gemeinsam in die Ausschussberatungen gehen. Ich bin auch davon überzeugt, Kollege Gall

(Abg. Reinhold Gall SPD unterhält sich mit Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE.)

– wenn Sie die Abstimmung mit dem Kollegen Sckerl beendet haben, können wir auch im Ausschuss weiterreden –, dass wir auch die Datenschutzfragen, die damit zusammenhängen, vernünftig lösen können. Übrigens habe ich dieser Tage erfahren, dass das Fernsehen schon lange mit Pre-Recording arbeitet.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Sogar das I-Phone kriegt es hin!)

Dann werden wir es doch auch hinbekommen, Herr Minister, das datenschutzrechtlich zu lösen.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Deshalb werden wir gemeinsam vorangehen und diesen guten Gesetzentwurf zur Einführung von Bodycams für den Schutz der Bevölkerung voranbringen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen  
– Zuruf von der CDU: Bravo!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Goll das Wort.

**Abg. Dr. Ulrich Goll** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich einige Sätze zur Sache und einige Sätze zum parlamentarischen Vorgehen sagen.

Zur Sache

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ist er bei uns!)

sind wir beieinander.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der Grünen und der CDU)

Es ist klar: Die liberale Fraktion wird zunächst immer skeptisch sein, wenn es um Überwachung im öffentlichen Raum, um Videoaufzeichnung und Ähnliches geht. Aber wir sind keine Prinzipienreiter, da wir sehen, dass sich ein Bedarf und ein möglicher Nutzen durchaus aufdrängt.

Es gibt auch spezielle Einwände, die man nicht ganz beiseiteschieben darf. Ich persönlich hatte, als die Diskussion begann, z. B. auch Angst, dass die Beamten mit der Kamera zum Ziel werden, indem man versucht, sie ihnen abzunehmen. Bisherige Erfahrungen in der Praxis haben diese Befürchtung nicht bestätigt. Deshalb muss man sagen: Wir sind auch der Meinung, dass man dieser Sache eine Chance geben und einmal schauen sollte, wie es läuft.

Wir müssen in verschiedener Hinsicht etwas für die Polizei tun. Es gibt auch noch andere Themen. Dies ist nicht das einzige Thema und darf auch nicht das einzige Thema sein.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Da sind wir einig!)

Aber es ist eine Möglichkeit, etwas Positives für die Polizei zu tun. Deshalb werden wir dem Gesetzentwurf heute zustimmen.

Dann sind wir natürlich bei dem Vorgehen. Ich muss deswegen lachen, weil es lächerlich ist, ganz einfach. Es weiß jeder – übrigens auch jeder in der Polizei –, dass das noch ein Baby des früheren Innenministers Gall ist, der das ja deswegen vor dem Regierungswechsel extra noch auf den Markt gebracht hat.

Der jetzt amtierende Innenminister war übrigens vorher, als er die Anfrage unseres Kollegen Bullinger abgewimmelt hat, noch im Besitz der Erkenntnis, dass sein Vorgänger nicht alles falsch gemacht hat.

(Heiterkeit des Abg. Andreas Stoch SPD)

Aber diese Erkenntnis hat nicht lange gehalten. Denn – Verzeihung – was Sie jetzt tatsächlich daran hindert, z. B. das in Form eines Änderungsantrags zum SPD-Vorschlag einzubringen oder aber die SPD mit in das Boot zu nehmen, erklärt mir kein Mensch. Ich kann jedenfalls sagen, lieber Thomas Blenke: Einer Schulklasse könnte ich das nicht erklären.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD – Abg. Martin Rivoir SPD: Aber einer Kindergartenklasse! Aber einer Kindergartengruppe schon! – Abg. Thomas Blenke CDU: Aber es ist doch unser gutes Recht, einen Gesetzentwurf einzubringen, Kollege Goll!)

In letzter Zeit ist öfter gesagt worden: Regieren ist eine Stilfrage.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

Dieses Vorgehen ist im Grunde genommen kein Stil. Es ist nicht besonders fair, und es macht die Politik nicht attraktiver. Ich sage das wirklich aus der Sorge heraus: Wir wollen ja den Betrieb, den wir hier veranstalten, nach außen noch verständlich halten. Deswegen hätten wir den Gesetzentwurf auch gemeinsam machen können, finde ich. Wir werden den Entwürfen zustimmen, das ist klar.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD sowie der Abg. Ulli Hockenberger CDU und Daniel Rottmann [fraktionslos])

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Stauch.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

**Abg. Hans Peter Stauch** AfD: Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen! Unsere Polizisten sind bei ihrem Dienst einem oft nicht kalkulierbaren Risiko ausgesetzt. Erst vor wenigen Tagen wurde ein junger Polizist in Stuttgart attackiert und schwer verletzt, wie wir schon gehört haben. Ob eine solche Tat durch eine Kamera am Mann verhindert worden wäre, kann niemand beurteilen.

Wir wollen unsere Polizisten auch gegen die Täter schützen, die sich nicht vor der Strafverfolgung fürchten. Da reicht eine Kamera am Körper eines Beamten nicht aus. Dort geht dieser Gesetzentwurf nicht weit genug. Wir müssen auch über Optimierungen bei der Ausbildung sowie über rechtliche Sicherheiten und Hürden der Polizisten sprechen. Unser Ziel muss es sein, die Polizisten in ihren Rechten und an Personal zu stärken. Da sind 1 500 geplante Neueinstellungen in Ihrem Koalitionsvertrag ein guter Anfang, Herr Innenminister, aber nur ein Anfang.

Unsere Polizisten können ihren Verpflichtungen nur mit einer Vielzahl von Überstunden gerecht werden, was die physische und psychische Gesundheit der Beamten an die Grenze bringt. Trotz alledem ist diese Initiative ein Schritt in die richtige Richtung. Wer in diesem Land Polizisten oder Dritte angreift, soll sich sicher sein, dass er dann konsequent verfolgt und zur Rechenschaft gezogen wird.

(Beifall bei der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

Viel zu oft noch müssen sich Polizisten folgenlos beleidigen und herabwürdigen lassen. Viel zu oft werden schwerwiegende Verletzungen gegen sie fahrlässig in Kauf genommen. Viele Menschen haben leider keinen Respekt mehr vor Polizisten. Rund 4 000 Gewalttaten an Polizeibeamten allein im Jahr 2015 sind ein trauriger Fakt. Unzählige Angreifer können nicht einmal gefasst oder gar verurteilt werden. Dies ist eine Schande auch für Baden-Württemberg.

(Beifall bei der AfD)

(Hans Peter Stauch)

Wir wollen, dass Täter klar benannt werden können. Wir wollen die Polizisten davor schützen, sich wegen falscher Anschuldigungen verantworten zu müssen. Der Einsatz von Kameras am Körper wird nicht nur Angreifer abschrecken. Ebenso dokumentiert er das Handeln der Polizisten und liefert ihnen hier ein wichtiges Beweisstück gegen diejenigen, die eine Täter-Opfer-Umkehr betreiben wollen und oft noch von sogenannten politischen Aktivisten geschützt werden.

Durch eine bedarfsorientierte Nutzung der Bild- und Tonaufnahmen werden weder Bürger unter Generalverdacht gestellt noch Beamte als mobile Überwachungskameras missbraucht. Für mehr Flexibilität im Notfall bräuhete es aber weniger bürokratische Bevormundung. Wenn nötig, brauchen wir auch eine weitere gesetzliche Änderung, damit die öffentliche Sicherheit hier durchgesetzt werden kann.

Wir wollen nicht, dass sich Polizisten rechtfertigen müssen, sondern haben vollstes Vertrauen in die Erfahrung und Kompetenz unserer Polizisten, die wir schützen und bei Prävention und Aufklärung unterstützen.

Die Lage am vergangenen Wochenende, an dem Erdogan-Fanatiker unangemeldete Demos veranstalteten, zeigt, dass die Sicherheitslage längst unberechenbar geworden ist. Es müssen unbedingt weitere Schritte erfolgen, die über den Gesetzentwurf hinausgehen. Die Befugnisse der Polizei sind auszuweiten, bevor wir Berliner Verhältnisse haben, meine Damen und Herren. Am Wochenende gab es, wie ich aus internen Kreisen weiß, Gebiete, in denen aufgrund solcher Demos für rund 130 000 Menschen de facto noch zwei Polizisten zuständig waren. Darauf hat der Gesetzentwurf leider keine Antwort.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Wir stehen den beiden Gesetzentwürfen positiv gegenüber. Allerdings wundert es doch sehr, dass dies gerade von der linken Seite angetrieben wird. Aus dem Gesetzentwurf selbst ist herauszulesen, dass ausbleibende Solidarisierungseffekte ein Ziel der Maßnahme sind. Wenn Sie es mit Ihrer Sorge um das Wohlbefinden von Polizisten und Dritten ernst meinen, verehrte Abgeordnete der SPD und der Grünen, dann sollten Ihre Partei- und Jugendorganisationen aufhören, mit denjenigen Kräften zu marschieren, die sich nicht davor scheuen, mit Böllern, Steinen und Flaschen auf Beamte und Andersdenkende loszugehen.

(Beifall bei der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

Gemeinsam marschieren und sich hinterher distanzieren, das hat bei Ihnen Methode.

Wir, die AfD-Fraktion, werden uns in den Beratungen konstruktiv verhalten. Die Gesetzentwürfe sind überwiegend sinnvoll, aber wir kaufen Ihnen nicht ab, dass es Ihnen hier um die Beamten und um die Sicherheit der Menschen geht.

(Abg. Thomas Blenke und Abg. Nicole Razavi CDU: Sondern?)

Weder wir noch die Polizisten in Baden-Württemberg lassen uns von Ihren Profilierungsversuchen blenden.

Danke.

(Beifall bei der AfD und fraktionslosen Abgeordneten – Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist ja völlig da-

neben! Die Alternative wäre keine Ausstattung mit Bodycams! Das war jetzt nicht ganz logisch! – Abg. Nicole Razavi CDU: So viel zur Alternative! Keine Alternative! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für den Zusammenschluss fraktionsloser Abgeordneter erteile ich das Wort Herrn Abg. Berg.

**Abg. Lars Patrick Berg** (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste und Besucher! Zwar spät, aber immerhin rückt endlich die innere Sicherheit unserer Polizeibeamten in den Vordergrund. Die Körperkameras, auch Bodycams genannt, dienen dem Schutz jener, die uns schützen sollen. Unsere Polizeibeamten sehen sich – wie übrigens auch viele Angehörige von Rettungsorganisationen, aber auch der Bundeswehr – zunehmender Aggression ausgesetzt.

Noch im Februar dieses Jahres bezeichnete Oliver Hildenbrand, seines Zeichens Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen, in einem Interview mit der Zeitung „Mannheimer Morgen“ den Einsatz von Körperkameras als „reine Symbolpolitik“, die zu einem Verlust von Vertrauen zwischen Bürger und Polizei führen könnte. Ich halte diese Aussage für ziemlich fahrlässig.

Die Körperkameras versprechen eine bessere Aufklärung und – das halte ich für besonders wichtig – haben eine abschreckende, sprich präventive Wirkung auf potenzielle Straftäter.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD)

Auch Solidaritätseffekte durch andere Straftäter können sich so vielleicht zunehmend unterbinden lassen. Wem bewusst ist, dass vor Gericht ein paar falsche Zeugenaussagen von Gesinnungsgenossen nicht mehr helfen, um einem Polizeibeamten Fehlverhalten zu unterstellen und sich so aus der eigenen Verantwortung zu ziehen, der überlegt sich zweimal, ob er seiner Randalewut freien Lauf lässt.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD)

Hört man manche Aussage aus dem linken Spektrum, ist die Polizei ja meist schuldig. Eskaliert wie jährlich am 1. Mai eine Gewaltorgie von linksradikalen Chaoten, dann habe die Polizei zu wenig deeskaliert und sei zu offensiv gewesen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Genau!)

Hat die Polizei alles unter Kontrolle oder passiert einfach mal nichts, dann heißt es, man könnte ja sparen und kürzen. Läuft es dann doch zu sehr aus dem Ruder, dann wird der Polizei vorgeworfen, zu defensiv gewesen zu sein.

Gerade von der linken Seite des politischen Spektrums – meine Damen und Herren, ich sehe das jetzt bundesweit – wird die Polizei häufig zum Sündenbock erklärt.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: So ist es!)

Ich denke, damit sollte wirklich Schluss sein.

(Lars Patrick Berg)

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD)

Ich fordere von den Vertretern der politischen Parteien endlich Solidarität und eine positive Haltung gegenüber unserer Polizei. Statt wie in Berlin der Polizei in den Rücken zu fallen, fordere ich, endlich unserer Polizei auch wirklich den Rücken zu stärken.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Die anderen scheinen nicht dieser Meinung zu sein! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Da brauchen wir Ihre Nachhilfe aber nicht!)

Mit Grausen ist dem aktuellen Verfassungsschutzbericht zu entnehmen – Herr Gall, lassen Sie mich doch bitte ausreden.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ich meine Ihren Kollegen dort hinten!)

– Ach so. Entschuldigung.

Mit Grausen ist dem aktuellen Verfassungsschutzbericht zu entnehmen, dass Polizeibeamte häufiger Opfer von gewaltbereiten Linksextremisten sind. Unsere Polizei wird von diesen Personen oft in übelster und entwürdigendster Weise beschimpft. Es wird zu gezielter Gewalt gegen unseren Staat, gegen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung und gegen Polizei und Bundeswehr aufgerufen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ja!)

Bleibende Schäden bis hin zur Tötung von Polizisten werden von diesen Schlägern wohlwollend in Kauf genommen.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Auf einschlägig bekannten Internetseiten der linksextremen Szene wird beispielsweise gefordert, Polizeibeamte zu fotografieren, zu identifizieren und diesen dann gezielt im privaten Umfeld aufzulauern und sie anzugreifen. Das ist schlichtweg untragbar.

(Vereinzelt Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten)

Ich fordere hiermit auch den Innenminister auf, endlich gezielt einzugreifen.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und der AfD – Zuruf: Jawohl! – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Herr Strobl, Sie sind neu in Amt und Würden. Ich hoffe und vertraue darauf, dass Sie sich mit diesem grundlegenden Problem beschäftigen und Lösungen erarbeiten – Lösungen, für welche Sie aus dem Linksaußenspektrum wahrscheinlich nur Häme und Spott ernten werden, aber dafür sicherlich Dank und Anerkennung seitens der Polizei und der Bürger.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Würden Sie, liebe Kollegen von der SPD, wirklich wollen, dass unsere Polizisten besser geschützt werden, würden Sie stärker gegen diesen bereits erwähnten linken Rand in dieser

Gesellschaft vorgehen. Dieser linke Rand tobte unlängst marodierend durch Berlin, zündete reihenweise Autos an,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sind wir daran schuld oder wie? Was wollen Sie damit eigentlich sagen? Pure Polemik wieder!)

beschimpfte und diffamierte Polizeibeamte und verletzte diese auch hemmungslos.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und der AfD)

Meine Damen und Herren, der anlassbezogene und offene Einsatz von Körperkameras ist ein erster wichtiger Schritt, den wir unterstützen. Wir stimmen den Gesetzentwürfen zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und der AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Das Wort für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Strobl.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Es macht mir schon große Sorge, dass wir in unserer Gesellschaft klar festzustellende Verrohungstendenzen und – das ist von den Kollegen richtig beschrieben worden – auch zunehmend Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte haben. Was mich besonders besorgt macht, ist, dass das für viele fast schon zu etwas Alltäglichem wird.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: So ist es!)

Am vergangenen Sonntag kam es zu der Lage, dass die Polizei in eine Tiefgarage gelockt wurde und derjenige, der die Polizei gerufen hat, dann ein Messer zückte und es einem Polizeibeamten in den Hals rammt

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Perfide!)

und der zweite Polizist das Richtige tat, indem er auf den Täter schoss.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Richtig!)

Ich habe vor einer Woche mit dem Polizeibeamten telefoniert, der geschossen hat. Das ist für diesen Beamten auch keine leichte Lage, auf einen Menschen zu schießen.

(Zuruf: Ja!)

Ich habe gestern mit dem Polizeibeamten gesprochen, der durch den Stich in den Hals verletzt wurde. Es geht ihm körperlich gut. Wenn allerdings der Stich ein 1 mm entferntes Gefäß getroffen hätte, hätte ich gestern nicht mit ihm dieses Telefongespräch geführt, hätte er gar kein Telefongespräch mehr geführt.

Das sind Telefongespräche, nach denen auch ein Innenminister sich nicht gleich wieder der nächsten Akte zuwenden kann.

Deswegen möchte ich Ihnen sagen, meine Damen und Herren: Wir müssen das ernst nehmen. Wir dürfen uns nicht an

(Minister Thomas Strobl)

Verrohung und Gewalt in unserer Gesellschaft und schon gar nicht an Gewalt gegen unsere Polizistinnen und Polizisten gewöhnen.

(Beifall bei allen Fraktionen sowie den fraktionslosen Abgeordneten)

Meine Damen und Herren, ich freue mich über die fraktionsübergreifende Einigkeit, was den Gesetzentwurf in der Sache angeht. Darüber freut sich ein Innenminister. Die einzelnen Wortbeiträge möchte ich nicht bewerten, mit einer einzigen Ausnahme: Herr Kollege Binder, ich hatte eigentlich bisher einen anderen Eindruck von Ihnen, aber was Sie heute geboten haben, war schon ein ganz kleines Karo. Wenn Sie in dieser Art Klein-Klein in der letzten Legislaturperiode dieses Thema beispielsweise auch mit Ihrem Koalitionspartner angegangen sind,

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

dann wundert mich nicht, dass Sie über fünf Jahre nichts, aber auch gar nichts in diesem Bereich zustande gebracht haben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Entschuldigung! Haben Sie etwas von dem Dreisäulenmodell gehört?)

Es ist ja jetzt nicht so, dass es Gewalt gegen Polizeibeamte oder die Überlegungen zu Bodycams erst kurz vor der Landtagswahl gegeben hätte.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Es gab aber jede Menge andere Dinge, die gemacht worden sind! – Gegenruf: Bildungsplan!)

In Hessen sind die Bodycams schon ziemlich lange im Einsatz. Dafür, dass Sie dieses Land fünf Jahre regiert haben, war es dann doch ein bisschen mau, was bei den Bodycams am Ende des Tages herausgekommen ist und wie Sie das angegangen sind.

In anderen Ländern gibt es die Bodycams. Ich kenne kein einziges Bundesland, in dem schlechte Erfahrungen damit gemacht werden. Insbesondere wird auch in allen wissenschaftlichen Untersuchungen klar belegt, dass dadurch die Angriffe gegen Polizistinnen und Polizisten weniger werden und Täter von Übergriffen abgehalten werden.

Dann muss ich sagen: Ja klar, natürlich hätte man einen Änderungsantrag zu dem Gesetzentwurf der SPD-Fraktion stellen können. Es ist aber genauso das gute Recht einer Landtagsfraktion, einen eigenen besseren Gesetzentwurf einzubringen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: So ist es!)

Es ist ja nichts Verwerfliches, welchen Weg die Koalition hier geht. Ich glaube, dass es ein besserer Gesetzentwurf ist.

Ich verspreche Ihnen, Sie nicht mit technischen Details zu langweilen. Aber der Pre-Recording-Modus ist schon etwas sehr Wichtiges. Was heißt das? Das heißt, die Kamera ist im Grunde genommen immer eingeschaltet, filmt immer. Aber alle 60 Sekunden wird das, was gefilmt worden ist, gelöscht, indem das, was neu aufgenommen wird, sozusagen das Alte

überschreibt. Das ist auch nicht mehr zu holen, sondern es ist endgültig weg. Nur wenn der Polizist bzw. die Polizistin die Aufnahmetaste drückt, dann sind auch die 60 Sekunden, die vorher gefilmt worden sind, als Dokumentation sichergestellt.

Das ist ein entscheidender Vorteil, weil die Polizistin oder der Polizist bei einem bevorstehenden Angriff auch in einer Stresssituation jetzt nicht mehr zwischen der Eigensicherung und der Filmerei in diesem Maß schnell entscheiden muss. Deswegen hat man dann Zeit, beispielsweise eine Lageeinschätzung besser vornehmen zu können, und auch die Nachvollziehbarkeit polizeilicher Handlungen in der Situation wird deswegen natürlich verbessert.

(Zurufe von der SPD)

In diesem Punkt ist der Entwurf der SPD-Fraktion eben einfach lückenhaft. Deswegen finde ich es richtig, dass es einen besseren Gesetzentwurf gibt. Im Übrigen: Hessen und das Saarland machen es genau so, wie es dieser Gesetzentwurf vorsieht, und sie machen es mit gutem Erfolg.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abg. Dr. Fiechtner zu?

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Ja, selbstverständlich. Ich habe mich schon gewundert.

(Heiterkeit)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Bitte.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Ich wollte Sie nicht enttäuschen.

(Heiterkeit)

Herr Minister, die Aufnahmesequenz von 60 Sekunden und sofortiger Löschung hinterher erscheint mir sehr kurz, vor allem wenn man noch in Rechnung stellen muss, dass der Polizist das erst einmal aktivieren muss. Gäbe es denn keine längeren Aufnahmemöglichkeiten? Was spräche dagegen? Ich könnte mir vorstellen, dass fünf Minuten oder ähnliche Zeitabschnitte hier dann auch den Gesamtvorgang festhalten könnten.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Wenn ständig eine Kamera läuft, haben Datenschützer und Juristen – im Übrigen auch Juristen im Justizministerium dieser Landesregierung – immer Bedenken. Es ist auch in Ordnung, dass wir uns das sorgfältig anschauen.

Diese datenschutzrechtlichen Bedenken gibt es bereits bei diesen 60 Sekunden. Das ist, Herr Abg. Dr. Fiechtner, immer eine Abwägungsentscheidung. Wenn ich richtig informiert bin, gibt es durchaus auch den Einsatz von Bodycams, bei denen dann nur 30 Sekunden abrufbar sind. Wir haben uns für den längeren Zeitraum entschieden.

Wir werden – das will ich gar nicht verhehlen – aus datenschutzrechtlichen Gründen an diesem Gesetzentwurf möglicherweise noch ein bisschen schleifen müssen, weil wir sozusagen an der Grenze dessen sind, was datenschutzrechtlich möglich ist. Wir haben das maximal ausgeschöpft. Ich glaube, dass das so auch richtig ist.

(Minister Thomas Strobl)

Insofern kommt diese Vorlage dem Ziel, unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ein transparentes und ein weiteres gutes Instrument an die Hand zu geben, am nächsten.

Es fügt sich im Übrigen in einen Gesamtrahmen ein. Wir, die Koalition, haben angekündigt, dass wir mehr Personal für die Polizei wollen, dass wir eine bessere Ausstattung für die Polizei wollen, dass wir mehr Möglichkeiten für die Polizei wollen. All dem wird dieser Schritt, den wir jetzt gehen, auch gerecht. Er hilft auch als eine von mehreren Maßnahmen mit, unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten besser vor Übergriffen, vor Gewalt und vor Angriffen zu schützen. Das hat unsere Polizei bei Gott auch so verdient.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen  
– Vereinzelt Beifall bei der AfD und den fraktionslosen Abgeordneten)

**Präsidentin Muhterem Aras:** In der zweiten Runde erteile ich das Wort Herrn Abg. Binder.

**Abg. Sascha Binder SPD:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir vom ganz kleinen Karo sprechen, Herr Minister Strobl, dann muss ich sagen: Ich bin nach den ersten Sitzungen des Ständigen Ausschusses und auch der Sitzung des Innenausschusses eigentlich davon ausgegangen, dass wir, wenn wir uns in der Zielrichtung einig sind, dann auch miteinander reden, wenn wir gesetzliche Grundlagen schaffen, und darüber sprechen, wie wir, wenn uns inhaltlich nicht sehr viel trennt, zu einer gemeinsamen Linie kommen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sie haben doch den Gesetzentwurf eingebracht! Sie haben nicht mit uns geredet!)

Nachdem wir diesen Gesetzentwurf eingebracht hatten, wäre es – da kann ich dem Kollegen Goll nur recht geben – das Normalste der Welt gewesen, einen Änderungsantrag einzubringen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Kleinkariert, Herr Kollege!)

Wir haben diesen Gesetzentwurf nicht deshalb eingebracht, um eine parteipolitische Diskussion zu führen, sondern um diese gesetzliche Grundlage zu schaffen –

(Abg. Martin Rivoir SPD: Schnell zu schaffen!)

nicht mehr als das, dem der Ministerpräsident in der letzten Legislaturperiode zugestimmt hat – und um genau einen Abstimmungsbedarf zwischen CDU und Grünen zu reduzieren, um relativ schnell zu einer gesetzlichen Grundlage zu kommen.

(Lachen des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Es gab immer mal wieder auch in der Geschichte dieses Parlaments Regierungen, die Gesetzentwürfen von Oppositionsfraktionen zugestimmt haben. Einer Ihrer Vorgänger, Thomas Schäuble – –

(Minister Thomas Strobl: Wir hätten ja auch vorher sprechen können! – Gegenruf des Abg. Martin Rivoir SPD: Ruhe auf der Regierungsbank!)

– Das ist ja kein Widerspruch. – Das gab es immer mal wieder. Ihr Vorvorgänger Thomas Schäuble hat das auch schon einmal gemacht und hat bei dieser Gelegenheit die Gunst der Stunde genutzt, sich damals mit der Opposition gemein gemacht und diesem Gesetzentwurf zugestimmt, verbunden mit einem Lob an die SPD-Fraktion. Auch so kann man in diesem Parlament miteinander arbeiten. Sie haben sich für einen anderen Weg entschieden. Das wird uns aber nicht davon abhalten, im Sinne der Sache im Innenausschuss diese beiden Gesetzentwürfe kollegial gemeinsam zu beraten und mit einer breiten Mehrheit zu verabschieden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hans Peter Stauch AfD)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache beendet.

Ich schlage vor, die beiden Gesetzentwürfe Drucksachen 16/308 und 16/334 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Inneres, Digitalisierung und Migration zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Punkt 5 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU – Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg – Drucksache 16/348**

Meine Damen und Herren, die Fraktionen sind gestern Abend übereingekommen, den gestern eingebrachten Gesetzentwurf noch heute auf die Tagesordnung zu setzen. Folgende Redezeiten wurden vereinbart: Für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion und fünf Minuten für den Zusammenschluss fraktionsloser Abgeordneter.

Die den Gesetzentwurf einbringenden Fraktionen sind übereingekommen, die Begründung des Gesetzentwurfs in ihre Ausführungen zu integrieren.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Sckerl das Wort.

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir bedanken uns zunächst für das Einvernehmen der Fraktionen, diesen Tagesordnungspunkt noch heute zu behandeln. Ich glaube, dass das Einvernehmen seinen wohlverstandenen Grund hat; denn die meisten Fraktionen in diesem Haus profitieren von dieser Gesetzesinitiative ganz ausdrücklich.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Mit dem Dritten Nachtrag, meine Damen und Herren, den wir vor wenigen Stunden beschlossen haben, wurden die Mittel für elf zusätzliche Stellen für den Landtag genehmigt. Für diese Stellen gab und gibt es interfraktionellen Konsens. Die Stellen dienen nämlich der Stärkung des parlamentarischen Be-

(Hans-Ulrich Sckerl)

ratungsdienstes in den Fraktionen. So werden zwei B-4-Stellen für Leitende Parlamentsräte, eine B-2-Stelle, drei A-16-Stellen, eine A-15-Stelle und vier A-14-Stellen geschaffen.

Ich muss nicht darum herumreden, weil es für unsere Fraktion, für die CDU und, glaube ich, für das gesamte Haus eine Selbstverständlichkeit ist: Der AfD-Fraktion steht ein Großteil dieser Stellen zu. Wir machen damit zum wiederholten Mal deutlich, dass sie als neue Fraktion in diesem Haus formal so behandelt wird wie alle anderen Fraktionen. Sie bekommt die gleichen Rechte und selbstverständlich auch einen Beratungsdienst an die Seite gestellt.

Alles andere verantworten Sie natürlich selbst. Ihre politische Bauchlandung im Landtag und die Turbulenzen,

(Lachen der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

in die Sie Ihre angestellten Beraterinnen und Berater mittlerweile gebracht haben, verantworten Sie natürlich selbst. Aber das hindert den Landtag nicht, Ihnen formal die Rechte, die Ihnen aufgrund Ihres Wahlergebnisses zustehen, zuzubilligen.

Warum aber, meine Damen und Herren – diese Frage stellt sich vielleicht –, reicht das Nachtragsgesetz, das wir heute Vormittag beschlossen haben, nicht aus, um die Stellen zu schaffen? Warum schlagen wir Ihnen jetzt vor, auch das Landesbesoldungsgesetz zu ändern?

Es gibt z. B. bei der SPD – das ist sehr begründet und für uns nachvollziehbar –, aber auch bei der FDP/DVP den Wunsch, dass die Fraktionsgeschäftsführer in Zukunft eine neue Funktionsbezeichnung bekommen sollen und ihnen damit auch die Perspektive einer höheren Besoldung eröffnet wird.

Der parlamentarische Beratungsdienst, meine Damen und Herren, als Brückenpfeiler für die Funktionsfähigkeit des Landtags rechtfertigt diesen Schritt ausdrücklich. Deswegen ist meine Fraktion dafür, dass es künftig den Parlamentsrat in der Besoldungsgruppe B 2 sowie einen Leitenden Parlamentsrat in der Besoldungsgruppe B 4 gibt. Diese beiden Funktionsbezeichnungen gibt es bisher nicht, und wir fügen sie nun auf Wunsch aus dem Haus in das Landesbesoldungsgesetz ein.

Außerdem – auch das gehört selbstverständlich dazu – schaffen wir mit dieser Gesetzesinitiative die formalen Voraussetzungen für das Amt eines Beamten auf Lebenszeit als Staatssekretär bei der obersten Landesbehörde, deren Geschäftsbereich der stellvertretende Ministerpräsident leitet. Auch das halten wir in der Sache für gerechtfertigt.

Ich möchte darauf hinweisen und ganz deutlich sagen: Meine Fraktion – in den letzten Tagen war immer wieder von Vorteilsnahme und Absprache die Rede – profitiert von den Veränderungen, die dieser Gesetzentwurf bringt, unmittelbar überhaupt nicht. Es kann aber auch nicht das Motiv für solche Gesetzesinitiativen sein, ob man davon selbst profitiert oder nicht. Vielmehr müssen die vorgeschlagenen gesetzlichen Änderungen in der Sache gerechtfertigt sein. Sie müssen das Parlament voranbringen. Sie müssen aber auch Regierungstätigkeit stützen. Davon sind wir überzeugt. Ich hoffe, Sie lassen sich auch überzeugen, und bitte Sie, diesen Gesetzentwurf zu unterstützen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Wald.

**Abg. Tobias Wald CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die beiden Regierungsfractionen bringen unter diesem Tagesordnungspunkt den Gesetzentwurf zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und des Landesbesoldungsgesetzes ein. Ich danke Herrn Kollegen Sckerl für seine Ausführungen und Begründungen, denen ich mich gern anschließe. Ich möchte aber auch noch einiges ergänzen.

Meine Damen und Herren, wir haben heute den Dritten Nachtragshaushalt besprochen und verabschiedet. Diesem Nachtrag konnten wir wegen § 79 Absatz 3 unserer Landesverfassung die mit diesem Gesetz erforderlichen Änderungen wegen des dort geregelten Bepackungsverbots nicht beifügen. Der jetzt vorliegende Gesetzentwurf dient zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und des Landesbesoldungsgesetzes zur Umsetzung der im Nachtrag 2016 vorgesehenen Personalmaßnahmen.

Im Dritten Nachtragshaushalt werden Stellen ausgebracht, die bislang im Landesbeamtengesetz und im Landesbesoldungsgesetz nicht enthalten sind. Mit der Gesetzesänderung werden die formalen Voraussetzungen für die Umsetzung dieser Stellen geschaffen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Genau! Darum geht es!)

Damit statten wir die Fraktionen hinreichend aus. Ich glaube, hierüber besteht auch entsprechend Konsens im Haus. Der Landtag ist dann formal vollständig arbeitsfähig.

Das Gesetz verursacht keine zusätzlichen Kosten, weil diese bereits im Dritten Nachtrag etatisiert sind. Heute findet die erste Lesung des Gesetzentwurfs statt. Die zweite Lesung wird voraussichtlich am 28. September im Plenum stattfinden.

Die zusätzliche B-10-Stelle gewährleistet Augenhöhe. Das Amt eines beamteten Staatssekretärs bei der obersten Landesbehörde, deren Geschäftsbereich der stellvertretende Ministerpräsident leitet, derzeit das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration, weist eine zu der Funktion des Staatssekretärs als Chef der Staatskanzlei vergleichbare Verantwortung auf. Diese ist auch durch eine Vielzahl der wichtigen Zukunftsthemen wie Digitalisierung usw. entsprechend gerechtfertigt.

Meine Damen und Herren, ich freue mich auf eine gute Beratung im Ausschuss.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Stickelberger.

**Abg. Rainer Stickelberger SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Zunächst darf ich mich noch einmal herzlich bedanken für meine Wahl zum Vorsitzenden des Finanzausschusses und für die Glückwünsche, die heute Morgen geäußert wurden. Herzlichen Dank. Ich habe die Zusammenarbeit im Fi-

(Rainer Stichelberger)

nanzausschuss als sehr angenehm empfunden, und ich bin sicher, dass wir diesen Weg fortsetzen werden.

Ich darf an die Worte unserer Finanzministerin von heute Morgen erinnern. Sie hat darauf hingewiesen, wie speditiv, wie schnell wir diesen Nachtragshaushalt in den parlamentarischen Gremien, im Finanzausschuss, aber auch hier in zwei Lesungen, beraten haben – alles sehr zügig im Interesse der Sache.

Umso mehr wundert es uns, die SPD-Fraktion, dass wir jetzt diesen Gesetzentwurf zur Änderung des Landesbeamtengesetzes sozusagen nachgeschoben auf den Tisch des Hauses bekommen. Was steckt eigentlich dahinter, warum man das nicht im regulären, im üblichen Verfahren gemacht hat? Waren das handwerkliche Fehler oder Schwierigkeiten? Oder wollte man uns die entsprechenden Stellen und damit verbundenen rechtlichen Regelungen nur peu à peu schmackhaft machen? Diese Fragen stellen sich durchaus.

Einvernehmen – Kollege Sckerl hat dies erwähnt – besteht zweifelsohne – davon gehe ich aus – im ganzen Haus, was die Stellen angeht, die den Landtag, die Landtagsverwaltung betreffen. Davon profitiert der Landtag, die parlamentarische Arbeit insgesamt. Dagegen ist nichts einzuwenden. Das begrüßen wir umso mehr.

Gleichwohl haben wir schon Bedenken, insbesondere was die B-10-Stelle im Innenministerium anbetrifft.

Wir haben heute bei der Zweiten Beratung des Nachtrags ausführlich darüber diskutiert, wie es sich mit den Stellen im Staatsministerium verhält. Dazu haben wir heute Morgen die Aufschlüsselung erhalten. Es hat sich gezeigt, dass es sich dabei im Wesentlichen um Leitungsstellen handelt – Kontrollstellen, Koordinationsstellen, also Stellen, die einer Leitungsfunktion zuzuordnen sind.

Im Zusammenhang mit den Geheimpapieren, über die wir gestern diskutiert haben, stellt sich natürlich die Frage nach der Machtbalance in dieser Koalition. Ich möchte lediglich auf die Außenwirkung verweisen. In diesem Zusammenhang hat die „Stuttgarter Zeitung“ heute geschrieben:

*Das Papier ist aber ein Dokument grüner Kontrollsucht.*

Da muss natürlich ein entsprechendes Pendant für das Innenministerium kommen. Auch hier darf ich die Medienwelt zitieren:

*Die politische Verzweigung durch den ... Ministerpräsidenten ... treibt den Koalitionspartner CDU um. Vizeregierungschef Thomas Strobl kämpft vehement um Augenhöhe mit dem Grünen-Politiker.*

Uns drängt sich der Verdacht auf, dass hier sozusagen ein „StaMi 2“ oder – schwäbisch – ein „StaMile“ begründet werden soll, um eben die Machtbalance entsprechend zu wahren.

In der Tat geht es bei dieser Stellenausweisung um Macht. Da kann man jetzt sagen, dass es sich nur um einen Nachvollzug des Stellenplans im Haushalt handelt. Ich habe hierzu der Presse entnommen, dass Sie, Herr Fraktionsvorsitzender Schwarz, dies als Lappalie bezeichnet haben.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Genau!)

Eigentlich stellt sich hier bereits die Machtfrage.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Die Machtfrage an einer Stellenbezeichnung?)

– Die Machtfrage, die man in dem Kontext sehen muss, dass zwischen den Koalitionspartnern die Machtbalance zu wahren ist. Der Kollege Hofelich hat heute Morgen bereits das Erforderliche aus unserer Sicht dazu gesagt.

Wir werden deshalb sehr kritisch mit diesem Gesetzentwurf umgehen. Insbesondere Artikel 1 werden wir nach dem derzeitigen Stand ablehnen.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Was die Ausweisung der B-10-Stelle anbetrifft, werden wir den Weg ebenfalls kritisch weiterverfolgen.

Was uns bekümmert, ist, dass wir hier keinen offenen und transparenten Prozess wie bei einem ganz normalen Haushaltsverfahren durchführen,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sehr gut!)

sondern hier peu à peu, Stück für Stück diese Gesetzentwürfe auf den Tisch bekommen. Regieren ist eine Stilfrage, und reguläres haushaltsmäßiges Gebaren geht noch weit hierüber hinaus.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP, der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Glück.

**Abg. Andreas Glück** FDP/DVP: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Heute findet die erste Lesung eines Gesetzes mit zwei Teilen statt. Beim zweiten Teil, nämlich bei der Anpassung der Landtagsstellen, herrscht so weit Einigkeit. Hierüber wurde bereits im Mai dieses Jahres der Konsens zwischen den Fraktionen hergestellt.

Der andere Teil allerdings betrifft die Schaffung einer zweiten Stelle der Besoldungsgruppe B 10. Dieser Teil des Gesetzes ist gewissermaßen ein Kuckucksei, versteckt zwischen konsensualen Vereinbarungen, die von den Fraktionen getroffen wurden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren der Regierungsfraktionen, waren Sie vielleicht selbst überrascht, dass Sie eine Änderung des Landesbeamtengesetzes notwendig machen, indem Sie diese Stelle schaffen möchten? Oder haben Sie allen Ernstes geglaubt, wir würden Ihren Gesetzentwurf nicht ordentlich durchlesen, weil wir ihn erst gestern Abend erhalten haben? In diesem Fall, meine sehr geehrten Damen und Herren, muss ich Sie enttäuschen, denn wir sind eine gewissenhafte Opposition.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der CDU, der AfD und fraktionslosen Abgeordneten – Zurufe von der CDU: Bravo! – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das erwarten wir auch, Herr Kollege!)

(Andreas Glück)

Aus diesem Grund arbeiten wir gewissenhaft, und aus diesem Grund kritisieren wir auch diese Stelle.

Die Stelle soll ja angeblich für den Geschäftsbereich des stellvertretenden Ministerpräsidenten eingesetzt werden. Obwohl es bereits seit Dekaden stellvertretende Ministerpräsidenten gibt, gab es eine solche Stelle in der Besoldungsgruppe B 10 noch nie,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Aber jetzt musste sie sein!)

und zwar aus dem einfachen Grund: Diese Stelle ist unnötig und teuer.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf: Genau!)

Aber wenn man nach der Motivation für diese Stellenschaffung fragt, könnte sich ja vielleicht auch ergeben, dass es gar nicht um die Notwendigkeit geht.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Es geht um die Person!)

Vielmehr erinnert mich die Situation an ein weinendes Kind im Sandkasten, das feststellen muss, dass sein Sandkastenkumpel gegenüber ein größeres Schaufelchen hat, und daraufhin losbrüllt.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Nun wäre ja die Konsequenz der Eltern nicht unbedingt, gleich loszurennen und ein neues, größeres Schaufelchen teuer einzukaufen. Vielmehr würden doch verantwortungsbewusste Eltern versuchen, zu lehren, dass es okay ist, wenn ein anderer einmal etwas hat, was man selbst vielleicht nicht hat – nach dem Motto: Man kann eben nicht alles haben.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Aber liebevolle Eltern machen das anders! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Liebevolle Eltern bereiten das Kind auf die Härten des Lebens vor!)

Was für die Sandkastenkonflikte die Eltern sind, ist für Regierungseifersüchteleien das Parlament.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb rufe ich alle Abgeordneten im Haus auf: Stimmen Sie solchen Sandkastenspielchen im Landtag von Baden-Württemberg nicht zu!

(Beifall bei der FDP/DVP, der AfD und den fraktionslosen Abgeordneten – Zuruf: Bravo!)

Denn es geht um nicht mehr als um eine gefühlte Waffengleichheit – nach dem Motto „Strobl rüstet gegen Kretschmann auf“ oder „Jeder will jetzt einen Murawski haben“.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Hans Peter Stauch AfD)

Der Grund für dies alles scheint offensichtlich Neid zu sein. Herr Murawski, ein Wort an Sie: Sie sind eigentlich der Einzige, der sich jetzt richtig freuen darf. Denn für Sie persönlich ist das ein Kompliment. Sie wissen nämlich: Neid ist angeblich die höchste Form der Anerkennung.

Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren der Koalition, sollten sich jedoch nicht Ihre Truppen schaffen und sich innerhalb der Koalition einander gegenüberstellen, sondern Sie sollten sich um die Aufgaben, um die Probleme im Land kümmern. Das ist Ihre Aufgabe.

Auch aus finanzieller Sicht ist das Ganze ein Unding. In der vergangenen Woche hat Finanzministerin Sitzmann bei der Landespressekonferenz erklärt, man müsse für den Haushalt 2017 800 Millionen € einsparen, und dazu müssten eben auch die Beamten ihren Beitrag leisten. Heute hingegen wollen Sie eine derart hoch vergütete Stelle neu schaffen. Eine Stelle nach Besoldungsgruppe B 10 wird mit 12 655 € im Monat brutto vergütet. Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei den Indianern zu sparen, aber bei den Hauptlingen das Geld mit beiden Händen zum Fenster hinauszuerwerfen, ist ganz schlechter Stil,

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD, der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

zumal, wenn die einzige Begründung ist: Kretschmann hat eine solche Stelle, deswegen will Strobl jetzt auch eine.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Es geht aber noch weiter. Auch bei dem Austausch der Regierungspräsidenten hat sich ja gezeigt, dass aus diesen Spitzenbeamten eines Tages teure Fußgänger werden, gewissermaßen „B-10-Fußgänger“, wenn Sie so wollen,

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Herr Schmalzl ist doch schon in neuer Funktion! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber es können nicht alle zu Schäuble!)

sobald sich die Person oder die Farbe des stellvertretenden Ministerpräsidenten wieder ändert. Das ist doch in der gegenwärtigen Zeit, in der wir so viel über den Haushalt diskutieren, das falsche Zeichen, das Sie im Land setzen.

Es war Ministerin Sitzmann selbst, die heute Morgen von der Opposition einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung eingefordert hat.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Richtig!)

Frau Sitzmann – leider ist sie nicht mehr da – –

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Kollege, Sie sollten allmählich zum Ende kommen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Er wird gerade richtig warm! – Weitere Zurufe)

**Abg. Andreas Glück** FDP/DVP: Ja, so allmählich komme ich zum Ende. – Hier ist unser Beitrag: Verzichten Sie auf die Stelle.

Ich komme zum Abschluss. Wenn Sie im Land Wasser predigen, aber selbst Wein trinken, dann können Sie das aus Ihrer Machtposition heraus natürlich tun.

(Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

(Andreas Glück)

Aber erwarten Sie nicht, dass wir gemeinsam mit Ihnen anstoßen. Wir lehnen diesen ersten Teil des Gesetzentwurfs definitiv ab.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD, der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Sänze das Wort.

**Abg. Emil Sänze** AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe mich gestern Abend, als ich den Gesetzentwurf bekommen habe, kräftig amüsiert. Das muss ich sagen. Ich wusste nicht, wer wen befruchtet hat. Denn unter Buchstabe C auf dem Vorblatt des Gesetzentwurfs steht, dass es keine Alternativen gibt. Den Begriff Alternativlosigkeit habe ich jetzt schon sehr oft gehört. Ich weiß nicht, wer wen befruchtet.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie können gern auf parlamentarische Berater verzichten! – Weitere Zurufe)

– Ja, genau. Das ist gut.

Zu Herrn Sckerl: Vielen Dank, dass Sie sich als Samariter der AfD darstellen. Das finde ich gut. Das Lockmittel in Artikel 2 haben wir sehr wohl gehört.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Der Hohn möge Ihnen im Hals stecken bleiben! – Heiterkeit – Vereinzelt Beifall)

Vielen Dank. Aber wir sind gegen diese Versuche relativ resistent.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Die klatschen sogar!)

Lassen Sie uns den normalen Weg gehen. Lassen Sie uns darüber diskutieren, wie wir die Stellen ausgestalten können. Dann finden wir bestimmt einen gemeinsamen Weg.

Die B-10-Stelle halte ich auch für ein bisschen unangemessen. Ich weiß nicht, was diesen Beamten befähigt, plötzlich so einen Sprung zu machen. Die 12 600 € sind übrigens gut recherchiert; die habe ich heute Morgen auch herausgefunden. Wenn es also hier nicht um die Versorgung verdienter Parteimitglieder geht,

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

wäre die Stelle vielleicht zu streichen.

Aber wir diskutieren im Finanzausschuss darüber, dann gehen wir auf den geordneten Verfahrensweg, und dann kriegen wir das schon hin.

Danke.

(Beifall bei der AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für den Zusammenschluss fraktionsloser Abgeordneter erteile ich Herrn Abg. Dr. Fiechtner das Wort.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten)

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Es gibt Parteien, die die Politik noch ernst nehmen. Es gibt Parteien, für die die Meinung der Bürger noch wichtig ist. Und es gibt Parteien, die keine Geheimabsprache brauchen, um Ergebnisse zu generieren.

(Zuruf: Genau!)

Liebe Grüne, lieber Herr Sckerl, liebe CDU, lieber Herr Dr. Reinhart, es ist bezeichnend für das Verständnis von Transparenz, wie Sie bei diesem Thema gerade wieder vorgehen. Wir haben schon erlebt, wie die Diätenerhöhung verkauft wurde. Die Indizierung der Abgeordnetenentschädigung kam ganz am Anfang als eines der wichtigen Dinge, was wir lernen durften. Und jetzt kommt ein Programm des Nepotismus, der Ämterpatronage, der Vetterleswirtschaft auch in letzter Minute,

(Abg. Winfried Mack CDU: Nein, das ist nicht Ämterpatronage! Politischer Beamter ist nicht Ämterpatronage! Grottenfälsch!)

die Anfrage verschickt um 15:17 Uhr und den Text selbst um 22 Uhr.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD)

Das ist eine grandiose Respektlosigkeit vor diesem Parlament. Es muss möglich sein, dass wir genügend Zeit haben, Texte durchzuschauen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Haben Sie doch! Heute ist nur die Erste Beratung! – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Herr Kollege, wann ist die zweite und dritte Lesung?)

– Das spielt überhaupt keine Rolle.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Doch! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Natürlich spielt das eine Rolle!)

Sie haben ein Druckszenario aufgesetzt,

(Abg. Tobias Wald CDU: Ach, hören Sie doch auf!)

um hier, wie der Kollege von der FDP/DVP schon gesagt hat, eine Position durchzusetzen, die nichts anderes bedeutet als Ämterpatronage.

(Zuruf von den Grünen: Es wird heute gar nicht beschlossen, Herr Kollege! – Abg. Tobias Wald CDU: Ach Gott!)

Ich wundere mich, dass Minister Strobl diese Art B-10-Potenzverstärker überhaupt braucht.

(Heiterkeit)

Ich glaube, er braucht es in Wahrheit eigentlich nicht.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten)

Zur Frage der anderen Ämter: Herr Sckerl meinte, der AfD und den AfD-Abgeordneten ein Leckerchen hinwerfen zu müssen; wir brauchen das nicht.

(Dr. Heinrich Fiechtner)

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Gehören Sie noch zu den AfD-Abgeordneten? Ich denke, Sie gehören nicht mehr zu den AfD-Abgeordneten! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die AfD ist nicht für den Landtag angetreten, um sich den Staat zur Beute zu machen.

(Lachen bei den Grünen und der CDU)

Das ist Ihr Programm. Das ist nicht unser Programm.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das können zwei Fraktionen nicht! – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wenn hier mit demokratiefeindlichen Mitteln – nichts anderes ist es, wenn um 22 Uhr ein Gesetzentwurf ausgeteilt wird – vorgegangen wird, bleibt uns gar nichts anderes übrig, als dieses Gesetz abzulehnen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Es wird heute gar nicht beschlossen! – Abg. Tobias Wald CDU: Zu faul zum Lesen!)

Vielen Dank.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Wenn er AfD-Abgeordneter ist, hat er sich Redezeit erschlichen!)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache beendet.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Halt!)

– Entschuldigung, Herr Minister.

(Heiterkeit)

Herr Innenminister, Sie haben das Wort. Bitte.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Herr Präsident, es muss nicht unbedingt sein, aber ich wollte zumindest – –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das war der Versuch einer fürsorglichen Maßnahme!)

Ich wollte zumindest etwas zu dem sagen, was hier aufgeworfen worden ist, und dann den Versuch unternehmen, der Opposition ein paar Argumente zu sagen.

Aber ich weiß, dass das ein untauglicher Versuch sein wird. An dieser Pflichtübung müssen Sie sich jetzt abarbeiten. Das ist gar keine Frage.

Herr Kollege Stickelberger, Sie haben das Bild gemalt, wir würden im Innenministerium eine Gegenregierung aufbauen und Spiegelreferate usw. einrichten. Ich kann Ihnen wirklich versichern – glauben Sie es mir –: Wir werden im Innenministerium keine Abteilung 9 machen. Wissen Sie auch, warum? Es wäre mir viel zu blöd, jeden Tag das ganze Zeug zu lesen, das die schreiben.

(Heiterkeit der Abg. Tobias Wald CDU und Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Zuruf: Das glauben wir!)

Also: Wir machen das nicht. Ich habe wirklich andere Sorgen und andere Probleme, als dieses zu tun.

Dem Kollegen Glück möchte ich sagen: Sie sind im Augenblick ein bisschen bei der falschen Debatte. Denn es geht nicht um B 10. Die B-10-Stelle ist bereits etatisiert. Es geht jetzt ausschließlich um die Amtsbezeichnung „Parlamentarischer Staatssekretär“.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Genau! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Beamteter!)

– Entschuldigung: „Beamteter Staatssekretär“. – Insofern haben Sie, mit Verlaub, ein bisschen am Thema vorbeigeredet.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Aber gegessen hat es, glaube ich, schon!)

– Ja, ist doch in Ordnung. Ich würde es doch nicht anders machen.

(Zuruf: Aber nicht so gut!)

Ich finde es allerdings bemerkenswert, wenn hier – das sind ja die, die auch immer wieder mit „Lügenpresse“ usw. kommen – von „Ämterpatronage“, „Vetterleswirtschaft“, „Versorgung“ gesprochen wird. Ich finde es schon steil, dass man, wenn man nicht einmal weiß, um wen es geht, schon solche Vorwürfe erhebt.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Das zeigt, dass das, was Sie da von sich geben, ziemlich hohl ist.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Das können Sie ja sagen, wenn Sie wissen, wer es ist. Aber solange Sie nicht einmal wissen, wer es ist – –

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie können ja den Betrag schon einstellen, bevor Sie es wissen!)

Das zeigt, dass das einfach eine ziemlich dünne Geschichte ist – wieder einmal eine dünne Geschichte –, die Sie hier abgeliefert haben. Ganz dünn!

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Jetzt will ich den Versuch unternehmen, einfach zu erklären, warum es möglicherweise doch sinnvoll sein könnte. Das Innenministerium ist neben den klassischen Aufgaben, die es hat – also Kommunales, Polizei, Verfassungsschutz, Katastrophenschutz, Rettungsdienste, Krisenmanagement, Beaufsichtigung der Sparkassen –, jetzt auch zuständig für den Bereich Migration – neu –, Flüchtlingsaufnahme und für den Bereich der Digitalisierung, ein ganz entscheidendes Zukunftsthema und ein Thema, bei dem sich diese Landesregierung auf die Fahnen geschrieben hat, wirklich etwas zu machen.

(Minister Thomas Strobl)

Dazu kommt, dass das Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten weitere Aufgaben der Koordinierung mit sich bringt, beispielsweise die Vertretung des Ministerpräsidenten im Vermittlungsausschuss in Berlin. Ich habe heute mit Herrn Kretschmann darüber gesprochen, dass ich ihn am 8. September – das soll wohl eine Vermittlungsausschusssitzung mit dem wichtigen Thema Erbschaftsteuer stattfinden, an der er nicht teilnehmen kann –

(Zuruf: Gott sei Dank!)

vertreten werde.

Dies macht eine zusätzliche Vorbereitung durch das Innenministerium und auch eine Terminentlastung notwendig, und damit nimmt der Staatssekretär beim stellvertretenden Ministerpräsidenten eine Funktion wahr, die mit der Verantwortung des Staatssekretärs als Chef der Staatskanzlei vergleichbar ist – wobei Herr Murawski natürlich unvergleichlich ist.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das heißt, er wird dann B 11, oder was?)

– Nein. Er soll daher in derselben Besoldungsgruppe angesiedelt sein, Herr Abg. Dr. Rülke, und als ein statusrechtliches Amt bestimmt werden, bei dessen Ausübung die Amtsinhaber in fortdauernder Übereinstimmung mit den grundsätzlichen politischen Ansichten und Zielen der Regierung stehen müssen, also ein politischer Beamter, wie das bei den Ministerialdirektoren unzweifelhaft die Regel ist.

Der neue beamtete Staatssekretär, der beim stellvertretenden Ministerpräsidenten geschaffen werden soll, wird sich im Schwerpunkt fachlich um den gesamten Sicherheitsbereich im Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration kümmern. Damit meine ich im Einzelnen die Polizei, den Verfassungsschutz, die Hilfsorganisationen und den Katastrophenschutz. Ich bitte um Verständnis dafür, dass diese Stelle sinnvoll und notwendig ist. Deswegen werden wir sie auch schaffen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was macht denn dann noch der Herr Würtenberger?)

Die Opposition macht natürlich ihre Arbeit so, wie sie sie machen muss. – Ich hatte doch seherische Fähigkeiten. Es war mir klar, Herr Dr. Rülke, dass ich Sie in diesem Punkt nicht überzeugen kann.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich weiß nicht, was der Herr Würtenberger noch macht!)

Aber gleichwohl bedanke ich mich für Ihre freundliche Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Meine Damen und Herren, jetzt liegen in der Tat keine Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache beendet.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/348 vorberatend an den Ausschuss für Inneres, Digitalisierung und Migration und federführend an den Ausschuss für Finanzen zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Punkt 6 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

### Umbesetzungen im Präsidium

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat vereinbart, in der heutigen Sitzung Umbesetzungen im Präsidium vorzunehmen, die sich aus dem veränderten Stärkeverhältnis der Fraktionen ergeben, das durch das Ausscheiden von 15 Abgeordneten aus der Fraktion der AfD entstanden ist.

Nach dem neuen Stärkeverhältnis der Fraktionen stehen der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU jetzt jeweils ein weiteres Mitglied

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was?)

und ein stellvertretendes Mitglied zu. Die Fraktion der AfD, die bislang drei Mitglieder und drei stellvertretende Mitglieder in das Präsidium entsenden durfte, ist im Präsidium künftig nur noch mit einem Mitglied und einem stellvertretendem Mitglied vertreten.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Und die SPD?)

Auf Ihren Tischen finden Sie Vorschläge für Umbesetzungen im Präsidium (*Anlage*). Wer den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Den vorgeschlagenen Umbesetzungen ist einstimmig zugestimmt worden.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

### Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Antrag der Landesregierung vom 28. Juni 2016 – Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien – Drucksachen 16/219, 16/295

**Berichterstatter: Abg. Dr. Ulrich Goll**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion und fünf Minuten für den Zusammenschluss fraktionsloser Abgeordneter festgelegt.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Sckerl für die Fraktion GRÜNE.

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hoffe, Sie halten es aus, dass ich nun schon zum dritten Mal spreche.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Aber klar!)

Aber es geht halt auch um Themen organisatorischer Art, die jetzt nicht so die ganz großen politischen Debatten – hoffe ich jedenfalls – auslösen. Wir haben hier einen normalen Vorgang vor uns. Zu Beginn einer Wahlperiode und der Amtszeit einer neuen Landesregierung gibt es Änderungen in den Zuschnitten und Abgrenzungen der Geschäftsbereiche der Ministerien. Es gibt als Voraussetzung dafür Vereinbarungen in der Koalition. Diese waren sehr transparent und wurden auch in allen Einzelheiten verkündet. Meine Fraktion ist überzeugt, dass die Lösungen, die gefunden worden sind, sachgerecht sind. Sie sind teilweise auch wirklich innovativ und etwas Neues für Baden-Württemberg.

(Hans-Ulrich Sckerl)

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Sie haben teilweise auch, wenn mir der flapsige Hinweis erlaubt ist, allseits für Zustimmung, für Freude und in den letzten Wochen teilweise auch für Heiterkeit gesorgt.

(Heiterkeit des Abg. Sascha Binder SPD)

Aber Spaß beiseite. Ich möchte mich auf die wesentlichen Punkte beschränken: die Diskussion über drei Ministerien und ihre neuen Zuschnitte.

Der Geschäftsbereich des Finanz- und Wirtschaftsministeriums wird wieder auf zwei selbstständige Ministerien aufgeteilt. Ich glaube, das ist das logische Ergebnis eines Prozesses und einer Erfahrung, die in der Vorgängerregierung gemacht wurde. Es ist die richtige Konsequenz daraus, dass es wieder ein selbstständiges Wirtschaftsministerium in Baden-Württemberg gibt, meine Damen und Herren.

Dem Wirtschaftsministerium werden zusätzlich – das war Quell einiger Kritik – aus dem Sozialministerium der Bereich Arbeit – so nenne ich ihn einfach einmal untechnisch – und aus dem Bereich des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur einige weitere Bereiche übertragen. Befürchtungen aber, dass wegen einer anderen Ressortierung die Sozialpolitik und die Arbeitnehmerrechte künftig unter die Räder kommen könnten, sind wahrhaftig nicht angebracht.

(Abg. Sabine Wölfle SPD: Das sehen wir aber ganz anders!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, es kann nicht Ihr Ernst sein, dass Sie glauben, dass für die Koalition die Frage der Ressortierung

(Zurufe von der SPD: Doch!)

über die Bedeutung eines Themas, über die Bedeutung von Arbeitnehmerrechten und sozialer Gerechtigkeit entscheidet.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Es wird sogar aufgewertet!)

Das Gegenteil ist der Fall: Dieses Thema ist den Grünen und der CDU von enormer Wichtigkeit. Wir versprechen uns von der Ansiedlung im Wirtschaftsministerium, dass sich zuzusagen die Zusammenfassung von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen unter einem Dach gegenseitig befruchten und beiden Seiten nützlich sein kann. Das ist unsere Erwartung,

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

und wir glauben, dass die neue Wirtschaftsministerin dieser Aufgabe auch gerecht werden wird, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Das bisherige Integrationsministerium wird aufgelöst. Welch eine Legendenbildung folgte daraufhin bei der Opposition! Es hieß, die neue Koalition würde das Thema Integration streichen. Das Gegenteil ist der Fall. Der Geschäftsbereich der Integration geht auf das Sozialministerium über, das deswegen auch einen neuen Titel erhält. Ich verspreche Ihnen – Sie wer-

den es sehen, und wir lassen uns auch daran messen –: Das Thema Integration wird dadurch eine größere Rolle spielen als jemals zuvor, jedenfalls als in diesem Minimisterium, das es nun einmal leider in der vergangenen Wahlperiode auch durch Ihr Zutun gegeben hat.

(Abg. Sabine Wölfle SPD: Das waren große Fußstapfen! Da müssen Sie erst mal reintreten!)

Das ist sicher. Das Thema Integration steht ganz weit vorn auf der Agenda

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Schon seit fünf Jahren!)

dieser grün-schwarzen Regierung und dieser Koalition.

Dass die bisherigen Zuständigkeiten im Bereich der Migration auf das neu gefasste Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration übergehen, ist auch eine relativ logische Angelegenheit, macht Lösungen aus einer Hand möglich.

Der Geschäftsbereich Europa – auch das ist für uns eine richtige Entscheidung – geht vom Staatsministerium zum Justizministerium; das umfasst die beiden Bereiche für die Vertretung des Landes bei der Europäischen Union. Jetzt hat der Justizminister auch noch den Tourismus dazubekommen – allseits Anlass für Heiterkeit und sarkastische Bemerkungen. Das hat aber, meine Damen und Herren, überhaupt nichts mit der bekanntlich guten Ausstattung der Justizvollzugsanstalten im Land und sonstiger Dinge zu tun, über die man im Vorfeld lesen konnte, sondern der Grund dafür ist ausschließlich der enge sachliche Zusammenhang mit den europäischen Themen. Deswegen haben wir das gemacht und glauben, dass das eine gute Lösung wird.

Die anderen Zuschnitte im Bereich des Verkehrsministeriums oder aber des Umweltministeriums mit Zuständigkeiten für Naturschutz und Landschaftspflege folgten dem gleichen Gedanken einer stringenten Zuordnung und einer guten Arbeitsfähigkeit der neuen Ministerien. Ich glaube, die Sache ist rund, und bitte Sie deshalb, dem Antrag der Landesregierung heute zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Lasotta.

**Abg. Dr. Bernhard Lasotta** CDU: Lieber Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, werte Kollegen! Der neue Zuschnitt der Ministerien ist sinnvoll und zu begrüßen. Es werden in dieser neuen Landesregierung innovative Akzente gesetzt, die vor allem über den klassischen Ressortzuschnitt hinausgehen. Das ist auch völlig selbstverständlich, weil sich natürlich die Welt verändert hat und Baden-Württemberg sich verändert hat. Es werden vor allem auch Fehlentwicklungen aus den vergangenen fünf Jahren korrigiert.

Ein Beispiel: Das kleine, nicht schlagkräftige, mit keinen nennenswerten Finanzmitteln ausgestattete Integrationsministerium, das überhaupt keine Wirkung innerhalb der Landesregierung entfalten konnte

(Dr. Bernhard Lasotta)

(Lachen der Abg. Sabine Wölfle SPD – Abg. Sabine Wölfle SPD: Das ist jetzt aber komisch! – Weitere Zurufe)

und damit auch oft zum Gegenstand von Spott in der Öffentlichkeit wurde, wird jetzt auf eine ganz andere Ebene gehoben.

(Zurufe der Abg. Sabine Wölfle und Sascha Binder SPD)

Der Bereich der Integration wird an das Sozialministerium angegliedert – an ein großes, wichtiges Haus innerhalb der Landesregierung – und kann damit auch Wirkung entfalten, weil die Stellung innerhalb der Landesregierung eine ganz andere ist und weil wir Integration als Querschnittsaufgabe begreifen, nicht isoliert zu stehen, sondern eine Koordinierungsfunktion innerhalb sämtlicher Bereiche der Landesregierung einzunehmen.

Insofern ist es eine richtige und wichtige Entscheidung, das Thema „Migration und Integration“ aufzuteilen, also die gesellschaftlichen Wirkungen zu betrachten, zu schauen, wie das Ehrenamt, wie die Kommunen bei der besseren Eingliederung der zu uns Gekommenen, der Menschen mit internationalen Wurzeln, der Flüchtlinge unterstützt werden können, und den Bereich Migration im Innenministerium zu bündeln, wo ja auch die ausländerrechtlichen Bereiche mit angesiedelt sind. Das ist wesentlich innovativer und effizienter. Damit zeigt die Regierung, dass sie Fehlentwicklungen erkannt hat, die sie auch zu korrigieren bereit ist.

Ganz wichtig war es, das Finanz- und Wirtschaftsministerium wieder zu trennen, um dem Bereich der wirtschaftlichen Entwicklung im Wirtschaftsministerium eine eigenständige Bedeutung zu geben und Akzente zu setzen. Das Wirtschaftsministerium wird aufgewertet durch den wichtigen Bereich Arbeit, aber auch die Bereiche Infrastruktur, Baurecht, Bauplanungsrecht – viele Bereiche, die letzten Endes auch für die Steuerungsfunktion wichtig sind.

Dieser künstliche Widerspruch zwischen Wirtschaft und Arbeit, der jetzt im Vorhinein diskutiert wurde, den gibt es doch in Baden-Württemberg überhaupt nicht, sondern das Entscheidende ist doch, dass Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam ihre Interessen vertreten. Jeder kluge Arbeitgeber achtet darauf, dass die Bedingungen für seine Arbeitskräfte gut sind, dass diese gut ausgebildet sind, dass sie gefördert und unterstützt werden, weil das letzten Endes auch den wirtschaftlichen Erfolg des Handwerks, des Mittelstands, unserer Wirtschaft sichert.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Das steht in der Literatur anders!)

Genauso ist es andersherum: Die Menschen sind froh, wenn sich ein starkes Ministerium auch um die Arbeitsmarktförderung kümmert, wenn Bereiche im Sozialministerium bleiben, die dann auch wichtig sind zur Absicherung der Rechte der Arbeitnehmer. Insofern ist das eine sehr kluge Aufteilung, die eher Bereiche zusammenfasst, als künstliche Widersprüche zu produzieren. Deswegen halte ich das für eine der wirklich innovativsten Entscheidungen dieser Landesregierung.

Der Bereich der Justiz wird mit dem Thema Europa deutlich aufgewertet. Die wichtigen gesetzgeberischen Entscheidungen

werden heute in Europa getroffen. Es ist daher wichtig, direkt vor Ort die Beobachtung der Gesetzgebungssituation zu haben. Insofern glauben wir, dass damit innovative Schritte gesetzt werden können.

Viel wichtiger, als über den Bereich Tourismus zu diskutieren, ist es, dass wir bei der Zahl der Richter und Staatsanwälte, die jetzt schon nach den PEBB§Y-Bemessungen mit bis zu 200 Stellen unterbesetzt sind, in der ordentlichen Gerichtsbarkeit Nachsteuerung schaffen und genauso die Absenkung der Eingangsbesoldung, die gerade im Justizbereich zu Problemen geführt hat, qualifizierte Leute zu finden, wieder auflösen. Auch das sind innovative Bereiche, die diese Landesregierung anpasst.

Die CDU-Landtagsfraktion freut sich, diese Abgrenzung der Geschäftsbereiche mittragen zu können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Binder.

**Abg. Sascha Binder SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Sckerl, Sie sagten gerade, bei einer Ressortaufteilung gehe es nicht um große politische Debatten, sondern um rein organisatorische Dinge der Zusammenarbeit der Ministerien untereinander, der Verteilung der einzelnen Abteilungen und Referate. Wenn das so einfach wäre, wie Sie es beschrieben haben, dann frage ich mich, warum diese Landesregierung über zwei Monate gebraucht hat, um diese Ressortverteilung diesem Landtag vorzulegen. In der letzten Legislaturperiode haben wir bereits in der 5. Sitzung des Landtags die Ressortverteilung verabschiedet. Also kann es doch nicht nur um organisatorische Fragen gegangen sein, sondern um hochpolitische Diskussionen in Ihrer Koalition, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sascha, du warst auch schon besser!)

Vielleicht hat es auch damit zu tun, dass Sie gehofft haben, dass bis zur Debatte im Landtag, bis zum parlamentarischen Verfahren alle Witze zum Thema „Tourismus und Justiz“ gemacht worden sind. Ich habe heute bei dem, was Kollege Lasotta und Kollege Sckerl hier berichtet haben, gelernt, dass nicht der Bereich Tourismus zum Justizministerium gekommen ist,

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Das kam zu Europa!)

sondern dass der Bereich Europa dann dazugekommen ist, um eine Erklärung dafür zu finden, warum Tourismus im Justizministerium angesiedelt sein soll.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Tourismus kam zu Europa und Europa zur Justiz!)

Das ist eine Argumentation, der ich leider nicht folgen kann, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben davon gesprochen, dass die Auflösung des Integrationsministeriums eigentlich eine Petitesse sei, eine Notwen-

(Sascha Binder)

digkeit, um eine Querschnittsaufgabe in der Landesregierung zu etablieren, und dass dieses Ministerium viel zu klein gewesen sei, um schlagkräftige Arbeit zu leisten. Wir sehen das anders.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Das hat die Ministerin damals selbst gesagt!)

Sie merken es auch jetzt bei der Umressortierung, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ehemaligen Integrationsministeriums bis heute immer noch nicht wissen, in welches Ministerium sie jetzt kommen, ob sie ins Innenministerium oder ins Sozialministerium kommen.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Diese Umressortierung scheint also noch im Gang zu sein, und Sie sind sich im Detail nicht klar, wer jetzt für was zuständig ist.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

In den Ausschussberatungen haben wir einige Fragen klären wollen, bei denen sich für uns im Hinblick auf die Nebenabreden noch Unklarheiten ergeben haben. Da war die Frage, wer denn in Zukunft für den Breitbandausbau in diesem Land zuständig ist, das Ministerium für Ländlichen Raum oder das Ministerium für Digitalisierung. Dazu gab es die Antwort, in Zukunft sei das Ministerium für Ländlichen Raum nach wie vor für den Breitbandausbau zuständig. Deshalb stellt sich mir schon die Frage, weshalb das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration im Digitalisierungspaket 150 Millionen € für den Breitbandausbau festlegen lassen wollte. Vielleicht können Sie das noch einmal aufklären. Wer ist jetzt für Digitalisierung zuständig: der Innenminister oder der Landwirtschaftsminister? Die Leute, die etwas von Digitalisierung verstehen, würden das sicher gern erfahren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Ist Digitalisierung nur Breitband?)

Nun zu der Ansiedlung des Bereichs Arbeit im Wirtschaftsministerium. Herr Kollege Sckerl, wenn Sie das so sehen, wie Sie uns das vorhin eindrucksvoll begründet haben,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das sehen wir so, Herr Kollege, genau so!)

dann frage ich mich, warum es in Ihrer Koalition genau darum einen Streit gab.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Keinen Streit! Es gab eine Diskussion, aber keinen Streit!)

Wer davon spricht, dass das Sozialministerium für den sozialen Zusammenhalt zuständig ist, der muss auch den Bereich Arbeit in diesem Ministerium ansiedeln, ganz allein deshalb, weil auch die übrigen Gesetzgebungszuständigkeiten für diesen Bereich im Sozialministerium vorherrschend sind.

Sie, Herr Lasotta, versuchen, einen Widerspruch zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und einen Widerspruch zwischen Arbeit und Wirtschaft aufzulösen.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Diesen Widerspruch gibt es nicht, wenn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Arbeit sind. Da sind für die Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände als Tarifparteien zuständig. Es geht uns doch darum, was mit den Menschen passiert, die nicht auf dem Arbeitsmarkt unterkommen, denen wir helfen müssen, wieder auf den Arbeitsmarkt zu kommen. Da, glauben wir, ist die Zuständigkeit besser im Sozialministerium angesiedelt als im Wirtschaftsministerium,

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Ohne die Wirtschaft geht es doch gar nicht!)

in dem dieser Bereich eine untergeordnete Rolle spielt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wie kommen Sie zu dieser Behauptung?)

Insofern kommen wir zu dem Ergebnis, dass wir dieser Ressortverteilung nicht zustimmen können, weil sie eine falsche Widerspiegelung Ihrer Politik darstellt. Deshalb können wir dies heute nur ablehnen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Stefan Räßle AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Abg. Weinmann.

**Abg. Nico Weinmann FDP/DVP:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bewertung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien fällt für die Freien Demokraten durchaus ambivalent aus. Einerseits begrüßen wir die Auflösung des Integrationsministeriums und die Ressortierung dieses Bereichs im Sozialministerium.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Sehr gut!)

Wir denken, dass dies eine wirtschaftlich vernünftige, aber auch der gesellschaftlich wichtigen Bedeutung der Integration dienliche Maßnahme ist. Dieser Bereich findet im Sozialministerium eine solide Plattform.

Auch begrüßen wir die Korrektur der Zusammenlegung des Finanz- und Wirtschaftsministeriums. Von vornherein waren der Zuschnitt deutlich zu groß und die Aufgabenvielfalt zu übermäßig, sodass das Superministerium keine sinnvolle Lösung war. Aufgrund der Zukunftsherausforderungen ist es sinnvoll, dass die starke Wirtschaft in Baden-Württemberg ein eigenständiges Ministerium als Ansprechpartner hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ein Wermutstropfen ist die Ressortierung der Digitalisierung im Innenministerium. Digitalisierung ist ein Querschnittsthema, welches am Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg nach unserer Auffassung im Wirtschaftsministerium angesiedelt sein sollte – eine Auffassung, die Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, zumindest noch bis zur Wahl geteilt haben. Die Befassung des Innenbereichs mit diesem Thema erfolgt von vornherein unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit.

(Nico Weinmann)

Dies ist ein sicherlich wichtiger Aspekt, aber er birgt zunächst die Gefahr, die Risiken groß- und die Chancen der Digitalisierung kleinzureden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Dass die Digitalisierung im Innenbereich fachfremd ist, zeigt sich auch daran, dass hierfür erst jetzt völlig neue und mitunter kostspielige Strukturen im Innenministerium aufgebaut werden müssen.

Schlicht nicht nachvollziehbar ist aber für unsere Fraktion die Aufnahme des Tourismus ins Justizministerium. Hier sind keine inhaltlichen Gründe erkennbar. Es geht hier offensichtlich nicht um die Sache, sondern um Personen. Insoweit ist die allgemein geäußerte Kritik richtig. Für viele stellvertretend darf ich den Vorsitzenden des Richterbunds, Matthias Grewe, anführen, der zunächst an einen Witz glaubte. Er könne – so sagte er einer Stuttgarter Zeitung – keinen inhaltlichen Zusammenhang zwischen Justiz und Tourismus erkennen. Und die Zugabe wertet er als Geringschätzung der Aufgaben der Justiz.

Aber auch die Tourismusbranche reagiert wenig amüsiert. Man fühlt sich als politische Verschiebemasse. Der Präsident des Hotel- und Gaststättenverbands, Fritz Engelhardt, stellt klar, dass man den Tourismus mit gut 20 Milliarden € Umsatz in erster Linie als wichtigen Wirtschaftsfaktor für Baden-Württemberg sehe. Für den Umzug ins Justizministerium könne er keinen sachlichen Grund erkennen.

Für uns Freie Demokraten ist klar: Es darf keine weitere Schwächung der Justiz oder gar eine Entwertung durch den neuen Bereich Tourismus im Justizministerium geben.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Um Gottes willen!  
Das wird auch nicht passieren!)

Ich bin dem Justizminister insoweit dankbar, dass er sich daran messen lassen möchte, dass eine Geringschätzung der Aufgaben der Justiz eben nicht eintreten wird. Allerdings steht die bekannt gegebene Geheimabsprache, die Nebenabrede zum Koalitionsvertrag, die Strukturen der Justiz und der Gerichte sowie die mögliche Zusammenfassung von Gerichten zu überprüfen, im Widerspruch zum Koalitionsvertrag,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist kein Widerspruch, Herr Kollege! – Gegenruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

in dem bekanntlich die Aufrechterhaltung einer bürgernahen Justiz durch den Erhalt der Zahl der Amts- und der Landgerichte – der Zahl, Herr Kollege Sckerl –, die durch eine Zusammenfassung beeinträchtigt würde, zugesichert wurde. Die damit eingetretene Verunsicherung in der Justiz ist gleichwohl ein denkenswert schlechter Start.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: War aber leicht auflösbar, weil die Zahl der Gerichte nicht reduziert wird!)

Die Aufgaben in der Justiz sind immens. In der Tat werden wir hier ein waches Auge darauf werfen,

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Sehr gut!)

dass die wichtigen Belange der Justiz nicht unter dem warmen Scheinwerferlicht des Tourismus unter die Räder kommen.

Insgesamt bei der Abwägung und in Summe können wir daher dem Antrag nicht zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie der Abg. Rainer Hinderer und Sascha Binder SPD – Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die AfD-Fraktion erlaube ich Herrn Abg. Dr. Grimmer das Wort.

**Abg. Dr. Bernd Grimmer** AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Politiker können alles. Das Problem dabei ist: Nur sie selbst sehen es so. Dem Bürger selbst wird es nur alle paar Jahre nahegebracht, nämlich dann, wenn nach Wahlen ein wildes Revirement der Ressorts veranstaltet wird und man sieht, dass völlig fremde Sachbereiche zusammen- oder auseinandergewürfelt werden. Die Bürger registrieren das dann mit großer Verwunderung – aber die Zeit geht ja darüber.

Das hat eine lange Tradition. Schon vor einem halben Jahrhundert gab es einen Innenminister Höcherl, der vom Innenressort zum Landwirtschaftsressort migrierte. Ich habe ihn deshalb herausgesucht, weil er mit der Aussage berühmt wurde, die Beamten könnten nicht den ganzen Tag mit dem Grundgesetz unter dem Arm herumlaufen. Aktuell haben wir eine Bundesministerin, die vom Frauenministerium ins Verteidigungsministerium katapultiert wurde. Jetzt haben wir eine Armee mit Kinderbetreuung, allerdings wenig abwehrbereit.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

Gemessen an diesen Gepflogenheiten des Bundes sind die Ressortverteilungen hier in Baden-Württemberg auf den ersten Blick geradezu bodenständig.

(Zuruf: Jetzt!)

Wer sollte sich da noch an Kleinigkeiten stören, z. B. dass dem Justizministerium – für uns schwer nachvollziehbar – der europapolitische Bereich zugeschlagen und ihm dann noch die schwere Last des Tourismussektors aufgebürdet wurde? Irgendwo kommt einem dann in den Sinn, dass das alles mehr mit Koalitionsarithmetik zu tun hat als mit sachlichen Bezügen.

(Beifall bei der AfD)

Hier, meine Damen und Herren, setzt unsere Kritik an. Es ist schon fraglich, dass Ressorts hin- und hergeschoben werden, nur damit sich keiner der Koalitionspartner benachteiligt fühlt. Finanzielle Abwägungen oder gar sachliche Fragen treten dabei anscheinend in den Hintergrund. Es erschließt sich uns nicht, warum manche Ministerien plötzlich umgebaut werden, die scheinbar über Jahre hinweg gut gearbeitet haben.

Da wird beispielsweise der Naturschutz – das wurde jetzt noch nicht genannt –, ein zentraler Bereich bei der Ausgestaltung

(Dr. Bernd Grimmer)

der Politik für den ländlichen Raum, aus ebendiesem Ressort ausgelagert und den Grünen übertragen.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Wir haben das schon vorher gehabt!)

Wenn die CDU weiterhin die Interessen des ländlichen Raums vertreten will, sollte sie sich das nicht aus der Hand nehmen lassen.

Hier werden Ministerien aus Prestige Gründen und Parteiinteressen zerrissen; praktische Überlegungen treten in den Hintergrund.

Auch wenn wir die Abschaffung des eigenständigen Integrationsministeriums befürworten, verwundert es vor dem Hintergrund der gestrigen Debatte dennoch, dass das Ressort Integration nun gerade ins Sozialministerium eingegliedert wurde. Gestern war man sich hier im Haus noch einig, dass Integration ein Thema über alle Ressorts – angefangen beim Arbeitsressort – ist. Dies betrifft natürlich auch die Sozialpolitik, aber nicht nur. Integration kann nicht nur die Einschleusung in Sozialsysteme bedeuten.

(Beifall bei der AfD)

Diese Zuordnung darf daher als mehr als unpassend bezeichnet werden.

Die Aufteilung der Ressorts und die Aufteilung der Zuständigkeiten erfolgte hier – zumindest in Teilen – nach parteipolitischen Interessen und nicht nach rationalen Überlegungen, die auch den Bürgern dienen. Bei einer solchen Schwerpunktsetzung kann das von uns nicht mitgetragen werden.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Stefan Herre [fraktionslos])

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für den Zusammenschluss fraktionsloser Abgeordneter erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Meuthen.

**Abg. Dr. Jörg Meuthen** (fraktionslos): Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete! „Ministerium für Allerlei“ titelte die „Süddeutsche Zeitung“, „Bizarr“ nennt es die „Badische Zeitung“, „Der Justizminister – größter Hotelier des Landes“ schreibt die „Stuttgarter Zeitung“ und greift dabei eine Aussage von Günther Oettinger auf. Das Zusammenlegen der Bereiche Tourismus und Justiz sorgt bei vielen für Kopfschütteln, selbst in den eigenen Reihen der CDU. Herr Strobl – leider gerade nicht da – erntete von den Journalisten höhnisches Gelächter, als er kürzlich sagte – wörtliches Zitat –:

... das hat doch irgendwie miteinander zu tun.

Aber so abwegig ist das tatsächlich vielleicht gar nicht. Kabarettist Volker Pispers hat einmal durchgerechnet, wie viel wir pro Monat für die Unterbringung von Häftlingen in unseren Justizvollzugsanstalten zahlen, und kam zu dem interessanten Ergebnis, dass es uns Steuerzahler weit weniger kosten würde, alle Strafgefangenen permanent all-inclusive in türkischen Hotels unterzubringen, als sie in unseren JVA einzuquartieren.

(Lachen des Abg. Winfried Mack CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ist das Ihr Vorschlag?)

Wer weiß, vielleicht ist das ja der Ursprung des Gedankens der CDU, beides habe irgendwie miteinander zu tun.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD)

Wer weiß, wenn jetzt die Ministerien der Justiz und für Tourismus zusammenlegen, können wir es vielleicht so machen wie damals England mit Australien und sparen dabei noch eine Menge Geld. Vielleicht ist das der Vater des Gedankens; ich weiß es nicht.

Aber einmal ernsthaft: Ich finde das Versöhnungsgeschenk an Herrn Wolf großzügig. Ich bin mir nicht sicher, ob ich einen Parteikollegen nach einem so desaströsen Wahlkampf auch noch derart belohnen würde. Nun ja, dafür durfte Herr Strobl ja auch in die erste Reihe rücken.

Aber allen parteiinternen Nettigkeiten zum Trotz müssen wir uns doch genau überlegen, was wirklich zielführend ist. So halte ich z. B. die Ausgliederung des Bereichs Europa aus dem Staatsministerium für höchst problematisch. Jetzt fehlt die Anbindung an den Ministerpräsidenten. Das sehe ich ja nicht allein sehr kritisch. Auch der Politologe Wolfgang Seibel etwa sieht in der Neuverteilung eine Abwertung des Themas, und die wird ihm nicht gerecht.

Es muss für Herrn Wolf ein harter Schlag gewesen sein, als die Vertreter der Arbeitgeberverbände eine Kampagne starteten, um zu verhindern, dass er – wie zunächst beabsichtigt – Wirtschaftsminister wird. Ist der neue Ministerposten für dies und das also ein Trostpreis? Vielleicht. Aber sehen Sie es auch als Chance, zu wachsen. Ihr Herz schlägt für Fragen der europäischen Integration. Darum passen Sie eigentlich sogar recht gut zu diesem Themengebiet. Nur die Sache mit dem Tourismus kann man drehen und wenden, wie man will: Das bleibt wirklich schräg.

Reden Sie einmal mit den Betroffenen; das ist ja schon angeklungen. Die Tourismusbranche sieht sich selbst zur politischen Verschiebemasse degradiert. Mehr als 300 000 Beschäftigte und gut 20 Milliarden € Umsatz – sollte so ein Geschäftsbereich nicht eigentlich dem Wirtschaftsministerium zugeordnet werden? Gehört er da nicht hin?

Auch Aussagen wie die des Vorsitzenden des Richterbunds, Matthias Grewe, sollte doch gerade Herr Wolf als ehemaliger Richter ernst nehmen. Erst wollte Herr Grewe gar nicht glauben, was da stattgefunden hat, nur um dann festzustellen, wie gering die Wertschätzung gegenüber den Aufgaben der Justiz ist, die sich dahinter verbirgt. Gerade in diesem Themenfeld ist ein Minister aber stark gefordert.

Herr Wolf ist leider nicht da. Ich wollte ihn fragen, ob er wirklich so viele Ressorts unter sich braucht, um sich auf der Spielwiese der Politik zu profilieren. Er sollte doch lieber ein Themengebiet wahrnehmen – und das richtig –, sonst endet das am Ende wie sein Wahlkampf.

Auch dass die Themenbereiche Migration und Integration, die zueinander gehören, auf zwei verschiedene Ressorts verteilt werden, deren Chefs auch noch aus unterschiedlichen Parteien sind, halte ich für wenig zielführend. Herr Seibel geht sogar noch einen Schritt weiter. Er bezeichnet die Trennung dieser beiden Themen als Sollbruchstelle.

(Dr. Jörg Meuthen)

Immerhin: Das unsägliche eigene Integrationsministerium der letzten Legislaturperiode gibt es nun nicht mehr. Das ist bei allem, was an neuen Ressortzuschnitten zu kritisieren ist, doch ein Erfolg, ebenso übrigens wie die vorgenommene erneute Trennung des Finanz- und Wirtschaftsministeriums; auch diese ist richtig.

So sind alte Fehler bei der neuen Abgrenzung der Geschäftsbereiche beseitigt worden, um sogleich andere, neue zu schaffen. Es bleibt wohl ein frommer Wunsch, dass die Ressortzuschnitte, wie es eigentlich sein müsste, allein nach fachlichen Kriterien vorgenommen werden und dabei parteipolitische Begehrlichkeiten und persönliche Eitelkeiten schlicht außer Betracht bleiben.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Hört, hört!)

Hoffen wir, dass es für diese Regierung keine weitere Chance der Heilung nach den nächsten Wahlen geben wird, und leben wir nun mit den neu geschaffenen Mängeln. Was bleibt auch? Machen wir es so.

Danke.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatsminister Murawski das Wort.

**Staatsminister Klaus-Peter Murawski:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich darf zu den vorgetragenen Argumenten zur Geschäftsabgrenzung der Landesregierung kurz Stellung nehmen. Ich glaube, ich kann mir eine Einführung in den Sachverhalt ersparen, und verweise insofern auf die Ihnen vorliegende Vorlage.

Zunächst zum Argument, dass die Zuordnung des Bereichs Arbeitsmarktpolitik, des Themas Arbeit zum Wirtschaftsministerium eine Ausblendung der sozialen Fragen der Arbeitslosigkeit bedeuten würde. Das ist keinesfalls der Fall. Der Arbeitsmarkt ist so zu gestalten, dass es nicht zur Arbeitslosigkeit kommt. Das ist eines der zentralen Themen der Wirtschaftspolitik. Weil es ein zentrales Thema der Wirtschaftspolitik ist, Arbeitslosigkeit zu verhüten und Arbeitslosigkeit durch Dynamik aufzuheben – nicht zu verwalten –, war das eine bewusste und richtige Entscheidung der Landesregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Meine Damen und Herren, es wurde darüber hinaus infrage gestellt, wie die Federführung des Themas Digitalisierung beim Innenministerium zu bewerten sei. Ich darf darauf hinweisen, dass Federführung bei der Landesregierung das Normalste der Welt ist. Natürlich ist in irgendeiner Weise fast jedes Ministerium mit der Digitalisierung befasst, nach wie vor auch das Ministerium für Ländlichen Raum. Es ist aber notwendig, die Aufgabe zu bündeln und mit einer Federführung zu versehen. Das haben wir im Innenministerium getan. Ich halte das für sachlich absolut zu rechtfertigen.

Ich darf darauf hinweisen, dass wir bei dem, was im Moment zwischen dem Ministerium für Ländlichen Raum und dem Innenministerium diskutiert wird, noch eine unterschiedliche Ebene haben. Die bisher bestehenden und noch immer bestehenden Zuständigkeiten des Ministeriums für Ländlichen Raum

sind eine Frage des Geschäftsverteilungsplans. Das hat nie die hohe Ebene der Geschäftsbereichsabgrenzung erreicht, über die wir hier reden. Deswegen ist es nicht bis in dieses Hohe Haus gelangt, sondern wird zwischen den Ministerien auf fachlicher Ebene erledigt werden.

Ich darf auch betonen, dass die Landesregierung eine hohe Achtung und großen Respekt vor allen Einrichtungen der Justiz hat. Die Zuordnung des Bereichs Tourismus zum Ministerium der Justiz und für Europa hat nicht mit diesem wesentlichen zentralen Bereich, sondern, wie vorhin schon von Abg. Sckerl ausgeführt worden ist, mit den europapolitischen Netzwerken und Beziehungen zu tun.

Es ist zwar so, dass der Tourismus in Baden-Württemberg stattfinden soll – übrigens da nicht nur im ländlichen Raum, sondern sehr wohl auch in den Städten; daran allein sehen Sie schon, dass immer eine gewisse Auswahl notwendig ist, um dieses Thema zuzuordnen, weil es viel zu viel umfasst, um in einem großen Ministerium endgültig und abschließend richtig angesiedelt sein zu können –, aber wir wollen die Menschen, die in unser Land kommen, um sich hier zu erholen oder seine Schönheiten zu genießen, vor allem im europäischen Raum ansprechen. Deswegen ist die Verbindung zu Europa unzweifelhaft gegeben.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wenn man sie schafft!)

Jedenfalls ist der Respekt und die Ehrerbietung gegenüber der Justiz damit in keiner Weise angesprochen – die Unterstützung der Justiz übrigens auch nicht; das hat der Ministerpräsident eigentlich schon klargestellt. Selbst in dem Papier, das gestern diskutiert worden ist, ist von „Gebäudezentren“ die Rede. Es geht darum, das Facility Management der Gerichtsbarkeit zu verbessern, und nicht darum, die Zahl der Gerichte zu reduzieren. Das ist eine der selbstverständlichsten Ausnutzungen von Effizienzsteigerungsmöglichkeiten, die man auch bei ehrwürdigen Einrichtungen wie den Gerichten hinterfragen darf.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Diese Landesregierung hat sich vorgenommen, die sogenannten PEBB§Y-Vergleichszahlen, also die Vergleichszahlen des Bedarfs an Richterinnen- und Richter- sowie Staatsanwältstellen, die bundesweit erhoben werden, zur Grundlage ihrer Stellenschaffungsanträge zu machen, wie die Vorgängerregierung auch. Wir wollen schrittweise 213 Stellen für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwälte in den Staatshaushaltsplänen verwirklichen. Daraus kann man wirklich sehen, dass wir die Arbeit für notwendig, verstärkungswürdig und respektabel halten.

Meine Damen und Herren, eine letzte Bemerkung zur Integration und Erstaufnahme: Die Erstaufnahme ist in erster Linie eine Frage der Registrierung, der Zuordnung, der Erfassung und deswegen auch auf Bundesebene beim Bundesminister des Innern angesiedelt. Insofern ist es völlig richtig, dass dies dem Landesinnenministerium übertragen worden ist. Hier ist eine starke Zusammenarbeit mit der Polizei und mit Ordnungsbehörden der Kommunen notwendig.

Die Integration geht erstens über Menschen, die als Flüchtlinge zu uns kommen, weit hinaus. Gemeint ist mit diesem Thema bei der Landesregierung ein umfassender Integrationsbe-

(Minister Klaus-Peter Murawski)

griff, der die ganze Gesellschaft umfasst. In diesem Sinn ist das Sozialministerium auch weitaus mehr als ein Ministerium für Sozialfälle. Es ist im eigentlichen Sinn ein Lebensministerium.

(Zuruf des Abg. Daniel Born SPD)

Minister Lucha ist zuständig für existenziell relevante Situationen – ich zitiere da gern Markus Söder – „von der Wiege bis zur Bahre“.

(Zuruf des Abg. Daniel Born SPD)

Er hat mit diesen das reale Leben unmittelbar ansprechenden Aufgaben die Instrumente in der Hand, um die Gesellschaft zusammenzuführen. Das ist in diesem Sinn ein Ministerium für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 16/295. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 8 erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

#### **Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu**

**a) dem Antrag der Landesregierung vom 5. Juli 2016**

**b) dem Antrag der Landesregierung vom 12. Juli 2016**

#### **Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksachen 16/274 (Geänderte Fassung), 16/307, 16/296**

**Berichterstatter: Abg. Andreas Stoch**

Meine Damen und Herren, ich weise darauf hin, dass die Landesregierung am 19. Juli 2016 im Nachgang der Sitzung des Ständigen Ausschusses vom 14. Juli 2016 den Antrag der Landesregierung, Drucksache 16/274 (Geänderte Fassung), vorgelegt hat. Dieser liegt auf Ihren Tischen und wurde auch bereits unmittelbar nach Eingang an die Fraktionen und den Zusammenschluss fraktionsloser Abgeordneter verteilt.

Die Drucksache 16/274 (Geänderte Fassung) ist damit aufgerufen. Die Änderung betrifft Herrn Minister Thomas Strobl und Frau Ministerin Edith Sitzmann, die beide dem Verwaltungsrat der Landeskreditbank Baden-Württemberg angehören. Ihre Funktionen werden getauscht. Frau Ministerin Edith Sitzmann MdL ist Vorsitzende des Verwaltungsrats, Herr Minister Thomas Strobl ist stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrats.

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion und fünf Minuten für den Zusammenschluss fraktionsloser Abgeordneter festgelegt.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Kollegin Lindlohr.

**Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute im Plenum über den Antrag der Landesregierung, den der Präsident gerade aufgerufen hat. Die Beratungen im Ständigen Ausschuss liegen auch noch nicht lange zurück.

Ich möchte noch einmal in dieses Thema einführen. Es geht um Artikel 53 Absatz 2 der Landesverfassung, den ich gern zitieren möchte:

*Die hauptamtlichen Mitglieder der Regierung dürfen kein anderes besoldetes Amt, kein Gewerbe und keinen Beruf ausüben. Kein Mitglied der Regierung darf der Leitung oder dem Aufsichtsorgan eines auf wirtschaftliche Betätigung gerichteten Unternehmens angehören. Ausnahmen kann der Landtag zulassen.*

Dies lassen wir auch in aller Regelmäßigkeit zu, nämlich bei den Unternehmen, die dem Land ganz oder teilweise gehören, oder bei Landesinstitutionen in einer privaten Rechtsform. Das ist natürlich höchst sinnvoll.

Zum einen handelt es sich dabei um wirtschaftlich tätige Unternehmen, die auf die eine oder andere Weise in den Besitz oder den teilweisen Besitz des Landes gelangt sind, wie beispielsweise die EnBW oder die Rothaus AG.

Zu diesen kommen Unternehmen mit landespolitischen Aktivitäten hinzu, bei denen der Landtag in der Vergangenheit beschlossen hat, dass sie in einer privaten Rechtsform geführt werden, wie z. B. die Baden-Württemberg Stiftung, die in der Rechtsform einer gGmbH geführt wird, oder die e-mobil BW GmbH. Diese Agenturen haben in der Wirtschaftsförderung den Vorteil, dass sehr gut weitere Akteure aus den Forschungsinstituten und der Wirtschaft eingebunden werden können – ein Instrument, das sich bewährt hat.

Die Besetzungsvorschläge der Landesregierung liegen vor. Die Landesregierung entscheidet selbst darüber, welches Mitglied welchem Gremium angehören soll. Meine Fraktion und ich sehen diese Besetzungen als sachgerecht an. Außerdem wird in einem weiteren Schritt üblicherweise die Exekutive, die Landesregierung, auf das Parlament zugehen und einen Teil der Sitze in den Gremien der landesbeteiligten Unternehmen auch der Legislative anbieten, sodass wir den einen oder anderen Kollegen in Zukunft auch in solchen Gremien finden werden.

Ich bin mir sicher, dass die Mitglieder der Landesregierung, denen wir heute diese Genehmigung erteilen wollen, dort zum Wohle unseres Landes handeln werden – verlässlich, nachhaltig und innovativ.

Die Fraktion GRÜNE wird dem vorliegenden Antrag zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Lasotta.

**Abg. Dr. Bernhard Lasotta** CDU: Lieber Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, wertere Kollegen! Ich glaube, der Sachverhalt ist weitgehend ausgeführt und bekannt. Ihnen liegen zudem die entsprechenden Besetzungsvorschläge der Regierung vor.

Die Zustimmung wird üblicherweise ohne größere Diskussion hier im Parlament erteilt. Aber jetzt gab es auch noch Berichterstattungen und Fragen, und es wurde um bestimmte Besetzungen herum schon auch ein bisschen nebulös etwas aufgebaut, was im Grunde überhaupt nicht sachgerecht ist.

Die Verteilung der entsprechenden Besetzungen spiegelt die große Kompetenz der Landesregierung wider, der Ministerinnen und Minister, der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre, die im Interesse des Landes die Aufgaben wahrnehmen. Daran haben wir alle als Parlamentarier und hat die CDU-Landtagsfraktion im Besonderen ein großes Interesse.

Eignung, Befähigung, hohe Einsatzbereitschaft zeichnen die Regierungsmitglieder aus. Deswegen halten wir die Besetzung auch für sachgerecht. Es werden analog zu den Kompetenzen, die auch in den Ministerien verändert wurden, letzten Endes Schwerpunkte gebildet. Damit glauben wir, dass das Land Baden-Württemberg auch eine hervorragende Vertretung in den landeseigenen Unternehmen und den entsprechenden Instituten und Organen haben wird.

Wie harmonisch das Ganze innerhalb der Landesregierung abgelaufen ist, zeigt auch der Wechsel, der innerhalb des Verwaltungsrats der L-Bank zwischen der Finanzministerin und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten jetzt noch stattgefunden hat. Denn weil die Sachkompetenz auch im Finanzministerium und in der Persönlichkeit von Edith Sitzmann liegt, bestand der berechtigte Wunsch, dass sie hier den Vorsitz führt. Ich finde, es ist sehr respektabel, lieber Herr Innenminister Thomas Strobl, dass darüber kein Streit entstanden ist, sondern man sich innerhalb der Landesregierung selbstverständlich geeinigt hat.

Was ich nicht verstehen kann, ist der Popanz, der darum herum aufgebaut wurde, ob tatsächlich eine Eignung des Innenministers vorhanden sei oder nicht.

(Abg. Sascha Binder SPD: Das ist legitim!)

Die Eignung ist nach den entsprechenden Vorschriften klipp und klar gegeben; das hat das Innenministerium auch deutlich gemacht. Sowohl in seiner Tätigkeit als Rechtsanwalt als auch in seiner langjährigen Tätigkeit im Verwaltungsrat der Kreissparkasse Heilbronn sind Zuverlässigkeit, Sachkunde und im Übrigen auch Zeitbudget gegeben. Insofern wäre jede der beiden Besetzungen möglich gewesen. Das ist überhaupt kein Thema. Ich halte es im Grunde wirklich für einen Popanz, da jetzt irgendetwas aufzubauen.

Ich will es mir jetzt ersparen, die SPD-Minister zu nennen, die auch in entsprechenden Verwaltungsräten und sonstigen Institutionen saßen. Ich glaube, manche Angriffe, die jetzt in ungerechtfertigter Weise gegen die Landesregierung laufen, fallen dann eher auf einen selbst zurück.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Insofern kann man sich in manchen Bereichen auch eher einmal beschränken. Man sollte sich auch überlegen, mit welchen Begrifflichkeiten man da arbeitet. Wir kennen Thomas Strobl als jemanden, der zuverlässig und sachkundig ist und der viel arbeitet. Insofern hat er diese Angriffe nicht verdient. Ich finde es aber respektabel, dass da – unabhängig von der Frage der Eignung – eine entsprechende Einigung zustande gekommen ist.

Die CDU-Landtagsfraktion wird die entsprechenden Beschlüsse selbstverständlich mittragen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Binder das Wort.

**Abg. Sascha Binder** SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann es relativ kurz machen. Die SPD-Fraktion wird den Anträgen zustimmen, weil die Frage, die wir gestellt haben – ich komme später noch einmal darauf zurück –, nun beantwortet worden ist.

Wir hätten auch gern noch mehr Regierungsmitgliedern eine Befreiung erteilt. Wir hätten es beispielsweise als absolut nachvollziehbar empfunden, wenn derjenige, der in dieser Landesregierung die größte Kompetenz in der Frage der Energie und des Klimawandels hat, in den Aufsichtsrat der EnBW gekommen wäre.

Wir haben von der Landesregierung gehört, es sei eine politische Entscheidung gewesen – auf die Frage von mir, ob rechtliche Gründe dagegen gestanden hätten, dass er in diesen Aufsichtsrat kommt. Es wurde dann die Antwort daraus gemacht, dass es politische Gründe waren. Diese politischen Gründe kennen wir nicht.

Insofern wären wir bereit gewesen, noch mehr Regierungsmitgliedern hier eine Befreiung zu erteilen. Aber Sie haben es vorgezogen, ehemaligen Regierungsmitgliedern etwas Starthilfe in ihrer neuen Selbstständigkeit zu geben. Es ist wahrscheinlich Ihre Art der Wirtschaftsförderung, dass man einem Start-up-Unternehmen monatlich 5 000 € gibt. Wir hören zwar, dass dieses Land sparen muss, aber das Land hätte mehr davon gehabt, wenn mehr Regierungsmitglieder in diesen Aufsichtsrat gekommen wären.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist Risikokapital!)

Zur L-Bank: Ich habe gar keinen Popanz aufgebaut, Herr Kollege Lasotta. Ich habe im Zusammenhang damit, ob wir Herrn Strobl eine Befreiung erteilen, im Ausschuss lediglich die Frage gestellt, ob er die aufsichtsrechtlichen Voraussetzungen – da geht es nicht darum, ob ich ihn persönlich für kompetent halte, sondern es gibt aufsichtsrechtliche Voraussetzungen – erfüllt. Die Landesregierung konnte diese Frage nicht beantworten.

(Zuruf von der SPD: So war es!)

Die Staatssekretärin sagte, dazu hätte sie zurzeit keine Information. Das spricht also nicht unbedingt dafür, dass jeder in

(Sascha Binder)

der Landesregierung weiß, ob das, was Sie hier am Rednerpult gerade über Herrn Strobl erzählt haben, stimmt. Deshalb habe ich nicht einen Popanz aufgebaut, sondern eine, wie ich finde, legitime Frage gestellt, vor allem, wenn Regelungen – auch für die Aufsichtsratsstätigkeit bei der L-Bank – erst verschärft worden sind. Und dann würde mich jenseits dessen, was Sie sich denken, interessieren, was letztendlich dazu geführt hat, dass es jetzt doch einen Wechsel an der Spitze des Verwaltungsrats der L-Bank gibt.

Aber, wie gesagt, wir stimmen den Anträgen zu, weil unsere Frage nun endlich beantwortet worden ist.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Goll das Wort.

**Abg. Dr. Ulrich Goll** FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stimmen den Anträgen auch zu. Das ist ein üblicher Vorgang. Dagegen ist nichts einzuwenden.

Pikanterweise ist es in der Tat so, dass Herr Kollege Binder den einzigen Vorgang, der zumindest eine Glosse wert wäre und der nicht in dem Papier steht, schon angesprochen hat. Dabei darf man das nicht falsch verstehen. Frau Krebs ist eine sympathische Frau, und an Neiddiskussionen beteiligen wir uns grundsätzlich nicht.

Aber es stimmt schon, was Kollege Binder gesagt hat. Man muss an 2021 denken. Für das Land ist diese Lösung nicht besonders billig – es sei denn, Frau Krebs würde auch abführen. Dann würde ich natürlich alles zurücknehmen.

Außerdem darf man sagen, die Behandlung ehemaliger Regierungsmitglieder war schon immer ein etwas heikles Thema. Ich möchte jetzt nicht etwas zitieren, was uns früher von Ihnen entgegengehalten wurde, wenn ehemalige Regierungsmitglieder Positionen – gleich, welcher Art –, die die Landesregierung zu besetzen hat, eingenommen haben.

Ich sage mal: Schwamm drüber! Sie haben auch hier eine andere Praxis, als sie früher üblich war. Gestern haben wir bei der Rede des Ministerpräsidenten mitbekommen, dass es bei den Grünen nichts mehr mit Transparenz war. Dass Sie zu dieser Art von Kritik nicht mehr neigen, kann man als positiven Punkt des Ganzen auffassen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Grimmer das Wort.

**Abg. Dr. Bernd Grimmer** AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Politiker können alles. Wie Sie dem Satz entnehmen, bleibe ich heute meinem Thema treu. Dieser soeben formulierte Grundsatz gilt natürlich nicht nur für den politischen Bereich. Er ist allumfassend und gilt insbesondere auch für die Wirtschaft, die einem besonders interessante, auch pekuniäre Chancen eröffnet.

Freilich klappt es manchmal nicht ganz so geschmeidig. Man denke nur an die Landesbanken, von denen es manche wegen schlechtem Management, aber auch wegen schlechter Aufsicht und anderer finanzieller Abenteuer gar nicht mehr gibt. Ganz hautnah denke ich an das EnBW-Geschäft, das nicht unbedingt der allergrößte Knaller war.

Aber wenn irgendetwas schiefgeht, ist das ja nicht so schlimm: Dann gibt es ja den Steuerzahler. Und in jedem Fall gibt es einen Nebenverdienst für die betreffenden Personen.

Meine Damen und Herren, ich habe nach den Vorreden den Eindruck, dass wir hier in der Beurteilung eine Sonderstellung einnehmen. Vielleicht liegt das auch daran, dass wir bisher noch nicht in Regierungsverantwortung sind. Aber ich denke, wir sollten das wirklich ernsthaft und grundsätzlich angehen.

Wir haben uns gestern über das Vertrauen der Bürger in die Politik und über Mauscheleien unterhalten. Es ist durchaus zu befürworten, wenn die Politik ein gutes Verhältnis zur Wirtschaft pflegt – wie übrigens zu jeder anderen Interessengruppe. Es stellt sich nur die Frage, wie man sich auf ein solches freundschaftliches Verhältnis einlässt, ob man sich in den Dienst des Partners stellt.

(Beifall bei der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

Der Verfassungsrechtler Professor von Arnim schreibt dazu – ich darf zitieren –:

*Es gilt als ganz normal und selbstverständlich, dass ein Abgeordneter neben seinem Einkommen, das er vom Steuerzahler bezieht, auch noch Einkommen von an der Gesetzgebung interessierten Unternehmen oder Verbänden bezieht, sich also quasi in die bezahlten Dienste eines Lobbyisten begibt, ...*

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Es geht um landeseigene Unternehmen! Was reden Sie denn? – Abg. Winfried Mack CDU: Thema verfehlt! – Weitere Zurufe)

– Ja, das gilt als ganz normal, obwohl es eigentlich ein Skandal ist.

(Zurufe, u. a. Abg. Reinhold Gall SPD: Das Land ist der Eigentümer!)

– Ich komme gleich noch darauf. Ich weiß, was ich meine.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Liebe Kollegen, wenn etwas unklar ist, dann stellen Sie eine Zwischenfrage.

**Abg. Dr. Bernd Grimmer** AfD: Ich werde es gleich aufklären. – Natürlich gilt das, was hier gesagt wurde, für die Exekutive und für die Legislative gleichermaßen. Es steht im politikwissenschaftlichen Bereich sogar die Forderung im Raum, dass sich Politiker, die im Aufsichtsrat eines Unternehmens sitzen, nicht mehr in den entsprechenden Themenfeldern engagieren dürfen. Unter dieser Voraussetzung würde die Liste gewaltig zusammenschrumpfen.

(Dr. Bernd Grimmer)

(Abg. Winfried Mack CDU: Nein! Sie haben es nicht kapiert!)

Ich sage gar nicht – jetzt kommt die Antwort –, dass alle denkbaren Positionen, die hier infrage stehen, damit gemeint sind. Aber ich sage: Die Liste würde zusammenschrumpfen. Als problematisch sehe ich das insbesondere im Bereich der Geldinstitute an.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Das sind doch landeseigene Unternehmen! – Abg. Winfried Mack CDU: Herr Kollege, wovon reden Sie? – Abg. Reinhold Gall SPD: Sie sollten zunächst einmal Beispiele nennen, nicht nur daherreden! – Weitere Zurufe)

– Die Liste liegt Ihnen ja vor. Die habe ich ja nicht vorzulesen.

Ich sage: Ich sehe insbesondere im Bereich der Geldinstitute Probleme. Vor diesem Hintergrund möchte ich die Landesregierung auffordern: Konzentrieren Sie sich auf Ihre verantwortungsvolle Tätigkeit im Land, und verzichten Sie auf die zwar althergebrachten, aber durchaus gefährlichen Betätigungen in anderen Bereichen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für den Zusammenschluss fraktionsloser Abgeordneter erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Meuthen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Jetzt bin ich gespannt, was der weiß!)

**Abg. Dr. Jörg Meuthen** (fraktionslos): Herr Mack ist gespannt, was „der da“ jetzt wieder sagt.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Für welche der drei Fraktionen sprechen Sie denn? – Weitere Zurufe)

– Das geht jetzt aber noch nicht von der Redezeit ab, Herr Präsident.

Der Flughafen Berlin-Brandenburg – Sie wissen schon: „Niemand hat die Absicht, einen Flughafen fertigzustellen“ –, der VW-Abgasskandal, die Kölner Messe und zahlreiche Finanzkrisen bei Landesbanken – immer wieder entstehen neue Affären, und alle haben eines gemeinsam: Politiker in Aufsichtsräten, Politiker, die entweder aufgrund mangelnder Kompetenz oder aufgrund fehlender Zeit oder aufgrund einer Mischung aus beidem die Unternehmen nicht richtig beaufsichtigen.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD)

Ob die in den Drucksachen aufgeführten Kollegen wirklich Erfahrungen im Lesen von Bilanzen haben, kann ich nicht beurteilen. Aber gerade die unzureichende Qualifizierung wird in internationalen Vergleichen immer wieder kritisiert. Das kann man nicht übersehen.

Wenn man sich die Liste mit den Namen der Kollegen anschaut, wird einem ganz anders. Allein Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut bringt es auf stattliche sechs Posten. Dabei ist

sie nicht immer einfach nur Mitglied des Aufsichtsrats, sondern teilweise sogar dessen Vorsitzende.

Der renommierte Wirtschaftswissenschaftler Manuel Theisen hat einmal durchgerechnet, dass ein einfaches Aufsichtsratsmandat mindestens 20 Arbeitstage im Jahr erfordert, die Position eines Aufsichtsratsvorsitzenden das Doppelte bis Dreifache. Im Fall von Frau Dr. Hoffmeister-Kraut – exemplarisch – wären das folglich, wenn man es zu ihren Gunsten rechnet, 200 Arbeitstage. Da stellt sich die Frage, ob sie die Verantwortung als Aufsichtsrat wirklich ernst nimmt bzw. überhaupt ernst nehmen kann.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sie hat ja auch noch eine Staatssekretärin!)

– Na ja.

(Abg. Winfried Mack CDU: Gucken Sie doch mal die Liste an! Dann gehen wir sie gemeinsam durch!)

– Nein, wir gehen die Liste jetzt nicht durch.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Die Zeit haben wir auch nicht. Das wollen Sie nicht, und das will ich jetzt auch nicht.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Wir wollen es!)

Es ist auch bei den Ministern Untersteller, Frau Bauer, Frau Sitzmann und den meisten anderen kaum anders. Allein schon aufgrund der Anzahl der Posten und der Verantwortung ihrem Amt als Minister gegenüber ist eine ernsthafte Wahrnehmung einer solch verantwortungsvollen Aufgabe gar nicht möglich.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten)

Sie müssen sich schon entscheiden: Wollen Sie in die Wirtschaft, oder wollen Sie ein Land regieren? Beides parallel geht, zumindest als Aufsichtsrat, für meine Begriffe nicht.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das sind doch Mandate! Die stehen doch im Gesetz so drin!)

Wie fraglich Politiker in Aufsichtsräten sind, haben übrigens nicht zuletzt Aussagen Ihres Parteifreunds Peer Steinbrück gezeigt, als er mit den Mitgliedern des Aufsichtsrats von thysenkrupp zusammensaß und gesagt hat: „Ich bin gern zur politischen Unterstützung bereit.“ Das war ein wörtliches Zitat. Das ist nicht seine Aufgabe.

Natürlich erscheint es erst einmal lobenswert, wenn sich die öffentliche Hand für die Verwendung von Steuergeldern interessiert; das ist ja richtig. Aber wie schnell handelt man eigentlich nicht mehr im allgemeinen Interesse, sondern beginnt, Sonderinteressen durchzusetzen, ob nun aus Kalkül oder aus Naivität? Wir dürfen die Macht, die wir als Politiker haben, nicht unterschätzen. Deshalb ist es immer zweifelhaft –

(Abg. Winfried Mack CDU: Landesstiftung Baden-Württemberg! Das haben wir als Landtag von Baden-Württemberg uns erkämpft, dass da jemand von uns drinsitzt!)

– Ja, das ist mir wohl bewusst. Die Frage ist, ob das klug ist.

(Dr. Jörg Meuthen)

(Abg. Winfried Mack CDU: Sie wissen gar nicht, worum es hier geht!)

Ich habe mit Politikern in Aufsichtsräten vielleicht gerade, weil ich Ökonom bin, so meine Nöte, und es gibt genügend Beispiele, wo das tüchtig schiefeht.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Für uns, die Alternative für Baden-Württemberg, ist die Tätigkeit von Politikern im Aufsichtsrat eine Einladung zum Machtmissbrauch.

(Abg. Winfried Mack CDU: Was? – Zuruf von der SPD: Was für ein dummes Geschwätz! – Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Denn wenn Sie Ihr politisches Mandat wirklich ernst nehmen, dann würden Sie eine solche Tätigkeit schon aus zeitlichen Gründen ablehnen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Sie haben von sich selbst und Ihrem Mandat keine hohe Meinung, meine ich!)

– Doch, gerade weil ich die habe, habe ich auch keine Nebentätigkeit. Die habe ich nämlich alle gecancelt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wen würden Sie denn in die Gremien schicken?)

– Leute, die etwas von Bilanzen verstehen.

(Zurufe von der CDU und der SPD)

Wir fordern darum, wenn nicht einen vollständigen Verzicht auf solche Zugehörigkeiten zu Aufsichtsräten – dieser wird nicht immer gehen –, so doch zumindest – das ist eine vergleichsweise moderate Forderung – eine äußerst restriktive Handhabung und eine sehr strikte quantitative Begrenzung.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD)

Eine wirklich verantwortungsbewusste Aufgabenwahrnehmung gebietet das zwingend. Ein Ministerposten in einer Landesregierung ist kein Nebenjob, der zahlreiche weitere Nebentätigkeiten als Aufsichtsrat zulässt.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD)

Das überschreitet ziemlich schnell und fließend die Grenze zum Amts- und Machtmissbrauch.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Bössartige Unterstellungen!)

Die einschlägigen Resultate – ich habe ja Beispiele genannt; denken Sie einmal an den BER-Skandal – haben sehr viel mit völlig fehlerhafter Aufsichtsrats-tätigkeit von Politikern zu tun.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Das hat etwas mit persönlicher Verantwortung zu tun!)

Das sind Beispiele, die eine deutliche Sprache sprechen. Wir fordern Sie deshalb auf, sich schnellstmöglich von dieser un-guten und schädlichen Praxis zu verabschieden.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD – Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sollen wir die Landesunternehmen verkaufen?)

– Bitte? Ich sage es noch einmal: Sie müssen nicht zwingend Abgeordnete dort hineinsetzen. Das ist der Punkt.

Danke.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Staatsminister Murawski.

**Staatsminister Klaus-Peter Murawski:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich darf unmittelbar an das gerade Gesagte anknüpfen. Die Landesregierung oder das Land Baden-Württemberg hat überhaupt nicht die Wahl, Herr Abg. Dr. Meuthen, die Sie unterstellen, da die landesbeteiligten Unternehmen zu den Pflichtaufgaben der Landesregierung gehören –

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Zuruf von der CDU: So!)

wegen des beachtlichen Teils des Landesvermögens, den sie darstellen, wegen der unmittelbaren Auswirkungen auf den Staatshaushalt, sei es durch Dividendenzahlungen, Ausschüttungen oder andere Zahlungen.

Bei der Beteiligung an Unternehmen in einer privaten Rechtsform schreibt § 65 Absatz 1 Nummer 3 der Landeshaushaltsordnung daher ausdrücklich vor, dass das Land einen angemessenen Einfluss insbesondere im entsprechenden Überwachungsorgan erhalten muss. Das heißt, wenn wir so handeln würden, wie Sie es uns empfehlen, würden wir gegen die Landeshaushaltsordnung verstoßen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU – Abg. Martin Rivoir SPD: Schöne Vorlesung, Herr Professor!)

– Ich meine, man darf doch mal auf Fakten hinweisen, wenn diese in der Argumentation offensichtlich nicht bekannt sind. Das ist doch auch einmal ganz nett.

Die Regierungsmitglieder müssen daher wissen, was in den Unternehmen operativ vor sich geht. Sie müssen auf die Kontroll- und Aufsichtsaufgaben für das Land als Miteigentümer achten. Sie haben die strategischen Entscheidungen der Unternehmen zu überwachen und haben damit sehr komplexe und vielfältige Aufgaben.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stichelberger?

**Staatsminister Klaus-Peter Murawski:** Aber sehr gern.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Bitte schön, Herr Abg. Stichelberger.

**Staatsminister Klaus-Peter Murawski:** Bitte „Herr Staatsminister“, nicht „Herr Minister“. Darauf lege ich großen Wert, damit es korrekt ist.

**Abg. Rainer Stichelberger SPD:** Herr Staatsminister, Sie haben gerade betont, dass das Land über die Entsendung von

(Rainer Stichelberger)

Mitgliedern in diese Gremien seinen Einfluss wahrnimmt. Können Sie mir erklären, wie das im Fall der Vertretung des Landes durch Frau Krebs bei der EnBW der Fall sein soll, da sie nach meiner Kenntnis keinem Gremium des Landes verantwortlich ist?

**Staatsminister Klaus-Peter Murawski:** Frau Krebs ist Nachfolgerin auf der Position eines ausgeschiedenen externen Mitglieds dieses Aufsichtsgremiums. Sie ist nominiert worden wegen ihrer fünfjährigen, bei allen Mitgliedern des Aufsichtsrats hoch angesehenen Arbeit in diesem Gremium und der dabei vertieft gesammelten Erfahrung. Das heißt, sie ist nicht Vertreterin der Landesregierung in diesem Sinn, sondern auf einer externen Position, die die Landesregierung vorschlagen kann.

Ganz abgesehen davon darf ich darauf hinweisen, dass Frau Krebs ohnehin schon von der Hauptversammlung gewählt ist und es hier darum geht, ob man sie bitten würde, zurückzutreten. Dazu sieht die Landesregierung keinen Anlass, weil sie sich in außerordentlich hervorragender Weise als Mitglied dieses Aufsichtsrats bewährt hat.

Meine Damen und Herren, ich will aber noch etwas zur Landesbank sagen, weil ich in diesem Zusammenhang etwas besonders ärgerlich finde. Natürlich ist es richtig – das kann niemand bestreiten –, dass die Landesbanken in der Finanzkrise 2007/2008 im Zentrum der unangenehmen Nachrichten standen. Das hatte sicherlich auch etwas mit politischen Fehlentscheidungen zu tun. Aber dass gerade Baden-Württemberg bei seiner Landesbank die richtigen Entscheidungen getroffen hat, sehen Sie doch zum einen an der offenbar richtigen Auswahl des Vorstandsvorsitzenden, zum anderen aber auch daran, wie gut diese Bank saniert worden ist.

(Zuruf von der SPD: Stimmt!)

Wissen Sie, dass die Landesbank Baden-Württemberg heute als das drittseröseste Unternehmen – sowohl vom Eigenkapital als auch von den Geschäftserfolgen her – in Europa gilt, das erfolgreichste Unternehmen in Deutschland im Geschäft der Unternehmensanleihen ist, eine Eigenkapitalquote von 14,7 % bei tatsächlich notwendigen 9,5 % besitzt? Diese Erfolge sind bis zum heutigen Tag eingetreten. Heute diskutieren wir eher über den Vorwurf der Aufsicht, die Landesbank sei zu vorsichtig bei ihren Geschäften. Wenn bei diesen Erfolgen von einem Nachweis gesprochen wird, dass in Baden-Württemberg bei dieser Entsendung nicht gut gearbeitet worden sei, ist das völlig neben den Tatsachen und eine Missachtung – verzeihen Sie mir das – der Ergebnisse dieser Arbeit aller Beteiligten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Räßple?

**Staatsminister Klaus-Peter Murawski:** Aber gern.

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Herr Abg. Räßple, bitte.

**Abg. Stefan Räßple** AfD: Herr Staatsminister, danke für das Zulassen der Frage. – Die Frage lautet: Gibt es eine Auf-

wandsentschädigung für so ein Amt im Aufsichtsrat, und, wenn ja, ist irgendwo nachlesbar, wie viel das ist, in welcher Höhe sie liegt?

**Staatsminister Klaus-Peter Murawski:** Ja. Erstens ist das nachlesbar, zweitens sind die Höhen je nach Beteiligung sehr unterschiedlich. Es gibt auch Mandate, die mit überhaupt keiner Aufwandsentschädigung ausgestattet sind. Die Mitglieder der Landesregierung haben sich selbst verpflichtet – ähnlich wie die Beamtinnen und Beamten des Landes –, alles, was an Aufwandsentschädigungen über 6 100 € im Jahr hinaus eingenommen werden könnte, an das Land abzuführen. Darüber wird dem Finanzausschuss von der Landesregierung einmal im Jahr umfassend berichtet. Dieser Bericht ist Ihnen zugänglich.

Ich wollte aber noch etwas zur Frage eines Aufsichtsratsmandats von Herrn Minister Untersteller bei der EnBW sagen: Herr Minister Untersteller verfügt unbestreitbar über eine hohe Kompetenz. Hier handelt es sich schlicht und ergreifend darum, dass Herr Minister Untersteller auch schon vor fünf Jahren für Funktionen bei der EnBW nicht in Betracht kam, weil er atomaufsichtsrechtliche Funktionen qua Amt erfüllen muss und Interessenkollisionen vermieden werden müssen. Das ist eigentlich klipp und klar. Das war auch schon vor fünf Jahren der Grund.

Ich will auch noch sagen, dass es keineswegs so ist, dass die Landesregierung nicht ausdrücklich auch zur Befähigung von Herrn Minister Strobl Stellung genommen hätte. Die ist ohne jeden Zweifel gegeben; das haben wir auch schriftlich nachgereicht. Herr Strobl hat umfassende Erfahrungen in 16-jähriger Tätigkeit als Verwaltungsratsmitglied einer Sparkasse und außerdem als Rechtsanwalt.

Ich will vielleicht zu den Bankentätigkeiten sagen – meine Damen und Herren, was viele von Ihnen vielleicht gar nicht wissen –: Wer heutzutage nach der Finanzkrise für eine Bank in einem Aufsichtsrat tätig wird, wird von der BaFin und von der Bundesbank auf Herz und Nieren überprüft, und zwar nicht nur aufgrund der Aktenlage, sondern da werden Sie einbestellt und richtiggehend geprüft.

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

– Ja, wunderbar. Dann wissen Sie ja, wie es geht, und dann können Sie sich vielleicht vorstellen, dass nicht jeder Idiot diesen Test besteht.

(Heiterkeit)

Ich bitte, das Wort zu verzeihen.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wilfried Klenk:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen daher zur Abstimmung. Abstimmungsgrundlage sind die Anträge der Landesregierung, Drucksache 16/274 (Geänderte Fassung) und Drucksache 16/307. Wer diesen Anträgen der Landesregierung auf Erteilung von Ausnahmege-

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

nehmigungen und Haftungsfreistellungen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Den Anträgen Drucksache 16/274 (Geänderte Fassung) und Drucksache 16/307 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Eine Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 16/296, die durch die Vorlage des geänderten Antrags der Landesregierung zwischenzeitlich überholt ist, hat sich damit erledigt.

Tagesordnungspunkt 9 ist hiermit auch erledigt.

Ich rufe die **Punkte 10 bis 22** der Tagesordnung gemeinsam auf:

**Punkt 10:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 5. Juli 2016 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Bereitstellung audiovisueller Mediendienste im Hinblick auf sich verändernde Marktgegebenheiten – Drucksachen 16/260, 16/302**

**Berichterstatter: Abg. Nico Weinmann**

**Punkt 11:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Verfassungsgerichtshofs vom 3. März 2016, Az.: 1 GR 21/16 – Normenkontrollverfahren gegen das Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich, soweit es keinen Ausgleich für die Betrauung der Landratsämter mit der Umsetzung von naturschutzrechtlichen Managementplänen vorsieht – Drucksache 16/298**

**Berichterstatter: Abg. Jürgen Filius**

**Punkt 12:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Verfassungsgerichtshofs vom 12. April 2016, Az.: 1 VB 15/16 – Verfassungsbeschwerde gegen die §§ 10 und 23 des Privatschulgesetzes und Nr. 12 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. f der Vollzugsordnung zum Privatschulgesetz über die Anforderungen an die wissenschaftliche Ausbildung von Lehrkräften an Ersatzschulen – Drucksache 16/299**

**Berichterstatter: Abg. Dr. Bernhard Lasotta**

**Punkt 13:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 7. Juni 2016 – Information über Verwaltungsabkommensentwürfe; hier: Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern gemäß Artikel 91 b Absatz 1 des Grundgesetzes**

- zur Förderung von Spitzenforschung an Universitäten – „Exzellenzstrategie“
- über ein Programm zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

- zur Förderung des forschungsbasierten Ideen-, Wissens- und Technologietransfers an deutschen Hochschulen – „Innovative Hochschule“

**Drucksachen 16/62, 16/269**

**Berichterstatter: Abg. Winfried Mack**

**Punkt 14:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 13. April 2016 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2012 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 25: Kostenerstattung der Universität Heidelberg an die Klinikum Mannheim GmbH – Drucksachen 15/8116, 16/264**

**Berichterstatter: Abg. Alexander Salomon**

**Punkt 15:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 3. Juni 2016 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2012 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 28: Württembergische Philharmonie Reutlingen und Stuttgarter Philharmoniker – Drucksachen 16/89, 16/270**

**Berichterstatter: Abg. Alexander Salomon**

**Punkt 16:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 25. April 2016 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2013 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 17: Kommunaler Straßenbau – Ausbau der Kreisstraße zwischen Rust und Ringsheim – Drucksachen 15/8123, 16/265**

**Berichterstatter: Abg. Winfried Mack**

**Punkt 17:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 9. Mai 2016 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2015 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 17: Abwicklung von Fiskalerbschaften – Drucksachen 16/11, 16/267**

**Berichterstatter: Abg. Joachim Köbler**

**Punkt 18:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 9. Mai 2016 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2015 des Rechnungshofs**

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

**zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 18: Schwimm- und Sporthalle des Bildungszentrums Schwäbisch Gmünd – Drucksachen 16/10, 16/266**

**Berichterstatter: Abg. Joachim Kößler**

**Punkt 19:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 17. Juni 2016 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2015 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 20: Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH – Drucksachen 16/165, 16/271**

**Berichterstatter: Abg. Winfried Mack**

**Punkt 20:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau zu der Mitteilung der Landesregierung vom 6. April 2016 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Kulturwirtschaft in Baden-Württemberg – Drucksachen 15/8110, 16/225**

**Berichterstatter: Abg. Georg Wacker**

**Punkt 21:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport vom 24. Juni 2016 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier:**

**Europäischer Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen – Drucksachen 16/217, 16/284**

**Berichterstatter: Abg. Andreas Deuschle**

**Punkt 22:**

**Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 16/304, 16/305, 16/306**

Gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten in den Ausschüssen fest. – Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 28. September, um 9:00 Uhr statt.

Zur Einstimmung auf die parlamentarische Sommerpause lade ich Sie jetzt – auch im Namen der Frau Präsidentin – ganz herzlich zum bereits traditionellen Sommerfest des Landtags ein.

Aufgrund der Witterungsverhältnisse – wenn ich jetzt hinauschaue, sehe ich, dass die Sonne scheint – findet das Sommerfest nicht im Königin-Olga-Bau, sondern hier im Haus des Landtags im Erdgeschoss statt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Völlig falsche Entscheidung!)

Ich wünsche Ihnen und Ihren Angehörigen schöne und erholsame Ferientage und schließe die Sitzung.

Vielen Dank.

(Vereinzel Beifall)

**Schluss: 18:01 Uhr**

## Umbesetzungen im Präsidium

### Vorschlag der Fraktion GRÜNE

Funktion	scheidet aus	tritt ein
ordentliches Mitglied	–	Bay
stellvertretendes Mitglied	Bay –	Filius Schwarz, Andrea

19.07.2016

Andreas Schwarz und Fraktion

### Vorschlag der Fraktion der CDU

Funktion	scheidet aus	tritt ein
ordentliches Mitglied	–	Beck
stellvertretendes Mitglied	Beck –	N. N. N. N.

19.07.2016

Dr. Reinhart und Fraktion

### Vorschlag der Fraktion der AfD

Funktion	scheidet aus	tritt ein
ordentliches Mitglied	Dr. Meuthen Dr. Grimmer Klos	Dr. Merz – –
stellvertretendes Mitglied	Dr. Balzer Baron Sänze	Dr. Grimmer – –

19.07.2016

Dr. Merz und Fraktion